

Schriftenreihe des Zentrums für europäische Studien
Band 48

Sozial- und gesundheitspolitische Aspekte der EU-Erweiterung

Arno Tausch

© Schriftenreihe des
Zentrums für europäische Studien, Universität Trier
Trier 2001

Sozial- und gesundheitspolitische Aspekte der EU-Erweiterung



Arno Tausch¹

¹Mitarbeiter des Bundesministeriums für Soziale Sicherheit und Generationen, Wien, und Universitätsdozent an der Universität Innsbruck Die Unterlagen geben die persönliche Ansicht des Autors wieder und stellen nicht eine offizielle Position des BMSG dar.

Inhaltsverzeichnis

LISTE DER WICHTIGSTEN POLITISCHEN UND SOZIO-ÖKONOMISCHEN ABKÜRZUNGEN	7
EXECUTIVE SUMMARY UND AUSBLICK.....	11
KAPITEL 1: EIN SOZIALES EUROPA IM ZEITALTER DER GLOBALISIERUNG. POLITISCHE PRIORITÄTEN UND HISTORISCHE FAKTEN	21
KAPITEL 2: DAS SOZIALWISSENSCHAFTLICHE WELTBILD DIESER STUDIE.....	26
ACQUIS COMMUNAUTAIRE UND DIE SOZIALE REALITÄT IN EUROPA.....	26
ANTEIL DER EU-STAAATEN AM WELTWEITEN TECHNISCHEN FORTSCHRITT.....	26
AUSGABEN UND EINNAHMEN DER EU - HOHER ANTEIL DER STRUKTUR-KONSERVIERENDEN MAßNAHMEN	27
AUSLANDSKAPITAL UND SOZIALE ENTWICKLUNG.....	27
BEVÖLKERUNGSPROGNOSEN UND MODELLE DER SOZIO-ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG.....	27
<i>Grundlegende Entwicklungstendenzen: mit wachsendem Entwicklungsniveau sinkt die Einkommenskonzentration ...</i>	29
<i>... es steigt - mit abflachender Kurve - der Humanentwicklungsindex ...</i>	29
<i>... und die Lebenserwartung</i>	30
<i>Das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich nicht mehr.....</i>	30
<i>Die Chancen für nachhaltigere Pfade der Entwicklung (= gemessen mit dem Indikator BIP-Ausstoß pro kg Energieverbrauch) sind in der Weltökonomie wiederum ungleich zu Gunsten der Reichen verteilt.</i>	31
<i>Die Zunahmen der weiblichen Beschäftigungsquoten nehmen mit steigendem erreichten Entwicklungsniveau ab.....</i>	32
<i>Erst in sehr reichen Gesellschaften steigt die weibliche Erwerbsquote wieder.....</i>	32
<i>Integriertes Pfadmodell des wirtschaftlichen Wachstums, der nachhaltigen Entwicklung und der sozialen Ungleichheit in n = 174 Staaten der Erde: hohe Militärausgaben, Saturierungseffekte des Niveaus der erreichten Humanentwicklung, der Überalterungsprozeß, die Ungleichheit sowie Nahrungsmittelabhängigkeit behindern, Energiesparen fördert Wachstum; die 'New Economy' ist mit nachhaltiger Entwicklung kaum kompatibel, und Staaten, die vom ungleichen Austausch leben, sind zu einer nachhaltigen Entwicklung unfähig. Der institutionalisierte Feminismus, insbesondere in postkommunistischen Staaten sowie in jenen Staaten, in denen unter neo-liberaler Patronanz die männliche mit der weiblichen Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt ersetzt wird, muß sich dem Problem der Ungleichheit stellen.....</i>	33
<i>Modell des wirtschaftlichen Wachstums</i>	33
<i>Modell der sozialen Ungleichheit (Konzentration der Einkommen bei den reichsten 20%).....</i>	35
<i>Modell der Lebenserwartungsentwicklung.....</i>	35
<i>Modell der nachhaltigen Entwicklung - Maastricht-Austerität und New Economy sind im Zielkonflikt mit nachhaltiger Entwicklung.....</i>	36
<i>Modell der Humanentwicklung.....</i>	38
<i>Zunahme der weiblichen Beschäftigungsquote.....</i>	39
<i>Weibliche Beschäftigungsquoten</i>	40
ENTWICKLUNGSPROZEB UND SEINE SOZIALEN DETERMINANTEN	41
EU-REFORM UND EU-ERWEITERUNG.....	43
FORTSCHRITTSBERICHTE DER EU-KOMMISSION - EINE QUANTITATIVE INHALTSANALYSE IHRER SCHWERPUNKTBILDUNGEN.....	48
FRAUEN-MACHTBETEILIGUNG	49
GLOBALISIERUNG - IHRE SOZIALEN AUSWIRKUNGEN.....	51
HEGEMONIEN UND DIE STRUKTUR DES INTERNATIONALEN SYSTEMS.....	52
HUMANVERMÖGEN.....	53
INNOVATIONSPOTENTIAL IN EUROPA UND SOZIALE ENTWICKLUNG.....	55
KONVERGENZ DER EINKOMMEN IN EUROPA ÜBER DIE LETZTEN 125 JAHRE	56
KRIMINALITÄT UND SCHATTENWIRTSCHAFT - IHR ANTEIL AM BSP DER EU.....	56
KUZNETS-ZYKLEN.....	56

MACHTKONZENTRATION IM INTERNATIONALEN SYSTEM	57
PROGNOSEN DER POSITION EUROPAS IN DER WELT BIS 2015	57
<i>Optimistische Grundaussagen - Wirtschaftsaufschwung und technologische Entwicklung</i>	57
<i>Europas Entwicklung in der Weltgesellschaft</i>	57
<i>Reformbedarf in Europa und Gefahren des Nationalismus</i>	58
<i>Migration</i>	59
SIGNALKRISEN.....	59
TERMINALE KRISEN	60
TURBO-KAPITALISMUS.....	60
UMFELD DER ÖSTERREICHISCHEN SOZIALPOLITIK	62
WACHSTUM	67
WIRTSCHAFTSZYKLEN UND MIGRATION	68
UNGLEICHER AUSTAUSCH.....	70
KAPITEL 3: DER RECHTLICHE RAHMEN DER ERWEITERUNG.....	71
BEITRITT EINES NEUEN STAATS ZUR UNION	71
BEITRIITSKRITERIEN (KOPENHAGENER KRITERIEN).....	71
BEITRIITSPARTNERSCHAFT	72
BEITRIITTSVERHANDLUNGEN	72
BEITRIITTSWILLIGE LÄNDER	73
BEKÄMPFUNG VON RASSISMUS UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT	73
BILATERALE REGIERUNGSKONFERENZ (EU/BEITRIITSKANDIDATEN)	74
CHANCENGLEICHHEIT	74
DEMOKRATIEDEFIZIT	74
DISKRIMINIERUNGSVERBOT	75
ERWEITERUNG.....	75
EUROPA-ABKOMMEN.....	76
EUROPA-KONFERENZ.....	76
FREIZÜGIGKEIT (VISA, ASYL, EINWANDERUNG UND ANDERE POLITIKEN).....	77
GEMEINSCHAFTLICHER BESITZSTAND (ACQUIS COMMUNAUTAIRE).....	77
GEMEINSCHAFTSRECHT	78
GESUNDHEITSPOLITIK.....	79
GLEICHBEHANDLUNG VON MÄNNERN UND FRAUEN.....	79
GLOBALISIERUNG DER WIRTSCHAFT (INTERNATIONALISIERUNG).....	79
HERANFÜHRUNGSHILFE.....	80
HERANFÜHRUNGSSTRATEGIE	80
KONVERGENZKRITERIEN.....	81
PFEILER DER EUROPÄISCHEN UNION	82
PHARE.....	82
SCREENING (BESTANDSAUFNAHME DER ÜBERNAHME DES GEMEINSCHAFTLICHEN BESITZSTANDS).....	83
STRUKTURFONDS UND KOHÄSIONSFONDS.....	83
TAIEX	85
KAPITEL 4: EUROPA IST MEHR ALS EIN GEMEINSAMER MARKT	86
WAS BEDEUTET DAS SOZIALMODELL EUROPA?.....	86
DIE NOCH WEITER BESTEHENDE ARMUT IN OSTMITTELEUROPA UND IHRE FOLGEN	87
DAS NOCH BESTEHENDE WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE ENTWICKLUNGSGEFÄLLE IN EUROPA.....	90
DIE ERWEITERUNG.....	91
SCHUTZ UND FORTSCHRITT DURCH GLEICHE STANDARDS	92
DER 'ACQUIS' IM SOZIALBEREICH	93
KAPITEL 5: QUALITATIVE ANALYSE DES SOZIALPOLITISCHEN UND GESUNDHEITSPOLITISCHEN GEFÄLLES IN EUROPA: WO STEHEN DIE MOEL-BK HEUTE? UND WELCHE PROBLEMFELDER UND KOOPERATIONSMÖGLICHKEITEN ÖSTERREICHS MIT DEN BEITRIITSKANDIDATEN ERGEBEN SICH?	95
SOZIALE SICHERHEIT	95
GLEICHSTELLUNGSPOLITIK	102
BEHINDERTE UND SOZIALE EINGLIEDERUNG.....	103

JUGENDPOLITIK	108
FAMILIENPOLITIK	110
SENIORINNENPOLITIK	111
GESUNDHEITSPOLITIK	111
LEBENSMITTEL UND VETERINÄRWESEN	121
KAPITEL 6: QUANTITATIVE ANALYSE DES SOZIALPOLITISCHEN UND GESUNDHEITSPOLITISCHEN GEFÄLLES IN EUROPA: WO STEHEN DIE MOEL-BK HEUTE?	123
VERGLEICHsverfahren basierend auf Durchschnittswerten.....	123
DIE BEWERTUNG LEISTUNGEN DER MOEL-BK IM EINZELNEN.....	124
<i>Allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Chancen eines Aufschwunges in der 'new economy'</i>	125
<i>Demographische Basis der sozialen Sicherheit.....</i>	125
<i>Erfolge der Gleichstellungspolitik.....</i>	126
<i>Vermeidung sozialer Ausgrenzung.....</i>	127
<i>Jugendpolitik, Vermeidung sozialer Ausgrenzung der Jugend.....</i>	128
<i>Vermeidung sozialer Zerrüttung in der Familien- und Seniorenpolitik.....</i>	128
<i>Gesundheit.....</i>	129
<i>Nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln</i>	130
<i>Nachhaltige Entwicklung.....</i>	130
<i>Schlusstabellen basierend auf Vergleichen mit Durchschnitten.....</i>	131
FAKTORENANALYTISCHE BEWERTUNGEN DES SOZIALPOLITISCHEN FORTSCHRITTS DER BEITRIITTSKANDIDATENST AATEN.....	132
KAPITEL 7: DIE ANALYSE ZU ERWARTENDER MIGRATIONSSTRÖME NACH DER ERWEITERUNG DER UNION.....	139
INTERNATIONALE VERÖFFENTLICHUNGEN	139
<i>John Salt</i>	143
<i>Thomas Bauer und Klaus F. Zimmermann.....</i>	144
FASSMANN UND HINTERMANN, ÖSTERREICHISCHE AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN.....	144
INTERNATIONAL OGRANIZATION FOR MIGRATION.....	145
RECESS INSTITUTE, WARSCHAU.....	146
WALTERSKIRCHEN UND DIETZ, WIFO-INSTITUT	147
DIE MIGRATIONSSCHÄTZUNG DES DIW (STUDIE IM AUFTRAG DER EK UND DER AK)	148
<i>Grenzen der Untersuchung.....</i>	148
<i>Das Schätzmodell</i>	149
<i>Hochrechnung der Ergebnisse auf die EU-15.....</i>	150
<i>Fazit</i>	151
AUSWIRKUNGEN DER SZENARIEN AUF STRUKTUREN DES ARBEITSMARKTES UND DER ARBEITSLosIGKEIT	153
<i>Prognosen des WIFO-Instituts.....</i>	153
<i>Weltgesellschaftstheorien</i>	154
<i>Methodisches Caveat der Umfragen.....</i>	158
<i>Methodisches Caveat der auf dem Barro/Salla-i-Martin aufgebauten Simulationen: Zur Relevanz der Modellannahmen von Robert Barro und Xavier Salla-i-Martin.....</i>	158
<i>Methodisches Caveat der bisher publizierten makroökologischen und weltökonomisch orientierten Studien.....</i>	164
KAPITEL 8: ERWEITERUNGSPOLITISCHE KONSEQUENZEN DER ANALYSE DER MIGRATIONSPROZESSE. DIE FREIZÜGIGKEIT DER ARBEITNEHMER UND DIE LÖHNE ZU LAUFENDEN WECHSELKURSEN IN DEN BK UND DIE NOTWENDIGKEIT DER ERWEITERUNG DER EMU	165
KONSEQUENZEN DES UNGLEICHEN AUSTAUSCHS: ÜBERGANGSFRISTEN IM MIGRATIONSBEREICH, ABER BALDIGE MITGLIEDSCHAFT DER MOEL-BK BEIM EURO	171
<i>Unterwegs zur EMU-Mitgliedschaft der MOEL-BK? Sozialpolitische Argumente dafür.....</i>	171
DIE FOLGE DER EU-ERWEITERUNG BEI FORTGESETZTEM UNGLEICHEN AUSTAUSCH: DIE WACHSENDE SOZIALE KLUFT IN WESTEUROPA.....	176
HAUSAUFGABEN UND ÄNGSTE: DER RASSISMUS UND DIE ABLEHNUNG DES ERWEITERUNGSPROZESSES SIND TEIL DER STRUKTUREN DES UNGLEICHEN AUSTAUSCHES.....	183

DIE LEHREN DER 'KÖHLER-ARRIGHI-FALLE'. ÜBERGANGSFRISTEN, SOZIALE SICHERHEIT UND DIE BISHERIGEN ERWEITERUNGEN	189
<i>Zur Bewertung der 80%-Kriterien und die Hierarchie der Löhne in Westeuropa und in den westlichen Demokratien</i>	190
<i>Gegen ein 80%-Kriterium spricht auch die Tatsache, dass z.B. das Burgenland als ärmste Region Österreichs darunter liegt</i>	202
<i>Londifferentiale, Konjunkturzyklus und Migration</i>	204
KAPITEL 9: ZUM EINDIMENSIONALEN ENTWICKLUNGSMODELL DER KOMMISSION	207
ANHANG ZUR STUDIE	213
LITERATUR	213
EU-BEITRITTSKANDIDATEN: DEFIZITE IM BEREICH SOZIALE SICHERHEIT, GENERATIONENPOLITIK, GESUNDHEIT	218
<i>Bulgarien</i>	218
<i>Estland</i>	218
<i>Lettland</i>	218
<i>Litauen</i>	218
<i>Malta</i>	219
<i>Polen</i>	219
<i>Rumänien</i>	219
<i>Slowakei</i>	219
<i>Slowenien</i>	220
<i>Tschechische Republik</i>	220
<i>Ungarn</i>	220
<i>Zypern</i>	220
STATISTISCHER ANHANG	221
MOEL-DATEN	221
<i>Kaukraft und Wirtschaftswachstum</i>	221
<i>Arbeitslosigkeit und Monatslöhne</i>	221
<i>Makroökonomisches Leistungsprofil (Budget, Geldwertstabilität, Leistungsbilanz)</i>	222
<i>Zum Vergleich: Löhne in der westlichen Welt</i>	222
<i>Regionaleinkommen</i>	224
<i>Nettonationalprodukt in Österreich</i>	226
<i>Lohnquote in Österreich</i>	226
<i>Einkommensentwicklung in Österreich 1985/1997</i>	227
MIGRATIONSPOTENTIALSCHÄTZUNGEN	228
HINTERGRUNDTABELLEN ZU DEN MIGRATIONSPOTENTIALSCHÄTZUNGEN	231
<i>IOM study on migration propensity from East Central Europe in 1997 - number of persons, willing to migrate</i>	231
<i>Faßmann/Hintermann</i>	231
<i>RECESS Research Center, Warsaw</i>	232
ZUR DISKUSSION UM DAS 80%-BEITRITTSKRITERIUM - PRESSESTIMMEN AUS ÖSTERREICH AUS DEM ARCHIV REUTERS.....	233
SOUTH-TO-NORTH MIGRATION FLOWS.....	258
PROPKOPFEINKOMMENS- UND LOHNSTATISTIKEN	262
<i>Indicators on income and economic activity</i>	262
<i>Propkopfeinkommensdaten der Weltbank</i>	267
<i>Differenzen in den Stundenlöhnen der Produktionsbeschäftigten in Industriebetrieben (US Dep. of Labor)</i>	268
<i>Statistische Bundesamt der BRD Kennziffern zu den Löhnen in Europa</i>	271
<i>Die Bundeswirtschaftskammer der Republik Österreich Arbeitskosten (Kosten der Arbeitsstunde in der Industrie, Gesamtarbeitskosten - Direktlöhne plus Lohnnebenkosten) berechnet auf Schilling-Basis</i>	272
<i>EK GD II (AMECO GD II 5/10/1999) Relationen der nominellen Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft</i>	273
<i>BIP in realer Kaufkraft in Europa:</i>	274

Liste der wichtigsten politischen und sozio-ökonomischen Abkürzungen

A	siehe Ö, Österreich
AdR	Ausschuß der Regionen
AL	Arbeitslosigkeit
ALB	Albanien
Alpha, α	Irrtumswahrscheinlichkeit
ASEAN	Verband südostasiatischer Staaten
AstV	Ausschuß der ständigen Vertreter
B	Belgien
BELLUX	Belgien, Niederlande, Luxemburg
BG	Bulgarien
B-H	Bosnien-Herzegowina
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BK	Beitrittskandidat für die Europäische Union
BLS	Büro für Arbeitsstatistik, internationale Statistik-Abteilung im amerikanischen Arbeitsministerium
BMSG	Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen der Republik Österreich
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BSP	Bruttosozialprodukt
BUL	siehe BG, Bulgarien
CEE-5	Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien und Polen
CEEC	Mittel- und osteuropäische Länder
CH	Schweiz
CIA	Central Intelligence Agency, Auslandsgeheimdienst der Vereinigten Staaten
CY	Zypern
CZ	Tschechien
D	Deutschland
d	Exchange Rate Deviation Index, mißt die Aweichung des externen Wechselkurses (z.B. an den Bankschaltern) von der realen Kaufkraft eines Landes
DEVALUE	Entwicklung eines Wechselkurses nach unten
DF	Freiheitsgrade einer Gleichung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DK	Dänemark
DL	Dienstleistungen
DYN	Maße eines Zuwachses
e	Eulers Zahl (2,7)
E	siehe SP, Spanien
ECOFIN	Rat Wirtschaft und Finanzen in der EU
EcoGI	Institut für die Erforschung des Wirtschaftlichen Wachstums, Budapest
EE	Estland
EFRE	Europäische Fonds für regionale Entwicklung
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Montanunion)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EK	Europäische Kommission
EL	siehe GR, Griechenland
EMU	Europäische Währungsunion
ENCONS	Energiekonsum
EP	Europäisches Parlament

EQUAL	Programm der Europäischen Kommission zur Entwicklung neuer Methoden für die Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art beim Zugang zum Arbeitsmarkt
ER	Europäischer Rat
ERDI	Exchange Rate Deviation Index, mißt die Aweichung des externen Wechselkurses (z.B. an den Bankschaltern) von der realen Kaufkraft eines Landes
EST	siehe EE, Estland
EU	Europäische Union
EU-15	die 15 Mitgliedsstaaten der EU (Stand 1.1.2001)
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGI	Europäischer Gerichtshof 1. Instanz
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
ex-CSR	ex-Tschechoslowakische Republik (bis 31.12.1992)
ex-USSR	siehe GUS
F	Frankreich
F	statistische Kennzahl über die Überzufälligkeit eines Zusammenhanges
FIAF	Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei
FIN	Finnland
FL	Liechtenstein
F _M	Produktivität im Land (den Ländern), aus denen die Importe stammen
F _x	Produktivität im Exportsektor eines Landes
FYROM	Mazedonien
GB	Großbritannien
GD	Generaldirektion, Generaldirektorin/direktor
GDP	siehe BIP, Bruttoinlandsprodukt
GEM	Frauenmachtbeteiligungsindex des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen
GER	siehe D
GNP	siehe BSP, Bruttonsozialprodukt
GR	Griechenland
GRE	siehe GR, Griechenland
GS	Generalsekretärin/sekretär
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
H	Ungarn
HDI	Humanentwicklungsindex des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen
HDR	<i>Human Development Report</i> des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen
HJ	Halbjahr
HUN	siehe H, Ungarn
I	Italien
ILO	Internationale Arbeitsorganisation
IMF	Internationaler Währungsfond
INDONES	Indonesien
INTERREG	Programm der Europäischen Kommission zur Förderung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit
IOM	International Organization for Migration
IPISS	Institut für Arbeit und Sozialpolitik, Grundsatzabteilung des polnischen Arbeitsministeriums
IRE	siehe IRL, Irland
IRL	Irland
ISL	Island
ITA	siehe I, Italien
KM	Kommissionsmitglied
KRO	Kroatien
L	siehe LUX, Luxemburg
LB	Leistungsbilanz
LEADER	Programm der Europäischen Kommission zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch Maßnahmen lokaler Aktionsgruppen
LEX	Lebenserwartung
LIT	siehe LT, Litauen

InALR	natürlicher Logarithmus der Arbeitslosenrate
InBIPK	natürlicher Logarithmus des Prokopfeinkommens
LT	Litauen
LUX	Luxemburg
LV	Lettland
M	Malta
MEX	Mexiko
MIT	Massachusetts Institute of Technology
MOEL	mittel- und osteuropäische Länder
MOEL-BK	mittel- und osteuropäische Länder, die Kandidaten für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union sind
MP	Migrationspotential
MS	Mitgliedsstaat(en)
N	Norwegen
NAFTA	Nordamerikanisches Freihandelsabkommen
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NL	Niederlande
Ö	Österreich
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖNB	Österreichische Nationalbank
P	Portugal
p.c.	Pro Kopf
PCI	Prokopfeinkommen
PHARE	Hauptprogramm der EU zur Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Staaten
π , π	Zahl pi (3,14)
PL	Polen
P_M	Importpreise
POL	siehe PL, Polen
POR	siehe P, Portugal
PPP	Purchasing Power Parity, i.e. die reale Kaufkraft eines Landes
P_x	Exportpreise
R^2	Bestimmungsmaß in einer statistischen Regressionsgleichung
RF	Russische Föderation
RO	Rumänien
ROM	siehe RO, Rumänien
S	Schweden
SAPARD	Besonderes Beitrittsprogramm der EU für die Landwirtschaft und die ländliche Entwicklung in den Beitrittskandidatenstaaten
SF	siehe FIN, Finnland
SK	Slowakei
SLK	siehe SK, Slowakei
SLO	Slowenien
SP	Spanien
SPA	siehe SP, Spanien
T	der Wertgewinn oder Wertverlust aus dem ungleichen Austausch, berechnet nach der Formel: $T = d \cdot X - X$; $d = ERDI$; X die Exporte eines Landes in die Hocheinkommensländer der Weltökonomie; T der Wertgewinn oder Wertverlust aus dem ungleichen Austausch
TAIEX	Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe der Europäischen Kommission
THAI	Thailand
TK	Türkei
t_n	Zeit zum Zeitpunkt n
TRIPS	Abkommen über handelsrelevante Aspekte geistigen Eigentums
TRK	siehe TK, Türkei
t-Test	statistisches Testverfahren zur Ermittlung der Überzufälligkeit (Signifikanz) eines Zusammenhanges
UB	Unselbstständig Erwerbstätiger
UdSSR	Union der sozialistischen Sowjetrepubliken
UK	siehe GB, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland

UN ECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen
UNICEF	Welt-Kinder-Hilfswerk der Vereinten Nationen
UNIFEM	Entwicklungsfond der Vereinten Nationen für Frauen
UNO	Vereinte Nationen
URBAN	Programm der Europäischen Kommission zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung von Städten und Vorstädten, die sich in einer Krise befinden.
USA	Vereinigte Staaten
UTIP	University of Texas Inequality Project
WAGES	Löhne
WDR	World Development Report der Weltbank
WIDER	World Institute for Development Economics Research (Helsinki)
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WIIW	Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche
WTO	World Trade Organization
WWU	Wirtschafts- und Währungsunion
X	die Exporte eines Landes in die Hocheinkommensländer der Weltökonomie
YUG	siehe BRJ

Executive Summary und Ausblick

Angesichts der in der österreichischen und europäischen Öffentlichkeit bis zum heutigen Tag völlig unterschiedlichen Haltungen zur EU-Erweiterung, die sich heute quer durch politische Parteien, Verbände, und Institutionen ziehen, und auch angesichts der sehr unterschiedlichen Aussagen zum Erweiterungsprozeß, die auch von wissenschaftlicher Seite formuliert werden, legt der Autor eine eigene Zusammenschau und Bewertung der verschiedenen Studien und Positionen vor, die zur weiteren Positionierung dienen können.

Der Autor dieser Studie war bemüht, die in der öffentlichen Diskussion mit dem Herannahen von wichtigen Entscheidungen diametral gegensätzlicher Positionierungen von der Warte der quantitativ arbeitenden, international vergleichenden Sozialwissenschaft neu zu werten².

Dieser Ansatz, der sicherlich auch seine ihm eigenen, innewohnenden Begrenzungen haben mag, erlaubt zumindest, die Hauptaussagen, Vorzüge und Nachteile quantitativer Evidenz für den politischen Entscheidungsprozeß aufzubereiten, und Grundlagen dafür zu liefern, dass eine österreichische Positionierung im Sozialbereich mit relativ gesicherten Aussagen der Sozialwissenschaften operiert.

Im **Kapitel 1** der Studie wird auf den **weltökonomischen Rahmen der heutigen Erweiterung** und ihrer **sozialen Erfolgsaussichten** hingewiesen. Die Weltökonomie ist, ähnlich wie bereits im späten 18. und im späten 19. Jahrhundert, in einer eindeutigen Phase der De-Regulierung, und damit erhöhen sich auch für die Länder Ostmitteleuropas, die seit der Mitte des letzten Jahrtausends auf der Verliererstraße in der Dynamik der zum Atlantik und später zum Pazifik tendierenden Entwicklung der Weltwirtschaft waren, die Risiken, wie sie sich bereits in der Asien- und Rußlandkrise abzeichneten. **Aus Stabilitätsüberlegungen allein schon wird Europa nicht umhin kommen, den neuen Demokratien des Ostens die versprochene Einbindung in die euroatlantischen Strukturen einzulösen.**

Wiewohl nicht direkt Thema der Sozialpolitik, sei auch auf das **außen- und sicherheitspolitische Argument** hinzuweisen, das insbesondere in der durch Erweiterungsskepsis gekennzeichneten innerösterreichischen Debatte viel zu kurz gekommen ist, das aber in den kommenden Jahren um so gewichtiger werden wird - **der Westen** hat

² Die hier vertretene methodische Richtung der vergleichenden Gesellschaftsforschung geht auf den in Prag geborenen amerikanischen Politikwissenschaftler Karl Wolfgang Deutsch zurück. Er lebte von 1912 bis 1992, und war der Stanfield Professor of International Peace an der Harvard University. In seinen zahlreichen Werken, u.a. in *'Tides Among Nations'* (1979) und *'Analysis of International Relations'* (1978) vertrat er die Notwendigkeit einer mit statistischen Methoden operierenden vergleichenden Politikwissenschaft, deren Datengrundlage aggregierte Daten der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung sind. Diese Methode ist in der amerikanischen Sozialwissenschaft sehr stark verbreitet. Heutige Vertreter dieser Forschungsrichtung sind u.a. Volker Bornschier, Christopher Chase Dunn und Joshua Goldstein.

den **MOEL-BK** nach dem **Ende des Kommunismus eine baldige Integration die euro-atlantischen Strukturen in Aussicht gestellt**. Eine etwaige Blockade oder wesentliche Verzögerung des Erweiterungsprozesses käme allein schon aufgrund der bereits eingegangenen völkerrechtlichen Verpflichtungen nicht in Betracht; und hätte auch **Implikationen** für in der **Regierungserklärung** festgelegte **Reformbestrebungen in der österreichischen Sicherheitspolitik**, denn die **MOEL-BK Polen, Tschechien und Ungarn** sind bereits **Vollmitglieder der NATO**. Enge Kooperationen Österreichs mit der NATO könnten bei einer unkooperativen Haltung Österreichs gegenüber den drei genannten Staaten zu einer unkooperativen Haltung der drei neuen NATO-Mitglieder gegenüber einer weiteren Integration Österreichs in die euro-atlantischen Strukturen führen.

Kapitel 2 expliziert des Näheren den **sozialwissenschaftlichen Bezugsrahmen** dieser Studie. Die wichtigsten Konsequenzen der alphabetisch angeführten Theorien und Hypothesen für den Entscheidungsprozeß sind:

1. Die zu erwartenden **demographischen Defizite**, aber auch der zu erwartende Einwanderungsdruck aus Westasien und Nordafrika werden ab Mitte der Dekade die derzeit vorhandenen Bedenken zur Osterweiterung, die aus der Migrationspolitik her motiviert sind, relativieren. Die vorliegende Studie ist eines der ersten Modelle, das diesen Faktor gebührend zu berücksichtigen versucht.
2. Der demographische Faktor wird auch die immer wichtiger werdende **Konkurrenz Europa-Nordamerika-Asien** stark beeinflussen; **ohne ausreichende demographische Basis droht Europa** in dieser Konkurrenz zu **versagen**.
3. Der **Umbau der Systeme der sozialen Sicherheit in Ostmitteleuropa** zu einem **Dreisäulen-Modell** wird die dortigen Pensionssysteme und Kapitalmärkte **dynamisieren**.
4. Generell kann davon ausgegangen werden, dass in einer **instabilen Weltwirtschaft in den neuen Demokratien und Mitgliedsstaaten der EU sich in der nächsten Dekade eine beträchtliche wirtschaftliche Dynamik** entfalten wird, die auch Impulse für die alten Mitgliedsstaaten der EU bedeuten wird.
5. Freilich muß davon ausgegangen werden, dass in einer instabilen und von starken Schwankungen gekennzeichneten Weltwirtschaft der soziale Rahmen des Gemeinschaftsrechts weiterhin einen wichtigen gemeinsamen Nenner Europas bilden wird, und dass letztlich Investitionen in **Humanvermögen, Chancengleichheitspolitik** und **Sicherheit** - im Sinne der sozialen Sicherheit, aber nicht nur in diesem - die zu erwartende Dynamik absichern werden.
6. Zentral für die längerfristigen Wachstums- und Entwicklungsperspektiven der Ostmitteleuropäer wird auch sein, ob sie selbst - und noch mehr Europa - ihre Chancen in den **wissensvermittelnden und wissensverarbeitenden Branchen wahrnehmen**, oder ob Europa ein Europa der Verbundkonzerngiganten, der Autobranche und der Agrarsubventionen bleibt.

7. Tatsächlich ergibt sich auch eine sehr starke Evidenz über die im Wirtschaftszyklus ab ca. 1980 zu beobachtende Notwendigkeit der **De-Regulierung und Flexibilisierung**, die in Europa - nicht nur in Österreich - erst am Anfang steht, und die nicht nur das weitere Geschehen im Erweiterungsprozeß, sondern auch das sozialpolitische Geschehen in den alten Mitgliedsstaaten in den kommenden Jahren prägen wird.

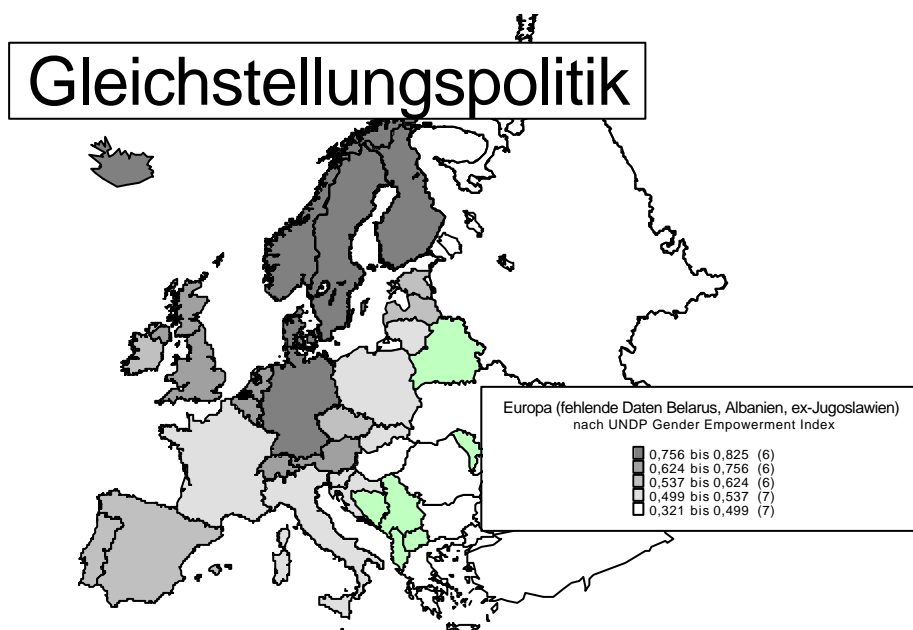
Kapitel 3 faßt die **rechtlichen Gegebenheiten** betreffend den Erweiterungsprozeß zusammen. Die rechtlichen Verpflichtungen im Erweiterungsprozeß betreffen nicht nur die Kandidaten, sondern auch die Mitgliedsstaaten der EU, die sich in Richtung Akzeptanz des Erweiterungsprozesses rechtlich gebunden haben.

Kapitel 4 analysiert das Selbstverständnis der Union als **soziales Europa**. Dieses Verständnis ist grundlegend für das Selbstverständnis der Union.

Kapitel 5 legt eine **qualitative**, **Kapitel 6** eine **quantitative** Analyse des sozial- und gesundheitspolitisch bisher Erreichten in den Reformstaaten vor. Das Fazit dieser beiden Kapitel ist, dass man von folgender - noch gemischten - Bilanz ausgehen muß:

Soziale Sicherheit: Beträchtliches Potential von Dynamisierung und Zusammenarbeit durch die in einigen Reformstaaten eingeführten Drei-Säulen-Modelle der Pensionsversicherung. Die Vorreiter hierbei sind Polen und Ungarn.

Gleichstellungspolitik: Bereits **beträchtliche Leistungen in den weiter fortgeschrittenen Staaten der Luxemburg-Gruppe**, insbes. Tschechische Republik, Slowenien, sowie auch in der Slowakei. Es gibt bezüglich der Gleichstellungspolitik in Europa ein eindeutiges West-Ost und Nord-Süd-Gefälle, das in geographischer Darstellung wie folgt aussieht:



Legende: Frauen-Machtbeteiligung nach Vereinte Nationen (kombiniert Zugang der Frauen zu Parlamentssitzen, Regierungsposten, zu administrativen und technischen Führungsberufen sowie zum Einkommen, und projiziert diese kombinierten Werte auf eine Skala von 0 bis 1)

Behinderte und soziale Eingliederung: Das Interesse der österreichischen und europäischen Sozialpolitik in der Region ist, dass die dortigen Regierungen das erreichte Niveau des **sozialen Schutzes für die Behinderten** und die sozialen Randgruppen **verbessern** (in den Staaten der Helsinki-Gruppe erheblich).

Jugendpolitik: In den Staaten der Helsinki-Gruppe, aber auch in Tschechien und Ungarn bestehen insbesondere für die **Minderheiten der Romas** beträchtliche Barrieren. Es gilt, diese Barrieren abzubauen, damit die Erweiterung sozial verträglich ist und die Migrationsneigung dieser Minderheiten-Gruppe sinkt, vor Ort ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Familien- und Seniorenpolitik: Bis 2050 wird die Bevölkerung der mittel- und osteuropäischen Staaten und der GUS nach Schätzungen der Vereinten Nationen um mehr als 50 Millionen Menschen schrumpfen. Die teils beobachtbare **soziale Desintegration**, die nach der Transformation einsetzte und die es nun endgültig zu überwinden gilt, bedroht nicht nur die Existenz der demographischen gesellschaftlichen Basis in der Zukunft, sondern auch die Familien und das soziale Zusammenleben der Menschen in Haushalten in der Gegenwart. Die vorhandenen UN-Statistiken über die Inzidenz des Selbstmordes in der Welt sprechen eine deutliche Sprache: Unter den 10 **suizidgefährdetsten Gesellschaften der Welt** sind sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen jeweils **8 (ehemalige) kommunistische Staaten** überproportional vertreten (Österreich hält bei beiden Indikatoren Rang 16 von 82 gereihten Staaten). Kriminalität, Alkoholismus und GefängnisKarrieren sowie Prostitution interagieren in einem Milieu der Armut, das sich seit der Transformation beträchtlich verstärkt hat.

Gesundheitspolitik: Die noch bestehenden Probleme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens in den mittel-osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten reflektieren sich insbesondere in einer geringeren **Lebenserwartung**. Der internationale Nachholbedarf in einer erweiterten EU liegt aber hier nicht nur im Osten Europas, sondern auch im Westen des Kontinents. Nicht alle Staaten der EU-15 gehören heute zum internationalen Spitzenfeld der Lebenserwartungsentwicklung als einer unbestrittenen Meßgröße für das Funktionieren des öffentlichen Gesundheitswesens und des Vorhandenseins entsprechender sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen.

Lebensmittel und Veterinärwesen: Hier besteht die Tendenz, dass durch das internationale Agrobusiness, insbesondere überseeische Konzerne, die Massentierhaltung mit all ihren Risiken in der Region weiter Fuß faßt, und dass auch die bisherigen restriktiven europäischen Positionen gegenüber Hormonfleisch aus Nordamerika unterlaufen werden könnten.

Bisherige Vergleiche des Reifegrades der MOEL-BK haben also sozio-ökonomischen Kriterien wie BIP pro Kopf und Löhne in den Vordergrund gestellt und dabei sozio-ökonomische Kriterien noch unzureichend quantitativ bewertet.

An Hand des Datensatzes der Vereinten Nationen (Human Development Report, 2000) ist eine Gewichtung der wichtigsten 45 Sozial- und Gesundheitsindikatoren der Welt für die MOEL-BK im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt möglich.

Das überraschende dieses Vergleichs ist, dass für das gesamte Bündel der 45 herangezogenen Indikatoren - unter der Voraussetzung einer 1:1 Gewichtung aller Größen - die Slowakei sogar noch vor dem EU-Durchschnitt liegt, und lediglich Estland unter 80% des Niveaus der EU liegt. Die in dieser Information verarbeiteten Daten legen darüber hinaus den Schluß nahe, dass gerade Estland andererseits durch seine hohen Investitionen im Bereich der *New Economy* auch sozial gegenüber dem EU-Schnitt bald aufschließen wird.

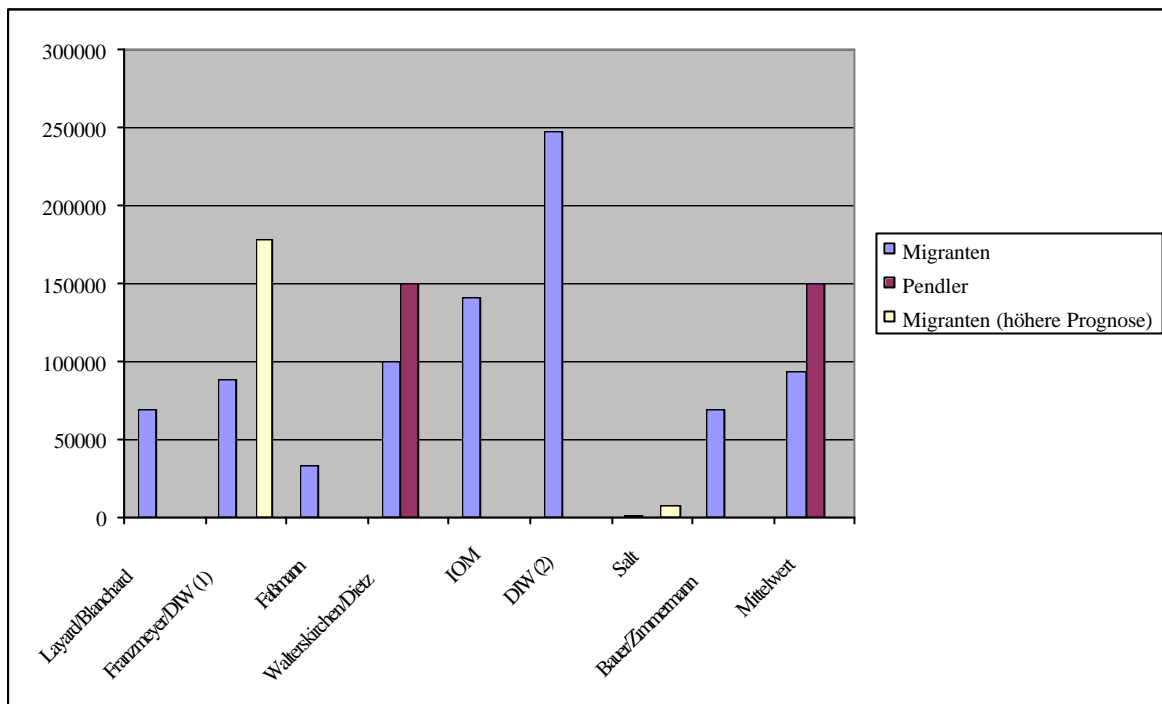
	45 soziale, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Indikatoren
Slowakei	107,17
EU=100	100
Tschechische Republik	96,77
Slowenien	93,13
Lettland	92,3
Polen	91,75
Ungarn	90,17
Litauen	87,38
Rumänien	82,86
Bulgarien	81,95
Estland	78,12

Die Bewertung kombinierte folgenden Kriterien:

1. Anteil der Frauen an den administrativen und Manager-Spitzenpositionen
2. Anteil der Frauen an den professionellen und technischen Beschäftigten
3. Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BNP
4. Ärztedichte
5. BNP pro Kopf
6. Durchschnittliche Lebenserwartung
7. Frauenanteil an den Ministerposten
8. Frauenanteil an den Parlamentssitzen eines Landes
9. Frauenanteil an den Regierungsposten (Staatssekretariate, Unterstaatssekretariate, Sektionsleitungen)
10. Frauenanteil an den Studierenden der dritten Bildungsebene
11. Frauen-Machtbeteiligungsindex (kombiniert % der Parlamentssitze für weibliche Abgeordnete, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der Manager und Administratoren, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der professionellen und technischen Bediensteten, und Realeinkommen der Frauen)
12. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 1998
13. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2015
14. Humanentwicklungsindex des UNDP (kombiniert Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung)
15. Internet-Dichte
16. Männliche Lebenserwartung
17. Männliche Lesekundigkeit
18. Nahrungsmittelimporte als %-Satz des gesamten Güterimports
19. Niedriger Anteil der Ausgaben für den Lebensmittelkonsum am gesamten Haushaltsbudget

20. Öffentliche Erziehungsausgaben per BNP
21. Produziertes BIP pro kg Energiekonsum
22. Verbreitung der Benutzung künstlicher Verhütungsmittel
23. Vermeidung einer hohen Müttersterblichkeitsquote
24. Vermeidung einer hohen Rate von Personen, die rauchen
25. Vermeidung einer hohen Rate von TB-Erkrankungen
26. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes an Kindern, die bei der Geburt an Untergewicht leiden
27. Vermeidung hoher männlicher Selbstmordraten
28. Vermeidung hoher Mordraten
29. Vermeidung hoher weiblicher Selbstmordraten
30. Vermeidung einer hohen Kindersterblichkeitsquote
31. Vermeidung einer hohen Konzentration des Volkseinkommens bei den reichsten 20% der Bevölkerung
32. Vermeidung einer hohen Quote von CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung
33. Vermeidung einer hohen Rate von *teen-age*-Schwangerschaften
34. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes der Menschen eines Landes, die vor dem 60. Geburtstag sterben
35. Vermeidung hoher Scheidungsraten
36. Vermeidung männlicher Jugendarbeitslosigkeit
37. Vermeidung von Beschäftigungsverhältnissen, in denen Frauen unbezahlte Familienarbeitskräfte sind
38. Vermeidung von Jugend hinter Gittern (gemessen mit dem Anteil der Jugendlichen an allen verurteilten Straftätern)
39. Vermeidung von Vergewaltigungen
40. Vermeidung weiblicher Arbeitslosigkeit
41. Vermeidung weiblicher Jugendarbeitslosigkeit
42. Weibliche Erwerbsquote
43. Weibliche Erwerbsquote als % der männlichen Erwerbsquote
44. Weibliche Lebenserwartung
45. Weibliche Lesekundigkeit

Kapitel 7 und 8 faßt die **vorhandene Evidenz im Bereich Migration** zusammen. Im Schnitt ergeben die wichtigsten Prognosen für Österreich **93800 Migranten und 150.000 Pendler** in einem **Zeitraum von einer Dekade**. An der Methode der meisten Studien ist zum Teil erhebliche Kritik zu üben. Dies, weil z.B. bei Walterskirchen/Dietz ökonomische Koeffizienten einer amerikanischen Studie übernommen worden sind (Barro/Salla-i-Martin), während diese amerikanischen Autoren selbst sich eher gegen eine derartige Übernahme aussprechen. Die Koeffizienten in der Gleichung Einkommen --> Migrationsneigung beeinflussen aber erheblich das projizierte Migrationspotential. Die wichtigsten Studien projizieren folgende Migration nach Österreich für die nächste Dekade:



Als die verlässlichste Prognose kann aus methodischen Gründen die Modellrechnung des DIW 1999 angenommen werden. Die DIW-Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

Tabelle: Zuwachs der Bevölkerung aus 10 MOEL-BK in den Staaten der EU bis 2015 in Personen - Annahme - keine Übergangsfristen im Migrationsbereich

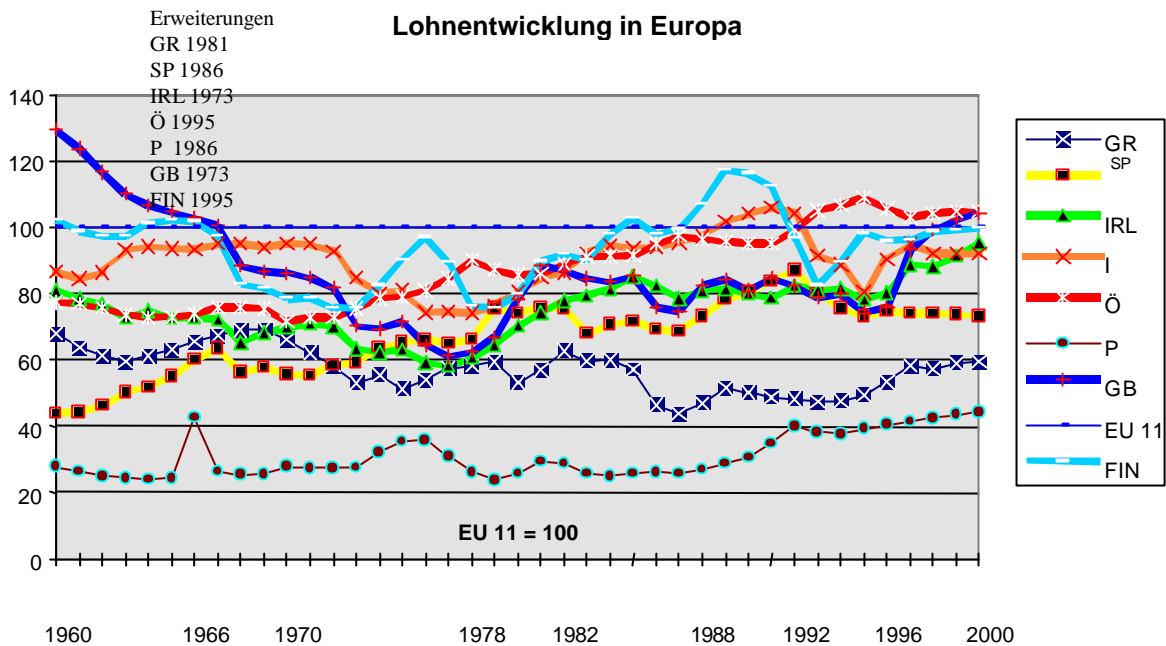
	2002	2005	2010	2015
Belgien	4241	3140	1855	1043
Dänemark	3489	2583	1526	858
Deutschland	218430	161720	95560	53721
Finnland	4718	3493	2064	1160
Frankreich	8661	6412	3789	2130
Griechenland	7925	5867	3467	1949
GB	15353	11367	6717	3776
Irland	79	58	34	19
Italien	13577	10052	5940	3339
Luxemburg	276	204	121	68
Niederlande	3782	2800	1654	930
Österreich	40547	30020	17739	9972
Portugal	307	228	135	76
Schweden	10310	7634	4511	2536
Spanien	4149	3072	1815	1020
Gesamt	335844	248650	146927	82597

Deutschland und Österreich sind mit Anteilen von 66 % und 11 % annahmegemäß die beiden am stärksten von der Migration aus den MOEL-BK betroffenen Länder. Diese Tendenzen sind in der folgenden Tabelle abgebildet:

	Projizierte Wohnbevölkerung aus 10 MOEL BK, 2010 nach DIW
Belgien	36713
Dänemark	30204
Deutschland	1890933
Finnland	40844
Frankreich	74974
Griechenland	68604
GB	132908
Irland	682
Italien	117538
Luxemburg	2386
Niederlande	32736
Österreich	351013
Portugal	2662
Schweden	89256
Spanien	35916
Gesamt	2907369

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind nach DIW unbegründet.

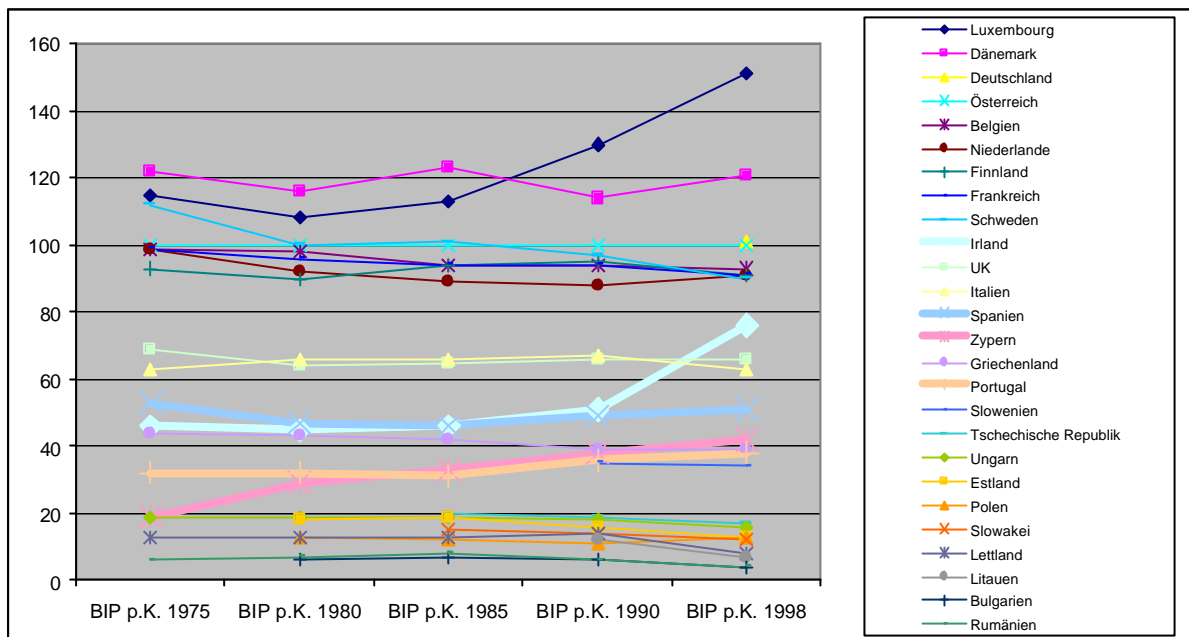
Kriterien, die die Einführung der Migrationsfreiheit mit Erreichung von **70% oder 80% des Lohnniveaus der EU** koppeln, werden in dieser Studie strikt abgelehnt, weil sie die Geschichte der Lohnfluktuationen in der bisherigen EU völlig übersehen, und - die Regierungen der MOEL-BK könnten darauf hinweisen - letztlich sogar die Burgenländer und die Frauen in Österreich von der Migrationsfreiheit in der EU fernhalten könnten, weil auch sie unter 80% des Lohnniveaus in Österreich liegen. Das Kapitel sichtet die gesamte vorhandene Evidenz und kommt zu folgendem Schluß: je nach Datenlage, sind Spanien, Griechenland und Portugal jeweils knapp in der Nähe eines solchen Kriteriums (80% des Lohnniveaus der EU) oder sogar darunter; das Kriterium fände in der EU keinen Konsens. Die **EK GD II** schließlich geht in ihrer Datenserie (AMECO GD II 5/10/1999) von folgenden Relationen der **nominellen Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft** (EU 11 = EU 15 minus DK, GR, S, GB) aus:



Selbst Finnland und GB, ja auch Österreich vor 1975 lag unter 80% des EU-Durchschnitts, weshalb also zweierlei Maß anlegen?

Darüber hinaus plädiert die vorliegende Studie im **Kapitel 8** aber auch dafür, aus sozialpolitischen Gründen für eine eher baldige Mitgliedschaft der MOEL-BK in der **Währungsunion** zu optieren, da durch das **Wegfallen der Schwankungen** der Wechselkurse eine bedeutende Stabilisierung der wirtschaftlichen und sozialen Systeme der Nachbarstaaten eintreten würde.

Auch bei Vergleichen des Prokopfeinkommens in US \$ in Europa zeigt sich, wie restriktiv ein 70% - 80%-Kriterium werden könnte, denn der europäische Süden liegt heute noch unter 80% des BIP des EU-Durchschnitts. Lediglich Irland, Spanien, Zypern und Portugal erlebten in den letzten Jahren einen wirklichen Konvergenzprozeß:



Quelle: eigene Berechnungen, basierend auf der Datenserie des UNDP HDR 2000 über das BIP pro Kopf in realen 1995-er \$

Insbesondere seitdem Mitte der 70-er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Konvertibilität des \$ gegenüber dem Gold aufgehoben wurde, haben sich - grob gesprochen - die Schwankungen im Außenwert der Währungen in der Weltwirtschaft verstärkt; die Außenwerte in den semi-peripheren Staaten (darunter Osteuropa) gehen langfristig nach unten und divergieren immer stärker von der internen Kaufkraft; mit der Folge, dass die in den Exporten aus diesen Staaten nach Europa und Nordamerika vergegenständlichte Arbeit damit eine 'Abwertung' erfährt, während unsere Exporte nach Osteuropa dort immer mehr Arbeit erfordern, um bezahlt zu werden. Gernot Köhler und andere Ökonomen, die solche Thesen vertreten, glauben in diesem Prozeß auch einen starken Hebel in Richtung Anwachsen der sozialen Polarisierung in den Ländern des Zentrums selbst zu entdecken. Die hier präsentierte empirische Evidenz bestätigt weitgehend Köhlers Vermutungen.

Kapitel 9 schließt Überlegungen über den Modernisierungsdruck in den MOEL BK an.

Kapitel 1: Ein soziales Europa im Zeitalter der Globalisierung. Politische Prioritäten und historische Fakten

Ziel dieser Studie ist, das zum Teil sehr heftig diskutierte Thema der sozialen Konsequenzen der bevorstehenden EU-Erweiterung zu versachlichen, und von der Warte der quantitativ-vergleichenden Gesellschaftsforschung zu analysieren.

Während die Konvergenz (Angleichung) der Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger eines Landes das Grundproblem der Sozialpolitik auf nationalstaatlicher Ebene darstellt, ist die Konvergenz der Einkommen und Lebensbedingungen zwischen ärmeren und reicheren Staaten das grundlegendste Problem der internationalen Sozialpolitik. So wie auf nationalstaatlicher Ebene verschiedenste Lösungsansätze bestehen, die von einer Förderung der Marktkräfte bis hin zu staatlichen Eingriffen reichen, sind die Methoden zur Erreichung der Konvergenz auf internationaler Ebene Gegenstand verschiedenster Entwürfe, Institutionen und Projekte.

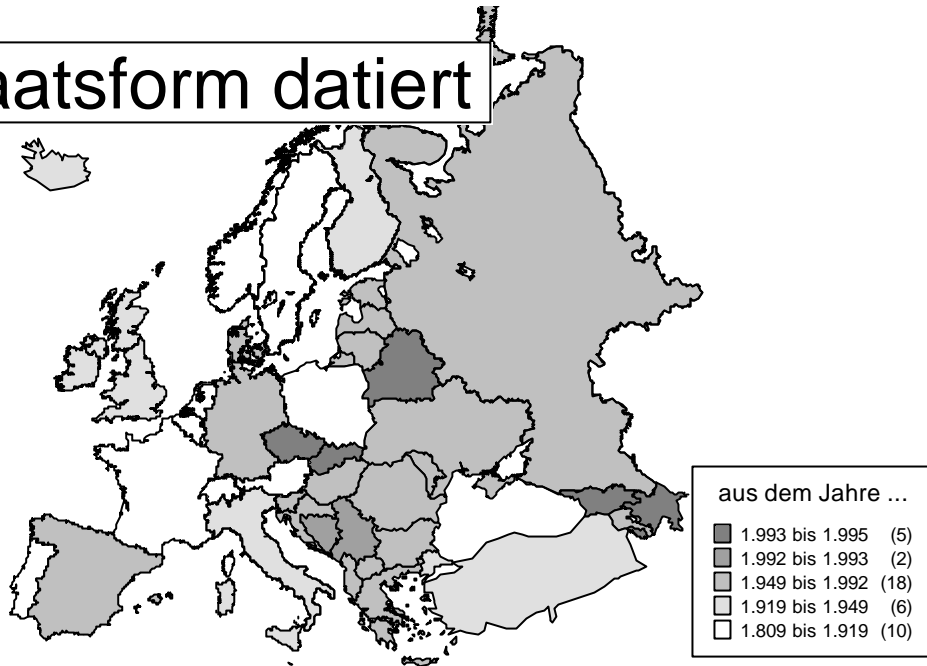
Die Europäische Union setzte sich seit ihrer Gründung (Artikel 2, EGV) eine harmonische Entwicklung zum Ziel, und ist damit – weltweit – der größte Wirtschaftsverbund, der sich einer solchen, auf Konvergenz der Lebensbedingungen von Bürgerinnen und Bürgern in Staaten mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau gerichteten Zielsetzung widmet.

Von den bald 6 Milliarden Einwohnern dieser Welt leben heute 842 Millionen in den entwickelten Industrienationen, fast 400 Millionen Menschen in den Staaten Ostmitteleuropas und der ehemaligen UdSSR, und über 4.5 Milliarden in den Entwicklungsländern. 2015 werden voraussichtlich 7.2 Milliarden Menschen die Erde bewohnen. 95% des Bevölkerungswachstums wird bis dahin in Entwicklungsländern stattfinden.

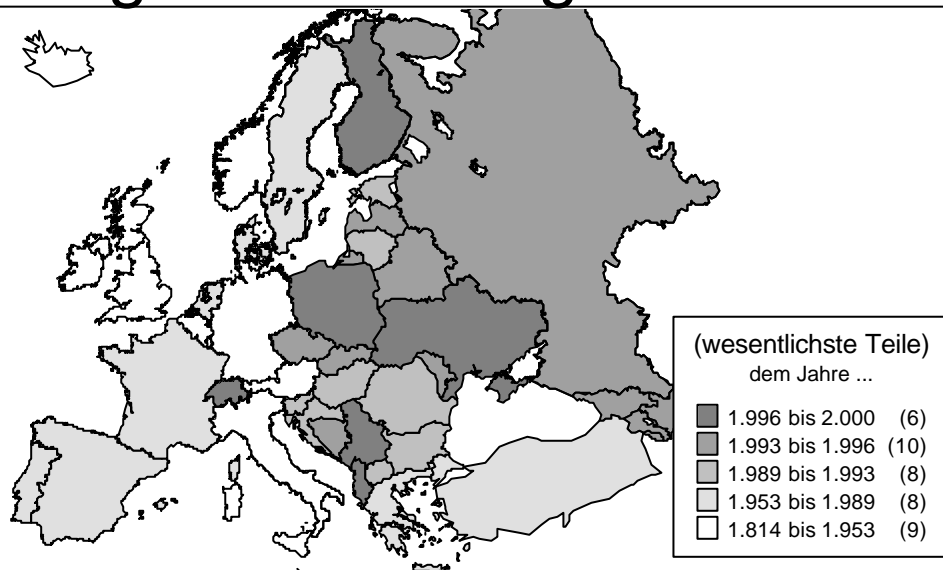
Wie die Konvergenz zu erreichen ist, ist also eine Sache – sei es durch Verstärkung der Marktkräfte auf nationaler Ebene und im Welthandel, sei es durch staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen oder den Außenhandel. Das starke soziale und ökonomische Gefälle, das die heutige Welt prägt, geht historisch nach übereinstimmender Aussage der Sozialwissenschaften auf das lange 16. Jahrhundert unserer Zeitrechnung zurück, als die außereuropäischen Zonen der Welt Kolonien mit einer wirtschaftlichen Ausrichtung auf die Zentren wurden, und hat sich seit der Phase der Industrialisierung ab 1750 gestärkt und verfestigt. Die neoklassische Wirtschaftstheorie beinhaltet die Annahme, dass die Märkte zu einem Ausgleich der Einkommen, der Löhne und der Beschäftigung auf Weltebene führen. Der technische Fortschritt hat sich aber seit Mitte des 18. Jahrhunderts sehr ungleichmässig ausgebreitet, und rohstoffexportierende Staaten (außer Erdöl) haben in der internationalen Wirtschaft ungleich schwierigere Bedingungen vorgefunden als die alten Industrieländer.

Das Datum der Verfassungsgebung sowie das Datum des Beitritts zu den Vereinten Nationen sagen uns heute sehr viel über die Kontinuität der nationalstaatlichen Entwicklung innerhalb stabiler, weltpolitisch anerkannter Grenzen. Im Osten Europas fehlt diese Kontinuität oft:

Staatsform datiert



Die heutige Verfassung datiert aus



Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Fischer Weltalmanach, 2001

Ostmitteleuropa und die ehemalige Sowjetunion fielen ab 1750 - mit Ausnahme Böhmens - wirtschaftlich gegenüber den sich im Westen entwickelnden Zentren der industriellen und finanziellen Macht zurück. Noch um 1100 war beispielsweise die Ukraine ein mächtiger europäischer Staat, und um 1450 war Polen der flächenmäßig größte Staat Europas. Die Expansion des kolonialen Handels mit Übersee drängte die Wichtigkeit der baltischen Hansestädte zurück; mit dem Niedergang Venedigs im östlichen Mittel-

meer und auf dem Balkan bildete sich ein Vakuum, in das das Osmanische Reich vorstieß; weite Zonen des europäischen Ostens gerieten in Stagnation und Fremdherrschaft. Auch zwischen den Ländern des europäischen Nordens und Südens taten sich im 19. Jahrhundert bedeutende Differenzen auf, die bis heute fort dauern. Weite Strecken des 20. Jahrhunderts war der europäische Osten und Süden eine Zone der politischen Instabilität und Gewalt, und letztlich war auch der Kommunismus, der die Region vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Jahr 1989 beherrschte, untrennbar mit dem Versuch einer 'aufholenden Entwicklung' gegenüber dem europäischen Westen verbunden. Ist wenigstens nach dem Ende des Kommunismus in Osteuropa und der bevorstehenden Erweiterung der europäischen Union nun die Konvergenz der Lebensbedingungen zu erwarten?

Die derzeitige Erweiterung der EU ist die erste Erweiterungswelle der EU, die auch völlig unter den Voraussetzungen globalisierter Wirtschaftsstrukturen und Finanzmärkte stattfindet. Folgerichtig sieht beispielsweise die US-Regierung in ihrer Langzeit-Prognose für die Welt (Global Trends 2015: A Dialogue About the Future With Nongovernment Experts, National Foreign Intelligence Board, December 2000) die widersprüchlichen Auswirkungen der Globalisierung auf die Beschäftigung, die ausländischen Besitzverhältnisse und die kulturelle Penetration in den Staaten Ostmitteleuropas als eine der wesentlichen Herausforderungen für den Erweiterungsprozeß der Union bis 2015 (vgl. weiter unten). Der Druck in Richtung autoritärer, nationalistischer Kräfte zur Linken und zur Rechten könnte sich, so die US-Regierung in der genannten Langzeitprognose, in den Staaten der Region verstärken, vor allem auch im Hinblick auf die langen, zu erwartenden Verzögerungen des Beitrittsprozesses sowie zu erwartende, polarisierende Nachwirkungen der schließlich erzielten Mitgliedschaft³.

Wie bereits in der 2. Hälfte des 18. und 19. Jahrhunderts ist die Globalisierung (der wachsende grenzüberschreitende Fluß von Gütern, Dienstleistungen, Kapital und Arbeit) im Anwachsen und mag durch folgende, von den Vereinten Nationen (UNDP HDR, 2000) erhobene Kennzahlen umschrieben werden:

- Die Weltexporte machen bereits 21% des weltweiten Bruttosozialprodukts aus
- Die Auslandsinvestitionen betragen bereits weltweit 400 Milliarden \$ (425 Milliarden Euros)
- Der tägliche Umsatz des weltweiten Handels mit Währungen macht 1500 Milliarden \$ (1594 Milliarden Euros) aus - bei einem weltweiten BSP von 29409 Milliarden \$ (31253 Milliarden Euros) ist das jährlich das 18,6 fache der weltweiten Summe von Gütern und Dienstleistungen, die produziert werden
- Internationale Bankkredite betragen heute 4200 Milliarden \$ (4463 Milliarden Euros)

Mit ihren mehr als 375 Millionen Einwohnern bildet die EU den größten Binnenmarkt in der industrialisierten Welt. Entscheidend wird sein, ob es in Europa gelingen wird, den ‚sozialen Raum‘ Europa zu erhalten, oder ob letztlich Europa vor dem Diktat der Erfordernisse des Weltmarktes seinen bislang bestehenden, erheblichen sozialen Schutz aufgeben wird.

Das Sozialrecht und die Sozialpolitik spielen in der Union eine wesentliche Rolle. Im Artikel 2 des Vertrages über die Europäische Union (EUV) heißt es:

“Die Union setzt sich folgende Ziele:

³ <http://www.cia.gov/cia/publications/globaltrends2015/index.html>

- die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts und eines hohen Beschäftigungsniveaus sowie die Herbeiführung einer ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung”

Aber nicht (nur) rechtliche Normen, sondern reale ökonomische Prozesse werden letztlich bestimmen, ob dieses hohe Ziel in der (erweiterten) EU erreicht werden kann, und wie erfolgreich Europa im Vergleich zu anderen Regionen der Weltwirtschaft im angebrochenen neuen Jahrtausend sein kann.

Die vorliegende Analyse geht von folgenden Prioritäten für die wünschbare Entwicklung in den mittel- und osteuropäischen Ländern in den nächsten Jahren aus:

- Armutsbeseitigung
- Gleichstellung zwischen Frauen und Männern
- Demokratisierung der Gesellschaft
- Schutz der Umwelt

Damit wiederholt diese Studie den Zielkatalog zahlreicher internationaler sozialpolitischer Berichte, Leitlinien und Programme, wie sie schon während des Kopenhagener Welt-Sozialgipfels 1995 beschlossen worden sind. Der EU-Gipfel von Lissabon hat das Ziel der Förderung der sozialen Integration erneut bekräftigt, und den Zielkatalog um die Komponente des 'wissensbasierten Wirtschaftsraumes' erweitert⁴. Diese Elemente können als Konsens internationaler politischer Zielsetzungen betrachtet werden; die Methoden zur Erreichung dieser Ziele divergieren zwischen der Betonung der Elemente des Marktes und der staatlichen Eingriffe.⁵

Die Erweiterung der EU darf das Bestehen des 'sozialen Raums Europa' nicht gefährden. Übergangsfristen im Sozialbereich - wie sie von den Beitrittskandidaten aus Kostengründen mitunter geltend gemacht werden - sind auszuschliessen, Österreich muss mit seiner langen gemeinsamen Grenze mit den mittel- und osteuropäischen auch aus Eigeninteresse auf möglichst hohen sozialen Standards bei Vollbeitritt beharren.

Die erweiterte EU muss mehr sein als ein vergrößerter Binnenmarkt. Aussagen über ein soziales Europa lassen sich bereits auf die 'Gründergeneration' der EU zurückführen. Deshalb heisst es in den Verträgen von Rom:

4 Die in Kopenhagen 1995 auf Regierungsebene beschlossenen Entwicklungsziele lauten:

- Schaffung eines ökonomischen, politischen, sozialen und kulturellen Klimas, das die Menschen aktiviert, Sozialentwicklung zu erzielen
- Beendigung der absoluten Armut bis zum einem durch jedes Land zu erstellenden Zieldatum
- Unterstützen der Vollbeschäftigung als grundlegendes Politikziel
- Fördern der Sozialintegration, die auf der Verbesserung und dem Schutz aller menschlichen Rechte basiert
- Erzielen von Gleichheit und Gerechtigkeit zwischen Frauen und Männern
- Erreichen der universellen Bildung und ein gerechter Zugang zur Ausbildung und zur Primärgesundheitspflege
- Sicherstellen, dass strukturelle Anpassungsprogramme auch Ziele der Sozialentwicklung beinhalten
- Erhöhung der Budgetmittel, die für die Sozialentwicklung zugeordnet werden

Zum Gipfel von Lissabon vgl. Schlußfolgerungen der Vorsitzes, Europäischer Rat, Lissabon, 23. und 24. März 2000, insbesondere Punkt 32

5 vgl. auch die internationalen Entwicklungsziele der österreichischen Bundesregierung lt. geltendem Regierungsprogramm, Abschnitt Außen- und Europapolitik, Abschnitt 7 (Entwicklungszusammenarbeit)

Artikel 2 EGV:

Aufgabe der Gemeinschaft ist es, durch die Errichtung eines Gemeinsamen Marktes und einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die Durchführung der in den Artikeln 3 und 4 genannten gemeinsamen Politiken oder Maßnahmen in der ganzen Gemeinschaft eine harmonische, ausgewogene und nachhaltige Entwicklung des Wirtschaftslebens, ein hohes Beschäftigungsniveau und ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Gleichstellung von Männern und Frauen, ein beständiges, nichtinflationäres Wachstum, einen hohen Grad von Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz der Wirtschaftsleistungen (...) die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt (...) zu fördern

Eine rationale europäische Sozialpolitik hat daher größtes Interesse daran, dass die Beitrittskandidaten folgende Ziele verfolgen:

- **Humane Entwicklung.** Nicht nur wirtschaftliches Wachstum ist entscheidend und ist eine Grundvoraussetzung der politischen Stabilität, sondern auch eine ausreichende Humanvermögensausstattung. Sie bedeutet neben einer Hebung der Realeinkommen vor allem die Hebung der Lebenserwartung der Bevölkerung und die Verbesserung der Bildung. Gemessen wird die Humane Entwicklung mit dem Humanentwicklungsindex (*Human Development Index, HDI*)
- **Gender Empowerment,** die verstärkte Machtbeteiligung der Frauen als der benachteiligten Hälfte der Menschheit; sie bedeutet eine stärkere Vertretung der Frauen in den gesetzgebenden und administrativen Körperschaften, einen verbesserten Zugang der Frauen zu Berufen auf der Ebene der Manager, der professionellen und technischen Beschäftigten und einen höheren Anteil der Frauen an den erwirtschafteten Einkommen. Gemessen wird die Machtbeteiligung der Frauen mit dem FrauenmachtbeteiligungsindeX der Vereinten Nationen (*Gender Empowerment Index; GEM*)

Darüber hinaus bestehen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten noch immer viele mehr oder weniger große Defizite im Sozialbereich. Es wird die Aufgabe der dortigen Regierungen sein, sie zu beheben (vgl. die Auflistung am Ende dieser Studie).

Die heutigen Sozialwissenschaften gehen dabei von folgenden wesentlichen Hypothesen zur weiteren Entwicklung der Weltgesellschaft aus (vgl. folgendes Kapitel)

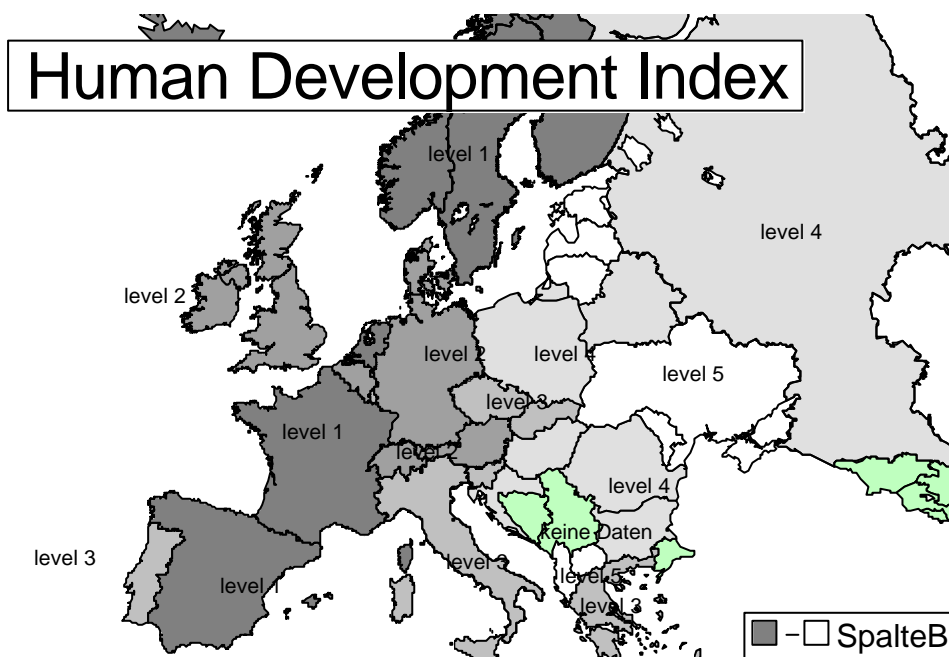
Kapitel 2: Das sozialwissenschaftliche Weltbild dieser Studie

Der Reihe nach sollten die wichtigsten Grundbegriffe, Hypothesen und Theorien dargestellt werden, auf denen die folgende Analyse basiert. Zur weiteren Analyse verweist der Autor auf die im Literaturverzeichnis angeführten Titel. Die an sozialwissenschaftlichen Methoden nicht sonderlich Interessierten können diesen Abschnitt gegebenenfalls auch überspringen, er dient der Nachvollziehbarkeit der vorliegenden Untersuchung

Acquis Communautaire und die soziale Realität in Europa

Der Gemeinschaftlicher Rechtsbestand der EU. Die EU hofft, dass durch die Anwendung des Rechtsbestandes es zu einer Konvergenz der Lebensbedingungen in Europa kommt. Die sozialen Realitäten, sagt die vergleichende Gesellschaftsforschung, in Europa sind hingegen von einem großen Gefälle Nord-Süd und West-Ost geprägt:

Humanentwicklung (kombiniert Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung)



Anteil der EU-Staaten am weltweiten technischen Fortschritt

Man mißt diesen mit dem Anteil der residenten Patente, den heute die Wirtschaften der EU-15 in der Weltökonomie erzielen. Er liegt bei nur 25% aller weltweiten residenten Patente, während Japan und Südkorea über 50% Anteil haben. Die USA verfügen über 16%. Bei zahlreichen Indikatoren der weltweiten ökonomischen Macht im Zeitverlauf sieht man den Abstieg Europas und seiner Konzerne, die durch die hohen Zollmauern der EU nach außen geschützt sind: es sinkt der Anteil am Kapitalstock der weltweiten Direktinvestitionen; es sinkt der Anteil der Europäer an den 50 führenden Konzernen der Welt etc. etc. Die technologische Abhängigkeit (ausländische Patente per gesamte re-

gistrierte Patente) ist eine der stärksten Determinanten der Arbeitslosigkeit eines Landes, auch der Frauenarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit. Ohne neue, im Land geschaffene Technologien verkümmert eine Ökonomie zusehends. Die negative Korrelation zwischen der technologischen Abhängigkeit und anderen Indikatoren des sozialen Wohlstands ist ebenso sehr ausgeprägt.

Ausgaben und Einnahmen der EU - hoher Anteil der struktur-konservierenden Maßnahmen

Ausgaben zu 45% für das Landwirtschaftssystem, 37% für Strukturfonds. Einnahmen zu 40% aus der Mehrwertsteuer in den Mitgliedsstaaten, 15% aus Zöllen (durchschnittliches Niveau der Außenzölle gegenüber nicht-Mitgliedern über 8%), und 43% aus Zahlungen der Mitgliedsbeiträge. Damit dominiert das Struktur-konservierende Element auf beiden Seiten. Wenn Europa das nicht ändert, hat es im globalen Konkurrenz-Kampf wohl, so meinen die meisten Beobachter, keine Chance. Die Liste jener Sozialwissenschaftler, die die EU-Wirtschaftspolitik als Interventionismus verurteilen, ist lange. Erich Weede von der Universität Köln etwa sagt, professionelle Ökonomen hätten sich hart getan, eine Politik zu erfinden, die so wenig Nutzen stiftet und der Weltwirtschaft so sehr schadet wie die gemeinsame Agrarpolitik. Nach Weede und anderen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftlern kommt hinzu, dass in alt werdenden Demokratien kleine Interessengruppen versuchen, den Markt durch sozialen Druck für sich zu beeinflussen. Die Macht der Agrarlobbies in Brüssel, die Auswüchse der Kadaververwertung, sowie die Überhandnahme des 'Pharming' in der Landwirtschaft sind ein guter Beleg für Weede's Thesen⁶. Hohe Staatsausgaben bilden für kleine, rücksichtslose Verteilungskonkurrenzen eine ideale Voraussetzung, ebenso der institutionelle, auf Interventionismus und Protektionismus ausgerichtete Rahmen der EU. Deshalb zeigen empirische Untersuchungen über das Wachstum und die soziale Entwicklung der westlichen Demokratien, dass Demokratiealter, Staatsausgaben, und Jahre der EU-Mitgliedschaft das Wachstum und Indikatoren der sozialen Entwicklung negativ determinieren. Die privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Europa sind dafür im Zeitverlauf gesunken und betragen nur mehr 1.85% des BIP in der 15-er EU.

Auslandskapital und soziale Entwicklung

Ein hoher Anteil der Investitionen der transnationalen Konzerne zum BSP der Gastländer ist oftmals Ausdruck einer verfehlten inländischen Sparförderung, eines strukturellen Leistungsbilanzdefizits eines Landes oder einer verfehlten inländischen Investitionsförderung und muß nicht immer der wirtschaftlichen oder sozialen Dynamik in den Gastländern dienen.

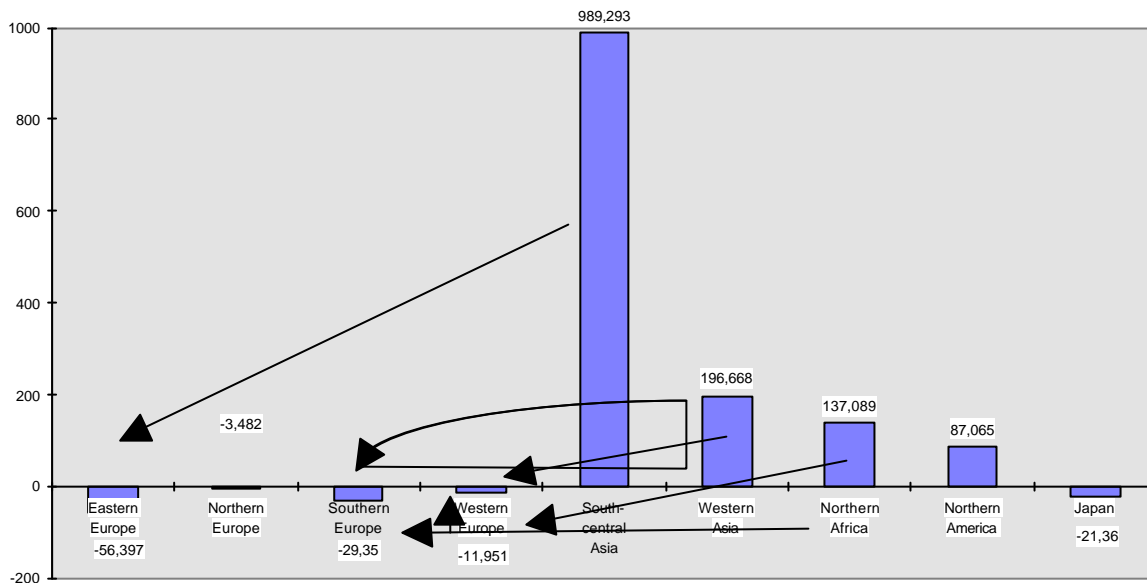
Bevölkerungsprognosen und Modelle der sozio-ökonomischen Entwicklung

Die jüngsten, **mehr als pessimistischen Bevölkerungsprognosen der UNO für Europa im Vergleich mit Nordamerika** und den übrigen Regionen der Weltökonomie lauten: **Europa und Japan wird ohne entsprechende Migrationspolitik gegenüber den USA ins Hintertreffen geraten.** Nordamerika wird einen Bevölkerungszuwachs

6 vgl. hierzu insbesondere <http://www.monde-diplomatique.fr/1999/07/MARECHAL/12216.html>

von fast 90 Millionen Menschen haben, während Europa insgesamt um über 100 Millionen Menschen schrumpfen wird. Ohne eine entsprechende Migrationspolitik haben deshalb Europa - und Japan - nicht die geringste Chance im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf mit den USA. Um nur **die Erwerbsbevölkerung von 1995 bis 2050 konstant zu halten**, braucht etwa **Deutschland eine Jahreseinwanderung von 500.000 Menschen pro Jahr**. Um den **support level** von 1995 konstant zu halten (4 Erwerbstätige auf 1 Pensionisten) würde Deutschland eine Jahreseinwanderung von 3.4 Millionen Menschen pro Jahr benötigen:

Demographischer Zuwachs 1998-2050 und Migrationspotentiale



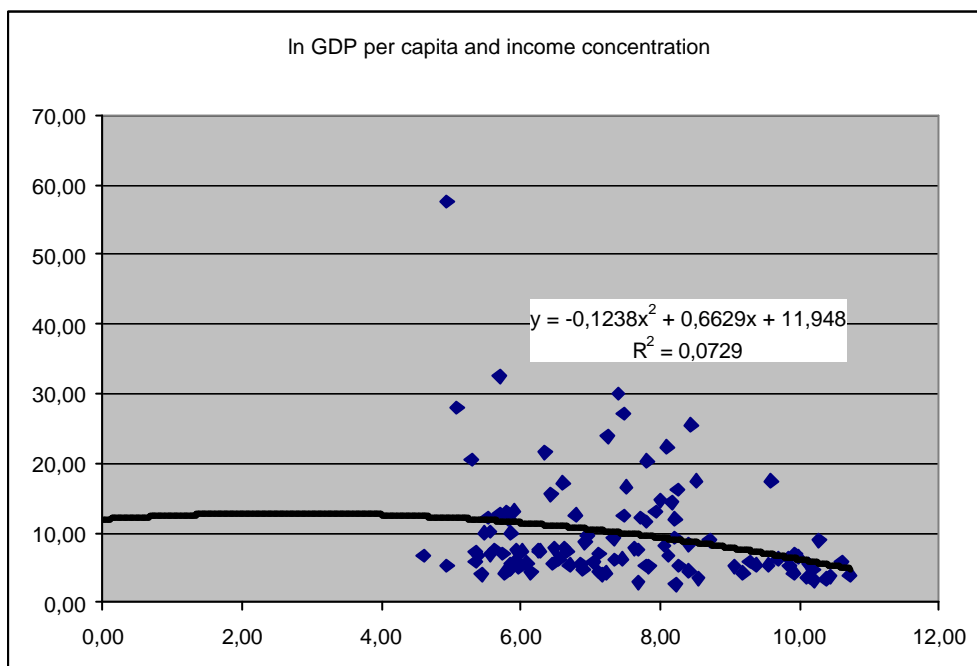
Quelle: eigene Darstellungen und Berechnungen aus UN Population Information Network, <http://www.undp.org/popin/> und <http://www.undp.org/popin/wdtrends/replamigration.htm>
 United Nations publication, (ST/ESA/SER.A/176), Sales No. E.99.XIII.6, Copyright (C) United Nations 1999)

Bei der längerfristigen Beurteilung der Arbeitsmarktinteressen in Österreich muß die längerfristige demographische Entwicklung im Auge behalten werden, wonach Österreich spätestens gegen Ende des kommenden Jahrzehnts bereits einen spürbaren Arbeitskräftemangel verzeichnen könnte. An dieser fundamentalen Erkenntnis der Demographen ist kaum zu rütteln, die *Baby-Boomer* des Jahres 1939/40 gehen bald in den Ruhestand, und die Relation der Aktiven zur Erwerbsbevölkerung wird bald merklich sinken. Zu all dem kommt der prognostizierbar drastisch anwachsende Migrationsdruck aus den islamischen Staaten des südöstlichen Mittelmeers, dessen Migrationspotential nach heutiger Voraussicht alles in den Schatten stellen wird, was die 'Ostöffnung' des Jahres 1989 an Migrationsdruck je gebracht hat. Insgesamt gesehen wird Österreich, das seit Jahren bereits eine stark positive Leistungsbilanz mit den MOEL-Staaten hat, seinerseits höherwertige Produkte erzeugen und sie - wie bereits heute - in den MOEL-Staaten gewinnbringend vermarkten.

Wie jeder Anpassungsprozeß, wird dieser schmerzlich sein, doch die grundlegenden Bedingungen lassen langfristig keinen anderen Ausweg zu.

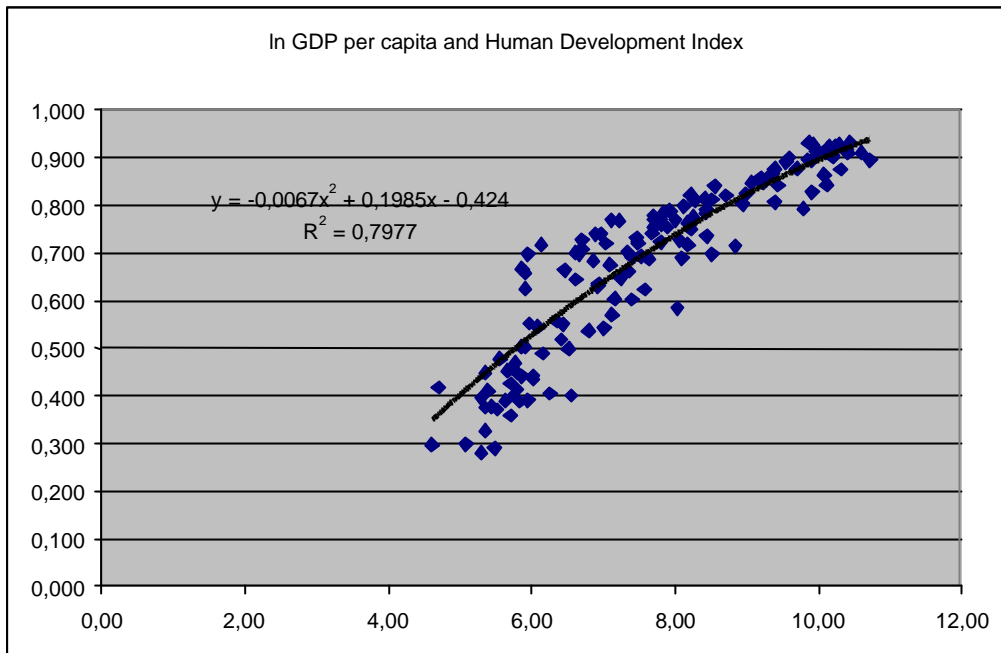
Ohne entsprechende demographische Basis gibt es kein langanhaltendes wirtschaftliches Wachstum. Dies geht auch aus den Berechnungen des Autors mit der kompletten Datenbank des UNDP⁷ mit dem Statistik-Programmpaket SPSS hervor:

Grundlegende Entwicklungstendenzen: mit wachsendem Entwicklungsniveau sinkt die Einkommenskonzentration ...

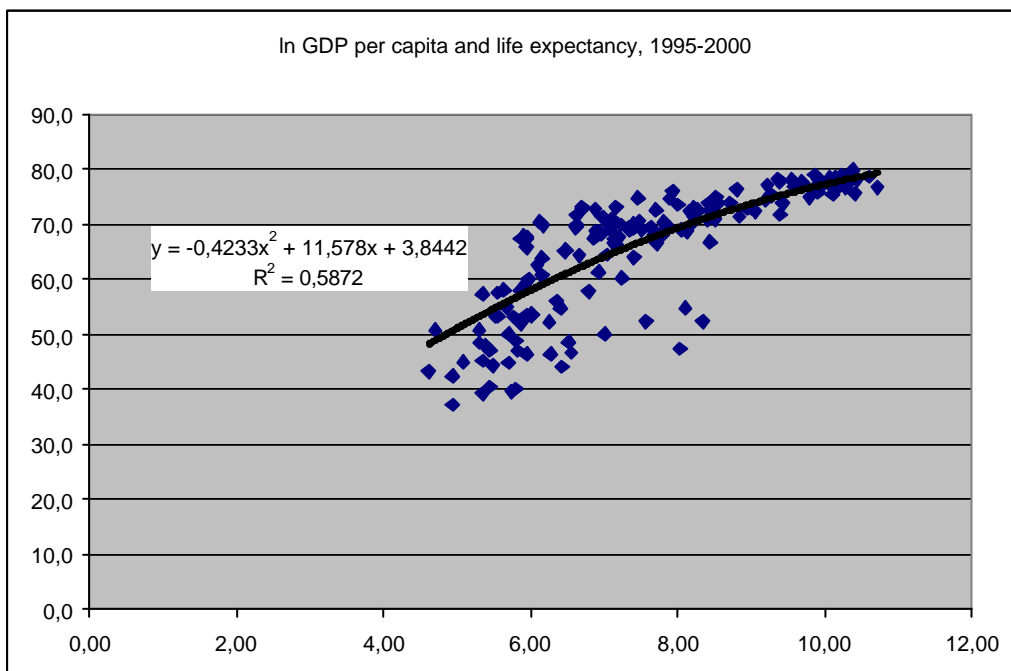


... es steigt - mit abflachender Kurve - der Humanentwicklungsindex ...

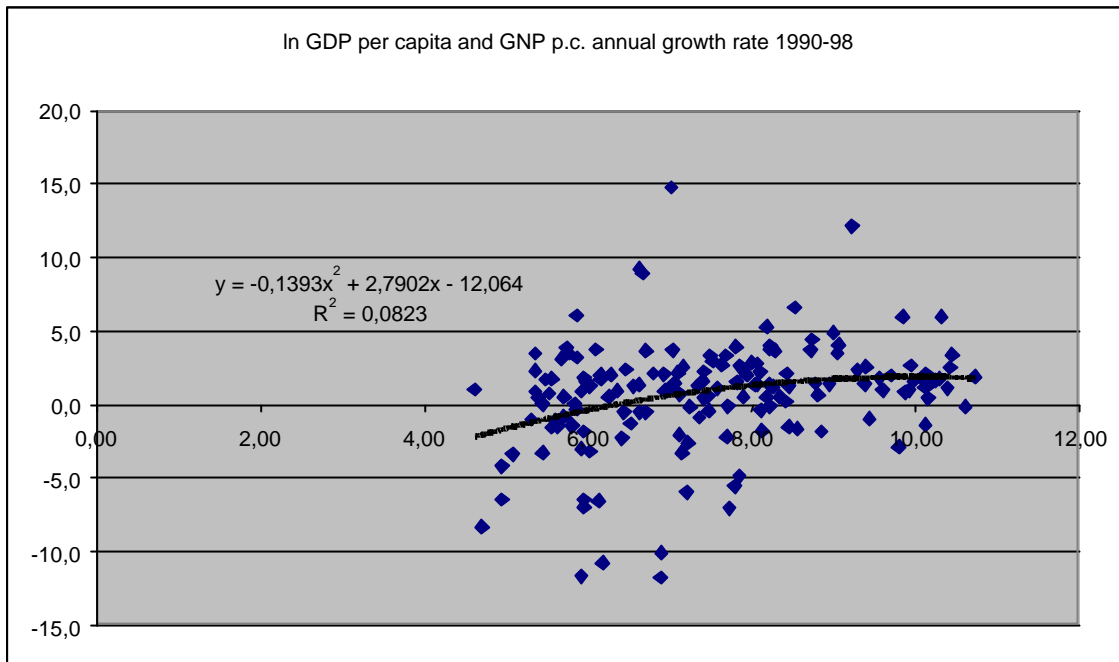
⁷ <http://www.undp.org/hdro/highlights/statistics.html>



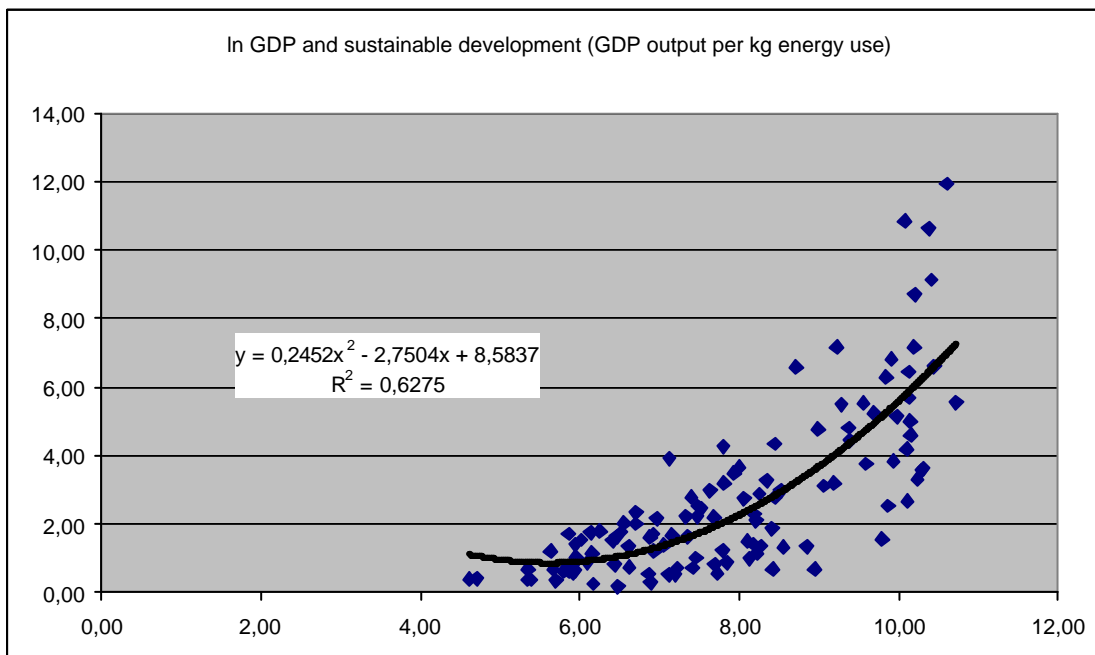
... und die Lebenserwartung



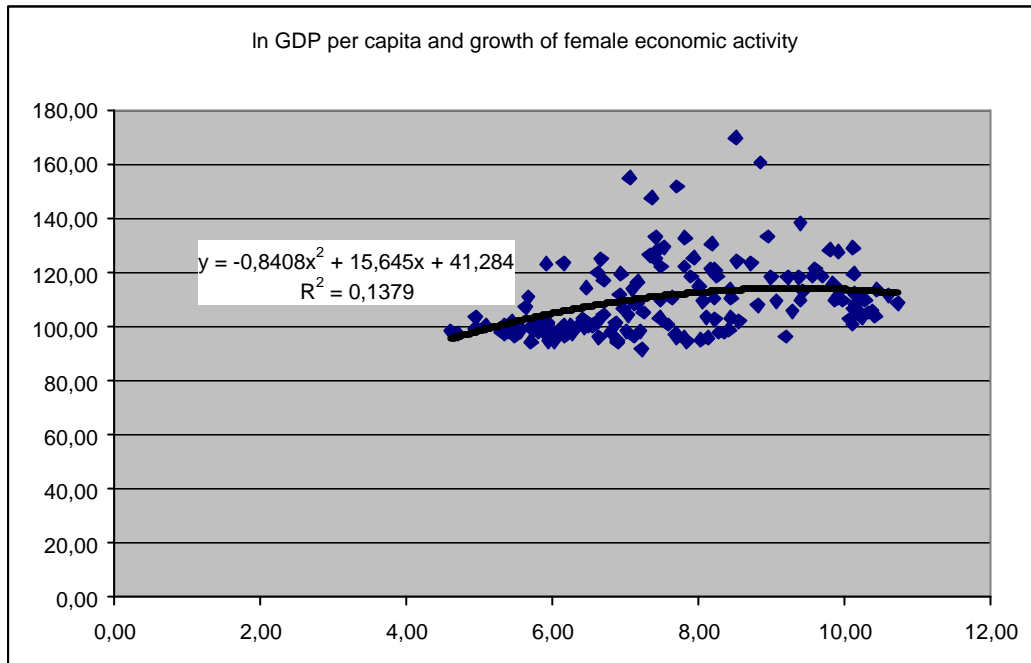
Das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich nicht mehr



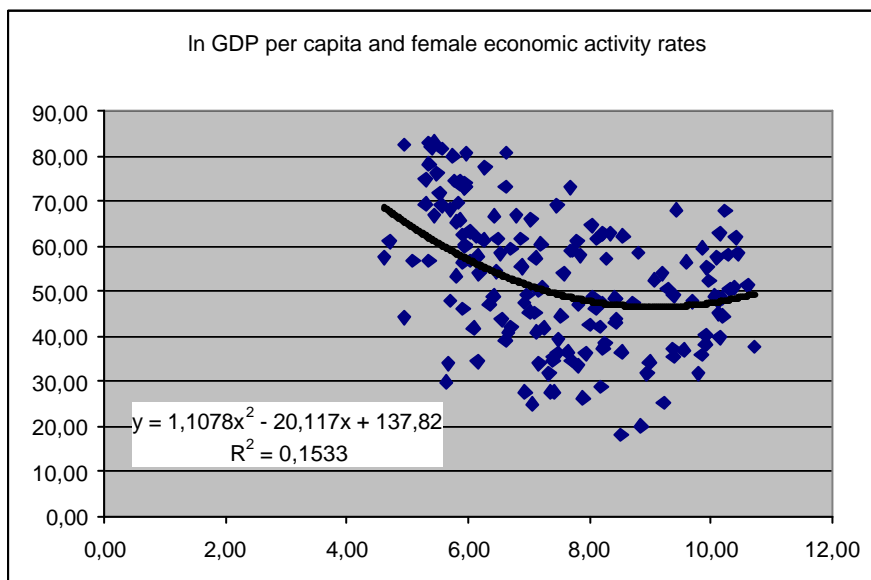
Die Chancen für nachhaltigere Pfade der Entwicklung (= gemessen mit dem Indikator BIP-Ausstoß pro kg Energieverbrauch) sind in der Weltökonomie wiederum ungleich zu Gunsten der Reichen verteilt



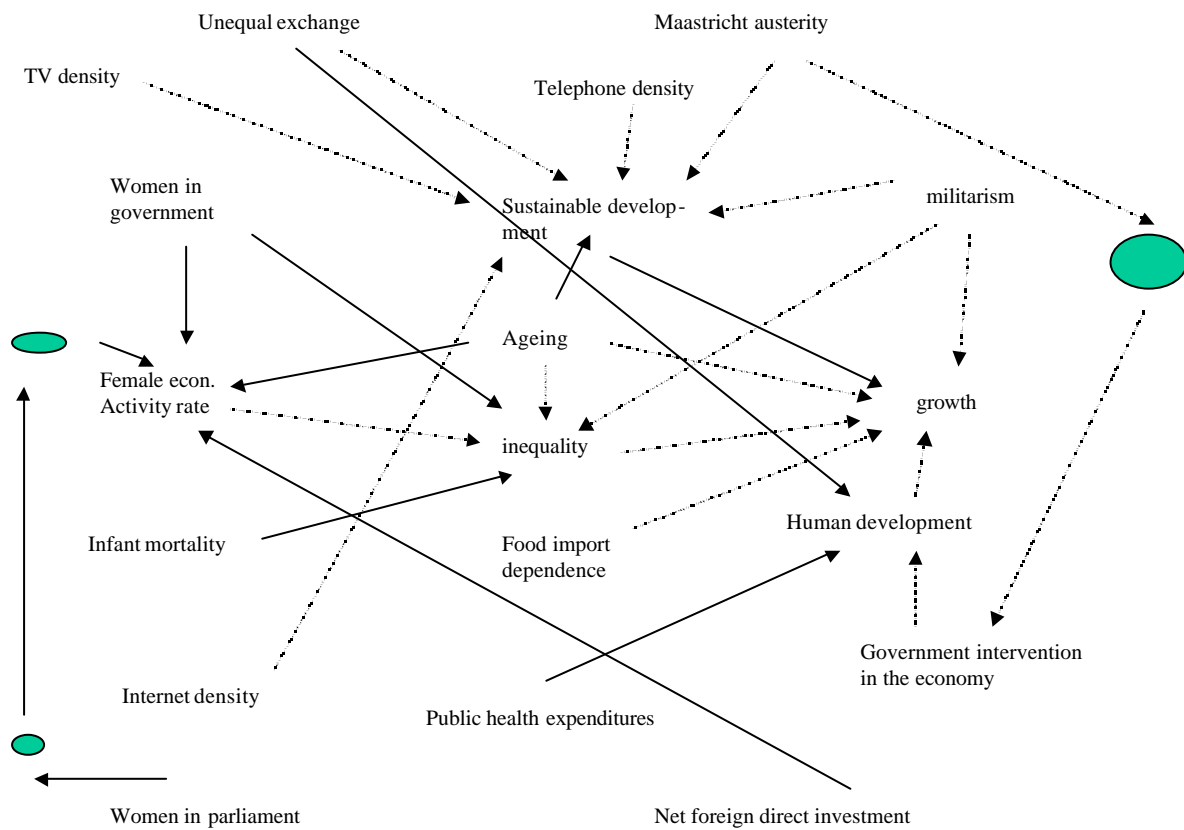
Die Zunahmen der weiblichen Beschäftigungsquoten nehmen mit steigendem erreichten Entwicklungsniveau ab



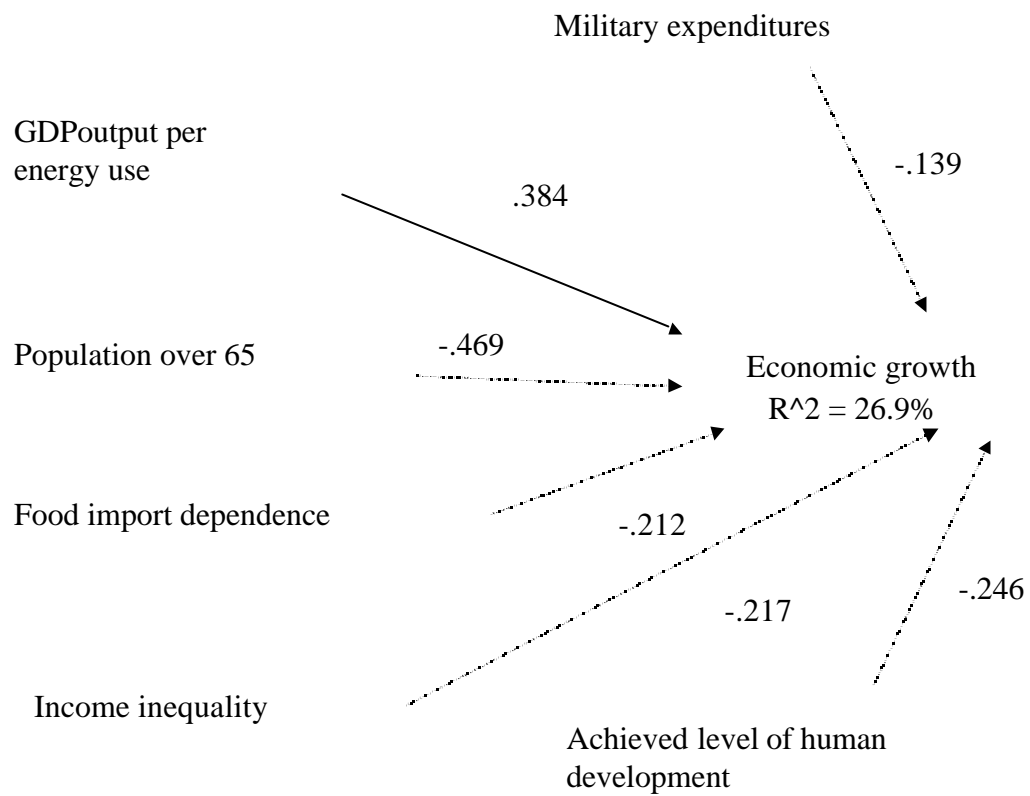
Erst in sehr reichen Gesellschaften steigt die weibliche Erwerbsquote wieder



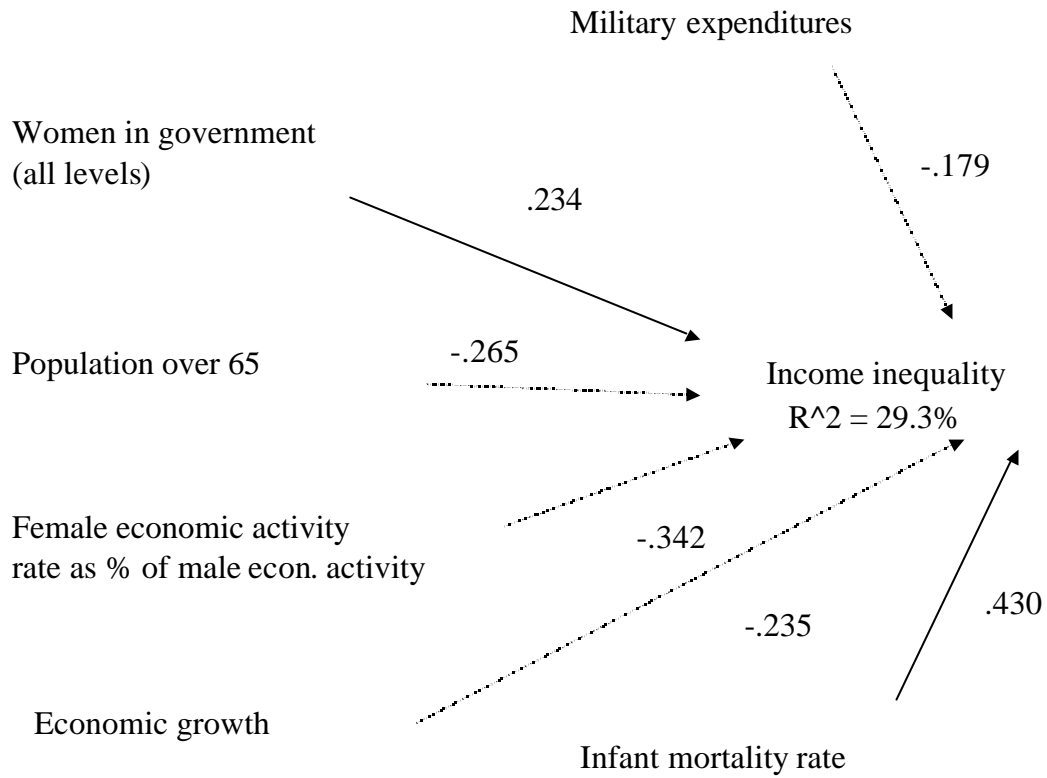
Integriertes Pfadmodell des wirtschaftlichen Wachstums, der nachhaltigen Entwicklung und der sozialen Ungleichheit in n = 174 Staaten der Erde: hohe Militärausgaben, Sättigungseffekte des Niveaus der erreichten Humanentwicklung, der Überalterungsprozeß, die Ungleichheit sowie Nahrungsmittelabhängigkeit behindern, Energiesparen fördert Wachstum; die 'New Economy' ist mit nachhaltiger Entwicklung kaum kompatibel, und Staaten, die vom ungleichen Austausch leben, sind zu einer nachhaltigen Entwicklung unfähig. Der institutionalisierte Feminismus, insbesondere in postkommunistischen Staaten sowie in jenen Staaten, in denen unter neo-liberaler Patronanz die männliche mit der weiblichen Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt ersetzt wird, muß sich dem Problem der Ungleichheit stellen.



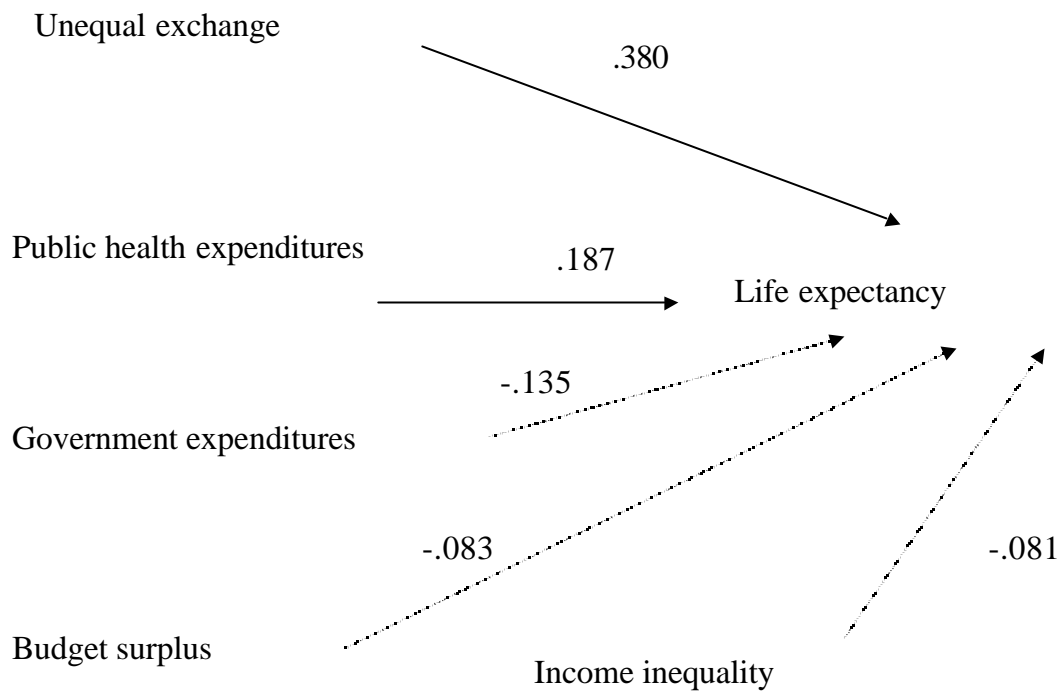
Modell des wirtschaftlichen Wachstums



Modell der sozialen Ungleichheit (Konzentration der Einkommen bei den reichsten 20%)

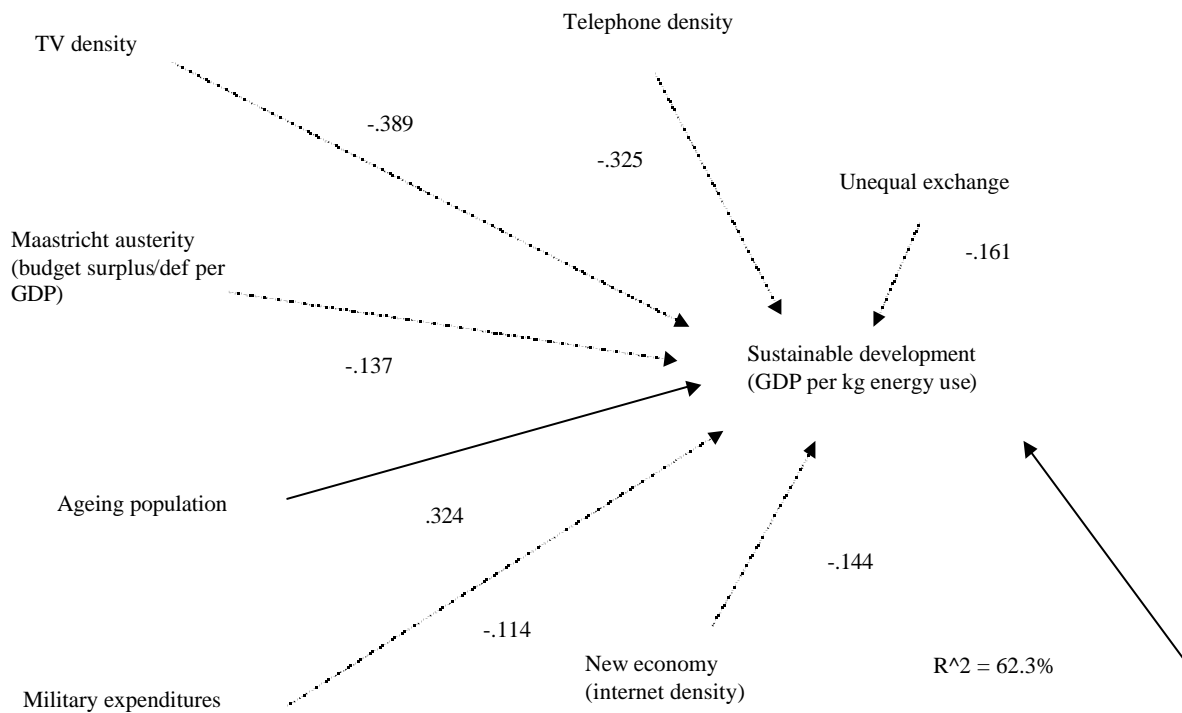


Modell der Lebenserwartungsentwicklung



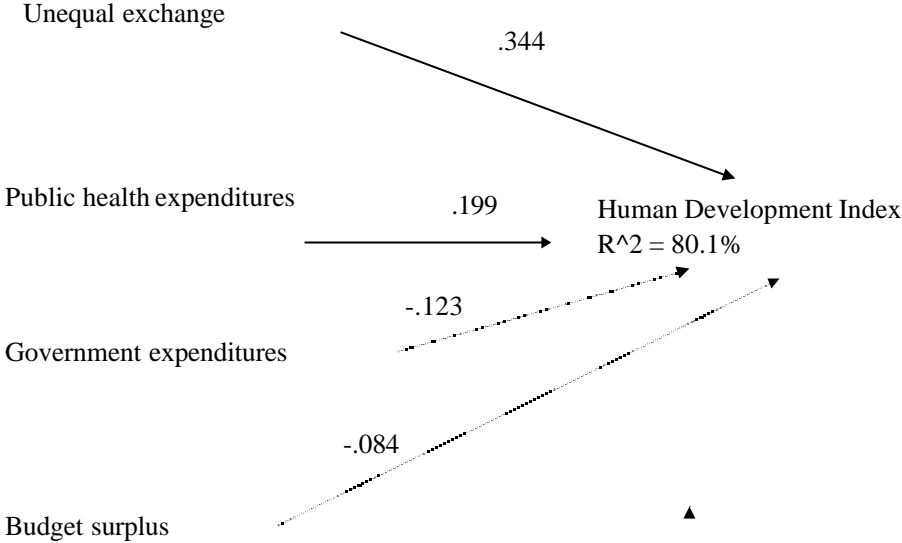
$R^2 = 73.5\%$

Modell der nachhaltigen Entwicklung - Maastricht-Austerität und New Economy sind im Zielkonflikt mit nachhaltiger Entwicklung

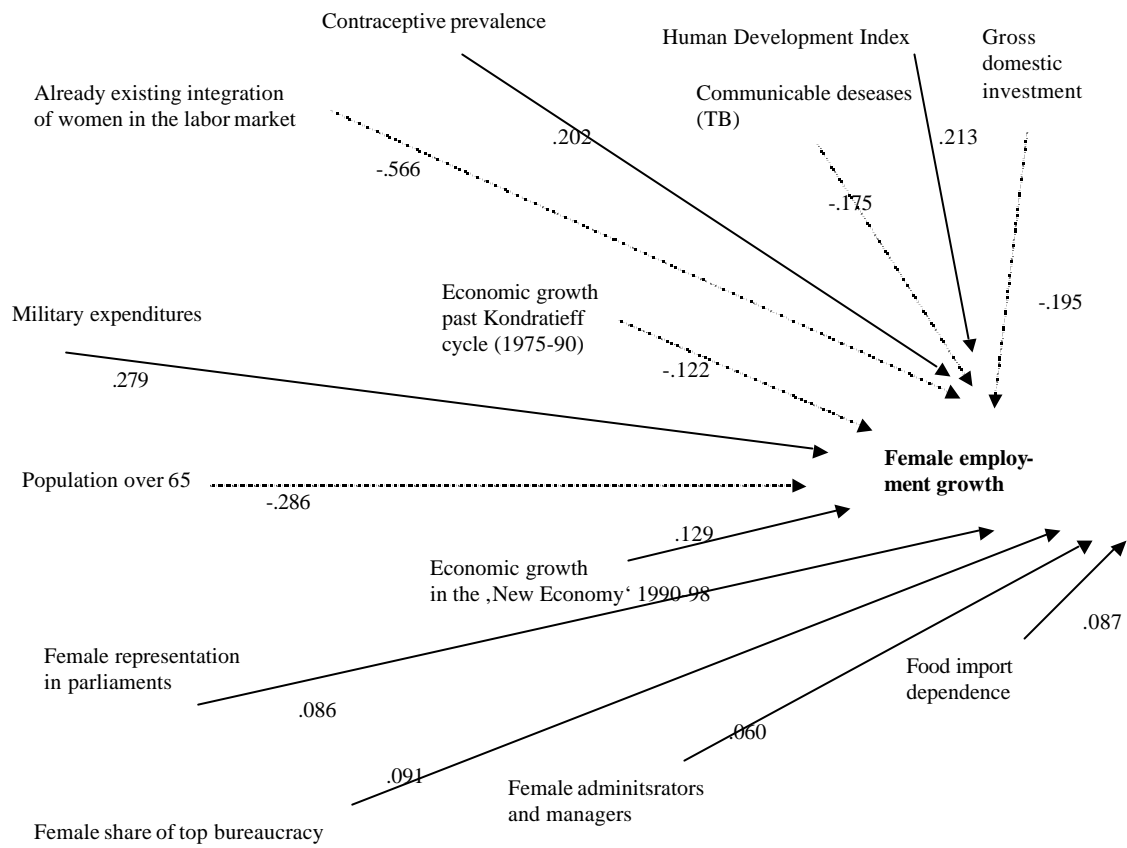


$R^2 = 62.3\%$

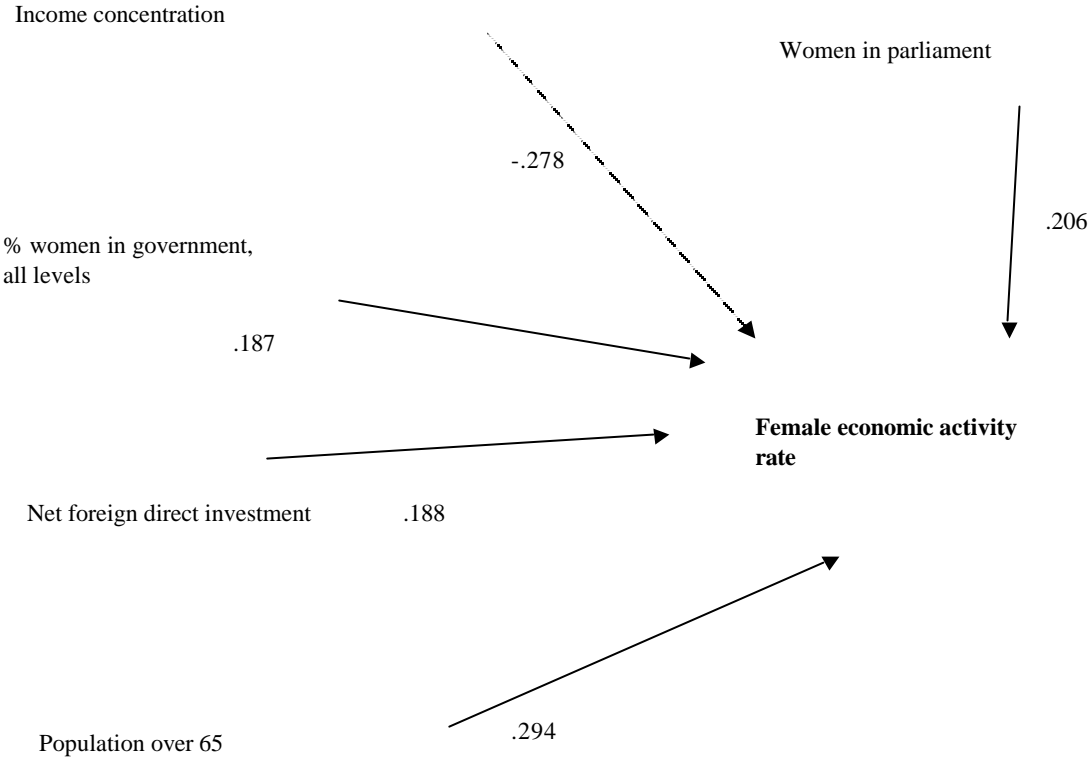
Modell der Humanentwicklung



Zunahme der weiblichen Beschäftigungsquote

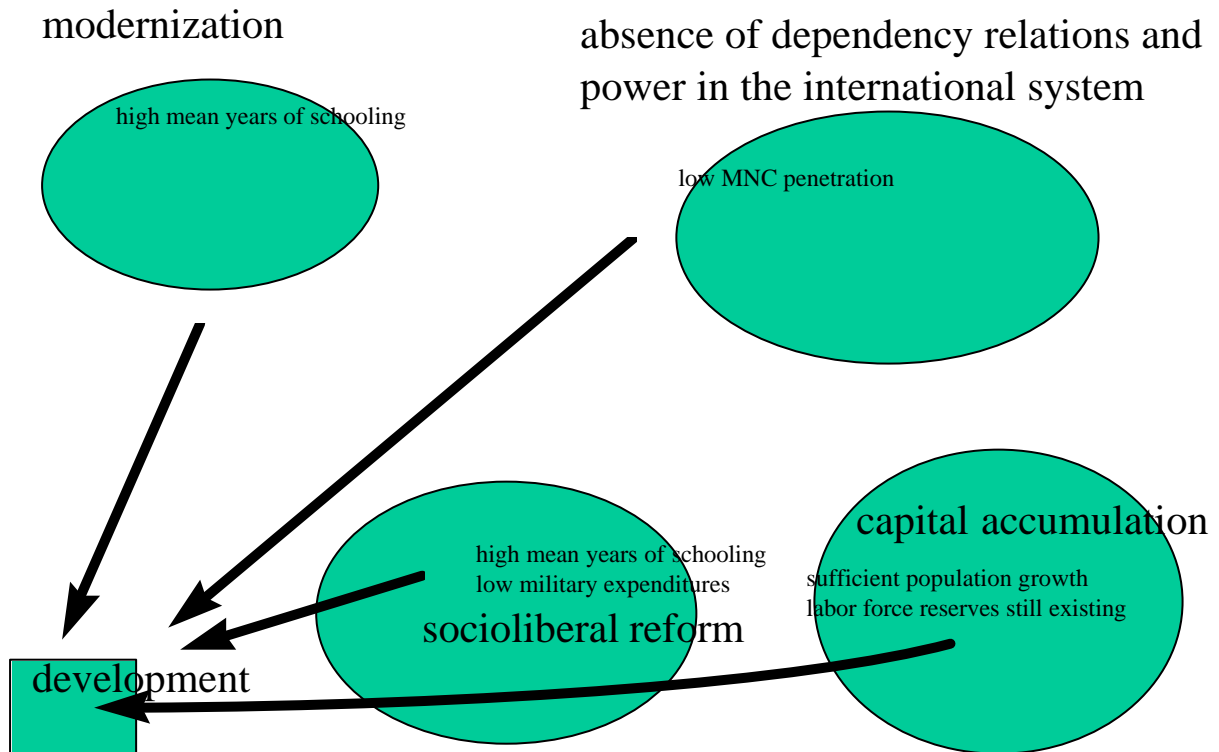


Weibliche Beschäftigungsquoten

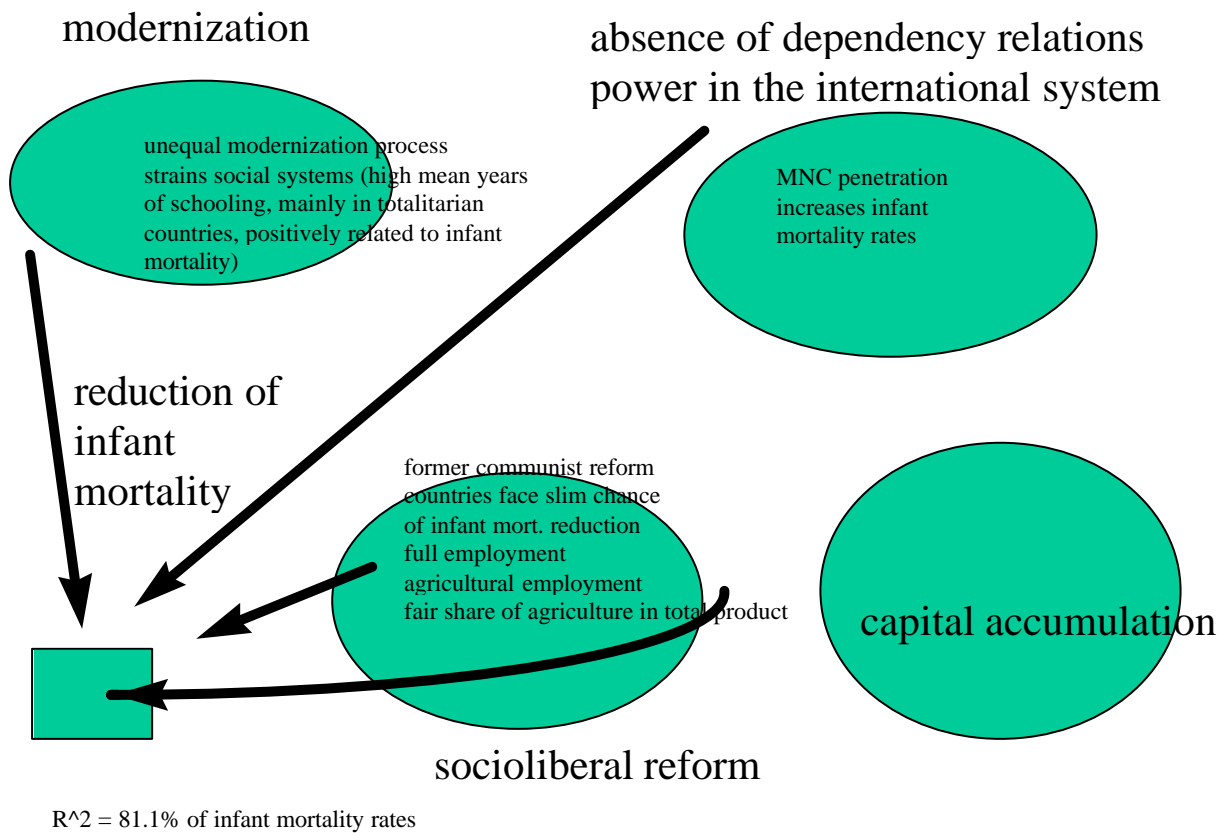
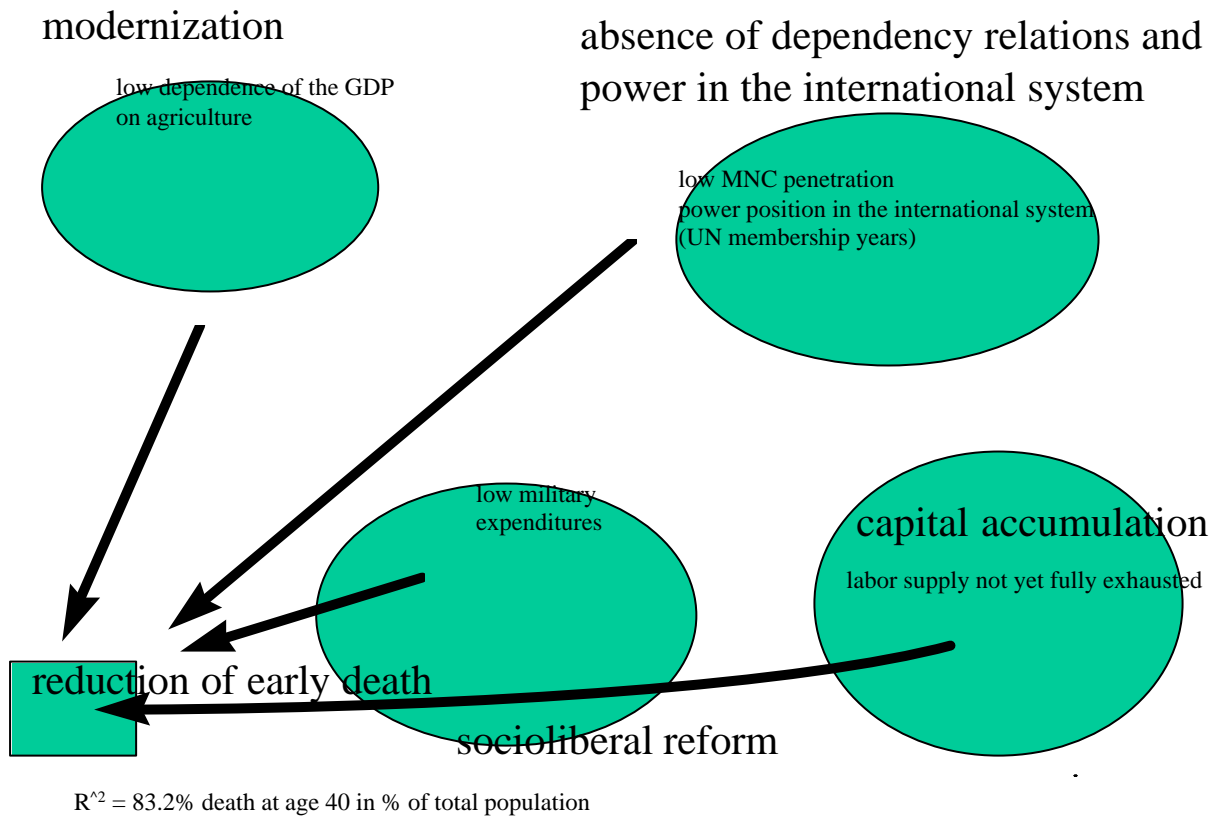


Entwicklungsprozess und seine sozialen Determinanten

Die Determinanten des Entwicklungsprozesses auf weltweiter Ebene seit Mitte der 70-er Jahre sind nach der neueren, vorwiegend US-amerikanischen Forschungsliteratur:



$R^2 = 56.2\%$; real economic growth p.c.p.a. 1960-95



Quelle: Köhler G. and Tausch A. (2001) 'Studies on Unequal Exchange' Huntington, NY: Nova Science

Damit zeigt sich erneut, dass sozio-liberale Reformen, eine relative technologische Unabhängigkeit eines Landes, zusammen mit einer ausreichenden demographischen Basis und einer Politik des Humanvermögens die geeigneten Voraussetzungen für die sozio-ökonomische Entwicklung sind.

EU-Reform und EU-Erweiterung

Die meisten Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler glauben heute, dass die EU ohne tiefgreifende interne Reformen und Demokratisierung nicht in der Lage sein wird, die Erweiterung zu verkraften. Die bisherigen Ansätze - insbesondere die Ergebnisse von Nizza - werden als kleinster gemeinsamer Nenner gewertet, keinesfalls als Lösung der gravierenden inneren Strukturdefizite.

Wiewohl die Wirtschaft der EU-15 derzeit mit 3,2% Jahres-Wachstum und 8,5% Arbeitslosenquote die besten Werte seit Jahren erzielt, ist es angebracht, nicht nur wegen des Wachstums der Arbeitskosten um 4% p.a. über die langfristigen Begrenzungen des Wachstumspotentials in der EU zu reflektieren.

Diese institutionellen Begrenzungen erhalten mit der notwendigen weiteren Institutionenreform und Osterweiterung ein besonderes Gewicht.

Ein in der Diskussion zu wenig berücksichtigter Aspekt ist dabei die vom neoliberalen Kölner Soziologen Prof. Erich Weede vertretene These, wonach erst in alt werdenden Demokratien und bei langer Mitgliedschaft in der EU hohe Staatsausgaben wachstumshemmend sind, weil in älter werdenden Demokratien und 'ingesessenen' Mitgliedsstaaten der Europäischen Union Verteilungskoalitionen kleiner und mittlerer Interessensgruppen im Kielwasser eines großen Staatsapparats über Interventionen und Druck mit politischen Mitteln das erzielen wollen, was ihnen an sich das Marktgeschehen an Resultaten verwehrt.

Die in gewissem Sinne provokante These kann nicht von vorne herein einfach verworfen werden. Das Endresultat eines derartigen Prozesses - für den auch die gemeinsame Agrarpolitik der Union typisch sei - wäre eine langfristige Stagnation, die erst aus der Kombination von hohen Staatsausgaben, hohem Demokratiealter und einer langen Mitgliedschaft in der Union entstünde.

Tatsächlich haben in den letzten Jahren rasch wachsende Demokratien - wie die USA - relativ kleine zentralstaatliche Sektoren; tatsächlich hat sich die Dynamik des Wachstums in der EU selbst an den 'Rand' der Union, in die relativ jüngeren Mitgliedsländer, wie Portugal und Irland, verlagert, und tatsächlich scheint ein relativ großer staatlicher Sektor in jüngeren Demokratien das Wachstum weniger zu behindern als in alten Demokratien, wo die von Weede beschriebenen kleinen und mittleren Interessengruppen versuchen, die staatlichen Ausgaben zu ihren Gunsten umzudirigieren - zum Schaden des gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der schwächeren sozialen Gruppen, die keine oder nur wenig Druckmittel verfügen.

Ein empirischer Beleg für Weede's Thesen ist im statistischen Anhang zu diesem Unterkapitel angeführt. Die Daten für die Analyse sind UNO/UNDP-Daten für die 80-er und die erste Hälfte der 90-er Jahre, für die einige Vergleichbarkeit herrscht. Wie bei jeder empirischen Untersuchung gelten die üblichen Einschränkungen der mathematischen Statistik - eine zwar geringe, aber bestehende Irrtumswahrscheinlichkeit von 5%, und die Notwendigkeit, die vorläufig gewonnenen Schlußfolgerungen durch neue, und umfassendere Untersuchungen erneut zu testen.

Die Schlußfolgerung für die österreichische Position gegenüber der Institutionenreform im Kontext der bevorstehenden Erweiterung der Gemeinschaft könnte u.a. beinhalten

- Die MOEL-BK wären gut daran beraten, nicht die Erfüllung der gemeinsamen Agrarpolitik einzufordern, sondern Mittel für die Humankapitalbildung, und die weitere, notwendige institutionelle Reform. Mit einer Beteiligung der MOEL-BK an der gemeinsamen Agrarpolitik, die noch 1/2 des Budgets der EU ausmacht, würde zwar ein kurzfristiger, mikroökonomischer Nutzen entstehen, aber ein langfristiger, makroökonomischer Schaden
- Die Reduktion des staatlichen Sektors ist in all jenen MS eine besondere Notwendigkeit, deren Demokratie einen hohen Reifegrad besitzt. Im Unterschied zur klassischen neoliberalen Gesellschaftslehre schränkt Weede die Gültigkeit des Arguments auf die alten Demokratien ein; die empirische Evidenz gibt ihm Recht. Die Institutionenreform darf nicht bedeuten - mehr Staat
- Eine reife Demokratie wie Österreich kann von den Transformationen eines großen staatlichen Sektors in den MOEL-BK nach 1989 einen positiven Lernprozeß erfahren
- Will die Union erweiterungsfähig sein, müssen vor allem die eingesessenen Mitglieder und alten Demokratien auch eine Transformation leisten.

Ohne diese Maßnahmen riskiert Europa, bei dem seit den 80-er Jahren einsetzenden langen Aufschwung der Weltökonomie ins Hintertreffen zu geraten. Weitere statistische Untersuchungen zeigen allerdings auch, dass der Abbau des staatlichen Einflusses jene Ausgaben treffen sollte, die verteilungspolitisch neutral oder sogar regressiv sind.

Die Agrarsubventionen der EU kommen in hohem Ausmaß nur den reichen Produzenten zugute; zahlreiche Staatsausgaben erreichen gar nicht die sozial Bedürftigen. Alle vorhandenen Untersuchungen zeigen, dass eine halbwegs gerechte Einkommensverteilung dem wirtschaftlichen Wachstum dienlich ist.

Tabellen zur Verdeutlichung der Entwicklungstendenzen. Der Zusammenhang von Demokratiealter, Staatsausgaben, langer Mitgliedschaft in der Union und Sozialentwicklung im Maßstab der westlichen Demokratien, 80-er und 90-er Jahre, UNDP-Daten

21 stabile OECD Demokratien (ohne die in den 70-er Jahren zur Demokratie zurückgekehrten Staaten Spanien, Portugal, Griechenland)

	age of democracy 1980	state sector strength	years of membership in the Euro- pean Union (93)	constant
growth 80-91	0,005957107	-0,031878483	-0,016183125	3,840249096
	0,00999156	0,018006481	0,006778025	0,78650603
	0,315131817			
	2,607431627	17		

	0,596213893	-1,770389437	-2,387587165	
Human Deve-	-0,000122587	-0,000610284	-3,87854E-05	0,938652952
lopment Index				
1992				
	0,000181832	0,000327691	0,00012335	0,014313245
	0,259690135			
	1,987785794	17		
	-0,674180237	-1,862375606	-0,314433415	
inflation 1980-91	-0,620613252	1,213851255	-0,069484856	-14,2296436
	0,253153083	0,456224654	0,171732728	19,92746094
	0,412664429			
	3,981423697	17		
	-2,451533457	2,660643708	-0,404610449	

long-term economic per capita income growth 1975-1998

a) the original neo-liberal growth equation

western democracies without Spain, Portugal, Greece

age of **central** constant
democ- **state**
racy in **sector**
2000 **strength**
1985

0,007301 -0,01287 2,687582
0,016896 0,007224 0,953919
0,197379
2,213256 18

0,432115 **-1,78203** T-Test

western democracies with Spain, Portugal, Greece

age of **central** constant
democ- **state sec-**
racy in **tor**
2000 **strength**
1985

0,010659 -0,00907 2,243991
0,016207 0,005715 0,816902
0,160224
2,003341 21

0,657664 **-1,5869** T-Test

b) the neo-liberal growth equation including the effects of European Union membership

western democracies without Spain, Portugal, Greece

age of democ- racy in 2000	central state sector strength 1985	years of EU member- ship, 2000	constant
-0,00266	0,009389	-0,01348	2,69851
0,012356	0,019883	0,007937	0,981547
0,199565			
1,412818	17		
-0,2155	0,472218	-1,69828	T-Test

western democracies with Spain, Portugal, Greece

age of democ- racy in 2000	central state sector strength 1985	years of EU member- ship, 2000	constant
-0,00077	0,011302	-0,00917	2,239416
0,011588	0,019224	0,006045	0,839811
0,16041			
1,273715	20		
-0,06644	0,587941	-1,51683	T-Test

unemployment rate

age of democ- racy in 2000	central state sector strength 1985	years of EU mem- bership, 2000	constant
-0,0177	0,013462	0,001201	0,399204
0,00709	0,011761	0,003698	0,513804
0,269904			
2,464555	20		
-2,49601	1,144583	0,324727	T-Test

economic inequality between the richest 20% and the poorest 20%

age of democ- racy in 2000	central state sector strength 1972	years of EU member- ship, 2000	constant
-------------------------------------	--	--	----------

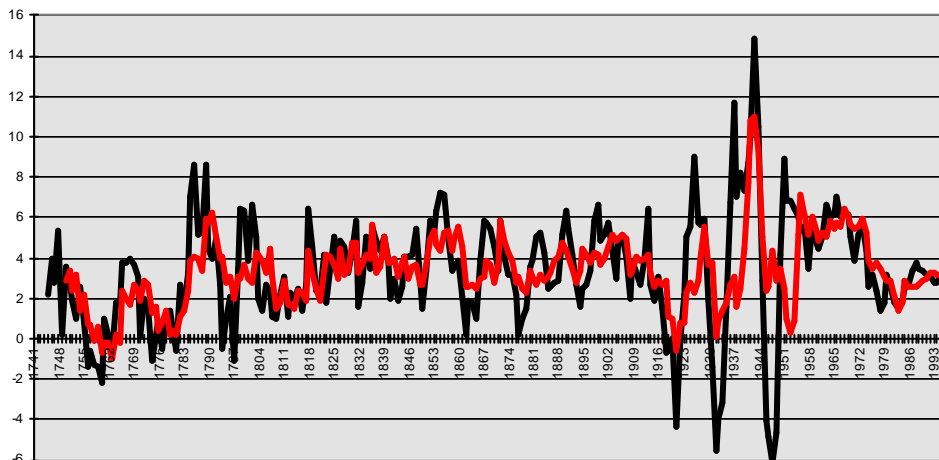
-0,04338	0,115288	0,050859	-1,35568
0,037499	0,062208	0,01956	2,717631
0,345025			
3,511838	20		

-1,15675	1,853263	2,600079	-0,49885
----------	-----------------	-----------------	----------

Erste Reihe unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Zweite Reihe Standard errors, Letzte Reihe t-Test. R^2 (links, dritte Reihe), F , und Freiheitsgrade (vierte Reihe).

Die Beurteilung der Frage, ob Europa aufgrund seiner Strukturen den Aufschwung ab ca. 1982 verschlafen hat, hängt letztlich auch von der Frage ab, wie die zyklische Schwankung der Weltwirtschaft ab 1740 bis zum Jahr 2000 bewertet wird:

Der Wachstumszyklus in der Weltwirtschaft ab 1740



5-jährig und 10-jährig gleitende Durchschnitte basierend auf Daten von Joshua Goldstein von American University, sowie IMF UN ECE, IFRI (Franz. Institut für Internationale Politik), World Bank

Weitere Details:

<http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/spar6.html>

Fortschrittsberichte der EU-Kommission - eine quantitative Inhaltsanalyse ihrer Schwerpunktbildungen

Eine **quantitative Inhaltsanalyse** der 1056 Dokumentseiten der Fortschrittsberichte der EU-Kommission über die MOEL-BK für das Jahr 1999 hat unter Zuhilfenahme des Programms 'ersetzen durch' nach Microsoft Word belegen können, dass der **Diskurs der EK** weiter von **der neoliberalen Perspektive der Marktöffnung dominiert** ist und **nicht durch die Belange der Sozial- und Gesundheitspolitik**. Von den 424.310 Wörtern des Textes waren immerhin **1197 das Wort 'market' während etwa 'social' nur 538 mal erwähnt wurde, health 315 mal**, und die Belange der Behinderten (*disabled*) z.B. nur 10 mal. Die **Agrar-Lastigkeit** der Ausgaben der EK auf der Ebene der bisherigen MS findet ihre Fortsetzung in der Befassung der Fortschrittsberichte mit Problemen der **Landwirtschaft**, etwa die **428 malige Erwähnung des Wortes 'agriculture'**, während **Beschäftigung (employment) in den Fortschrittsberichten überhaupt nur 462 mal erwähnt wird, dafür aber 'trade' 630 mal**.

Die Häufigkeiten der Nennung der folgenden *catch-words* und ihrer Kombinationen in den Fortschrittsberichten waren:

<i>market</i>	1197
<i>trade</i>	630
<i>social</i>	538
<i>employment</i>	462
<i>budget</i>	454
<i>agriculture</i>	428
<i>labour</i>	377
<i>privatisation</i>	357
<i>health</i>	315
<i>justice</i>	276
<i>deficit</i>	258
<i>crime</i>	248
<i>migration</i>	244
<i>NATO</i>	80
<i>welfare</i>	26
<i>disabled</i>	10
<i>poverty</i>	6
<i>social security</i>	0
<i>labour inspectorate</i>	0
<i>labour market</i>	0
<i>labour office</i>	0
<i>social policy</i>	0

Letztlich sind die Berichte, insbesondere das '*composite paper*' und die Zusammenfassungen, **optimistisch**, was allein schon durch die Tatsache ersichtlich ist, dass das Wort '*achieve*' **323 mal erwähnt ist, das Wort 'problem' hingegen nur 258 mal**.

Frauen-Machtbeteiligung

Das UNDP-Statistik-System (<http://www.undp.org/hdro/98hdi1.htm>) dokumentiert den Frauen-Machtbeteiligungsindex (*Gender Empowerment Measure, GEM*), basierend auf Daten zu folgenden Größen:

*% der Parlamentssitze für weibliche Abgeordnete,
Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der Manager und Administratoren,
Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der professionellen und technischen Bediensteten, und
Realeinkommen der Frauen.*

Der Index reicht von 1.0 (hohe Machtbeteiligung der Frauen) bis 0.0 (totaler gesellschaftlicher 'machismo'). Die frauenpolitisch fortgeschrittensten Staaten - nach diesem Index - sind (GEM > 0.7) Norwegen, Island, Schweden, Dänemark, Finnland, Deutschland, Kanada, die Niederlande, Neuseeland, Belgien, Australien, Österreich und die USA; die für diesen Index am weitesten unten liegenden Staaten sind zumeist im Vorderen Orient und in Afrika anzutreffen; der Indexwert Rumäniens als den am schlechtesten gereihten MOEL-BK wird von zahlreichen Entwicklungsländern übertroffen. Lettland als der beste MOEL-BK-Staat liegt mit einem Indexwert von 0.54 auf Rang 25 von 70 gereihten Staaten. Das schlechteste EU-Land, Griechenland, liegt bei diesem Indikator nur auf Rang 49 der Weltrangliste:

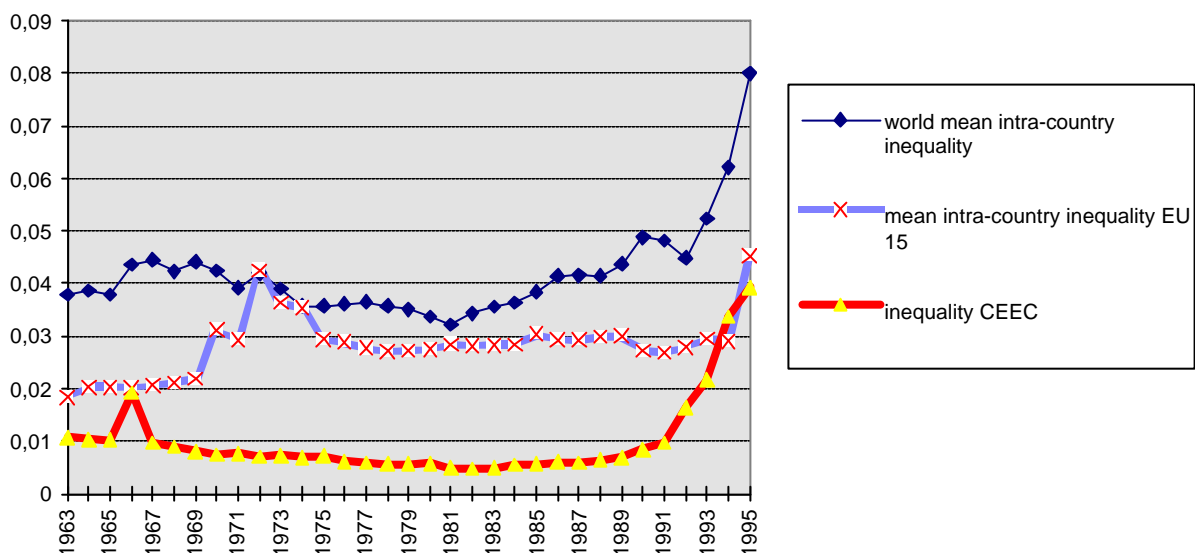
	gender empowerment	world rank
Norway	0,825	1
Iceland	0,802	2
Sweden	0,794	3
Denmark	0,791	4
Finland	0,757	5
Germany	0,756	6
Canada	0,739	7
Netherlands	0,739	8
New Zealand	0,731	9
Belgium	0,725	10
Australia	0,715	11
Austria	0,71	12
United States	0,707	13
Switzerland	0,683	14
United Kingdom	0,656	15
Bahamas	0,633	16
Barbados	0,629	17
Portugal	0,618	18
Spain	0,615	19
Venezuela	0,597	20
Ireland	0,593	21
Trinidad and Tobago	0,583	22
Israel	0,555	23

Costa Rica	0,553	24
Latvia	0,54	25
Czech Republic	0,537	26
Estonia	0,537	27
Slovakia	0,533	28
Lithuania	0,531	29
El Salvador	0,527	30
Italy	0,524	31
Botswana	0,521	32
Slovenia	0,519	33
Croatia	0,517	34
Mexico	0,514	35
Poland	0,512	36
Colombia	0,51	37
Singapore	0,505	38
Dominican Republic	0,505	39
Belize	0,493	40
Japan	0,49	41
Hungary	0,487	42
Ecuador	0,481	43
Philippines	0,479	44
Uruguay	0,472	45
Panama	0,47	46
Malaysia	0,468	47
Honduras	0,46	48
Greece	0,456	49
Peru	0,446	50
Chile	0,44	51
Suriname	0,428	52
Russian Federation	0,426	53
Bolivia	0,422	54
Ukraine	0,421	55
Mauritius	0,42	56
Paraguay	0,406	57
Romania	0,405	58
Eritrea	0,402	59
Tunisia	0,398	60
Fiji	0,384	61
Swaziland	0,381	62
Korea, Rep. of	0,323	63
Turkey	0,321	64
Syrian Arab Republic	0,315	65
Sri Lanka	0,309	66
Bangladesh	0,305	67
Egypt	0,274	68
Jordan	0,22	69
Niger	0,119	70

Globalisierung - ihre sozialen Auswirkungen

Die Weltbank hat sehr genaue Daten vorgelegt, die zeigen, dass zwischen 1988 und 1993 nur 20% der Weltbevölkerung ein steigendes Realeinkommen zu verzeichnen hatten, während 80% in dieser Zeit absolut verarmten. Daß die Globalisierung starke Mechanismen in Richtung weltweit wachsender Ungleichheit in Bewegung setzt, ist auch der Datenbank über die Ungleichheit in mehr als 70 Staaten der Welt seit den 60-er Jahren abzulesen, die an der Universität Texas (UTIP-Projekt) erhoben worden ist. Sowohl im Weltdurchschnitt, also auch im Schnitt der EU und der MOEL ist der Teil-Index der Ungleichheit zwischen den Wirtschaftssektoren der einzelnen Länder ab Ende der 80-er Jahre stark gestiegen. Die Globalisierung schafft Gewinnmöglichkeiten, die nicht alle nutzen können:

World and European Inequality



Quelle: Köhler G. and Tausch A. (2001) *'Studies on Unequal Exchange'* Huntington, NY: Nova Science

- UNICEF schätzt, dass durch die dramatisch gestiegene Sterblichkeit während der Transformationsjahre in Osteuropa 9.7 Millionen überschüssige Todesfälle (durch die normale Entwicklung der Sterblichkeitsmuster nicht erklärbar) zu beklagen waren.

Der finnische Parlamentsabgeordnete Kimmo Kiljunen meint, eine 1%-Transaktionssteuer auf internationale Finanztransaktionen (Tobin-Steuer) sowie eine aktive Politik der Technologieentwicklung und Humanvermögensbildung sei die beste, europäische Antwort auf die Herausforderungen des Globalisierungsprozesses.⁸

⁸ kaum ein Thema der letzten Jahre hat auch zu derartigen Ungenauigkeiten und Gemeinplätzen in der Literatur geführt wie der Begriff 'Globalisierung'. Grundlegend sind wohl die empirisch fundierten Studien: Bornschie V. (1996), *'Western society in transition'* New Brunswick, N.J. : Transaction Publishers; Bornschie V. and Chase - Dunn Ch. K (1985), *'Transnational Corporations and Underdevelopment'* N.Y.,

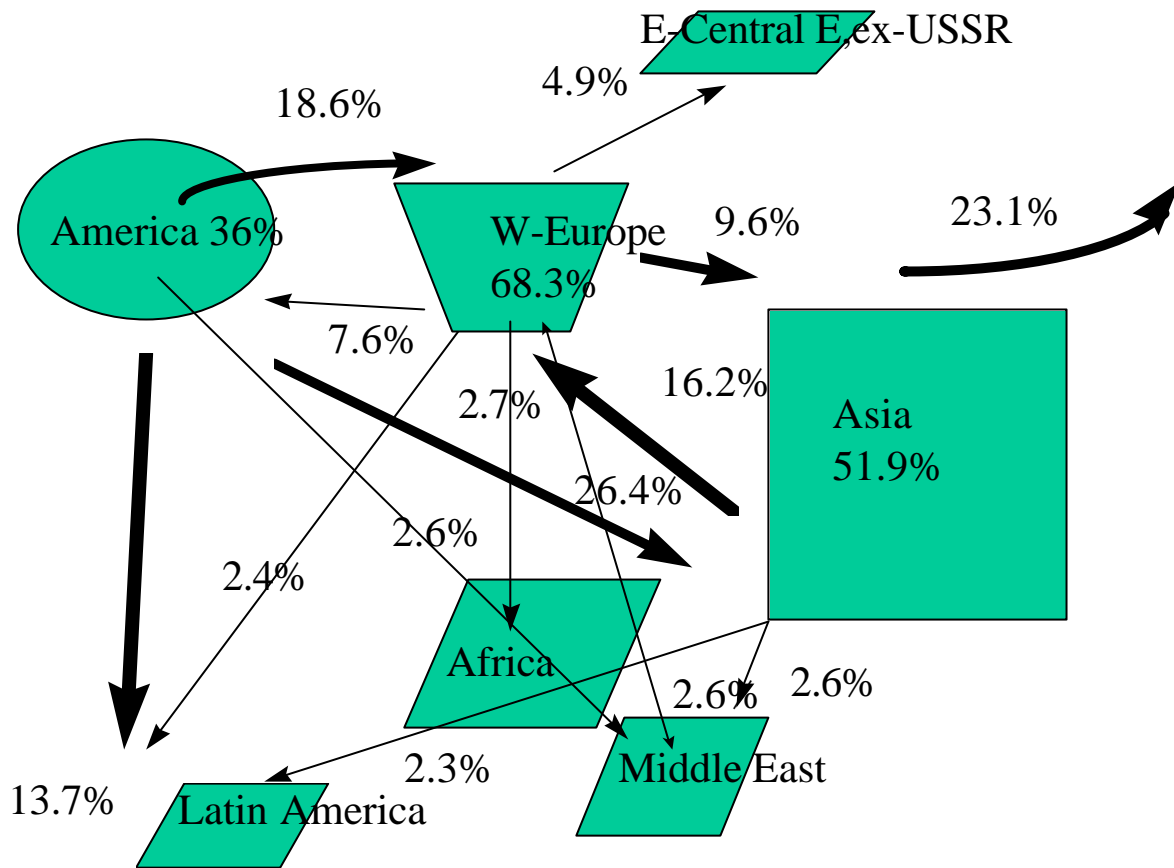
Hegemonien und die Struktur des internationalen Systems

Darunter versteht die vergleichende Gesellschaftsforschung Zeiten relativer weltpolitischer Stabilität nach globalen Kriegen. Die Frage der Hegemonien ist wichtig für die künftige außen-, sicherheits- und sozialpolitische Struktur der Weltgesellschaft. Im Welt-system gibt es seit Mitte des 14. Jahrhunderts eine Abfolge von Hegemonien. Für Europa bedeutsam ist, dass nach einem langen Weltkrieg um die Vorherrschaft im internationalen System eine Hegemonie (USA, davor GB, Niederlande...) wiederum nur einen langen wirtschaftlichen Zyklus (50-60 Jahre) dauerte, gefolgt von der abzusehenden De-legitimation und schließlich Dekonzentration der internationalen Ordnung. Amerikas Hegemonie neigt sich ihrem Ende zu, neue Machtzentren entstehen, und auch neue Unsicherheiten⁹. Darüber hinaus ist auch abschätzbar, dass sich die De-Komposition der Staatenwelt weiter fortsetzt, und dass regionale, sezessionistische Bewegungen weiter an Bedeutung gewinnen, während gleichzeitig die Bildung von 3 großen Wirtschaftsblö-cken (EU, NAFTA, ASEAN) weiter zunimmt¹⁰:

N.Y.: Praeger; Boswell T. and Chase Dunn Ch. K. (2000), 'The Spiral of Capitalism and Socialism. Toward Global Democracy' Boulder, Colorado: Lynne Rienner.

9 Einige der wichtigsten Forschungsergebnisse zu diesem Thema stammen von Professor Joshua S. Goldstein von der American University in Washington

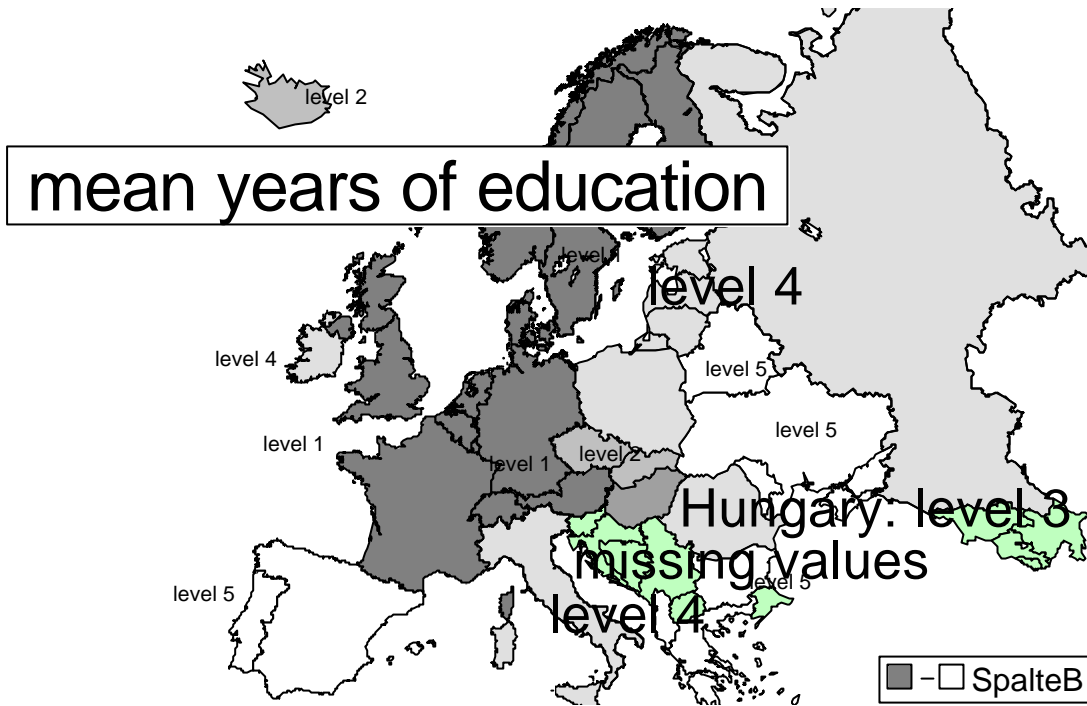
10 Welthandel (% des gesamten Welthandels) und inter-triaden Handel (in % des gesamten Handels der Triaden) nach Le Monde, Bilan du Monde, 1998 und 1999



Humanvermögen

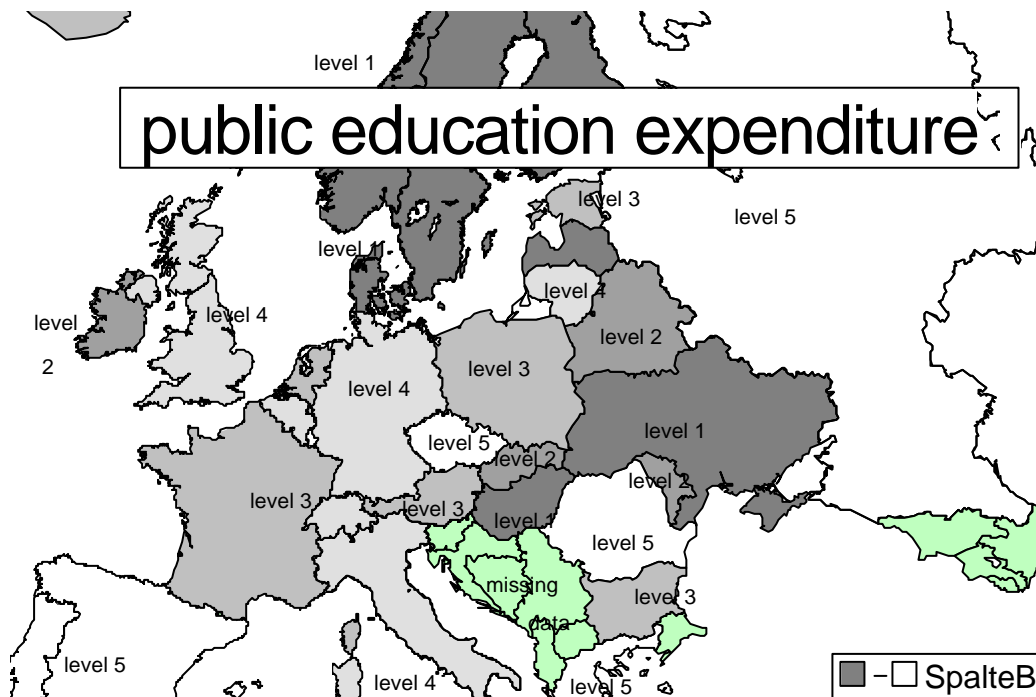
Sämtliche vorhandenen Indikatoren zeigen an, dass man hier für Ostmitteleuropa sehr optimistisch sein sollte.

Durchschnittliche Jahre absolvierter Bildung der Erwachsenen (je dunkler, desto höher das Bildungsniveau)



Quelle: Köhler G. and Tausch A. (2001) 'Studies on Unequal Exchange' Huntington, NY: Nova Science

Anteil der öffentlichen Erziehungsausgaben am BIP in Europa



Quelle: Köhler G. and Tausch A. (2001) 'Studies on Unequal Exchange' Huntington, NY: Nova Science

Innovationspotential in Europa und soziale Entwicklung

Innovation würde bedeuten, dass Europas Konzerne und Europas Wirtschaften in Zukunftsbranchen eine führende Rolle spielen. Bei den jeweils führenden 10 oder 45 Konzernen pro Branche sowie an der Wirtschaftsleistung der Welt hat Europa aber folgenden Anteil:

EU-Anteil an den weltweit führenden <i>collective service companies</i>	74,60
EU-Anteil an der weltweiten Entwicklungshilfe	56,40
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>intermediary good companies</i>	55,30
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>insurance companies</i>	55,00
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>energy companies</i>	50,20
EU-Anteil an der OECD-Gesamtarbeitslosigkeit	47,70
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>banking companies</i>	45,90
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>automobile industry</i>	41,60
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>chemical and pharma companies</i>	40,00
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>electrical equipment companies</i>	38,30
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>distribution companies</i>	38,10
EU-Anteil OECD-BSP	36,50
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>food industries</i>	34,30
EU-Anteil an der OECD-Bevölkerung	34,30
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>telecom companies</i>	33,70
EU-Anteil an den OECD Rüstungsausgaben	33,50
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>electronical companies</i>	25,70
EU-Anteil am Absatz der 45 führenden Industriekonzerne der Welt	21,10
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>consumer good companies</i>	17,10
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>defense/aeronautic industries</i>	16,80
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>mass communication companies</i>	10,10
EU-Anteil an den weltweit führenden <i>informatic companies</i>	0,00

Quelle: Köhler G. and Tausch A. (2001) 'Studies on Unequal Exchange' Huntington, NY: Nova Science

Staatliche Elektrogiganten, Versicherungen, Stahlhütten, Autowerke - das sind die Technologien und Eigentumsformen des letzten, langen, wirtschaftlichen Zyklus, der in den 30-er Jahren begann und in den 80er Jahren endete; bei ihnen führt Europa ebenso wie bei den Banken und der Arbeitslosigkeit; aber wenn es um Zukunftsbranchen geht, wie Informatik, Massenkommunikation, Aeronautik, Elektronik, Telekom, da ist Europa gegenüber Amerika und den übrigen westlichen Demokratien im Hintertreffen.

Konvergenz der Einkommen in Europa über die letzten 125 Jahre

Nach Professor Jeffrey Williamson von der Harvard-University gibt es leider keine generelle Konvergenz der Einkommen in Europa in den letzten 125 Jahren:

	real GDP per head 1870	real GDP per head (Europe = 100)	real GDP per head, 1995 value	real GDP per head, 1995 Europa = 100	gain/loss in relative position, 125 years of development
POR	793	44	12674	64	20
FIN	1095	60	18547	93	33
N	1229	67	22427	113	46
SP	1338	73	14789	74	1
ITA	1568	86	20174	101	15
SW	1596	88	19297	97	9
D	1619	89	20370	102	13
Ö	1847	101	21322	107	6
DK	1836	101	21983	111	10
F	1935	106	21176	107	1
CH	2476	136	24881	125	-11
NL	2490	137	19876	100	-37
BEL	2572	141	21548	108	-33
GB	3115	171	19302	97	-74

Aghion and Williamson, 1998 und Köhler G. and Tausch A. (2001) *'Studies on Unequal Exchange'* Huntington, NY: Nova Science

Dies bedeutet u.a., dass immer wieder in der Weltwirtschaft sehr starke Mechanismen am Werk sind, die die Konvergenz behindern (vgl. z.B. ungleicher Austausch). Auch die Migrationsbarrieren in Europa haben die Konvergenz - im Unterschied zu den letzten 125 Jahren in der Konvergenz zwischen Europa und Übersee - gebremst.

Kriminalität und Schattenwirtschaft - ihr Anteil am BSP der EU

Die Schattenwirtschaft beträgt in der EU15 im Schnitt bereits 13.4% des BSP

Kuznets-Zyklen

Benannt nach Simon Kuznets, Yale-Professor der Wirtschaftsgeschichte und Nobelpreisträger der Ökonomie. Neben den Signalkrisen und den terminalen Krisen gibt es beträchtliche ca. 20-jährige Schwankungen der Weltwirtschaft, z.B. die Einbrüche 1908, 1932, 1958, 1975, 1992 ... Ein derartiger Rückschlag kann auch in der Zukunft nicht ausgeschlossen werden. Bis etwa 2015 wird die Weltwirtschaft aber noch in einer Aufschwungphase des langfristigen, 50- bis 60-jährigen Kondratieff-Zyklus sein¹¹. Kuznets entwickelte eine Theorie der Zyklen und der wirtschaftlichen Entwicklung, die davon ausgeht, dass dem Kapitalismus mit wachsendem Reichtum zunächst ein starkes Element zum Anwachsen der Ungleichheit innewohnt, die erst langsam geringer wird, wenn die Politik nicht schon früher eingreift.

11 vgl. auch OECD (1999) *'The Future of the Global Economy. Towards a Long Boom?'* Paris: OECD

Machtkonzentration im internationalen System

200 Konzerne verfügen über 30% des weltweiten BSP. Unter diesen Konzernen dominieren die Japaner und US-Amerikaner. Langfristig führt eine hohe Penetration eines Landes durch das Auslandskapital zu einer sozial und regional wenig ausgewogenen Entwicklung. Mit einer der Gründe könnte hierfür sein, dass der Penetrationskoeffizient dort hoch ist, wo die interne Ersparnisbildung niedrig ist. Hier gibt es unabhängig vom erreichten Entwicklungsniveau in der Ausgangsperiode signifikante, negative Einwirkungen des Überfremdungsgrades einer Wirtschaft (FDI/GNP) auf das langfristige wirtschaftliche Wachstum, die Kontinuität der Wachstumsrate nach den Schocks der 70er Jahre, die Lebenserwartung und deren Zuwachs, die Verwirklichung der politischen und bürgerlichen Rechte, den Humanentwicklungsindex, den Machtbeteiligungsindex für die Frauen, die Reduktion der Kindersterblichkeit, die Humankapitalbildung, die Vollbeschäftigung und die Reduktion der Ungleichheit und Armut. In den Ländern des Zentrums verschieben sich die langfristig bislang stabilen Positionen von Kapital und Arbeit zum Kapital; die Steueraufkommen des Staates belasten die relativ zum Kapital sinkenden Lohneinkommen.

Prognosen der Position Europas in der Welt bis 2015

Der Auslandsgeheimdienst der US-Regierung, CIA, hat im Dezember 2000 seine Langzeit-Prognose im Internet veröffentlicht¹². Auch die akademische Welt hat zu dieser erstmals veröffentlichten Langzeitprognose erheblich beigetragen. Die globale Langzeit-Prognose kann als wichtige Entscheidungsgrundlage der US-Regierung gewertet werden und beinhaltet auch zahlreiche Aussagen zur internationalen Sozialpolitik.

Optimistische Grundaussagen - Wirtschaftsaufschwung und technologische Entwicklung

Die grundlegend optimistische Prognose geht von der Kontinuität eines weltweiten Wirtschaftsaufschwunges aus, der nach der Prognose vor allem von folgenden technologischen Sektoren getragen werden dürfte:

- Biomedizinisches Engineering
- DNA-Identifikation
- Genetische Modifizierung
- Genomische Profile
- Informationstechnologie
- Materialtechnologie
- Nanotechnologie
- Therapie und Arzneimittelentwicklung

Europas Entwicklung in der Weltgesellschaft

12 <http://www.cia.gov/cia/publications/globaltrends2015/>

Des Weiteren führt die Prognose aus:

- In den industrialisierten Staaten wird sich die Notwendigkeit für tiefgreifende Änderungen des Pensionssystems verstärken. Durch die geringen Geburtenzahlen und den Überalterungsprozeß wird der bisherige (auf dem Umlageverfahren basierende) Sozialkontrakt zerbrechen.
- Europa und Japan werden bis zum Jahr 2015 nicht weniger als 110 Millionen neue Arbeitskräfte benötigen, um die gegenwärtigen Abhängigkeitsraten zwischen arbeitender Bevölkerung und den Pensionistinnen und Pensionisten aufrecht zu erhalten. Dies wird die Konflikte um die Einwanderungspolitik verstärken.
- Einige ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten der EU werden in den nächsten Jahren ein rasantes Wachstum erleben und werden gegenüber Westeuropa sowohl wirtschaftlich als auch institutionell rasch aufholen. Rußland hingegen wird relativ gegenüber den USA, Westeuropa, China, Indien, und Japan weiter zurückfallen.
- Die Hoffnung für einige Staaten der ehemaligen UdSSR, aus der weltweiten Knappheit an Energieträgern einen weltwirtschaftlichen Wiederaufschwung zu erreichen, ist mit der Blockade der weiteren Entwicklung durch Korruption und organisierter Kriminalität konfrontiert. Das für Rußland wahrscheinlichste Szenario ist eine auf eine 'gelenkte Demokratie' gestützte, weitere weltpolitische Rolle des Landes als Nuklearmacht, die durch erhebliche soziale Konflikte um die ungleiche Ausbreitung des technischen Fortschritts insbesondere im Bereich der Informationstechnologien begrenzt ist. Die Ukraine wird in noch stärkerem Maße als Rußland selbst durch kriminelle Organisationen und einen mangelnden Rechtsstaat in ihrer Entwicklung behindert werden. Im Südkaukasus wird lediglich Georgien einige Chancen auf Stabilität und Prosperität attestiert. In Zentralasien werden die ethnischen Konflikte und die Konflikte um das Wasser weiter zunehmen.
- Amerikas führende Position in der Weltwirtschaft wird aus Gründen seines hohen Handelsbilanzdefizits und seiner geringen internen Sparquote erodieren, während Europa - nicht zuletzt wegen seiner verbesserten makro-ökonomischen Steuerung und seiner Währungsunion - generell gute Aussichten hat. Das demographische Defizit (siehe oben) könnte aber die Zukunft des Wachstums gefährden. Die Zukunft Europas wird aber friedlich und im Wohlstand sein. Europas Agenda wird wie folgt umschrieben
 - den Prozeß der EU-Integration zu beenden
 - einen verstärkten Nutzen aus der Globalisierung zu ziehen
 - die informationstechnische und wissenschaftlich-technologische Basis zu verbessern
 - die demographische Lücke zu schließen und
 - die Balkanregion vom Trauma des Nationalismus zu befreien.

Reformbedarf in Europa und Gefahren des Nationalismus

- Europa wird versuchen, einen 'Dritten Weg' zwischen Staatskontrolle und unkontrolliertem Kapitalismus zu finden. Weiter bestehende Rigiditäten des Arbeitsmarktes und der Staatsregulierung könnten die notwendigen Umstrukturierung und Reinvestitionen behindern. Damit würde Europa nicht in jenem Maße den Nutzen aus der Globalisierung ziehen können wie die USA.
- Mit bis zu 10 neuen Mitgliedern in der EU im Jahre 2015 in Ostmitteleuropa wird der Prozeß der Erweiterung sein Limit erreicht haben. Die teilweisen Widersprüche in Ostmitteleuropa, die sich aus

- den langfristigen, teils negativen Effekten der EU-Politik und der Globalisierung auf die Phänomene
 1. Arbeitslosigkeit
 2. Auslandskapitalkontrolle
 3. kulturelle Penetration
- ergeben, werden den Nährboden für autoritäre und nationalistische Bewegungen in der Region darstellen.

Migration

Der Migrationsdruck aus Nordafrika, dem Nahen Osten, Südasien und Ostmitteleuropa nach Westeuropa wird sich in den nächsten Jahren erhöhen. Schon heute machen legale und illegale Einwanderer in 50 der über 180 Nationen der Erde mehr als 15% der Gesamtbevölkerung aus, diese Relation wird sich in Zukunft weiter erhöhen.

1. Kriminelle Netzwerke in Nordamerika, Westeuropa, China, Kolumbien, Israel, Japan, Mexiko, Nigerien und Rußland werden noch tiefer als bisher in das Schlepperwesen einsteigen.
2. TBC, Malaria, Hepatitis und AIDS werden sich weiter und mit wachsender Geschwindigkeit in den Entwicklungsländern verbreiten. AIDS wird das dortige Wirtschaftswachstum um 1% verlangsamen und 50% der Gesundheitsausgaben verschlingen.
3. AIDS und TB werden in Afrika die Lebenserwartung senken und 40 Millionen Waisenkinder schaffen und das soziale Gefüge weiter zerstören, mit den zusammenhängenden Problemen von Armut, Verbrechen und Instabilität.

Auch in einigen post-kommunistischen Ländern, insbes. in der ehemaligen UdSSR, wird diese Problematik eine bedeutende Belastung des weiteren Übergangsprozesses darstellen.

Signalkrisen

50- bis 60-jährige, sich wiederholende Krisen in der Weltwirtschaft (1756, 1835, 1884, 1932, 1975/82). Entdeckt wurden diese Krisen durch den russischen Ökonomen N. D. Kondratieff (ein Opfer der Stalinistischen Repression); popularisiert und systematisiert wurden seine Entdeckungen vor allem durch Joseph Alois Schumpeter. Nach solchen Krisen erholt sich die Wirtschaft, es treten neue Technologien und soziale Modelle auf den Plan. Fazit: Es stehen Europa wohl noch einige Jahre des Aufschwungs bevor, Jahre, die Amerika z.B. schon bereits weitgehend konsumierte. In der Einschätzung des Schweizer Soziologen V. Bornschiefer sind es vor allem neue soziale Grundverträge, die erst den neuen Technologien zum Durchbruch verhelfen. Folgende Grundverträge und grundlegenden sozialen Projekte kennzeichnen die Entwicklung der Weltwirtschaft: ab 1756 die Defeudalisierung (allgemeine Schulpflicht, franz. und amerikanische Revolution), ab 1835 die Freiheit des Unternehmertums und des Marktes (Koalitionsfreiheit), ab 1884 die Erweiterung der Partizipation (Sozialversicherung, Parlamentarismus), ab 1933 der Wohlfahrtsstaat und der demokratische oder autoritäre Korporatismus (Einbindung des Faktors Lohnarbeit). Das neue, seit den 80-er Jahren sich abzeichnende Modell ist das Modell der neo-liberalen Deregulierung, kombiniert mit der Globalisierung und der technologischen Revolution.

Terminale Krisen

Krisen in der Weltökonomie, die einen Wechsel in der dominanten Macht des internationalen Systems bedeuteten: 1340, 1560, 1750, 1930. Zu solchen Perioden ereigneten sich intensive Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft in der Weltwirtschaft. Fazit: derzeit besteht kaum Aussicht auf derartige Auseinandersetzungen.

Turbo-Kapitalismus

Ein in den USA geprägter Begriff für den Kapitalismus der 90-er Jahre sowie im 21. Jahrhundert. Eine bekannte Definition stammt von Edward Luttwak, ex-Sicherheitsberater von Präsident Ronald Reagan: Privates Unternehmertum, ungehindert durch Regierungseingriffe, Gewerkschaften, Steuern, und die Sorge für die Beschäftigten und die Gemeinschaften. Das Modell, das für den Aufstieg Amerikas in den 90-er Jahren sorgte, hat nach Luttwak sein Gegengewicht in der starken Gerichtsbarkeit und dem Zugang breiter Bevölkerungsschichten zu Instrumenten wie der Produkthaftung im Konsumentenschutz sowie eine durch die protestantische Ethik erklärbare geringe Vererbung von Produktivvermögen zwischen den Generationen. Bei einer fortgesetzten 1:1 Übernahme dieses Modells in den MOEL-BK würde es zu ernsteren gesellschaftlichen Verwerfungen - wie etwa in der ehemaligen UdSSR - kommen, wo die Ungleichheit in den meisten Staaten heute schon sehr stark zu tendieren scheint. Die Ungleichheit in der Weltgesellschaft (der Reichtumsunterschied zwischen den reichsten 20% und den ärmsten 20%) ist heute wie folgt ausgeprägt (Daten der Vereinten Nationen, 1998):

Country code	share of income/consumption richest 20% to poorest 20%
Slovakia	2,600
Belarus	2,900
Austria	3,200
Japan	3,400
Czech Republic	3,500
Sweden	3,600
Belgium	3,600
Finland	3,600
Denmark	3,600
Norway	3,700
Luxemburg	3,900
Egypt	4,000
Rwanda	4,000
Italy	4,200
Slovenia	4,200
Romania	4,200
Lao People's Dem. Rep.	4,200
Pakistan	4,300
Bulgaria	4,400
Hungary	4,500

Germany	4,700
Ukraine	4,800
Bangladesh	4,900
Ghana	5,000
Canada	5,200
Korea, Rep. of	5,200
Lithuania	5,200
Poland	5,300
Latvia	5,300
Burundi	5,300
Spain	5,400
Greece	5,400
Sri Lanka	5,400
Netherlands	5,500
Uzbekistan	5,500
France	5,600
Viet Nam	5,600
Indonesia	5,600
Mongolia	5,600
India	5,700
Switzerland	5,800
Jordan	5,800
Portugal	5,900
Nepal	5,900
Moldova, Rep. of	6,000
Algeria	6,100
Israel	6,200
Jamaica	6,200
Côte d'Ivoire	6,200
Ireland	6,400
United Kingdom	6,500
Estonia	6,700
Tanzania, U. Rep. of	6,700
Ethiopia	6,700
Cambodia	6,900
Australia	7,000
Morocco	7,000
Uganda	7,000
Mozambique	7,200
Guyana	7,400
Mauritania	7,400
Guinea	7,400
Kyrgyzstan	7,500
Senegal	7,500
Thailand	7,600
Yemen	7,600
Turkmenistan	7,800
Tunisia	7,800
China	7,900
Turkey	8,200
Trinidad and Tobago	8,300

Bolivia	8,600
United States	8,900
Uruguay	8,900
Ecuador	9,200
Saint Lucia	9,300
Philippines	9,700
Kenya	10,000
Burkina Faso	10,000
Madagascar	10,200
Peru	11,600
Malaysia	12,000
Gambia	12,000
Russian Federation	12,200
Mali	12,200
Dominican Republic	12,500
Papua New Guinea	12,600
Nigeria	12,700
Costa Rica	13,000
Zambia	13,000
Nicaragua	13,100
Venezuela	14,400
Panama	14,700
Zimbabwe	15,600
Mexico	16,200
El Salvador	16,600
Honduras	17,100
New Zealand	17,400
Chile	17,400
Colombia	20,300
Niger	20,500
Lesotho	21,500
South Africa	22,300
Swaziland	23,900
Brazil	25,500
Paraguay	27,100
Guinea-Bissau	28,000
Guatemala	30,000
Central African Republic	32,500
Sierra Leone	57,600

Umfeld der österreichischen Sozialpolitik

Die Prognosen der amerikanischen Regierung bis 2015 wurden oben dargelegt. Es läßt sich auch seitens der vergleichenden Gesellschaftsforschung mit einiger Sicherheit abschätzen, in welchem Umfeld sich die österreichische Sozialpolitik im EU-Erweiterungsprozeß künftig bewegen wird

(i) die Beschäftigungsquoten der Männer zwischen 25 und 65 Jahren werden in den nächsten Jahren weltweit weiter zurückgehen, die der Frauen hingegen weiter expandieren (ILO)

(ii) wiewohl in den Ländern der Semi-peripherie und Peripherie die unselbstständige Beschäftigung zunimmt, gibt es einen schier unaufhaltsamen Trend zur Schattenwirtschaft und zu Beschäftigungsformen, die nicht mehr dem des voll beschäftigten Arbeiters oder Angestellten im Zentrum nach dem Zweiten Weltkrieg entsprechen (ILO)

(iii) innerhalb der Wirtschaftssektoren nimmt die Bedeutung des Dienstleistungsbereichs noch weiter zu, die der Industrie weiter ab (ILO)

(iv) weltweit besteht das Problem der mangelnden Beschäftigungschancen für junge Menschen sowie der Verfestigung der Arbeitslosigkeit (ILO)

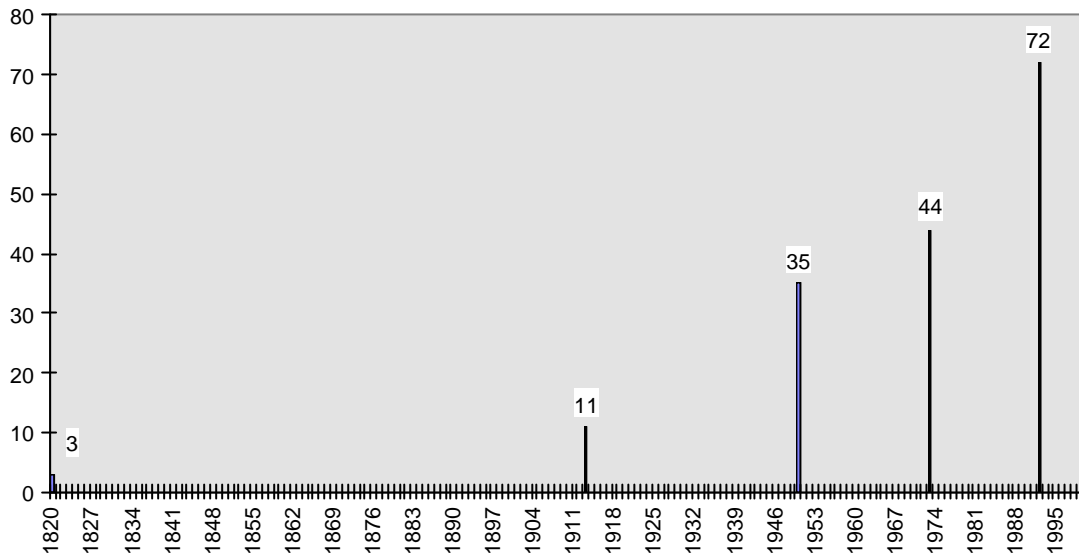
(v) die Armut konzentriert sich zunehmend in ländlichen Regionen, in strukturell benachteiligten Gruppen mit Dauerarbeitslosigkeit und mangelndem Zugang zu Beschäftigungschancen, sowie Haushalten mit mehreren Kindern (ILO/UNDP)

(vi) die Entstaatlichung in der MOEL-Region hat die Notwendigkeit geschaffen, dass dort effiziente Strukturen der Verwaltung auf allen Ebenen geschaffen werden.

(vii) nicht nur der Staat, die *civil society*, die einer der treibenden Faktoren der Revolution von 1989 in Ostmitteleuropa war, geht in ihrer Bedeutung in der Region der MOEL zurück (UNDP). Parteien, Wahlbeteiligung, Gewerkschaften, sie alle haben einen Schrumpfungsprozeß in den letzten Jahren erfahren.

(viii) die Widersprüche in der Weltökonomie seit dem Jahr 1989 haben noch zugenommen. 800 Millionen Menschen leiden weltweit an Hunger, jedes Jahr sterben 12 Millionen Kinder vor ihrem 5. Geburtstag (UNDP). Die Zentren der Weltökonomie 'durchtauchten' die Krisen noch besser als die Peripherien, die - wie in Lateinamerika (80-er Jahre), Sub-Saharisches Afrika (80-er Jahre bis heute), Südostasien (Ende der 90-er Jahre), Rußland (Ende der UdSSR bis heute) dramatische Verluste ihrer relativen Prokopfeinkommen nach Wechselkursen auf dem Weltmarkt hinnehmen mußten (G. Arrighi). Seit 1980 hat der Globalisierungsprozeß 1.5 Milliarden Menschen marginalisiert, während rasches Wachstum nur in 15 Nationen zu beobachten war. 82 Länder der Welt waren - in realen, inflationsbereinigten Werten - vor dem Jahr 1990 reicher als heute; und nur 55 Staaten der Erde hatten Ende der 90-er Jahre ihr höchstes, je erreichtes reales Prokopfeinkommen. Insbesondere in der ehemaligen UdSSR sind diese Verarmungsprozesse relevant (UNDP). Ungleiche Spezialisierung im internationalen Handel, die seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einsetzenden Strukturen großer, am Markt oligopolistisch auftretender Konzerne und Banken, der kontinuierliche Preisverfall der meisten Rohstoffe (außer Erdöl) in den Zyklen der Weltwirtschaft und viele andere Faktoren (etwa das Auseinanderklaffen von realer Kaufkraft im Inland und dem langfristigen Wegbrechen des Außenwertes der Währungen ärmerer Staaten) haben dazu beigetragen, dass sich die Reichtumsunterschiede zwischen den armen und den reichen Regionen in der Weltwirtschaft verfestigt haben. Die folgende, aus Statistiken der Vereinten Nationen erarbeitete Graphik belegt diese Tendenz:

Reichtumsunterschied arme Länder - reiche Länder

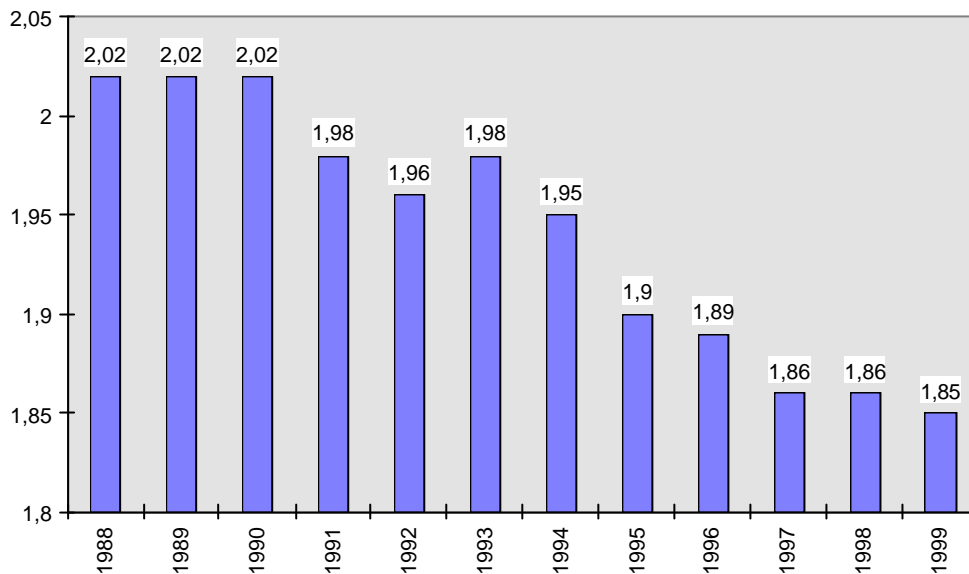


Legende: eigene Zusammenstellungen aus UNDP HDR, 2000

In den Staaten der Europäischen Union beträgt der Anteil jener Menschen, die den 60. Geburtstag nicht erleben, 10,1%, in Japan 8%, in den USA 13% und im Durchschnitt Osteuropas und der UdSSR 25,7%, in den meisten Transformations- und Entwicklungsländern weit darüber (vgl. UNDP, HDR 2000). Die 15 Staaten der Europäischen Union sind - mit ihren 375 Millionen Einwohnern - in die globalen Zusammenhänge auf das engste eingebunden. Die Dynamik der weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung scheint sich jedenfalls seit dem letzten Viertel des vergangenen, 20. Jahrhunderts weg von Europa zu verlagern, und Arbeitslosigkeit und mangelnde technologische Innovation bleiben für die nächsten Jahre Probleme der politischen Agenda Europas. Die folgende Graphik beleuchtet schlaglichtartig diese Problematik, die auf dem EU-Gipfel von Lissabon 2000 (Erneuerung und Dynamisierung des 'europäischen Modells') zur Sprache kam:

Forschungs- und Entwicklungsausgaben in den Staaten der 15-er EU als %-Satz des BIP

Forschungs-und Entwicklungsausgaben in der 15-er EU als % des BIP



Legende: Anteil der F&E-Ausgaben (staatlich + privat) als %-Satz des BIP in den heutigen Staaten der 15-er EU. Eigene Zusammenstellungen aus <http://europa.eu.int/comm/eurostat/>

(ix) Vergleiche der Entwicklung der letzten Jahre zeigen, dass die Marktwirtschaft ihre Dynamik immer mehr in Regionen mit abundanter, aber gut ausgebildeter 'Reservearmee' verlagert. Die Aufstiegschancen von Nationen werden durch das Vorhandensein einer größeren Reservearmee an gut ausgebildeten Arbeitskräften mit determiniert - ein Aspekt, der erhoffen läßt, dass sich die MOEL-Staaten in 'emerald tigers' nach irischem Vorbild verwandeln

(x) Der Rhythmus der längerfristigen Schwankungen der Weltökonomie wird, bedingt durch die De-Regulierung der Finanzmärkte, immer kürzer

(xi) die internen Ungleichheiten haben in zahlreichen Gegenden der Welt, u.a. in Osteuropa, in den letzten Jahren zugenommen. Die schärfsten Polarisierungen treffen wir heute in Brasilien, Südafrika, Guatemala, Zimbabwe, Kenya und Chile an, aber auch Staaten wie Rußland gehen in diese Richtung. Die Ungleichheiten sind letztlich dysfunktional für eine stabile und hohe wirtschaftliche Wachstumsrate

(xii) der Prozeß der Konzentration und Zentralisation schreitet immer weiter voran. Langfristig führt eine hohe Penetration eines Landes durch das Auslandskapital zu einer sozial und regional wenig ausgewogenen Entwicklung (Bornschieer, 1996, Bornschieer und Chase Dunn, 1985). In den Ländern des Zentrums verschieben sich die langfristig bislang stabilen Positionen von Kapital und Arbeit zum Kapital; die Steueraufkommen des Staates belasten die relativ zum Kapital sinkenden Lohneinkommen

(xiii) die Staatsausgaben im Zentrum, insbesondere in der EU, sind kaum mehr in der Lage, zu einer Dynamisierung beizutragen; hohe Staatsausgaben in alt werdenden Demokratien sind - zumal bei lang anhaltender Mitgliedschaft in der EU - eine ideale Voraussetzung für wirtschaftliche und soziale Stagnation (vgl. oben). Wichtig ist, die Staatsausgaben hin zu den Bedürfnissen der ärmeren Schichten und an der Humankapitalbildung zu bündeln. Andererseits steht fest, dass kein regionaler Wirtschaftsverbund in der Weltökonomie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges so effizient die Lebenschancen regional umverteilt hat wie die EU.

Deshalb werden jene Prognosen den größten Grad an Sicherheit besitzen, die von zwei grundlegenden Realitäten ausgehen

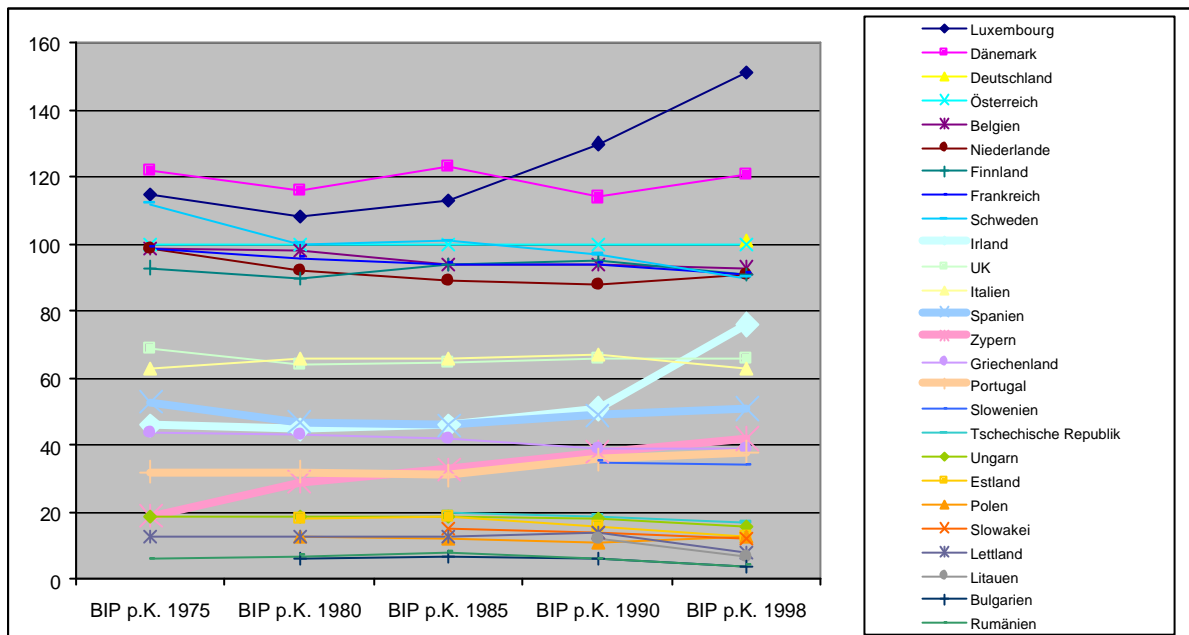
(i) der voraussichtlichen demographischen und Beschäftigungsstruktur mit fortschreitendem Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, a-typischen und instabilen Erwerbsverläufen sowie

(ii) einem Druck auf den Faktor Arbeit in der funktionalen Verteilung der Einkommen, bedingt durch den Prozeß der Globalisierung

Abschließend kann festgehalten werden, dass zwar die Republik Österreich in den letzten Dekaden ihren Konvergenzprozeß fortsetzte und zu einer der wohlhabendsten Gesellschaften der Welt wurde, dass aber weiterhin Reichtumsunterschiede Europa und die internationale Politik prägen:

Relativzahlen Ö = 100	BIP p.K. 1975	BIP p.K. 1980	BIP p.K. 1985	BIP p.K. 1990	BIP p.K. 1998
Luxemburg	115	108	113	130	151
Dänemark	122	116	123	114	121
Deutschland					101
Österreich	100	100	100	100	100
Belgien	99	98	94	94	93
Niederlande	99	92	89	88	91
Finnland	93	90	94	95	91
Frankreich	99	96	94	94	91
Schweden	112	100	101	97	90
Irland	46	45	46	51	76
GB	69	64	65	66	66
Italien	63	66	66	67	63
Spanien	53	47	46	49	51
Zypern	19	29	33	38	42
Griechenland	44	43	42	39	39
Portugal	32	32	31	36	38
Slowenien				35	34
Tschechische Republik			20	19	17
Ungarn	19	19	19	18	16
Estland		18	19	16	13

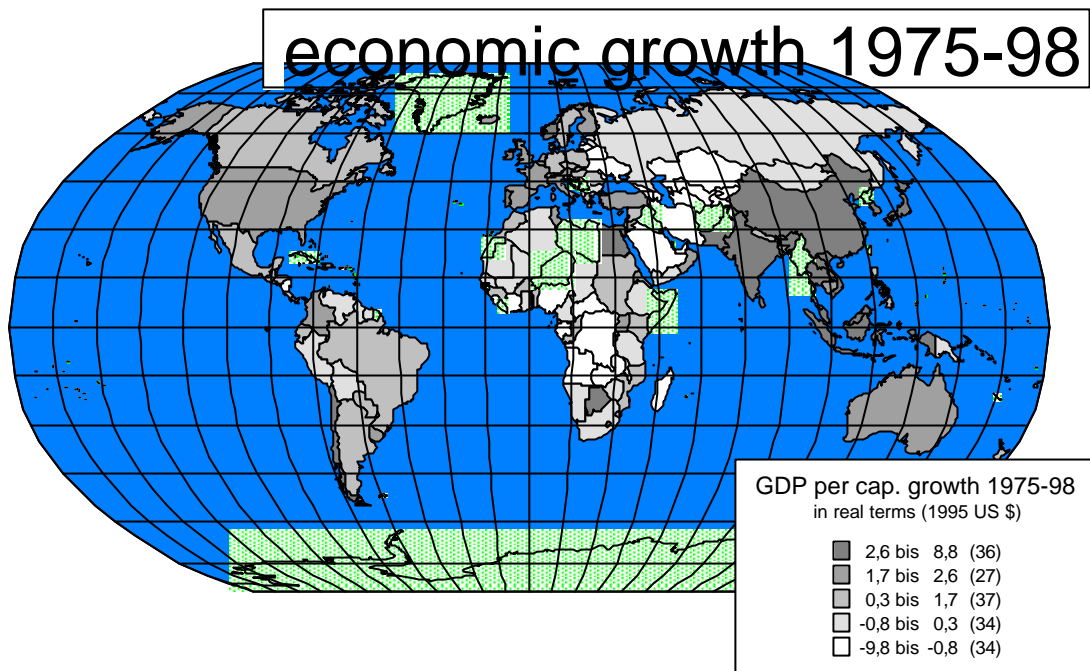
Polen		13	12	11	13
Slowakei			15	14	12
Lettland	13	13	13	14	8
Litauen				12	7
Bulgarien		6	7	6	4
Rumänien	6	7	8	6	4



Quelle: eigene Berechnungen, basierend auf der Datenserie des UNDP HDR 2000 über das BIP pro Kopf in realen 1995-er \$

Wachstum

Das wirtschaftliche Wachstum in der Welt wanderte von 1975 bis 1998 eindeutig in die Region des Pazifik und des indischen Ozeans ab:

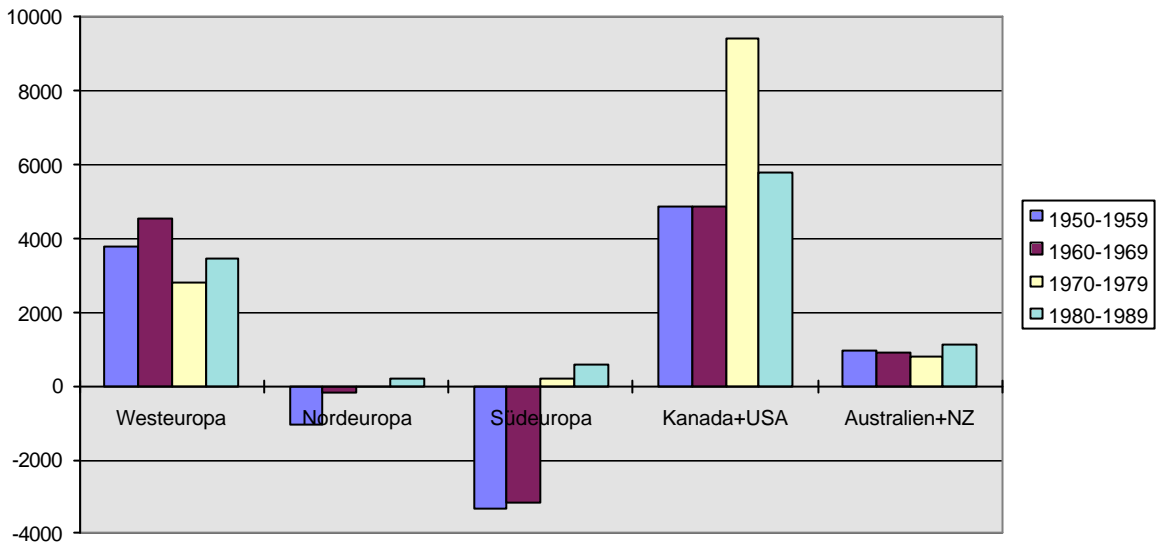


Wirtschaftszyklen und Migration

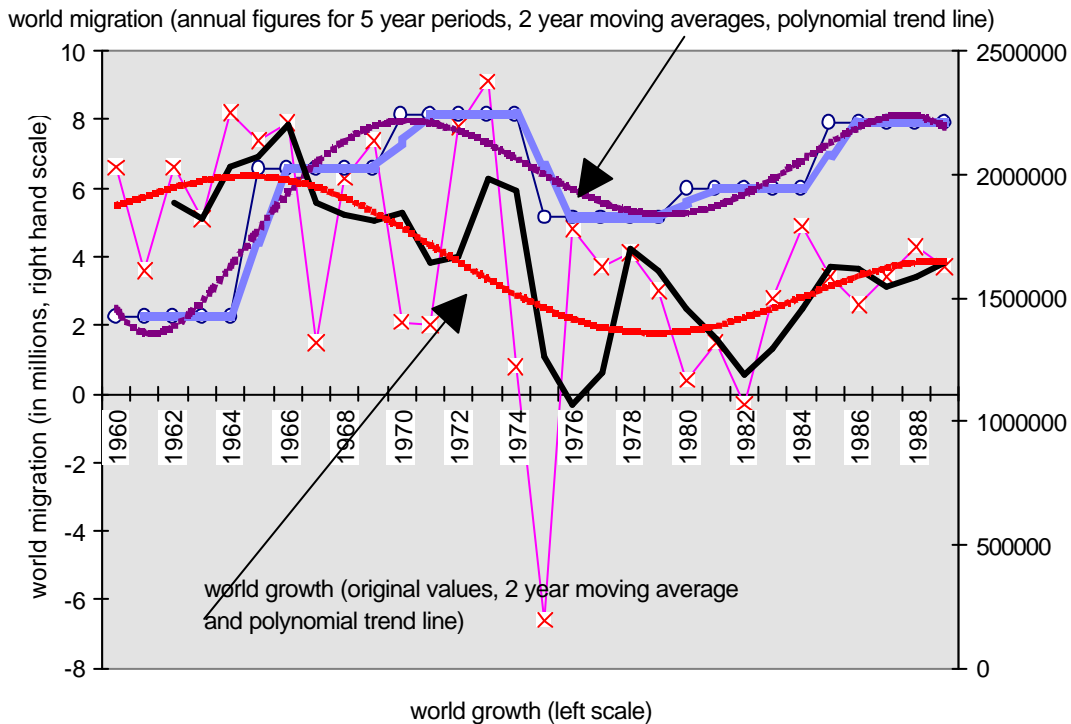
13 Nationen waren in ihrer Geschichte niemals so arm wie 1995, 34 Nationen nie so arm wie in den 90-er Jahren, und 82 der 159 klassifizierten Länder waren vor 1990 reicher als heute (UNDP). **Das Wegbrechen der Massenkaukraft** und das Entstehen von **Prebisch/Keynes'schen Stagnationsgleichgewichten** kennzeichnen die Situation (Köhler). Der Rhythmus der längerfristigen Schwankungen der Weltökonomie wird, bedingt durch die **De-Regulierung der Finanzmärkte**, immer kürzer. Letztens hat die OECD die **Kondratieff'schen Zyklen** zur Prognose des langfristigen Wirtschaftswachstums verwendet (OECD, 1999; vgl. oben). Getreu den Theorien von **Schumpeter** und **Kondratieff**, erklären langfristige Schwankungen (Polynome 6. Grades) die 9-jährigen, gleitenden Durchschnitte der Zuwächse/Abnahmen des BSP der Weltökonomie ab 1756 (1756 - 1832; $R^2 = 53,3\%$; 1832 - 1885; $R^2 = 20,3\%$; 1885 - 1932; $R^2 = 51,2\%$; 1932 - 1982; $R^2 = 51,1\%$). Dazwischen liegen sehr markante, 18-22-jährige mittelfristige Schwankungen; die untransformierten Wachstumsraten der Weltökonomie werden durch höherwertige Polynome - getreu den Vorhersagen von Simon **Kuznets** - von 1756 bis 1997 sehr gut erklärt (1741-56; 1756-74; 1774-93; 1793-1812; 1812-32; 1832-62; 1862-85; 1885-1908; 1908-32; 1932-58; 1958-75; 1975-92). Die Erklärungskraft dieser Zyklen liegt im späten 19. Jahrhundert bei 36.3%, erreicht vor dem Ersten Weltkrieg 56.2%, im Zyklus bis zur Großen Depression 44.2%, ab 1958 68.8%, und ab 1975 66.1%). Die langfristigen Zyklen der Weltwirtschaft waren bislang mit langfristigen **Zyklen der Kriege** verbunden (Polynome 6. Grades erklären die Zeitreihen über die militärischen Opfer aus Großmachtkriegen 1495-1648; $R^2 = 91,7\%$; 1649-1816; $R^2 = 33,6\%$; 1817-1945; $R^2 = 50,1\%$). Es kann davon ausgegangen werden, dass in einer globalisierten Weltwirtschaft sich die **Zyklen markant verkürzen** und **heftiger** werden. Freilich ist zu erwarten, dass die nächsten Jahre - getreu den oben genannten Prognosen der OECD - in Europa noch Jahre des Aufschwunges sein werden. In den Peripherien, die den **weltweiten Zyklen schutzlos ausgesetzt sind**, sind die Folgen der Kri-

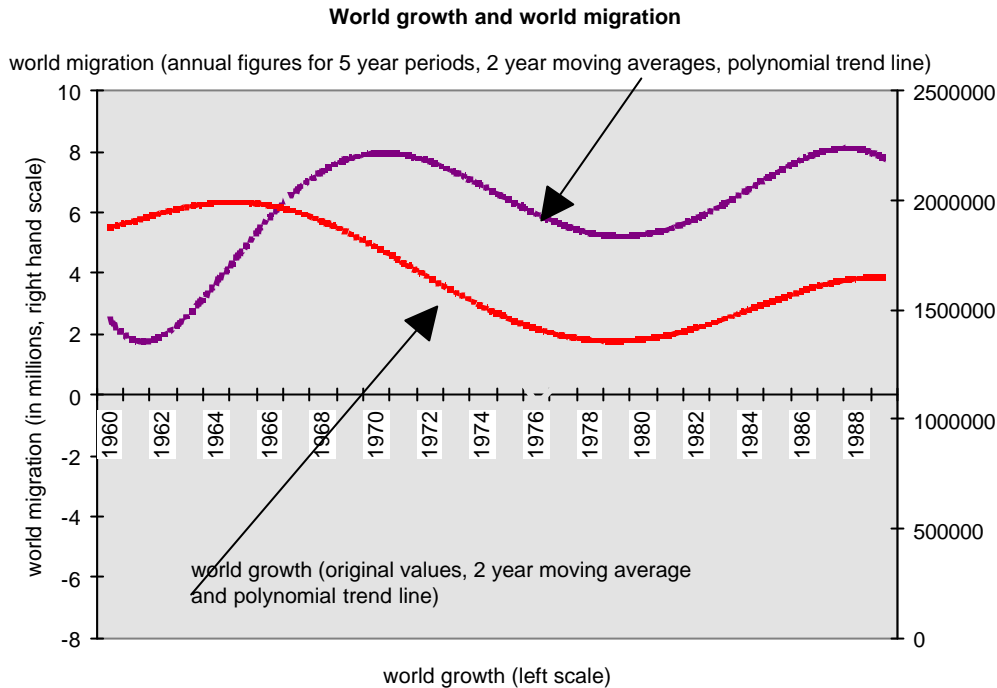
sen nur allzu oft **Diktatur, Zusammenbruch** und politische **Instabilität**. Für die BK in der MOEL-Region gilt, dass sie daher möglichst rasch den Anschluß an die EU finden sollten. Die internationale Migration entsprach weitgehend dem Muster der langen Zyklen. Ab ca. 1966 ist die Funktion der Migration prozyklisch mit der internationalen Konjunktur.

Weltweite Migration in 1000 Menschen



World growth and world migration





Quelle: eigene Berechnungen aus UN ECE, 1994; UN Population Division, sowie Tausch (1998), basierend auf Daten von IMF, Weltbank, sowie Goldstein (1988)

Ungleicher Austausch

Samir Amin und Kunibert Raffer verstehen unter ungleichem Austausch eine Situation, in der die produktivitätsgewichteten Preise der Exportgüter langsamer wachsen als die Importpreise. Rohstoffabhängige oder agrarlastige Gesellschaften sind von diesem Phänomen besonders stark betroffen. Die Arbeitskraft im exportorientierten Sektor der Peripherie arbeitet immer härter, während die Preise der Produkte ihrer Arbeit zumindest weit weniger stark wachsen als die aus den Zentren importierten Waren. Eine baldige Mitgliedschaft der MOEL-Staaten in der EU und in der EMU wird die MOEL vor diesen Verhältnissen, die langfristig destabilisieren, retten.

Kapitel 3: Der rechtliche Rahmen der Erweiterung

Beitritt eines neuen Staats zur Union

Der Beitritt eines neuen Mitgliedstaats zur Europäischen Union ist in Artikel 49 (ex-Artikel O) des Vertrags über die Europäische Union geregelt¹³. Der Rat beschließt einstimmig nach Anhörung der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments, dass Verhandlungen aufgenommen werden. Die Aufnahmebedingungen, die gegebenenfalls notwendigen Übergangsfristen und die wegen des Beitritts erforderlichen Anpassungen der Verträge, auf denen die Union beruht, werden durch ein Abkommen zwischen den Mitgliedstaaten und dem beitrittswilligen Staat geregelt. Das Abkommen muß von allen Vertragsstaaten gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften ratifiziert werden.

Beitrittskriterien (Kopenhagener Kriterien)

Im Juni 1993 hat der Europäische Rat von Kopenhagen den Staaten Mittel- und Osteuropas das Recht eingeräumt, der Europäischen Union beizutreten, wenn sie folgende drei Kriterien erfüllen:

- Politik: institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz der Minderheiten;
- Wirtschaft: funktionstüchtige Marktwirtschaft;
- Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes (Acquis communautaire): Die Länder müssen sich die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen.

Im Dezember 1995 bestätigte der Europäische Rat von Madrid diese Kriterien. Außerdem verwies er darauf, dass die beitrittswilligen Länder ihre Verwaltungsstrukturen anpassen müßten, damit die Integration sich schrittweise und harmonisch vollziehen könne.

Die Europäische Union behält sich allerdings vor, über den Zeitpunkt zu entscheiden, zu dem sie bereit ist, neue Mitglieder aufzunehmen.

¹³ die hier zusammengefaßten rechtlichen Voraussetzungen sind weitgehend Informationen der EK sowie dem Lehrbuch des Europarechts von Chr. Thun-Hohenstein und Franz Cede 'Europarecht', Manz'sche Verlagsanstalt, entnommen. Als solche erheben sie keinen Anspruch auf wissenschaftliche Originalität

Beitrittspartnerschaft

Die Beitrittspartnerschaften wurden vom Rat 1998 mit jedem einzelnen beitriftswilligen Land (ausgenommen Zypern) geschlossen. Ziel ist, die Hilfen der Europäischen Gemeinschaft für die mittel- und osteuropäischen Länder zu koordinieren und Prioritäten für die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes durch diese Länder festzulegen. Die Einhaltung dieser Prioritäten ist Voraussetzung für die finanzielle Unterstützung durch die Gemeinschaft.

Auf der Grundlage dieser Beitrittspartnerschaft erstellt jedes Land ein Programm für die Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes und die Umsetzung der besagten Prioritäten nach einem bestimmten Zeitplan, wobei er die dazu erforderlichen Personal- und Finanzressourcen festlegt. Das Programm wird von der Kommission und dem betreffenden Land fortlaufend angepaßt. Zudem werden gemeinsam wirtschaftliche Prioritäten festgelegt.

Drei Finanzinstrumente werden eingesetzt, um ab 2000 auf der Grundlage der Beitrittspartnerschaften die Reformen in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu unterstützen:

- ein agrarpolitisches Finanzinstrument;
- ein strukturpolitisches Finanzinstrument;
- das Programm PHARE.

Beitrittsverhandlungen

1995 wurde beschlossen, Beitrittsverhandlungen mit Zypern aufzunehmen. Für die Staaten Mittel- und Osteuropas wurde ein zweistufiges Verfahren festgelegt, obwohl der Europäische Rat von Luxemburg (Dezember 1997) bereits die Beitrittsanträge von zehn dieser Staaten positiv aufgenommen hatte. Am 30. März 1998 haben die Verhandlungen mit den sechs Ländern der "ersten Welle" (Zypern, Estland, Polen, Tschechische Republik, Slowenien und Ungarn) begonnen.

Nachdem festgestellt worden war, dass die Staaten der "zweiten Welle" (Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Malta) ihre Reformen rasch genug durchführen, konnten diese Länder im Februar 2000 zur "ersten Welle" aufschließen.

Vor der Aufnahme von Verhandlungen wurden die Rechtsvorschriften der einzelnen beitriftswilligen Länder bewertet, damit ein Arbeitsprogramm aufgestellt und Verhandlungspositionen festgelegt werden konnten. Danach begannen die eigentlichen Verhandlungen. Dazu wurden bilaterale Regierungskonferenzen (Europäische Union/Beitrittskandidat) einberufen, in deren Rahmen die Minister alle sechs Monate und die Botschafter monatlich tagen.

Die politischen und wirtschaftlichen Reformen der beitriftswilligen Länder sowie der Stand der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstandes werden regelmäßig bewertet. Die Ergebnisse dieser Bewertung bestimmen das Tempo der Beitrittsverhandlungen.

Beitrittswillige Länder

Die politische und wirtschaftliche Stabilität in der Europäischen Union veranlaßt zahlreiche europäische Länder, die in Artikel 49 (ex-Artikel O) des Vertrags über die Europäische Union vorgesehene Möglichkeit eines Beitrittsersuchens wahrzunehmen.

Folgende Länder haben den Beitritt beantragt:

Türkei: am 14. April 1987;
Zypern: 3. Juli 1990;
Malta: 16. Juli 1990;
Ungarn: 31. März 1994;
Polen: 5. April 1994;
Rumänien: 22. Juni 1995;
Slowakei: 27. Juni 1995;
Lettland: 13. Oktober 1995;
Estland: 24. November 1995;
Litauen: 8. Dezember 1995;
Bulgarien: 14. Dezember 1995;
Tschechische Republik: 17. Januar 1996;
Slowenien: 10. Juni 1996.

Im Dezember 1997 hat der Europäische Rat von Luxemburg beschlossen, 1998 Verhandlungen mit sechs Staaten - Zypern, Estland, Polen, der Tschechischen Republik, Slowenien und Ungarn - aufzunehmen. Diese Länder bilden somit die "erste Welle" beitragswilliger Länder.

Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit

Vor Inkrafttreten des Vertrags von Amsterdam waren im Rahmen der Sozialpolitik verschiedene Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit durchgeführt worden. So hatte der Rat mit einer Entschließung das Jahr 1997 zum "Europäischen Jahr gegen Rassismus" erklärt, den Mitgliedstaaten aber die Umsetzung dieser Aktion überlassen.

Nachdem sich das Europäische Parlament in mehreren Entschließungen mit dieser Problematik befaßt hatte, legte die Kommission am 25. März 1998 einen Aktionsplan gegen Rassismus vor, um die Ergebnisse von 1997 zu festigen und das Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags vorzubereiten. Dieser Plan sieht unter anderem vor, die Bekämpfung des Rassismus in die Politik und die Programme der Gemeinschaft einzubeziehen.

Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde in den EU-Vertrag eine spezifische Rechtsgrundlage für Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit eingefügt (Artikel 29, ex-Artikel K.1), so dass die Union nunmehr eine echte Politik in diesem Bereich entwickeln kann.

Im Juni 1997 wurde in Wien eine Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eingerichtet, die den Auftrag hat, den Informations- und Erfahrungsaus-

tausch auf diesem Gebiet zu fördern. Außerdem hat die Europäische Union am 21. Dezember 1998 eine Vereinbarung mit dem Europarat geschlossen, um die Zusammenarbeit zwischen der Beobachtungsstelle und der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz zu intensivieren.

Bilaterale Regierungskonferenz (EU/Beitrittskandidaten)

Bei den Verhandlungen über den EU-Beitritt weiterer Staaten handelt es sich um bilaterale Regierungskonferenzen, an denen die Union und jeweils ein beitrittswilliges Land beteiligt sind.

Die Regierungskonferenzen über den Beitritt Estlands, Ungarns, Polens, der Tschechischen Republik, Sloweniens und Zyperns wurden am 30. März 1998 feierlich eröffnet. Auf Ministerebene fanden die ersten Verhandlungen am 10. November 1998 statt. Die bilateralen Regierungskonferenzen über den Beitritt Rumäniens, der Slowakei, Lettlands, Litauens, Bulgariens und Maltas wurden am 15. Februar 2000 eröffnet.

Chancengleichheit

Zwei wesentliche Aspekte dieses Grundsatzes sind im EG-Vertrag festgeschrieben: Artikel 12 (ex-Artikel 6) verbietet jede Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit und Artikel 141 (ex-Artikel 119) sieht gleiches Entgelt für Männer und Frauen vor. Darüber hinaus sollte dieser Grundsatz in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und familiären Lebens zum Tragen kommen.

Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde ein neuer Artikel 13 eingefügt, durch den der Grundsatz des Diskriminierungsverbots im Zusammenhang mit der Chancengleichheit noch gestärkt wird. Gemäß diesem neuen Artikel kann der Rat geeignete Vorkehrungen treffen, um Diskriminierungen aus Gründen des Geschlechts, der Rasse, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung zu bekämpfen.

Demokratiedefizit

Das Schlagwort Demokratiedefizit soll hauptsächlich dokumentieren, dass die Europäische Union nicht demokratisch genug und infolge ihrer komplizierten Funktionsweise nicht bürgernah ist. Dieser Sichtweise folgend würde das institutionelle Gefüge der Union beherrscht von einem Organ, das zugleich Legislativ- und Exekutivbefugnisse innehat (Rat), sowie einem Organ, dem eine echte demokratische Legitimität fehlt (Kommission), wenngleich die Mitglieder des Kollegiums von den Mitgliedstaaten benannt werden, sich einem Zustimmungsvotum des Europäischen Parlaments stellen müssen und kollektiv vor dem Parlament verantwortlich sind.

Dem so entstandenen Eindruck eines Demokratiedefizits wird mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrags entgegengetreten, denn darin ist vorgesehen, die Rolle des Eu-

ropäischen Parlaments auszudehnen und die Parlamente der Mitgliedstaaten systematisch zu unterrichten. Zudem ist festgeschrieben: "Dieser Vertrag stellt eine neue Stufe bei der Verwirklichung einer immer engeren Union der Völker Europas dar, in der die Entscheidungen möglichst offen und möglichst bürgernah getroffen werden."

Diskriminierungsverbot

Ziel dieses Verbots ist die Gleichbehandlung aller Menschen unabhängig von Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Rasse, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderungen, Alter und sexueller Ausrichtung.

Das Verbot jeder Diskriminierung aus Gründen der Staatsangehörigkeit ist in Artikel 12 (ex-Artikel 6) des EG-Vertrags verankert. Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde ein neuer Artikel 13 in den EG-Vertrag eingefügt, um diesen Grundsatz zu ergänzen und auf die vorgenannten Fälle auszudehnen.

Erweiterung

Die Europäische Gemeinschaft ist seit ihrer Gründung mehrmals erweitert worden. Dabei sind zu den sechs Gründerstaaten - Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und Niederlande - nach und nach neun weitere Länder hinzugekommen:

1973: Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich;

1981: Griechenland;

1986: Portugal und Spanien;

1995: Österreich, Finnland und Schweden.

Angesichts der wachsenden Zahl beitragswilliger Länder kommt dem weiteren Ausbau der Union heute insofern eine besondere Bedeutung zu, als dass aus dem Vertrag von Rom hervorgegangene System nach allgemeiner Überzeugung in einer 25 bis 30 Mitglieder umfassenden Union ohne eine Reform der Institutionen und bestimmter Politikbereiche der Union nicht mehr effizient funktionieren kann. Diese Einsicht hat eine Debatte über die Begriffe "Erweiterung" und "Vertiefung" zur Folge: Für die einen muß die Erweiterung mit einer tiefgreifenden Reform der Organe und der Funktionsweise der Europäischen Union einhergehen, für die anderen hat die Erweiterung selbst Vorrang (häufig mit dem Hintergedanken, dadurch könne das politische Profil der Union verwässert werden).

Mit dem Amsterdamer Vertrag ist dem Vertrag über die Europäische Union ein "Protokoll über die Organe im Hinblick auf die Erweiterung der Europäischen Union" beigefügt worden. Darin ist vorgesehen, spätestens ein Jahr vor dem Zeitpunkt, zu dem die Zahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union 20 überschreiten wird, eine Regierungskonferenz einzuberufen, um die institutionellen Probleme im Zusammenhang mit der Erweiterung, insbesondere die Stimmenwägung im Rat und die Zusammensetzung der

Kommission neu zu regeln. Die Ausweitung des Rückgriffs auf eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit ist wesentliche Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der EU-Organe in einer erweiterten Union (siehe hierzu die Erklärung Belgiens, Frankreichs und Italiens, die der Schlußakte der Regierungskonferenz beigelegt wurde).

Die Kommission hat am 15. Juli 1997 die "Agenda 2000" vorgelegt, in der sie die erweiterungsbedingten Probleme und die Aufgaben analysiert, die die Europäische Union in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts zu bewältigen haben wird.

Europa-Abkommen

Die Europa-Abkommen sind eine besondere Form der Assoziierungsabkommen. Sie werden zwischen der Europäischen Union und bestimmten assoziierten Ländern Mittel- und Osteuropas geschlossen (Artikel 238 EGV) und regeln deren Vorbereitung auf den Beitritt zur EU. Die Europa-Abkommen schreiben die Achtung der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit fest und verankern den Grundsatz der Marktwirtschaft. Bisher wurden Europa-Abkommen mit zehn Staaten geschlossen: Bulgarien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Polen, der Tschechischen Republik, Rumänien, der Slowakischen Föderativen Republik und Slowenien.

Die Europa-Abkommen werden für unbegrenzte Dauer geschlossen; sie setzen sich aus mehreren Teilen zusammen:

- einem politischen Teil, in dem die bilateralen und multilateralen Konsultationen zu Fragen von beiderseitigem Interesse geregelt werden;
- einem handelspolitischen Teil, der die Schaffung einer Freihandelszone vorsieht;
- einem Teil "Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur und Finanzen";
- einem Teil, der auf die Angleichung der Rechtsvorschriften, insbesondere in den Bereichen geistiges Eigentum und Wettbewerb abstellt.

Über die Umsetzung eines Europa-Abkommens wacht ein Assoziationsrat, der sich aus Vertretern des Rates und der Kommission einerseits und Vertretern der Regierung des assoziierten Staates andererseits zusammensetzt. Ein Assoziationsausschuß aus Mitgliedern des Assoziationsrates verfolgt die einschlägigen Arbeiten und bereitet die Beratungen des Assoziationsrates vor. Schließlich kann ein Parlamentarischer Assoziationsausschuß, der sich aus Abgeordneten des nationalen Parlaments des assoziierten Staates und des Europäischen Parlaments zusammensetzt, dem Assoziationsrat Empfehlungen unterbreiten.

Europa-Konferenz

Die Europa-Konferenz der EU-Mitgliedstaaten und der beitrittswilligen Länder soll den Erweiterungsprozeß in den kommenden Jahren begleiten. Sie ist ein Forum für multilaterale politische Konsultationen zu Themen von allgemeinem Interesse:

- Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik;
- Justiz und Inneres;
- unter die regionale Zusammenarbeit fallende wirtschaftliche Aktivitäten.

Die Europa-Konferenz wurde vom Europäischen Rat im Dezember 1997 auf Vorschlag Frankreichs einberufen. Sie tagt zweimal jährlich: einmal kommen die Staats- und Re-

gierungschefs und der Präsident der Kommission zusammen; ein anderes Mal findet die Tagung auf der Ebene der Außenminister statt. Den Vorsitz führt der Staat, der auch den Vorsitz im Rat der Europäischen Union hat.

Auf der ersten Tagung der Europa-Konferenz am 12. März 1998 in London wurde beschlossen, eine Sachverständigengruppe mit der Ausarbeitung eines Berichts über die zunehmende Bedrohung der europäischen Gesellschaften, insbesondere der osteuropäischen Staaten, durch das organisierte Verbrechen zu beauftragen. Die Außenminister sind erstmals am 6. Oktober 1998 in Luxemburg zusammengekommen.

Freizügigkeit (Visa, Asyl, Einwanderung und andere Politiken)

Mit dem Amsterdamer Vertrag wurde in den EG-Vertrag ein neuer Titel IV für folgende Materien aufgenommen:

- Freizügigkeit
- Kontrollen an den Außengrenzen
- Asyl, Einwanderung und Schutz der Rechte von Angehörigen dritter Länder
- justitielle Zusammenarbeit in Zivilsachen

Diese Bereiche waren zuvor Titel VI des EU-Vertrags (Justiz und Inneres) zugeordnet. Mit dem Amsterdamer Vertrag sind sie "vergemeinschaftet", d. h. in den Rechtsrahmen des ersten Pfeilers einbezogen worden. Praktisch wird diese Veränderung allerdings nur schrittweise im Laufe von fünf Jahren nach Inkrafttreten des neuen Vertrags vollzogen.

Nach diesem Übergangszeitraum wird der Rat in diesen Bereichen nicht mehr allein tätig, sondern auf Vorschlag der Kommission entscheiden. Außerdem werden auf absehbare Zeit die Mitentscheidung und die Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit zur Anwendung kommen. Schließlich ist der Gerichtshof nunmehr für Auslegungsfragen im Zusammenhang mit den Materien dieses neuen Titels IV zuständig.

Das Vereinigte Königreich und Irland werden sich nicht an den im Rahmen des Titels IV erlassenen Maßnahmen beteiligen. Dänemark wird sich nur an den Maßnahmen betreffend die Visaerteilung beteiligen.

Gemeinschaftlicher Besitzstand (acquis communautaire)

Der gemeinschaftliche Besitzstand ist das gemeinsame Fundament aus Rechten und Pflichten, die für alle Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Union verbindlich sind. Dieser Besitzstand entwickelt sich ständig weiter und umfaßt:

- den Inhalt, die Grundsätze und die politischen Ziele der Verträge;
- die in Anwendung der Verträge erlassenen Rechtsvorschriften und die Rechtsprechung des Gerichtshofs;
- die im Rahmen der Union angenommenen Erklärungen und Entschlüsse;
- die Rechtsakte der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik;
- die in den Bereichen Justiz und Inneres vereinbarten Rechtsakte;
- die von der Gemeinschaft geschlossenen internationalen Abkommen und die Abkommen, die die Mitgliedstaaten untereinander in Bereichen schließen, die unter die Tätigkeit der Union fallen.

Der gemeinschaftliche Besitzstand umfaßt also nicht nur das Gemeinschaftsrecht im engeren Sinne, sondern auch alle Rechtsakte, die im Rahmen des ersten und dritten Pfeilers der Europäischen Union erlassen werden, sowie die in den Verträgen festgeschriebenen gemeinsamen Ziele.

Die Beitrittskandidaten müssen diesen gemeinschaftlichen Besitzstand akzeptieren, bevor sie der Union beitreten. Ausnahmen oder abweichende Regelungen werden nur in ganz wenigen Fällen und in begrenztem Umfang akzeptiert. Die Union hat sich zum Ziel gesetzt, den gemeinschaftlichen Besitzstand zu wahren und auszubauen. Auf keinen Fall darf es zu Rückschritten kommen.

Die Kommission und die beitragswilligen Staaten prüfen derzeit, wie die Rechtsvorschriften dieser Staaten an den gemeinschaftlichen Besitzstand angepaßt werden können.

Gemeinschaftsrecht

Das Gemeinschaftsrecht im engeren Sinne setzt sich zusammen aus den Gründungsverträgen (primäres Recht) und den Rechtsakten, die die Organe der Gemeinschaft aufgrund dieser Verträge erlassen (abgeleitetes Recht).

Im weiteren Sinne bezeichnet dieser Begriff alle Rechtsnormen, die innerhalb der Rechtsordnung der Europäischen Gemeinschaften Anwendung finden, d. h. die allgemeinen Rechtsgrundsätze, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs, die Rechtsakte im Rahmen der Außenbeziehungen der Gemeinschaften sowie die Übereinkommen, die zwischen den Mitgliedstaaten in Anwendung der Verträge geschlossen werden.

Das Gemeinschaftsrecht ist Teil des sogenannten gemeinschaftlichen Besitzstands.

Die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts obliegt der Europäischen Kommission als "Hüterin der Verträge". Das zeigt, dass die Europäische Union eine Rechtsgemeinschaft ist mit dem Ziel, die Einhaltung und tatsächliche Anwendung des Gemeinschaftsrechts in den und durch die Mitgliedstaaten zu gewährleisten. Die Kommission als Kontrollorgan sorgt dafür, dass die einzelstaatlichen Gerichte der ihnen in diesem Bereich ebenfalls zufallenden Aufgabe gerecht werden.

Die Anwendungskontrolle kann in folgender Form erfolgen:

- Vertragsverletzungsverfahren im Anschluß an Klagen oder von Amts wegen ermittelte Fälle;
- Beschwerden gegen andere Organe;
- Überprüfung der Rechtmäßigkeit der von den Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen;
- Umsetzung der für das Verbot bestimmter Kartelle und den Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen maßgeblichen Grundsätze.

Die Jahresberichte der Kommission über die Kontrolle der Anwendung des Gemeinschaftsrechts lassen erkennen, dass ihr nicht nur in ihrem Verhältnis zu den Beschwerdeführern bzw. Klägern, sondern auch in ihren Beziehungen zu den Bürgern und den Abgeordneten des Parlaments an Transparenz gelegen ist.

Gesundheitspolitik

Rechtsgrundlage für die Gesundheitspolitik der Gemeinschaft in diesem Bereich ist Artikel 152 (ex-Artikel 129), der durch den Vertrag von Maastricht in den EG-Vertrag eingefügt wurde. Darin ist vorgesehen, dass die Gemeinschaft ihr Handeln auf die Prävention von Krankheiten und insbesondere Drogenabhängigkeit abstellt und dazu die Erforschung der Ursachen und der Übertragung dieser Krankheiten sowie die Gesundheitsinformation und -erziehung fördert. Der Amsterdamer Vertrag konsolidiert und erweitert diese Zielvorgaben, indem er festschreibt, dass bei der Festlegung und Durchführung aller Gemeinschaftspolitiken und -maßnahmen die Sicherstellung eines hohen Gesundheitsschutzniveaus gesichert werden muß.

Zur Umsetzung von Artikel 152 kann die Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen, die diejenigen der Mitgliedstaaten ergänzen. Im Sinne des Subsidiaritätsprinzips jedoch konzentriert sie sich auf die Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten. Fördermaßnahmen werden im Mitentscheidungsverfahren angenommen, Empfehlungen werden mit qualifizierter Mehrheit auf Vorschlag der Kommission verabschiedet. Der Amsterdamer Vertrag dehnt den Anwendungsbereich der Mitentscheidung auf Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitäts- und Sicherheitsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie auf Maßnahmen in den Bereichen Veterinärwesen und Pflanzenschutz aus.

Gleichbehandlung von Männern und Frauen

Bereits seit 1957 ist in Artikel 141 (ex 119) des Vertrags von Rom der Grundsatz des gleichen Entgelts für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit verankert. Ab 1975 wurde in mehreren Richtlinien die Gleichberechtigung von Männern und Frauen beim Zugang zur Beschäftigung, bei der allgemeinen und beruflichen Bildung und im Arbeitsleben festgeschrieben. Danach wurde die Gleichberechtigung auch für den Bereich der sozialen Sicherheit, für die gesetzlichen Systeme und die betrieblichen Systeme eingeführt. Die Anerkennung dieses Grundsatzes führte in den 80er Jahren zur Förderung der Chancengleichheit im Rahmen mehrjähriger Programme.

Durch den Amsterdamer Vertrag soll die Tragweite des Artikels 141 (festgeschrieben ist bisher nur das gleiche Entgelt) ausgedehnt und die Förderung der Chancengleichheit in Artikel 2 des EU-Vertrags aufgenommen werden, in dem die Aufgaben der Gemeinschaft aufgeführt sind.

Globalisierung der Wirtschaft (Internationalisierung)

Der Europäische Rat in Turin hat das Problem der Globalisierung als eine der größten Herausforderungen der Europäische Union am Endes dieses Jahrhunderts bezeichnet.

Der Begriff bezeichnet eine rasch fortschreitende Integration der Weltwirtschaft, die zwei Hauptursachen hat:

- die Liberalisierung des Welthandels und des Kapitalverkehrs;
- die Beschleunigung des technologischen Fortschritts und das Entstehen der Informationsgesellschaft;
- die Deregulierung (die öffentliche Hand zieht sich aus vielen Bereichen des Wirtschaftslebens zurück).

Diese drei Faktoren verstärken sich gegenseitig: Der technologische Fortschritt stimuliert den Welthandel, und der Welthandel begünstigt eine bessere Verbreitung des technischen Know-hows. Parallel dazu fördert die Deregulierung die Entwicklung neuer Technologien und trägt zur Beseitigung der Handelshemmnisse bei. Bestimmte Kreise wenden jedoch ein, dass es Unternehmen und Privatpersonen aufgrund dieses Fortschritts der Technologie erleichtert wird, einzelstaatliche Vorschriften zu umgehen.

Heranführungshilfe

Vor allem in den Bereichen gewerbliche Wirtschaft und Umwelt bedarf es enormer Investitionen, damit die Bewerberländer ihre Normen angleichen und bei ihrem Beitritt den gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen können. Die Strategie der Europäischen Union gegenüber den beitragswilligen Ländern Mittel- und Osteuropas beruht in erster Linie auf Heranführungshilfen, die im Zeitraum 2000-2006 bereitgestellt werden sollen. Zwei Schwerpunkte sind vorgesehen:

- Über das Programm PHARE soll die Anpassung der Verwaltungen und Justizbehörden finanziert werden (10,5 Mrd. Euro);
- aus zwei besonderen Fonds werden zusätzliche Hilfen für die Landwirtschaft (SAPARD: 3,5 Mrd. Euro) und den Ausbau der Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Umwelt und Verkehr, (7 Mrd. Euro) finanziert. Bei letzterem Fonds handelt es sich um das "Strukturpolitische Instrument zur Vorbereitung des Beitritts" (ISPA), das für die Bewerberländer dieselbe Rolle spielen wird wie der Kohäsionsfonds für Spanien, Portugal, Griechenland und Irland.

Die Beitrittspartnerschaften, die 1998 zwischen der Union und jedem der zehn Bewerberländer Mittel- und Osteuropas geschlossen wurden, bilden den Schwerpunkt der Heranführungsstrategie und ermöglichen eine gezielte Bereitstellung der verschiedenen Arten von Hilfen.

Zypern fällt nicht unter das PHARE-Programm und wird daher auf der Grundlage eines besonderen Finanzprotokolls eine Globalhilfe von 72 Mio. Euro für den Zeitraum 1996-2000 erhalten.

Heranführungsstrategie

Bereits 1989 hat die Europäische Gemeinschaft ein Programm zur finanziellen Unterstützung der mittel- und osteuropäischen Länder aufgelegt, um ihnen die wirtschaftliche und politische Umstellung zu erleichtern (Programm PHARE). 1991 wurden die ersten Assoziierungsabkommen (die sogenannten Europa-Abkommen) zwischen der Ge-

meinschaft und den mittel- und osteuropäischen Ländern unterzeichnet. Damit unverzüglich eine Freihandelszone geschaffen werden konnte, wurden befristete Vereinbarungen getroffen. Inzwischen ist der freie Warenverkehr im Europa der 26 Realität, auch wenn der Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen sowie Eisen- und Stahlerzeugnissen nach wie vor gewissen Einschränkungen unterliegt.

Gestützt auf die Europa-Abkommen hat die Kommission einen "strukturierten Dialog", d. h. regelmäßige Konsultationen zwischen den assoziierten Staaten und den EU-Organen vorgeschlagen.

Im Dezember 1994 hat der Europäische Rat von Essen eine Heranführungsstrategie mit folgenden Schwerpunkten angenommen:

- Vertiefung der Beziehungen zwischen den assoziierten Ländern und den Organen der Union (Ausweitung der strukturierten Beziehungen auf die Parlamente und Regierungen);
- Ausbau der Europa-Abkommen;
- Anpassung der finanziellen Unterstützung durch PHARE;
- Vorbereitung auf die Integration in den Binnenmarkt.

Auf der Tagung des Europäischen Rates von Madrid (Dezember 1995) wurde erstmals die Frage nach den Auswirkungen der Erweiterung auf die Gemeinschaftspolitiken, insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturpolitik, sowie auf die Finanzierung der Union nach 1999 aufgeworfen. In diesen für die Zukunft der Union zentralen Bereichen hat die Kommission im Juli 1997 Reformen vorgeschlagen (Agenda 2000).

Auch wurden neue Instrumente geschaffen, um die beitrittswilligen Länder finanziell und in rechtlicher Hinsicht zu unterstützen. So wurden 1998 mit zehn mittel- und osteuropäischen Ländern Beitrittspartnerschaften geschlossen.

Für Zypern wurde eine besondere Heranführungsstrategie eingeführt:

- Beteiligung an ausgewählten Aktionen zur Stärkung der administrativen und institutionellen Strukturen und der Handlungsfähigkeit in den Bereichen Justiz und Inneres;
- Beteiligung an bestimmten Programmen und Gemeinschaftsagenturen (wie alle beitrittswilligen Länder);
- Hilfestellung durch das Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe (TAIEX) bei der Anpassung des zypriotischen Rechts an die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft.

Konvergenzkriterien

Um die zur Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erforderliche dauerhafte Konvergenz zu gewährleisten, sieht der Vertrag fünf Kriterien vor, die jeder Mitgliedstaat erfüllen muß, wenn er an der dritten Phase der WWU teilnehmen will. Die Erfüllung der Konvergenzkriterien wird anhand von Berichten der Kommission und der Europäischen Zentralbank überprüft. Festgelegt wurden folgende Kriterien:

- das Verhältnis des öffentlichen Defizits zum Bruttoinlandsprodukt darf 3 % nicht überschreiten;
- das Verhältnis des öffentlichen Schuldenstands zum Bruttoinlandsprodukt darf 60 % nicht überschreiten;
- der Grad an Preisstabilität muß anhaltend hoch sein, und die während des letzten Jahres vor der Prüfung gemessene durchschnittliche Inflationsrate darf um nicht

mehr als eineinhalb Prozentpunkte über der Inflationsrate der drei Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;

- der durchschnittliche langfristige Nominalzinssatz darf um nicht mehr als 2 Prozentpunkte über dem entsprechenden Satz in den drei Mitgliedstaaten liegen, die auf dem Gebiet der Preisstabilität das beste Ergebnis erzielt haben;
- die im Rahmen des Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems vorgesehenen normalen Bandbreiten müssen zumindest in den letzten zwei Jahren vor der Prüfung ohne starke Spannungen eingehalten worden sein.

Diese Konvergenzkriterien sollen gewährleisten, dass die wirtschaftliche Entwicklung innerhalb der WWU ausgewogen und ohne Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten verläuft. Dabei müssen die das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand betreffenden Kriterien auch nach Inkrafttreten der dritten Phase der WWU (1. Januar 1999) weiter erfüllt sein. Zu diesem Zweck wurde auf der Tagung des Europäischen Rates von Amsterdam im Juni 1997 ein Stabilitätspakt angenommen.

Pfeiler der Europäischen Union

Die drei Pfeiler des Vertrags über die Europäische Union sind:

- der Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft mit den Bestimmungen über die Unionsbürgerschaft, die Politiken der Gemeinschaft, die Wirtschafts- und Währungsunion usw. sowie der EGKS-Vertrag und der Euratom-Vertrag (erster Pfeiler);
- die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, d. h. Titel V des Vertrags über die Europäische Union (zweiter Pfeiler);
- die Zusammenarbeit der Justiz- und Polizeibehörden in den Bereichen Justiz und Inneres, d. h. Titel VI des Vertrags über die Europäische Union (dritter Pfeiler).

Der Amsterdamer Vertrag hat einen Teil der unter den dritten Pfeiler fallenden Bereiche auf den ersten Pfeiler übertragen (Freizügigkeit).

PHARE

Das Programm PHARE wurde 1989 nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in den mittel- und osteuropäischen Ländern eingerichtet, um diese Länder beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaften zu unterstützen. Anfänglich war das Programm auf Ungarn und Polen begrenzt, wurde dann aber schrittweise auf dreizehn mittel- und osteuropäische Länder ausgedehnt (Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik und Ungarn).

Für den Zeitraum 1995-1999 betrug das Finanzierungsvolumen dieses Programms ca. 6,7 Mrd. Euro. Gefördert wurden Maßnahmen in fünfzehn Bereichen, insbesondere jedoch auf den Gebieten

- Infrastruktur (Energie, Verkehr, Telekommunikation);

- Entwicklung der privaten Wirtschaft und Unterstützung von Unternehmen;
- allgemeine und berufliche Bildung und Forschung;
- Umweltschutz und Strahlensicherheit;
- Umstrukturierung der Landwirtschaft.

PHARE ist auch das wichtigste Finanzinstrument der Heranführungsstrategie für die zehn beitriftswilligen Länder Mittel- und Osteuropas. Seit 1994 wurden die PHARE-Aufgaben an die landesspezifischen Prioritäten und Bedürfnisse angepaßt.

Das erneuerte PHARE-Programm mit einem Budget von über 10 Mrd. Euro für den Zeitraum 2000-2006 stellt bislang vor allem auf folgende Maßnahmen ab:

- Aufbau der öffentlichen Verwaltung (institutional building);
- Finanzierung von Investitionen.

Entsprechend den Vorschlägen, die die Kommission in ihrer Mitteilung "Agenda 2000" vom Juli 1997 unterbreitet hat, werden neue Heranführungshilfen zusätzlich zu den im Rahmen von PHARE vorgesehenen Hilfen geleistet. Hierbei handelt es sich um:

- Strukturmaßnahmen zur Angleichung des Umweltschutzniveaus und der Verkehrsinfrastruktur der beitriftswilligen Länder und der Europäischen Union (ISPA);
- Hilfen für die Landwirtschaft (SAPARD).

Screening (Bestandsaufnahme der Übernahme des gemeinschaftlichen Besitzstands)

In dem Weißbuch über die Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union wurde im Mai 1995 erstmals eine Übersicht über die Rechtsvorschriften der Gemeinschaft erstellt, die diese Staaten vor einem Beitritt zur Europäischen Union in ihr Recht übernehmen müssen. Am 30. März 1998 wurden die Beitrittsverhandlungen mit den elf vom Europäischen Rat von Luxemburg im Dezember 1997 benannten Beitrittskandidaten eingeleitet. Seit dem 3. April 1998 lief das sogenannte "Screening".

Dabei wurde zunächst für jedes beitriftswillige Land geprüft, inwieweit seine Gesetzgebung mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften vereinbar ist. Diese Bewertung, die Juni 1999 abgeschlossen wurde, wurde gemeinsam von der Kommission und dem jeweiligen beitriftswilligen Land vorgenommen. Für jeden Bereich wird eine Übersicht der Rechtsakte aufgestellt, die der künftige Mitgliedstaat annehmen oder ändern muß, damit sein Recht möglichst rasch nach dem Beitritt mit dem gemeinschaftlichen Besitzstand vereinbar ist. Ein "Amt für den Informationsaustausch über technische Hilfe" (TAIEX) wurde beauftragt, eine Bestandsaufnahme der gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften (gemeinschaftlicher Besitzstand) und der entsprechenden Maßnahmen der beitriftswilligen Länder vorzunehmen.

Dem Screening kam eine zentrale Bedeutung zu, da auf dieser Grundlage die bilateralen Verhandlungen zwischen der Union und den einzelnen Staaten geführt wurden.

Strukturfonds und Kohäsionsfonds

Die Strukturfonds und der Kohäsionsfonds sind Instrumente der gemeinschaftlichen Strukturpolitik, die darauf abzielt, die zwischen den Regionen und Mitgliedstaaten der Union bestehenden Unterschiede im Entwicklungsniveau zu verringern und somit den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt zu stärken.

Im Zeitraum 1994-1999 stellte die Gemeinschaft für strukturpolitische Maßnahmen 208 Mrd. Euro (ca. 35 % des EU-Haushalts) bereit. Etwa 90 % dieses Betrags waren für die Regionen und 10 % für die sogenannten "Kohäsionsstaaten" bestimmt. Diese Mittel-ausstattung wurde für den Zeitraum 2000-2006 auf 213 Mrd. Euro (195 Mrd. Euro für die Strukturfonds und 18 Mrd. Euro für den Kohäsionsfonds) erhöht.

Zur Förderung der Regionen stehen vier Finanzinstrumente zur Verfügung:

- der Europäische Sozialfonds (ESF), der bereits im Gründungsvertrag vorgesehen war;
- der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, Abteilung "Ausrichtung"; der 1962 errichtet wurde (die Unterteilung in eine Abteilung "Garantie" und eine Abteilung "Ausrichtung" erfolgte 1964);
- der 1975 eingerichtete Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE);
- das 1993 eingeführte Finanzinstrument für die Ausrichtung der Fischerei (FIAP).

Im Zeitraum 1994-1999 wurden aus Strukturfonds-Mitteln unter Berücksichtigung der Grundsätze der Konzentration, Partnerschaft, Zusätzlichkeit und Programmplanung sieben Ziele und dreizehn Initiativen unterstützt.

Um die Effizienz der Gemeinschaftsinterventionen im Zeitraum 2000-2006 zu erhöhen, schlug die Kommission in ihrer Mitteilung "Agenda 2000" vom Juli 1997 eine Reform der Strukturpolitik vor. Da die Zahl der Ziele auf nunmehr drei reduziert wurde, ermöglichte diese Reform eine verstärkte Konzentration und einfachere Verwaltung der Finanzhilfen. Die strukturpolitischen Ziele der Union lauten:

- Entwicklung und strukturelle Anpassung von Regionen mit Entwicklungsrückstand, deren durchschnittliches Pro-Kopf-BIP weniger als 75 % des EU-Durchschnitts beträgt (Ziel 1: über 70 % der Strukturfonds-Interventionen betreffen dieses Ziel);
- wirtschaftliche und soziale Umstellung von Regionen mit strukturellen Schwierigkeiten (Ziel 2: dieses Ziel betrifft Gebiete, die mit einem Problem der wirtschaftlichen Umstrukturierung konfrontiert sind, also Gebiete, in denen sich ein wirtschaftlicher Wandel vollzieht, ländliche Gebiete mit rückläufiger Entwicklung, von der Fischerei abhängige Krisengebiete sowie Problemgebiete in den Städten);
- Entwicklung der Humanressourcen außerhalb der unter Ziel 1 fallenden Regionen (Ziel 3: dieses Ziel bildet den Bezugsrahmen für sämtliche Maßnahmen, die gemäß dem neuen Beschäftigungstitel des Vertrags von Amsterdam und im Rahmen der europäischen Beschäftigungsstrategie durchgeführt werden).

Außerdem wurde die Zahl der Gemeinschaftsinitiativen auf vier verringert. Unterstützt werden jetzt folgende Initiativen:

- INTERREG zur Förderung der grenzübergreifenden, transnationalen und interregionalen Zusammenarbeit;
- LEADER zur Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch Maßnahmen lokaler Aktionsgruppen;
- EQUAL zur Entwicklung neuer Methoden für die Bekämpfung von Diskriminierungen und Ungleichheiten jeglicher Art beim Zugang zum Arbeitsmarkt;
- URBAN zur Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Wiederbelebung von Städten und Vorstädten, die sich in einer Krise befinden.

Bei der Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sind auch die gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten deutlich geworden. Zur Stärkung der Strukturpolitik wurde daher 1993 ein Kohäsionsfonds errichtet, aus dem die Staaten mit einem Pro-Kopf-BSP von weniger als 90 % des Gemeinschaftsdurchschnitts unterstützt werden. Das sind Griechenland, Spanien, Irland und Portugal. Im einzelnen werden aus diesem Fonds Vorhaben in den Bereichen Umwelt und Verkehrswege gefördert.

TAIEX

Die Einrichtung des Amtes für den Informationsaustausch über technische Hilfe («Technical assistance information exchange office - TAIEX») war in dem Weißbuch über die Vorbereitung der assoziierten mitteleuropäischen Länder auf ihre Integration in den Binnenmarkt (Mai 1995) vorgeschlagen worden. Das von der Kommission verwaltete Amt sollte ursprünglich nur die mittel- und osteuropäischen Länder unterstützen und über die binnenmarktrelevante Gesetzgebung informieren, um so die Entstehung des Binnenmarktes zu fördern. Der Europäische Rat von Luxemburg (Dezember 1997) hat beschlossen, dass alle beitrittswilligen Länder unterstützt werden sollen.

Ansprechpartner von TAIEX sind die Verwaltungen der beitrittswilligen Ländern und der Mitgliedstaaten. Das Amt stellt die Rechtsakte zur Verfügung, die den gemeinschaftlichen Besitzstand bilden und organisiert Schulungen und Besuche von Sachverständigen in den interessierten Ländern. TAIEX spielt eine zentrale Rolle im Rahmen des "Screening", bei dem geprüft wird, inwieweit die Gesetzgebung der beitrittswilligen Länder mit den gemeinschaftlichen Rechtsvorschriften vereinbar ist.

Obwohl das Amt unabhängig vom Programm PHARE ist, sind seine Tätigkeiten damit verknüpft, da bestimmte von ihm angebotene Dienste aus PHARE finanziert werden können.

Kapitel 4: Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt

Das absolute Gegengewicht zu einem sozialen Modell Europa ist die ‚North American Free Trade Area‘ (NAFTA), und umso mehr der im Entstehen begriffene gesamt-amerikanische Wirtschaftsraum FTAA. Die NAFTA wurde auch aus der Überlegung gegründet, um die letzten Barrieren gegenüber den Auslandsinvestitionen niederzureisen und die Produktionskosten zu senken. Insbesondere die niedrigeren Sozial- und Umweltstandards in Mexiko (zusammen mit Kanada und den USA das dritte Mitglied der NAFTA) unterlaufen die ohnehin nur zaghafte Ansätze zu einer an Sozialstandards orientierten Politik in einigen amerikanischen Bundesstaaten und auf US-Bundesebene.¹⁴

Eine der beobachtbaren Folgen der NAFTA war die ‚Auslagerung‘ arbeitsintensiver Bereiche der Industrie in so genannte ‚sweatshops‘ der Heimproduktion und in Kleinstbetrieben in den USA selbst, in denen Verletzungen noch bestehender Auflagen der Arbeitsinspektorate die Regel sind. Mit dieser Schaffung einer ‚Dritten Welt‘ ‚ums Hauseck‘ beantwortete die amerikanische Industrie, die in den Staaten verblieb, die massive Herausforderung der Billiglohnproduktion in Mexiko¹⁵. Die Löhne haben in einer derartigen Wirtschaftsgemeinschaft eines Marktes ‚ohne Eigenschaftsworte‘ keine Tendenz zur Angleichung an das Niveau Kanadas und der USA.

Die bleibende Leistung der Europäischen Union war es, trotz der historischen, ökonomischen Peripherisierung des europäischen Südens, trotz des bestehenden historischen Einkommensrückstands zum Norden Europas, der sich schon um 1840 herausbildete, in der zweiten Hälfte des letzten 20. Jahrhunderts wenigstens einen sozialen Ausgleich im Bereich der Lebenserwartung, der Reduktion der Kindersterblichkeit, aber auch der Bildung etc. in Europa herbeigeführt zu haben.

Der EU ist es gelungen, den Durchschnitt der Humanentwicklung im Süden Europas beträchtlich zu heben und gleichzeitig die Streuung des Wohlstandes in Europa zu senken. Die Strukturfonds, deren Mittel seit der Süderweiterung in den Westen und Süden Europas flossen, waren nicht umsonst und Europa hat eine soziale Kohäsion erreicht, die es nun auf den Osten des Kontinents zu übertragen gilt, im Interesse der Stabilität der mittel- und osteuropäischen Staaten und im Interesse der Stabilität der 15-er EU selbst.

Was bedeutet das Sozialmodell Europa?

¹⁴ vgl. Richard Walker: http://www-geography.berkeley.edu/Publications/Global%20labor_2_5.html:

¹⁵ Der Handel mit Mexiko, in dem die Reallöhne im Bereich der verarbeitenden Industrie in den letzten Jahren - mit als Konsequenz der NAFTA - gefallen sind, erklärt nach Schätzungen US-amerikanischer Wirtschaftsforscher 38% des Rückganges der Industriebeschäftigung in den USA seit 1989. Seit der Gründung der NAFTA ist der Anteil jener Bevölkerung in Mexiko, der unter der Armutsgrenze lebt, von 32% auf 51% gestiegen.

Das europäische Modell für wirtschaftliche und soziale Entwicklung enthält zwei Grundelemente: einerseits den Wettbewerb zwischen den Unternehmen und andererseits die Solidarität unter den Arbeitnehmern und die Solidarität unter den Bürgern.

Hätte man die Einkommensverteilung in den letzten fünfzig Jahren der starken Wirkung der Marktkräfte überlassen, würden heutzutage 40% der europäischen Haushalte unter der EU-Armutsgrenze leben, d.h. sie würden weniger als die Hälfte des durchschnittlichen nationalen Haushaltseinkommens verdienen¹⁶. 40% der Haushalte bedeutet 150 Millionen Menschen.

Auch in der gegenwärtigen Phase der weltweiten ‚new economy‘ bewahrheitet sich, dass eine zu große soziale Distanz zwischen den Armen und den Reichen in einer Gesellschaft dem Wirtschaftswachstum gar nicht unbedingt helfen muss.

Die Mitgliedstaaten der EU haben nach dem bisherigen Selbstverständnis der Kommission die Menschen nicht der Willkür der Märkte überlassen, sie haben vielmehr für ihre Bürger das stärkste soziale Sicherheitsnetz der Welt geschaffen.

Weiters bestätigen zahlreiche Indikatoren, von der durchschnittlichen Lebenserwartung bis zu den Kinder- und Müttersterblichkeitsraten, dass die Europäer jetzt länger und gesünder leben als je zuvor.

Die Wohlfahrtsgesellschaften, die Europa entwickelt hat, haben es ermöglicht, seit Bestehen der Union den Lebensstandard in Europa zu verdoppeln. Europa erbringt mit 6% der Weltbevölkerung 20% der Wirtschaftsleistung der Welt.

Die Notwendigkeit, das europäische Sozialmodell heute zu reformieren, ist vor allem auf interne Faktoren zurückzuführen, auf die Veränderungen unserer Gesellschaft und der Arbeitsmärkte, die sich aus der neuen Technologie und aus demografischen Veränderungen ergeben. Die arbeitende Bevölkerung wird immer älter, die Technologie immer jünger.

Die Erweiterungsfähigkeit der 15-er Union hängt davon ab, ob ihr die Schaffung eines reformierten Sozialmodells gelingt. Es lässt sich allerdings argumentieren, dass Europa erst jetzt jener längere Boom bevorsteht, den Amerika bereits weitgehend ‚konsumierte‘ (*Le Monde, Bilan du Monde, 2000; p. 20*).

Die noch weiter bestehende Armut in Ostmitteleuropa und ihre Folgen

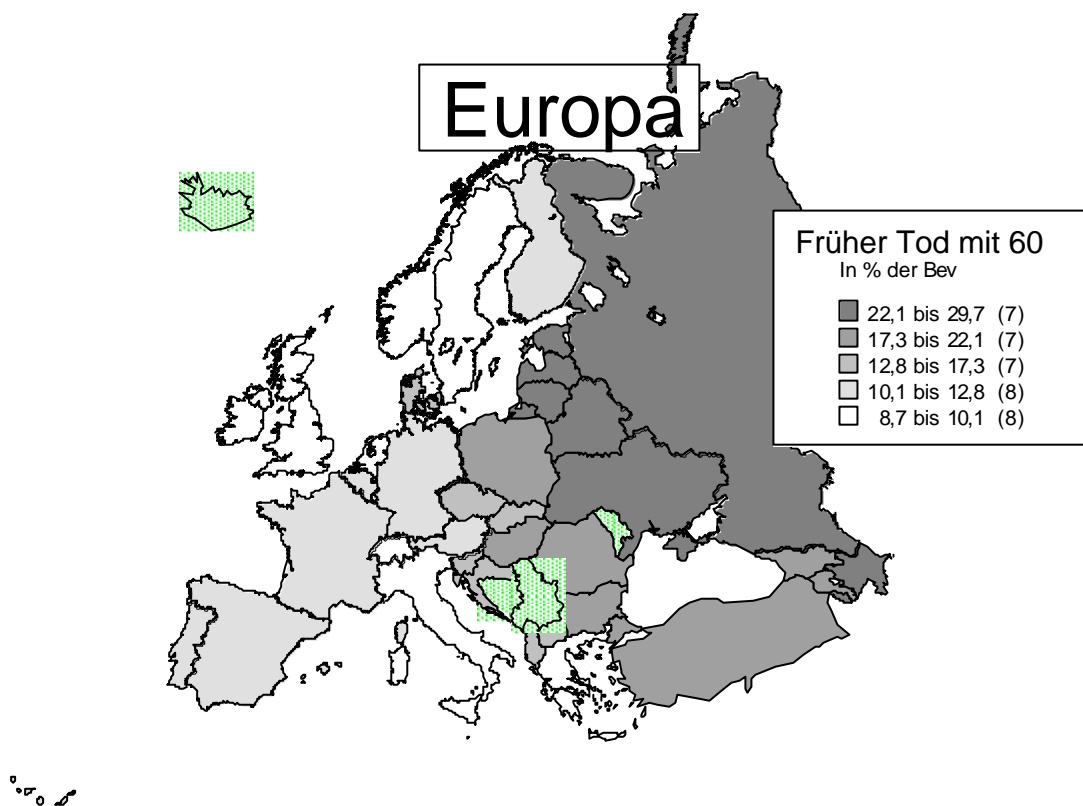
Armut im großen Ausmaß, ebenso wachsende oder lang anhaltende Armut würde die soziale Akzeptanz der Demokratie und das wirtschaftliche Wachstum auf vielfache Weise beeinträchtigen, etwa durch mangelhafte Humankapitalbildung und durch die Verminderung der wirtschaftlichen Risikobereitschaft der größtmöglichen Zahl der Wirtschaftssubjekte auf dem Markt. Insbesondere extremere Formen der Armut, wie Mangelernährung, schlechte Wohnverhältnisse und eine unzureichende gesundheitliche Versorgung, beeinträchtigen darüber hinaus die Produktivität der Arbeitskraft.

In den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten bestehen noch beträchtliche Probleme der Armut, die allerdings vor allem Pensionisten, kinderreiche Familien,

¹⁶ freilich ist darauf hinzuweisen, dass die EU-Armutsgrenze relativ ist. Sie legt fest, dass arm jene Person ist, die 60% oder weniger des Medianeinkommens eines Landes erhält. Die Armutsgrenze berücksichtigt auch die Haushaltsgrößen. In Österreich waren 1996 vor den Sozialtransfers 24% und nach den Sozialtransfers 13% der Bevölkerung nach dieser Einstufung arm, im EU-Schnitt 25,7% (nach den Sozialtransfers 17,2%).

in Umstrukturierung befindliche Sektoren und Regionen, zurückgebliebene Agrarregionen sowie ethnische Minderheiten (wie die Roma) ungleich stärker betreffen als den 'modernen' privaten Sektor, während andere Gruppierungen - so die Bezieher hoher Einkommen in der Privatwirtschaft, etwa im EDV-Bereich-, ihre Einkommen beträchtlich erhöhten¹⁷.

Eine methodische Möglichkeit, Armut zu messen, besteht – insbesondere bei sonst nur mangelhaften Daten – in einem Vergleich des Anteils jener Bevölkerung pro Land, die den 60. Geburtstag nicht überlebt. Nicht jeder, der bald stirbt, ist arm, aber fast jeder, der arm ist, stirbt bald. Freilich beeinflussen auch Lebensgewohnheiten, Stress am Arbeitsplatz und im Privatleben, sowie Risikofreizeitverhalten und Risikosportarten u.a. diese Statistiken:



17 World Bank, WDR, Juli 2000 und Braithwaite/Grootaert/Milanovic (1999) 'Poverty and Social Assistance in Transition Countries' New York: Saint Martin's Press

Armut oder geringe Einkommen allein lösen nicht notwendig Migrationsströme aus. Aber die weit gehende Beseitigung der noch bestehenden Armut und die Übernahme des sozialen 'Acquis' würde den Anpassungsprozess im Rahmen der Erweiterung der Union beschleunigen¹⁸. Österreich ist deshalb an der Aufrechterhaltung eines hohen Niveaus der sozialen Sicherheit in Europa und dessen Übernahme durch die Beitrittskandidaten interessiert und kann daher bei der Gestaltung von Übergangsfristen im Verhandlungsprozess keinen Regelungen zustimmen, die aus Gründen der Kostensparnis zu Gunsten der Regierungen der Beitrittskandidaten Ausnahmen - etwa bei der Übernahme von Standards beim Schutz der Arbeitnehmer - zugestehen.

Ein weiter Bogen von sozialpolitischer Literatur hat darauf hingewiesen, dass Armut und soziale Ausschließung einem optimalen Funktionieren der Märkte gar nicht förderlich sind¹⁹. Die Fixierung der Transformationspolitik auf die Ziele eines raschen Wirtschaftswachstums wäre verhängnisvoll, wenn sie nicht gleichzeitig das Ziel der sozialen Kohäsion, der Vermeidung der sozialen Fragmentierung und Vermeidung der Unsicherheit berücksichtigen würde.

Ohne Kampf gegen die Korruption wird es in den mittel- und osteuropäischen Staaten immer Armut geben, ohne Kampf gegen die Korruption wird es keinen effizienten Staat geben. Die Korruption ist in Rumänien noch gravierend; Ungarn und Polen haben mit Korruption zu kämpfen, aber auch einige EU-Länder, wie Belgien und Italien, - werden immer wieder an vorderer Stelle internationaler Korruptionsvergleiche gereiht.

Armut ist nicht nur eine Konsequenz eines niedrigeren Entwicklungsstandes. Armut ist auch eine Konsequenz der Korruption. Korruption ist die effizienteste Art, die Einkommen von armen zu reichen Bevölkerungsschichten umzuverteilen (*'World Development Report'* der Weltbank, 2000). Deshalb ist ihre Bekämpfung und der Aufbau eines effizienten Staates eine sozialpolitische Priorität ersten Ranges in der Region. Österreich sollte alle Projekte unterstützen, die eine saubere Verwaltung in der Region fördern. Darüber hinaus sind für Österreich die Erfahrungen der mittel- und osteuropäischen Staaten durchaus auch interessant: in den mittel- und osteuropäischen Staaten sind solche Probleme wie die Reform der Sozialversicherungssysteme, die Kürzung staatlicher Ausgaben, die Umstrukturierung des staatlichen Sektors, die auch im österreichischen Regierungsprogramm 2000 eine wichtige Rolle spielen, keine 'Fremdworte'; die Reformen seit 1989 sind eine wichtige Erfahrung, aus der selbst reichere und entwickelte westliche Demokratien wie Österreich durchaus lernen können.

Unter großen finanziellen Opfern der Bevölkerung haben die mittel- und osteuropäischen seit 1989 ihre Staatshaushalte saniert und bereits versucht, sie auf längere Sicht an die Maastricht-Kriterien heranzuführen. Für die die künftige Zusammenarbeit mit den mittel- und osteuropäischen Staaten relevant ist auch, dass deren Erfahrungen mit dem Entstaatlichungsprozess sehr vielfältig sind. Der Anteil der Subventionen und laufenden Transfers an den Ausgaben der Zentralregierung beträgt nach Angaben der Weltbank in Österreich Mitte der 90-er Jahre noch immer 59%. Ungarn liegt bei 60%, die Tschechische Republik (71%), Polen (61%) und Rumänien (51%) haben allesamt noch einen

18 Die Korrelation des langfristigen Wirtschaftswachstums 1975 bis 1998 mit zahlreichen Indikatoren der sozialen Wohlfahrt ist für 175 Staaten der Erde mit vorhandenen UNO-Daten durchwegs positiv.

19 Der Ökonom Philippe Aghion fasste dies in einem Modell zusammen, das davon ausgeht, dass Ungleichheit die für den Markt notwendige Risikobereitschaft senkt und die Schwankungsanfälligkeit der Märkte erhöht. Aus diesem Grund legt die Weltbank Wert darauf, dass die weitere Transformation in den mittel- und osteuropäischen Staaten die soziale Kluft zwischen den Armen und den Reichen nicht verstärken soll.

ähnlich hohen Subventions- und Transferanteil, während Estland (46%) und Bulgarien (36%) bereits ihre Staatsausgaben von laufenden Subventionen stark entlastet haben. Neoliberale Ökonomen, die die mittel- und osteuropäischen Staaten beraten haben, haben immer wieder behauptet, dass für alte Demokratien innerhalb weltpolitisch stabiler Grenzen hohe Staatsausgaben wachstumshemmend wirken. Der Zentralregierungs-ausgaben betragen in Österreich Mitte der 90-er Jahre 40% des BSP; im Schnitt der EU 43%; in Tschechien 42%, in Polen 43%, in Bulgarien 43%, in Rumänien 32%, in Lettland 30% und in Litauen 27%.

Für die künftige Politik kann es eine interessante Aufgabe der Zukunft sein, den Gedankenaustausch mit den mittel- und osteuropäischen-Regierungen und Behörden über die Aufrechterhaltung und Treffersicherheit der Sozialpolitik in Zeiten wachsender Budgetrestriktionen zu pflegen.

Das noch bestehende wirtschaftliche und soziale Entwicklungsgefälle in Europa

Die Zusammenfassung der sozialpolitischen Leistungen eines Landes in einen einzelnen Indikator ist zwar methodisch nicht unproblematisch. Fasst man aber den bereits erwähnten 'Humanentwicklungsindex' als Kennzahl des Entwicklungsniveaus eines Landes auf²⁰, so zeigt sich, dass für höher entwickelten Staaten wie Slowenien, Tschechien, die Slowakei und Polen, deren Humanentwicklungsindex bereits 0,800 oder darüber betrug,²¹ gute Chancen bestehen, die positiven Erfahrungen der mediterranen Staaten ab deren Vollbeitritt in den 80-er Jahren zu wiederholen, die sich Mitte der 80-er Jahre auf einem ähnlichen Niveau befanden (auch ihr Humanentwicklungsindex betrug damals um 0,800).

Der Humanentwicklungsindex der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidatenstaaten betrug 1998, dem letzten Jahr mit derzeit verfügbaren Zahlen:

Humanentwicklung in Ostmitteleuropa, 1998

Slowenien	0,845
Tschechien	0,833
Slowakei	0,813 ²²
Polen	0,802
Ungarn	0,795
Estland	0,773
Litauen	0,761
Bulgarien	0,758
Rumänien	0,752

20 Er kombiniert, wie erwähnt, Bildung, Realeinkommen und Lebenserwartung und projiziert die Werte dieser Dimensionen auf eine Skala von 0, sehr arm, bis 1, sehr reich.

21 Österreich: 0,904; Portugal als ärmstes EU-Land 0,858.

22 Die Slowakei wurde aufgrund ihrer politischen Entwicklung unter der Regierung Meciar erst in der "Helsinki-Gruppe" eingestuft; vom wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsniveau her gesehen ist sie aber mit den Staaten der "Luxemburg-Gruppe" durchaus vergleichbar.

Lettland 0,744

Im Vergleich dazu hatten 1985 einige heutige EU-Mitgliedsstaaten noch folgendes Entwicklungsniveau (Humanentwicklungsindex):

Humanentwicklung in West- und Südeuropa, 1985 (ausgewählte Länder)

Österreich	0,863
Italien	0,852
Spanien	0,851
Irland	0,839
Griechenland	0,835
Portugal	0,786

Mit einem Beitritt der heutigen Beitrittskandidatenstaaten zur Europäischen Währungsunion wird das bisherige Abdriften der Wechselkurse, das die heute noch bestehenden, hohen Einkommensunterschiede noch bedingt, der Vergangenheit angehören.

Die Übernahme des sozialen 'Acquis' wird sogar einen Entwicklungsschub verursachen, der sich u.a. in der langfristigen dynamischen Wachstumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf und Jahr im Zeitraum 1975-97 in den meisten Staaten ausdrückte, die von 1973 bis 1995 zur EU beitraten, in einer Zeit also, als diese Staaten die Übernahme des Acquis vorbereiteten oder umsetzten²³. Zumindest hat aber der Acquis das Wachstum nicht behindert:

Langfristiges Wirtschaftswachstum im Zeitraum 1975-1998

Irland	4,4%
Portugal	2,9%
Österreich	2,2%
Dänemark	2,1%
Finnland	2,0%
Vereinigtes Königreich	1,9%
Spanien	1,9%
Griechenland	1,6%
Schweden	1,2%

Die Erweiterung

Die Erweiterung der Europäischen Union ist

23 Quelle: UNDP Human Development Report, 1999, Oxford University Press

‘ein Akt der solidarischen Gerechtigkeit und historischen Wiedergutmachung, denn die Völker Mittel- und Osteuropas haben ohne eigene Schuld jahrzehntelang auf Freiheit, Selbstbestimmung und Lebensqualität verzichten müssen’²⁴

Wiewohl derzeit nur 38% der Bürger der EU-15 befürworten (in Großbritannien sind es nur 35%, in Deutschland nur 34%, in Österreich sind es nur 30%, in Frankreich nur 26%)²⁵, hat Österreich - wie die EU insgesamt - auch wirtschaftlich vom Fall der Mauern außerordentlich stark profitiert. Durch die ‘Ostöffnung’ wurden netto 57.300 neue Arbeitsplätze in Österreich geschaffen²⁶. Das Bruttoinlandsprodukt nahm um 3,3% zu, die Leistungsbilanz verbesserte sich um 0,7% des Bruttoinlandsprodukts.²⁷

Die Österreich benachbarten Beitrittskandidaten und Polen (die sogenannten CEE-5-Staaten) haben ein Wachstum von 2,9% (im Jahr 2001) und 4,1% (im Jahr 2002) zu erwarten²⁸. Das reale Bruttoinlandsprodukt Österreichs wird durch die Erweiterung um etwa 1,3 % höher sein als ohne Erweiterung²⁹. Österreichs Exportvolumen mit den fünf mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern hat sich seit 1989 mehr als verdreifacht. Auch die Importdynamik aus Osteuropa hat sich erhöht, aber langsamer als jene des Exports. Österreich exportiert vor allem hochwertige Güter und importiert billigere Produkte. Erhebliche Überschüsse (ATS 12,5 Milliarden) ergeben sich auch in der Dienstleistungsbilanz mit Mitteleuropa. Die Märkte Osteuropas bieten ein enormes Potenzial für hohen Export und hohes Beschäftigungswachstum. Ein (durch einen EU-Beitritt) rascheres Wachstum der Einkommen in Osteuropa bietet hier auch eine große Chance für die österreichische Wirtschaft.

Wirtschaftsforscher³⁰ sprechen aber auch davon, dass die Erweiterung der EU trotz eines (durch Übergangsregelungen weit gehend steuerbaren) Anpassungsschocks in einigen Branchen und Gebieten in Österreich etwa 27.000 zusätzliche Arbeitsplätze, ein Fallen der Inflation um einen Prozentpunkt sowie eine Senkung der Neuverschuldung um 0,4% des Bruttoinlandsprodukts bringt. Man schätzt, dass sich im Dienstleistungsbe-
reich zwar der Wettbewerb für arbeitskostenintensive Dienstleistungen verschärfen wird, dass aber Österreich gleichzeitig durch eine offensive Marktdurchdringung in den neuen EU-Staaten seinen Vorsprung bei komplexen Marktdiensten halten und auch ausbauen wird können.

Schutz und Fortschritt durch gleiche Standards

24 (Bundespräsident Dr. Thomas Klestil bei der Eröffnung der Salzburger Festspiele, 24. Juli 2000).

25 Eurobarometer 53, Oktober 2000. Am höchsten ist die Zustimmung zur EU-Erweiterung in Skandinavien, Griechenland und den Niederlanden.

26 Stankovsky/Palme (WIFO), Auswirkungen der Ostöffnung auf die österreichische Wirtschaft, im Auftrag des BMAA, 1999.

27 Die Vorteilsbilanz der ‚Ostöffnung‘ ließe sich beliebig fortsetzen, ändert aber kaum etwas an den in den Eurobarometer-Umfragen ablesbaren Grundhaltungen. Die Skepsis gegenüber der EU-Erweiterung korreliert hoch mit den euro-skeptischen Grundhaltungen in Großbritannien, Deutschland und Österreich. Während in der EU-15 49% der Bürgerinnen und Bürger derzeit glauben, die Mitgliedschaft in der EU sei eine ‚gute Sache‘ sind dies in Deutschland 41%, in Österreich 33% und in Großbritannien 25%.

28 Quelle: WIIW.

29 Breuss/Schebeck, Kosten und Nutzen der EU-Osterweiterung, WIFO-Monatsberichte 71/1998.

30 Breuss/Schebeck, ebd.

Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft gehen für die Beitrittskandidaten weit über die Bereiche Handel und Investitionen hinaus. Sie beinhalten die volle Umsetzung einer Sozial und Gesundheitspolitik, die auf den Werten und Errungenschaften der EU beruht. Dies bedeutet, dass in weiten Bereichen der Gesellschaftspolitik, etwa im Bereich Sozialschutz, Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern, Behindertenpolitik, Gesundheit, veterinäre Standards, in den neuen Mitgliedsstaaten das gleiche Niveau bestehen wird wie in der EU 15.

Der Beitritt bedeutet die Annahme des gesamten *Acquis communautaire*, sowohl des gegenwärtigen Rechtsbestandes der europäischen Sozialpolitik als auch des sich ständig entwickelnden EU-Rechtes, das sich mit der Modernisierung des europäischen Sozialmodells beschäftigt. Ein Großteil des geltenden EU-Sozialrechtes besteht aus der Festsetzung von Mindeststandards.

Die meisten dieser Richtlinien betreffen Gesundheit und Sicherheit: Unfallverhütung, Verletzungen, Krankheiten der Beschäftigten. Die restlichen Richtlinien findet man in den Bereichen Gleichstellung für Frauen und Männer sowie Volksgesundheit (Tabakerzeugnisse). Der *Acquis* umfasst auch Bestimmungen bezüglich der Sicherstellung einer koordinierten Sozialversicherung für Gastarbeiter.

Auf EU und mittel- und osteuropäischen Staaten wirkt sich der *Acquis* in zweifacher Weise positiv aus: Die strikte Einhaltung der hohen Standards zeigt den BürgerInnen und ArbeitnehmerInnen in den beitriftswilligen Länder, dass der Wert des Beitrittes darin liegt, im Arbeitsumfeld die Qualität zu erhöhen und die Risiken zu verkleinern. Sie zeigt den Bürgern und Arbeitnehmern in der gegenwärtigen Union, dass die EU-Erweiterung für sie keineswegs einen Abbau der sozialen Standards bedeutet, weder in ihren eigenen Ländern noch in Form eines unfairen Wettbewerbs aus den neuen Mitgliedsländern.

Die Entschlossenheit zum Schutz der Standards ist die beste Garantie, bei den Menschen in ganz Europa eine starke politische Unterstützung des Erweiterungsprozesses sicherzustellen.

Der 'Acquis' im Sozialbereich

Das geltende europäische Primärrecht trifft weit reichende Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik. Artikel 125 bis 129 des EGV-Vertrags (konsolidierte Fassung, ex-Artikel 109 n bis 109 s) bestimmt die Pflichten der Staaten auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik, deren konsequente Durchführung in den mittel- und osteuropäischen Staaten auch positive Effekte haben wird.

Artikel 136 bis 148 (ex-Artikel 117 bis 125) nennt die Bestimmungen auf dem Gebiet der Sozialvorschriften und der Europäischen Sozialfonds. Im Einklang mit der am 18. 10. 1961 in Turin unterzeichneten Europäischen Sozialcharta und im Einklang mit der 1989 unterzeichneten Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmer werden dort als Ziele der Mitgliedsstaaten der Union festgelegt: die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, der angemessene soziale Schutz, der soziale Dialog, die Entwicklung des Arbeitskräftepotenzials im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Sozialniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen.

Der Bereich Gesundheitswesen ist im Artikel 152 geregelt. Dort wird festgehalten, dass die Tätigkeit der Union die Politik der Mitgliedsstaaten ergänzt und auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung der Ursachen für die Gefährdung der menschlichen Gesundheit gerichtet ist. Der Rat ist dazu angehalten, Maßnahmen zur Festlegung hoher Qualitätsstandards für Organe und Substanzen menschlichen Ursprungs sowie für Blut und Blutderivate zu setzen; und Maßnahmen im Bereich Veterinärwesen zu bestimmen, die dem Schutz der Gesundheit der Bevölkerung dienen.

Artikel 158 bis 162 (ex 130a bis 130e) legen die Politik der Union im Bereich des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts fest. Die Gemeinschaft setzt sich dort zum Ziel, die Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Regionen zu verringern. Die Beitrittskandidaten werden das geltende Primärrecht und Sekundärrecht im Sozialbereich bei Vollbeitritt zu erfüllen haben. Dies ist zum Vorteil der Bevölkerung in den Beitrittskandidaten und auch der bisherigen Mitgliedstaaten, weil damit kein '*soziales Dumping*' auf europäischer Ebene praktiziert werden wird.

Freilich wird hier zu bedenken sein, dass das primäre politische Interesse der Kommission derzeit vor allem im Bereich der legislativen Implementierung des Acquis liegt, während die Mitgliedsstaaten darüber hinaus an einer faktischen, effektiven und nachhaltigen Implementierung ein Interesse haben.

Dies ist der Rahmen, in dem die Erweiterung der Union realisiert werden wird.

Kapitel 5: Qualitative Analyse des sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Gefälles in Europa: Wo stehen die MOEL-BK heute? Und welche Problemfelder und Kooperationsmöglichkeiten Österreichs mit den Beitrittskandidaten ergeben sich?

Soziale Sicherheit

Für die Beurteilung der sozialen Auswirkungen der kommenden EU-Erweiterung werden die prognostizierten Trends in der Bevölkerungsentwicklung Österreichs mit einzu beziehen sein.

Ab 2000 wechseln, wie bereits erwähnt, stärkere Jahrgänge, die um 1940 geboren wurden, ins Pensionsalter. Etwa ab dem Jahr 2015 wird ihnen die Baby-Boom-Generation folgen. Steht derzeit noch jeder fünfte Einwohner Österreichs im Pensionsalter, wird es mittelfristig jeder vierte, langfristig sogar jeder dritte Einwohner sein.

Das so genannte Erwerbspotenzial (Personen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren) wird in Zukunft kontinuierlich sinken. Der langfristige Rückgang der jährlichen Geburtenzahlen wird sich auch in Zukunft fortsetzen, da zahlenmässig deutlich schwächere Jahrgänge ins Elternalter nachrücken. Auf der anderen Seite ist mittel- bzw. längerfristig trotz weiterhin steigender Lebenserwartung eine deutliche Zunahme der Sterbefälle zu erwarten. Daher nimmt man an, dass sich die jährliche Nettozuwanderung Österreichs vom Niveau des Jahres 1989 (4.500) schrittweise auf plus 20.000 Personen im Jahr 2020 erhöhen wird.

Die Gründe dafür sind im Wesentlichen im Alterungsprozess der Bevölkerung bzw. dem daraus resultierenden Rückgang des Arbeitskräfteangebotes zu suchen. So ergab die 1999 veröffentlichte Vorausschätzung der Erwerbspersonen für den Zeitraum 2020 bis 2030³¹ einen demografisch bedingten Rückgang von jährlich 20.000 bis 35.000 Erwerbstätigen.

Der Anteil des Erwerbspotenzials an der Gesamtbevölkerung sinkt langfristig von 63,1% (1998) auf 52,3% (2030) bzw. 50,8% (2050). Geschätzt wird, dass in den Jahren 2015 bis 2030 die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um eine halbe Million, das ist mehr als die erwartete Gesamtzahl aus Migrantinnen und Pendlern, zurückgehen wird.

In einer Reihe von Entwicklungsländern, Reformstaaten und Industrienationen sind in den letzten Jahren Drei-Säulen-Pensionsmodell verwirklicht worden, und auch in Österreich besteht ein beträchtliches Interesse an derartigen Modellen. Die Ergebnisse der hier besprochenen Studien bedeuten vielleicht einige neue Elemente in der Debatte um die Zukunft der sozialen Sicherheit.

31 ÖSTAT/WIFO, Bevölkerung in Österreich: Demografische Trends, politische Rahmenbedingungen, entwicklungspolitische Aspekte, hrsg. vom Institut für Demografie, Österreichische Akademie der Wissenschaften.

Die Europäische Kommission geht in ihrem Basis-Szenario der zu erwartenden Pensionslasten bei dem wahrscheinlichen, niedrigen Bevölkerungswachstum davon aus, dass Österreich bis 2040 18.4% seines BSP für Pensionen aufwenden muß, während etwa im Reformstaat Niederlande mit einem Dreisäulen-Modell die Pensionslast nur 13.8% betragen dürfte.

Folgende Staaten haben nach der Aufstellung der Weltbank-Studie von Brooks und Estelle bereits die eine oder andere Form eines Drei-Säulen-Reform-Modells implementiert:

Argentinien
Australien
Bolivien
Chile
Dänemark
El Salvador
Kazakhstan
Kolumbien
Kroatien
Mexiko
Niederlande
Peru
Polen
Schweden
Schweiz
Ungarn
Uruguay
Vereinigtes Königreich

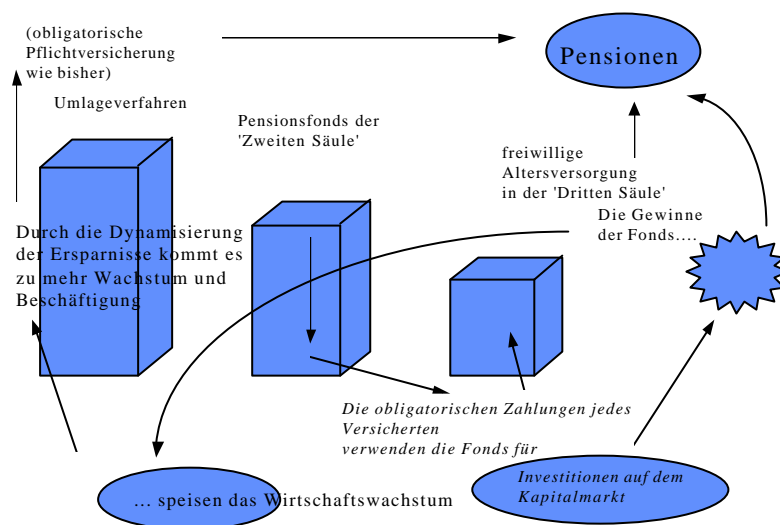
Immerhin sind 4 der 18 Staaten mit einem bereits realisiertem Modell Transformationsstaaten³². Der Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas bedeutete nicht nur den Zusammenbruch einer politischen Herrschaftsform, sondern auch den Zusammenbruch eines bestimmten Systems der Sozialpolitik und der sozialen Sicherheit, deren tragende Säule die betriebliche Fürsorge durch den in staatlicher Hand befindlichen Betrieb war. Das System der sozialen Sicherheit musste nach 1989 daher völlig neu aufgebaut werden. Innerhalb weniger Jahre wurden die Grundstrukturen einer Kranken-, Pensions-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung geschaffen. Langfristig gesehen würde die aktuelle Reform der sozialen Sicherungssysteme in Ostmitteleuropa deren finanzielle Grundlage und den Versicherungsschutz weiter verbessern, meinen die Befürworter der neu errichteten Modelle. Ostmitteleuropa versucht, die Finanzierungsprobleme der sozialen Sicherheit durch ein obligatorische Pensionsfonds der "Säule II" zu lösen - ähnlich wie davor zahlreiche Staaten der Dritten Welt, insbesondere in Lateinamerika.

32 Lediglich die Slowakei, Albanien, Belarus, Bosnien und Tadschikistan (also 5 Staaten) haben in den Staaten Osteuropas und der ehemaligen UdSSR mit Stichtag 16. Oktober 1999 noch keine wesentlichen Vorbereitungen zur Einführung eines Drei-Säulen-Modells unternommen, während 17 Staaten bereits wesentliche Schritte zur Einführung eines Drei-Säulen-Modells unternommen haben, und 4 Staaten das Modell bereits verwirklicht haben.

Zu den Studien der Modell-Befürworter, die das alte PAY AS YOU GO - System (PAYG) des Umlageverfahrens grundlegend ändern wollen, zählen die Texte von Dahlmanns, Holzmann, Lindemann, Siebert, sowie der sog. 'Flagship Course in Pension Reform' der Weltbank, der die wesentlichsten Argumente zusammenfaßt.

Die Befürworter des Modells verweisen auf die Dynamisierung der Ersparnisse, die Gegner auf eine mögliche weitere Verschiebung der Proportionen in der funktionalen Einkommensverteilung zu Ungunsten des Produktionsfaktors Arbeit und zu Gunsten des Produktionsfaktors Kapital. Aus der besprochenen Literatur der Modell-Befürworter lässt sich folgendes Schema ableiten:

Das Drei-Säulen-Pensionsmodell nach dem Schema der Weltbank



Das Umlageverfahren der Pensionen, das auf Beiträgen der heute arbeitenden Menschen für die heutigen Pensionisten beruht, gibt es im neuen Modell nur mehr als eine erste, obligatorische Säule. Die zweite, ebenso obligatorische Säule sind die neuen Pensionsfonds.

Bei der Realisierung des Drei-Säulen-Modells in Polen und Ungarn erhielten ca. 10 - 20 Unternehmen das Recht, einen bestimmten, vorgeschriebenen Prozentsatz des Bruttoeinkommens der Erwerbstätigen zu verbuchen und gehen mit diesen Beträgen auf den Kapitalmarkt³³. Sie legen das Geld Gewinn bringend an und zahlen dafür eines Tages dem Einzahler eine Pension.

Daneben besteht noch eine Dritte Säule des Pensionssystems des privaten Versicherungs- und Bankensektors, wie in fast allen anderen Staaten der Welt.

Darüber hinaus gibt es auch eine zwangsweise Versicherung gegen die Unbillen des Kapitalmarktes ('Pufferfonds').

Bei der Prognose der Folgewirkungen des neuen Systems lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit abschätzen, dass bei der Einführung eines Drei-Säulen-Modells in den

33 Die Unsicherheitsfaktoren, die privaten Pensionsfonds durch die Schwankungen auf dem Kapitalmarkt und die institutionellen Rahmenbedingungen innewohnen, sind sicherlich präsent. Das Archiv Reuters verzeichnet seit 2.1.1997 2942 Artikel, die die Wortkombination 'Pensionsfond' und 'Bankrott' oder 'Betrug' sowie Abwandlungen dieser Worte beinhalten, während 52898 Artikel insgesamt dem Thema 'Pensionsfonds' gewidmet waren. Die Wahrscheinlichkeit für Bankrott oder Betrug wäre demnach grob geschätzt weltweit 5.6%.

ersten Jahren des Übergangs die Krise des Umlageverfahrens weiter zunimmt, dass aber nach einigen Jahren die positiven Auswirkungen des Systems zum Tragen kommen.

Die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten-Staaten werden in wenigen Jahren bereits in dieser Phase sein und der Staat wird Mittel für die Finanzierung der kurzfristigen Finanzierungslücke bei Einführung des Modells vor allem aus der Privatisierung von Staatsbetrieben aufwenden müssen.

Globalisierungsgegner - wie etwa in der Studie von S.S. und J.A. Paul - haben darauf verwiesen, dass in Staaten wie Argentinien die Einführung des Modells mit wachsender Ungleichheit und einer verbreiteten Verarmung unter den betagten Menschen des Landes verbunden gewesen sei. Scharfe ideologische Auseinandersetzungen, die sich durch den Abgang des Chefökonom der Weltbank, Stiglitz³⁴, und dessen im Internet veröffentlichte Kritik des Drei-Säulen-Modells verstärkten, taten ihr Übriges, um ein Klima zu schaffen, in dem eine emotionslosere Debatte über Vorteile und Nachteile des Modells unmöglich schien.

Der heutige Diskussionsstand hat aber zu einer beträchtlichen Versachlichung beigetragen, und es liegen neue Erkenntnisse und auch Eingeständnisse von Verfechtern und Gegnern des Modells vor, die die Mitte der 90-er Jahre noch verständlichen 'Schwarz-Weiß-Bilder' ablösen.

In Schweden hat darüber hinaus eine in früheren Zeiten als besonders wohlfahrtsstaatlich eingestufte, europäische, sozialdemokratische Regierung ebenso ein Drei-Säulen-Pensionsmodell realisiert (Normann und Mitchell, 2000). Der Symbolwert dieser Neuorientierung in Schweden ist sicherlich gegeben.

In Schweden sind folgende Elemente für die Pensionsreform konstitutiv:

1. Partielle Privatisierung - 18.5% des Lohns gehen auf ein persönliches Pensionskonto, 2.5% an einen privaten Fond, die Wahl ist frei.
2. Lebenslange Durchrechnung der Pensionsansprüche.

Folgende Elemente der internationalen Debatte können dazu dienen, die Diskussion in Österreich weiter zu versachlichen: 7 der 18 Staaten, die das Modell verwirklicht haben, haben es unter wesentlicher Mitwirkung der dortigen Sozialdemokratie zu realisieren begonnen und realisieren es weiter: Australien, Dänemark, Niederlande, Polen, Schweden, Schweiz, Vereinigtes Königreich. In überseeischen Sozialdemokratien (vgl. die Studie von Quiggin; Laxer; Schwartz; St. John) sowie in sozialdemokratisch regierten nordischen Staaten (vgl. die Studien von Norman und Mitchell; Roos; Scherman) ist die Akzeptanz eines Drei-Säulen-Pensionsversicherungsmodells gegeben. Erstmals hat auch die Friedrich-Ebert-Stiftung der SPD und des DGB ein Drei-Säulen-Pensionsmodell nicht mehr ausgeschlossen und als Alternative für die künftige Pensionsversicherung anerkannt (vgl. die Studie von Pfaller).

Nach der Studie von Walter Korpi und Joakim Palme ist die Beziehung zwischen Leistungskürzungen im Sozialbereich und Drei-Säulen-Modellen in den westlichen Demokratien nicht eindeutig. Irland kürzte wesentliche Sozialleistungen ohne Einführung eines Drei-Säulen-Modells; Schweden, Australien, und die Schweiz behielten das Niveau der Sozialleistungen weitgehend aufrecht, und führten aber ein Drei-Säulen-Modell ein.

34 Joseph Stiglitz, früherer Chefökonom der Weltbank und damit selbst einer der 'Erfinder' des Modells, kritisierte die Grundannahmen (Orszag und Stiglitz, 1999) scharf.

Auch Befürworter des Modells, wie der Weltbank-Sozialpolitik-Ressortleiter Prof. Holzmann, anerkennen die Gefahren, die sich aus dem Anwachsen der Ungleichheit bei der Implementierung des Modells in den Staaten Lateinamerikas ergeben haben, und sind dabei, Gegenstrategien zu entwickeln, die im Wesentlichen auf einer verbesserten Wachstumspolitik beruhen sollen.

Bereits Mitte der 90-er Jahre sagte der Globalisierungsgegner Gordon Laxer, dass die Pensionsfonds der zweiten Säule zur Dynamisierung von periphereren Regionen und deren eigenständige Entwicklung beitragen können.

Nach der Harvard-Studie von Gray und Weig sei die Fragen der administrativen, inclusive der Werbekosten der einander konkurrierenden, obligatorischen Pensionsfonds nicht zu übersehen. Die Harvard-Studie plädiert dafür, künftig dem 'schwedischen Modell' mit seinen individuellen Pensionskonten und einer lebenslänglichen Durchrechnung der Pensionsansprüche den Vorzug zu geben.

Unter Zugrundelegung der Übersichtstabelle von Brooks und Estelle über die Reformen in 18 Staaten lassen sich folgende signifikanten Effekte³⁵ der Pensionsreformen für die 134 Staaten der Erde mit kompletten Daten feststellen³⁶:

- Pensionsreformen beschleunigen das langfristige Wirtschaftswachstum. Insgesamt werden 54% des Wachstums erklärt.

GROWTH

3,242	0,183	-0,03	-0,19	3,527	0,051	-0,05	-0,88	-0,07	-0	-0	-0,23	-0,82	-0,01	5,036
3,458	0,093	0,025	0,254	4,496	0,036	0,017	0,238	0,012	0,01	3E-04	0,132	0,588	0,014	35,94
0,538														
9,903	119													

0,938	1,975	-0,99	-0,76	0,784	1,428	-3,07	-3,69	-5,42	-0,25	-0,88	-1,76	-1,39	-0,7	0,14
UN mem-	pen- sion y	mean y	abso- lu-	FDI per	Years of	popu- lation	state sector	%la- bor	ln PPP	agr.sh	MILEX	HDI	const	

35 Irrtumswahrscheinlichkeit unter 5%

36 Getreu der sozialwissenschaftlichen Methodenlehre müssen auch noch weitere Kontrollvariablen in die Berechnungen der Determinanten von Wachstum, Sozialentwicklung und Verteilung (multiple Regressionen) eingeführt werden:

Entwicklungsniveau (Logarithmus des Kaufkraftniveaus und sein Quadrat, *ln PPP*), Jahr des UNO-Beitritts (*UN member*),

Ausbildungsniveau (*mean y scho*),

Jahre der kommunistischen Herrschaft (*Years of Comm*);

Staatssektor-Einfluß per BIP (*state sector*);

Beschäftigungsrate (*%labor force*);

Dominanz des Auslandskapitals in der Volkswirtschaft (*FDI per GDP*),

Bevölkerungswachstum (*population gro*),

Anteil der Landwirtschaft am BSP (*agr. share GP*),

Verteidigungslasten (*MILEX*),

erreichte Humanentwicklung (kombiniert Bildung, Realeinkommen, und Lebenserwartung, *HDI*).

Zur allgemeinen Methodologie und den Datenquellen vgl: A. Tausch (1998) 'Globalization and European Integration' Electronic book publication at the World Systems Archive (Coordinator: Christopher K. Chase-Dunn, University of California at Riverside) <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/tauschtoc.htm>. 2001 ist diese Arbeit auch in gedruckter Form (gemeinsam mit Peter Herrmann, University of Cork, Ireland) nachzulesen.

ber re- scho teGNP GDP Comm gr force
form

Erste Reihe unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Zweite Reihe Standard errors, Letzte Reihe t-Test. R^2 (links, dritte Reihe), F , und Freiheitsgrade (vierte Reihe).

- Pensionsreformen hatten leider vor allem dort durchschlagenden Erfolg, wo die Demokratie eingeschränkt war. Freilich - mit Australien, Dänemark, Niederlande, Polen, Schweden, der Schweiz, Ungarn und dem Vereinigten Königreich ist das Modell auch in entwickelten, stabilen Demokratien realisiert, und die statistische, multivariante Beziehung zwischen Pensionsreform und Mangel an Demokratie dürfte sich künftig abschwächen.

UN mem-ber	pen-sion re-form	mean y scho	abso-lu-teGNP	FDI per GDP	Years of Comm	popu-lation gr	state sector	%la-bor force	ln PPP	ln PPP^2	agr.sh areGP	MILEX	HDI	const ant
-0,81	0,155	0,025	0,085	-0,95	-0,02	-0,01	0,41	0,028	-0	9E-05	-0,3	0,212	-0	14,42
2,576	0,069	0,019	0,189	3,349	0,027	0,012	0,177	0,009	0,008	2E-04	0,098	0,438	0,01	26,78
0,519														
9,181	119													

POLITICAL REPRESSION

-0,31 **2,244** 1,313 0,449 -0,29 -0,71 -1,13 **2,316** **3,087** -0,21 0,419 **-3,03** 0,485 -0,38

Erste Reihe unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Zweite Reihe Standard errors, Letzte Reihe t-Test. R^2 (links, dritte Reihe), F , und Freiheitsgrade (vierte Reihe).

- Pensionsreformen haben den Preis einer wachsenden Ungleichheit zwischen den reichsten 20% der Gesellschaft und dem Rest der Gesellschaft.

TOP 20%	pen-sion re-form	mean y scho	abso-lu-teGNP	FDI per GDP	Years of Comm	popu-lation gr	state sector	%la-bor force	ln PPP	ln PPP^2	agr.sh areGP	MILEX	HDI	const ant
29,05	-0,27	-0,13	0,318	-11,2	-0,01	0,01	3,445	-0,04	-0	2E-04	-0,64	0,26	98,31	
9,084	0,245	0,067	0,657	11,67	0,094	0,044	0,62	0,03	0,026	8E-04	0,339	1,537	51,26	
0,441														
7,285	120													
3,198	-1,09	-1,98	0,484	-0,96	-0,07	0,223	5,553	-1,34	-0,03	0,216	-1,9	0,169		

Erste Reihe unstandardisierte Regressionskoeffizienten, Zweite Reihe Standard errors, Letzte Reihe t-Test. R^2 (links, dritte Reihe), F , und Freiheitsgrade (vierte Reihe).

Für die künftige Bewertung des Modells erscheinen weitere Informationen zu den nachstehenden Themen - vordringlich:

- Die Erfahrungen in den nordischen Staaten bei der weiteren Realisierung des Reformmodells.
- Die Entwicklung der Finanzierungslücke bei der Säule 1 (PAYG), wenn Pensionsfonds der Zweiten Säule eingeführt werden. Wie lange dauert der Finanzierungssengpaß? Hilft ein Dreisäulenmodell der Budgetkonsolidierung, und ab wann? Bis wann gibt es gegenteilige Effekte?

- Wie sind Investition des Kapitals der Säule II auf dem nationalen und internationalen Kapitalmarkt mit einer nationalen Entwicklung der Transformationsstaaten einerseits, und den 4 Freiheiten des künftigen Binnenmarktes nach der EU-Erweiterung vereinbar? Bleiben die Fonds der Zweiten Säule mit ihren Investitionen vorwiegend im Inland, oder wandert ihr Kapital ins Ausland ab?
- Behindern die Reformstaaten mit ihren Pensions-Modellen die Mobilität des Kapitals auf dem europäischen Binnemarkt? Wenn etwa - wie in Polen - vorgeschrieben ist, dass 60% der Mittel der Fonds der 2. Säule in Polen investiert werden müssen?

Bei der Prognose der Folgewirkungen des neuen Systems lässt sich mit einiger Wahrscheinlichkeit abschätzen, dass bei der Einführung eines Drei-Säulen-Modells in den ersten Jahren des Übergangs die Krise des Umlageverfahrens zwar weiter zunimmt, dass aber nach einigen Jahren auch positive Auswirkungen des Systems zum Tragen kommen. Die mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten werden zwar Mittel für die Finanzierung der kurzfristigen Finanzierungslücke bei Einführung des Modells vor allem aus der Privatisierung von Staatsbetrieben aufwenden müssen. Obwohl die Einkommensverteilung ungleicher werden dürfte, dürfte das wirtschaftliche Wachstum durch das Drei-Säulen-Modell aber langfristig zunehmen³⁷.

Im Bereich der Krankenversicherung, der Unfallversicherung und Sozialhilfe hat sich die Qualität und der Grad des Versicherungsschutzes in den letzten Jahren in den fortgeschritteneren mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten entscheidend verbessert. Ängste bezüglich eines bevorstehenden Krankenhaustourismus scheinen unbegründet zu sein; ebenso wie die steigenden Marktpreise der medizinischen Leistungen in den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten einen Gesundheitstourismus in umgekehrte Richtung immer weniger rentabel machen. Offene Spitalsrechnungen von Bürgern der mittel- und osteuropäischen Ländern-Staaten in Österreich werden im Fall der EU-Erweiterung keine Rolle mehr spielen, denn bei Vollbeitritt genießen sozialversicherte EU-Bürger auch in Österreich einen Versicherungsschutz im Rahmen der Verordnung 1408/71.

Der Bereich des sozialen Schutzes erlangt in der EU eine immer größer werdende Bedeutung. So wurde durch den Vertrag von Amsterdam das bisher nicht umfassend anwendbare Sozialprotokoll ein integraler Bestandteil des EG-Vertrages (Titel XI). Dieses Gewicht des sozialen Schutzes in der EU wird auch dadurch deutlich, dass auf Grund der Schlussfolgerungen des Rates vom 29.11.1999 nunmehr eine Gruppe Hochrangiger Beamter für den Sozialschutz eingesetzt wurde, deren Aufgabe eine Positionierung des Sozialschutzes als gleichberechtigter Partner in den Politiken der Gemeinschaft im Verhältnis zur makro-ökonomischen Politik sowie zur Beschäftigungspolitik ist.

Bereits derzeit lassen sich u.a. folgende Kriterien zusammenfassen, die das europäische Sozialmodell nach dem Gipfel von Lissabon kennzeichnen, das zwei Grundelemente enthält: einerseits den Wettbewerb zwischen den Unternehmen und andererseits die Solidarität unter den Arbeitnehmern und die Solidarität unter den Bürgern. Es ver-

³⁷ Dies resultiert auch aus vergleichenden Berechnungen mit den Datenbanken der Weltbank und des UNDP; vgl. auch Brooks S. and Estelle J. (1999), 'The Political Economy of Pension Reform' Paper, presented at the World Bank Conference New Ideas about Old-Age Security, September 14-15, Washington D.C. <http://www.worldbank.org/knowledge/chiefecon/conferen/papers/polecon.htm>

bindet die Orientierung an den Kriterien des Marktes mit den Erfordernissen der sozialen Kohäsion.

- Der soziale Schutz wird weitestgehend durch ein gesetzliches Regelwerk sichergestellt, das die Ansprüche und Pflichten des einzelnen Bürgers klar definiert. Der Einzelne wird dadurch in der Regel zu einer Unterstellung unter dieses System verpflichtet, sei es, indem eine eindeutige Zuweisung zu einem gesetzlichen System erfolgt (Pflichtversicherung) oder sei es, indem eine Wahl zwischen verschiedenen gleichwertigen Einrichtungen offen steht (Versicherungspflicht).
- Es gibt einen Ausgleich zwischen den einzelnen Risikogruppen im System der sozialen Sicherheit. Diese Solidarität findet man auch in der Finanzierung, indem der Staat sowie die Beitragszahler (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) im Schnitt der bisherigen 15 Mitgliedstaaten nahezu denselben Beitrag zur Finanzierung des Sozialmodells leisten. Die Einführung von Drei-Säulen-Modellen in der Region bietet eine Chance für einen wachsenden Erfahrungsaustausch mit den Beitrittskandidaten auf dem Gebiet der Gestaltung von Modellen der sozialen Sicherheit.

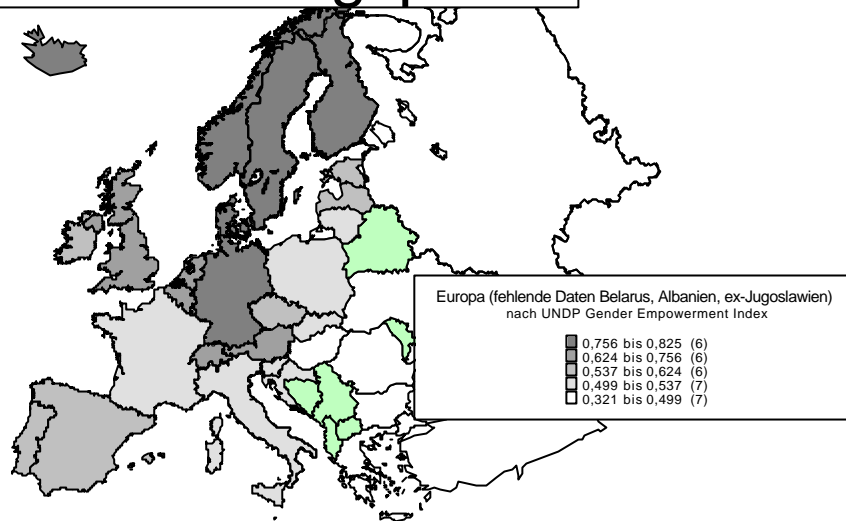
Gleichstellungspolitik

Im Bereich Gleichstellungspolitik wird dafür plädiert, den Ansatz des offiziellen UN-Vorbereitungsdokuments zur Frauen-Konferenz in Beijing³⁸ und die entsprechenden Folgeberichte voll inhaltlich zu übernehmen. Der Gleichstellungsansatz, zuweilen auch Machtbeteiligungsansatz (*Gender empowerment*) bezeichnet – der auch einklagbare, nachvollziehbare Strukturen mit umgekehrter Beweislast erfordert - ist ein konsistenter, auf internationaler Ebene vertretene Ansatz der internationalen Sozialpolitik im Bereich Gleichstellung. Für eine Politik der Machtbeteiligung gibt es in den mittel- und osteuropäischen Staaten ein reiches Betätigungsfeld. Leider weisen die gleichstellungspolitischen Schlusslichter der EU (Griechenland, Frankreich, Italien) oft noch ähnlich schlechte Werte auf wie zahlreiche Beitritts-Kandidaten-Staaten.

Es gibt bezüglich der Gleichstellungspolitik in Europa wie bereits erwähnt ein eindeutiges West-Ost und Nord-Süd-Gefälle, das in geografischer Darstellung wie folgt aussieht:

38 United Nations Human Development Report, 1995, und folgende Jahre

Gleichstellungspolitik



Legende: Länder mit fehlenden Werten sind schraffiert gekennzeichnet. Ansonsten: siehe oben

Die große Mehrzahl der unbezahlten Familienarbeitskräfte sind Frauen. Darüber hinaus ist – wie bereits oben zu ersehen war - in den meisten mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten der Frauenanteil an den Machtpositionen des jeweiligen Landes noch niedrig.

Nicht zuletzt trägt auch die Erweiterung sozialer Kompetenzen in der Familienarbeit (wie die substanzielle Stärkung von Bereichen wie Elternbildung und Familienberatung durch die zuständigen Fachministerien in den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten) zur Schaffung von Arbeit bei und stellt eine wichtige Investition ins Humanvermögen dar. Jedes Ersuchen der Beitrittskandidaten um eine Übergangsfrist bei der Gleichstellungspolitik müsste daher abgelehnt werden.

Behinderte und soziale Eingliederung

Die Verbesserung und Erweiterung der Behindertenhilfe und des Behindertenrechts durch die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Staaten gehört ebenso zu den Interessen Österreichs wie auch eine regionale und minderheitenspezifisch bessere Treffersicherheit der sozialen Dienste, welche die Regierungen der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten ihren Bevölkerungen anbieten. Eine größere Transparenz in den mittel- und osteuropäischen Staaten im Bereich der Verwaltungen der Ausgleichstaxen und des Opferfürsorgewesens, - sofern überhaupt schon vorhanden, - muss bei EU-Beitritt gewährleistet sein. Die Politik gegen die Armut und die soziale Ausgrenzung muss umfassend sein und darf keine Region, keine geschlechtsspezifische Gruppe, keine Altersgruppe, keine ethnische oder religiöse Minderheit ausschließen.

ßen. Leider hat der Transformationsprozess bislang die relative Ungleichheit zwischen den Armen und den Reichen verstärkt.

Soll das wirtschaftliche Wachstum in den mittel- und osteuropäischen Staaten die Lebensbedingungen der Menschen entscheidend verbessern, muss ein 'Durchsickern' des Wachstums zu Gunsten der ärmeren Schichten stattfinden.

Ohne eine Hebung der Realeinkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung wird es auch keine weitere Reduktion der Sterblichkeitsziffern geben. In Westeuropa ist das Jahreseinkommen der ärmsten 20% - in realer Kaufkraft - zumeist über 4748 Euros (4000 \$) pro Kopf und Jahr. Das EU-Schlusslicht, Großbritannien, wird bereits vom Realeinkommen der Ärmsten in Tschechien übertroffen. Aber zumeist ist das Einkommen der ärmsten 20% der Bevölkerung in den Beitrittskandidaten um 2374 bis 3561 Euros (2000 bis 3000\$); dieses Einkommen muss im Erweiterungsprozess unbedingt steigen, um ein 'europäisches Sozialmodell' in Ost und West zu ermöglichen. In der Praxis zeigt sich auch, dass die Belange der sozialen Kohäsion und der Gesundheitspolitik in Ostmitteleuropa eng miteinander verwoben sind.

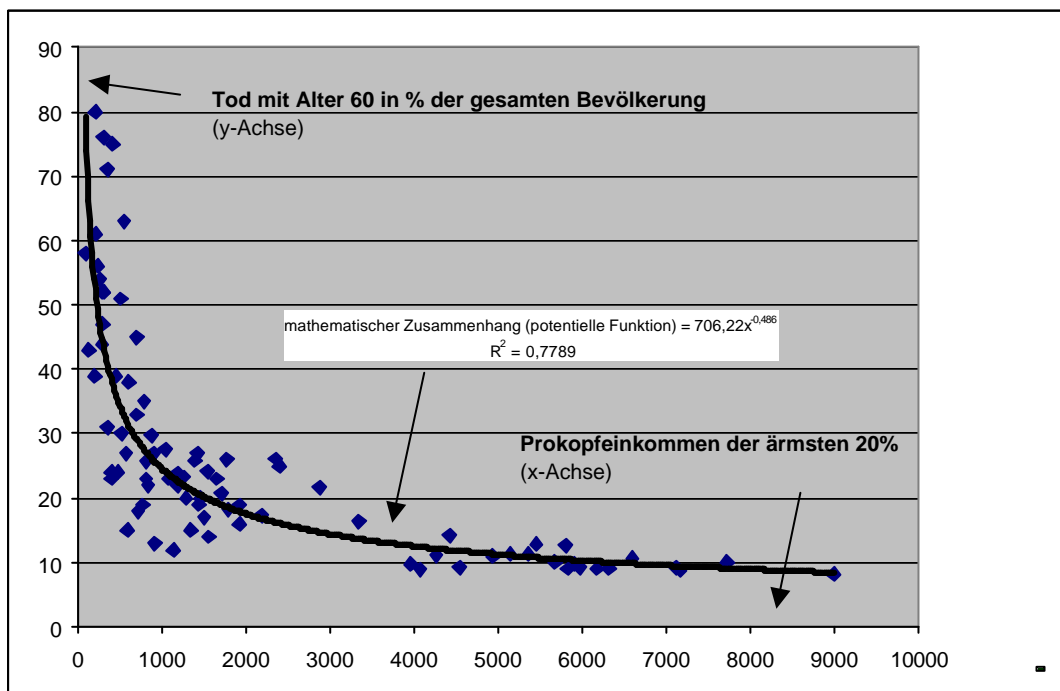
	Reales BIP pro Kopf der ärmsten 20% in Kaufkraftparitäten	Tod mit Alter 60 in % der Bevölkerung
Japan	8987	8,2
Belgien	7718	10,1
Schweden	7160	8,7
Niederlande	7109	9,3
Deutschland	6594	10,7
Norwegen	6315	9,1
Italien	6174	9
Kanada	5971	9,3
Schweiz	5907	9,8
Hong Kong	5821	9
USA	5800	12,6
Spanien	5669	10,1
Dänemark	5454	12,8
Frankreich	5359	11,3
Finnland	5141	11,3
Singapur	4934	11
Israel	4539	9,3
Tschechien	4426	14,2
Neuseeland	4264	11,1
Australien	4077	8,9
Vereinigtes Königreich	3963	9,8
Slowakei	3344	16,4
Ungarn	2878	21,6
Lettland	2405	25
Belarus	2355	26,1
Polen	2186	17,3
Malaysia	1923	16
Algerien	1922	19

Bulgarien	1793	18,3
Thailand	1778	26
Rumänien	1714	20,7
Ägypten	1653	23
Chile	1558	14
Ukraine	1544	24,1
Venezuela	1505	17
Tunesien	1460	20
Mexiko	1437	19
Indonesien	1422	27
Kasachstan	1391	25,8
Sri Lanka	1348	15
Jordanien	1292	20
Litauen	1260	23,3
Estland	1191	23,8
Ekuador	1188	22
Costa Rica	1136	12
Marokko	1079	23
Turkmenistan	1048	27,6
Jamaika	922	13
Pakistan	907	27
Russische Föderation	881	29,7
Philippinen	842	22
Moldau	818	25,7
Peru	813	23
Ghana	790	35
Dominkanische Republik	775	19
China	722	18
Bolivien	703	33
Laos	700	45
Bangladesch	606	38
Panama	589	15
Brasilien	578	27
Elfenbeinküste	551	63
Indien	527	30
Südafrika	516	51
Nikaragua	479	24
Nepal	455	39
Simbabwe	420	75
Vietnam	406	24
Honduras	399	23
Ruanda	359	71
Guatemala	357	31
Uganda	309	76
Nigeria	308	52
Senegal	299	47

Niger	296	52
Mauretanien	290	44
Guinea	270	54
Kenia	238	56
Tansania	217	61
Sambia	216	80
Madagaskar	203	39
Lesotho	137	43
Guinea-Bissau	90	58

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP, Human Development Report 1999

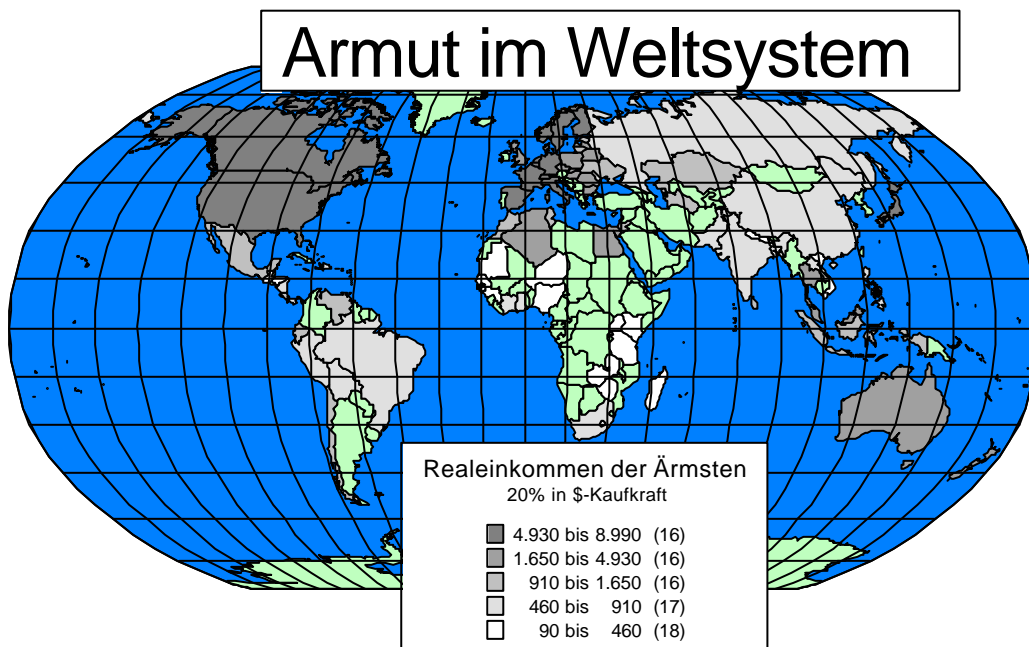
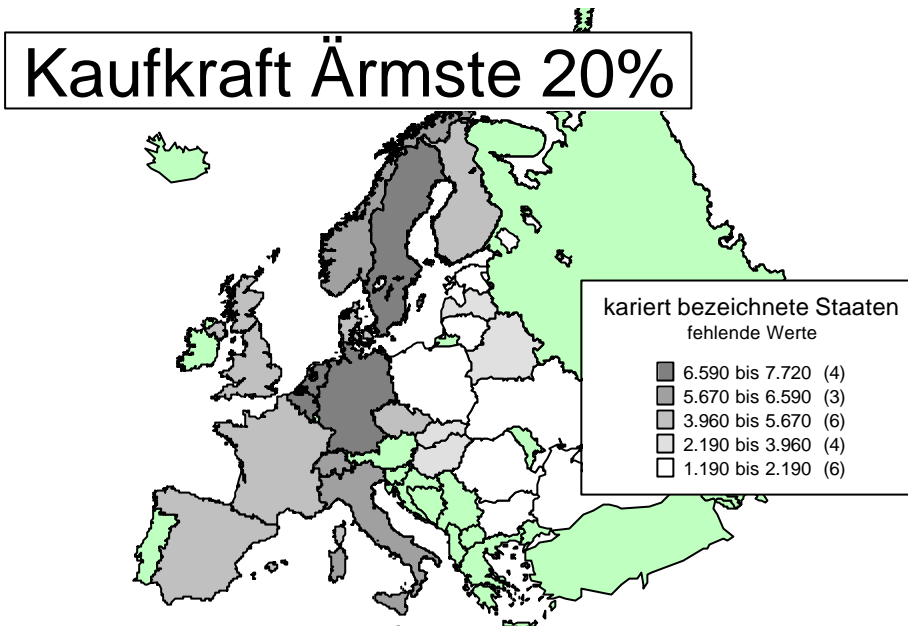
Der Mangel an Kaufkraft beim untersten Fünftel der Bevölkerung bestimmt weit gehend, ob die Todesraten der Bevölkerung unter 60 Jahren hoch sind oder nicht. Für den Zusammenhang im Weltmaßstab und für die einzelnen Regionen der Erde gilt: je höher das Realeinkommen der Armen ist, desto geringer ist der frühe Tod. Der Zusammenhang besitzt eine hohe statistische Güte und erklärt 78% der Todesraten mit Alter 60 im Weltmaßstab:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP, Human Development Report 1999

Zu den Herausforderungen beim Erreichen einer sozialen Kohäsion in der Region gehören die Perspektiven von Menschen, deren Lebenschancen empfindlich eingeschränkt sind, weil ihre Betriebe, in denen sie gearbeitet haben, nicht mehr rentabel sind. Weiters auch die Perspektiven von Menschen in benachteiligten Regionen, ferner die der

dauerhaft Kranken und Behinderten. In Europa ist diesbezüglich im Osten, aber auch im Westen des Kontinents noch ein großer Aufholbedarf vorhanden, wie etwa folgende Graphiken über die Kaufkraft der ärmsten 20% zeigen:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus UNDP, HDR, 1999. Die karierten Werte, u.a. für viele Staaten Afrikas, des Vorderen Orients und des Balkan bedeuten, dass keine Daten vorhanden sind.

Die relativen Chancen der Frauen in der Gesellschaft sind seit der Transformation gesunken. Eliten privatisierten die Gewinne und sozialisierten während der Transformation die Verluste. Russische Rentnerinnen in den baltischen Staaten, die die Landessprache der neuen Republiken nie gelernt haben und deren Renten zu niedrig sind, um Ausgaben für die Gesundheit zu tragen, gehören ebenso zur Armutbevölkerung in den Beitrittskandidaten wie auch Schulkinder aus entlegenen Regionen, deren Traum von einem Studium sich nie erfüllen wird, weil sie schlechte Noten erzielen, nicht weil sie nicht begabt sind, sondern weil sie seit Schulreformen stundenlang mit Bussen unterwegs sind und weil zum Jausenbrot das Geld der Eltern nicht reicht. Sie sind qualitativ schlecht ernährt.

Noch bestehende schlechte Wohnverhältnisse, desolate Familien, Alkoholismus und schlechte Ernährung haben allesamt auch einen Einfluss auf die Arbeitsproduktivität. Schon im 19. Jahrhundert erkannten Wirtschaftswissenschaftler, dass die Unternehmerseite letztlich vom Produktivitätsfortschritt viel mehr profitieren kann als von sozialen Verhältnissen, wie sie in Manchester um 1830, 1840 herrschten. Es mag Kosten sparend sein, kurzfristig jene staatlichen und unternehmerischen Ausgaben zu senken, die zur Senkung der Sterblichkeitsraten dienen. Langfristig ist dies aber eine schlechte Wachstumspolitik.

Soziale Desintegration und Armut bedeutet für die Betroffenen auch: ein hohes Risiko zu tragen. Ein hohes Risiko des Arbeitsplatzverlustes, oder gar nur eine Beschäftigung in der Schattenwirtschaft (sie umfasst in den mittel- und osteuropäischen Staaten von 2,0% bis 19,2% des jeweiligen BIP); ein hohes Risiko der Gewalt, des Verbrechens, der Krankheit, des Ernteausfalls, aber auch der weltwirtschaftlichen Schwankungen. In Rumänien z.B. stieg die Verbrechensrate seit der Transformation um das 6-fache; i.e. die Opferfürsorge wird in diesem Land zu einem wichtigen Gebiet der Sozialpolitik.

Jugendpolitik

Die Lage der Kinder und Jugendlichen in den Beitrittskandidatenstaaten ist neuerdings erst durch die Berichte der Kommission über die Lage in Rumänien in das Bewußtsein einer breiteren Öffentlichkeit gelangt. Wie sehr Familienpolitik, Gesundheitspolitik und Jugendpolitik in der Region miteinander verwoben sind, zeigen aber bereits publizierte Untersuchungen des UNICEF, die besagen, dass insbesondere in den Staaten der Helsinki-Gruppe nach der Transformation der chronische Vitamin- und Mineralienmangel unter jungen Menschen Einzug gehalten hat. Eisen, Kalzium und Jod sind in der Diät der Jugendlichen viel zu wenig vorhanden, auch die Anämie unter Müttern ist keine Seltenheit.

Eine rezente Analyse der litauischen Regierung über den Zustand der Rekruten für den Militärdienst im Lande wirft ein Schlaglicht auf die in insbesondere in den Staaten der Helsinki-Gruppe beobachtbaren Zustände in diesem Bereich: von 97.000 jungen Männern im Alter von heute 19 bis 25 haben über 30.000 keine gesundheitlichen Voraussetzungen für die Ableistung des Präsenzdienstes; und 4.000 können nicht ihren Dienst leisten, weil sie straffällig geworden sind.

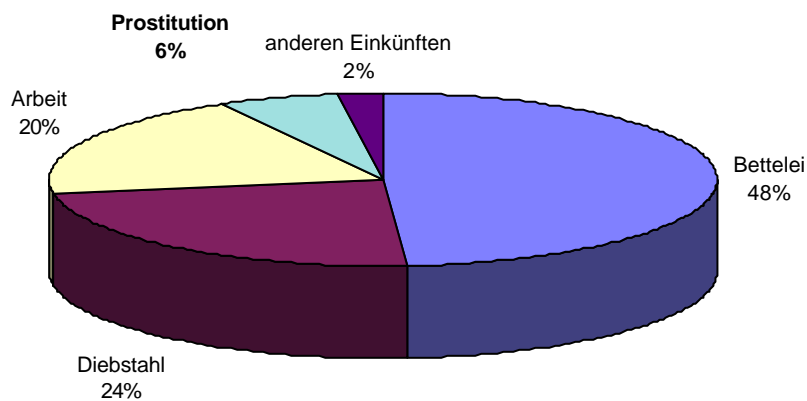
Wichtig könnte auch sein, die schädlichen Wirkungen des Tabakkonsums unter Jugendlichen in den Vordergrund der Zusammenarbeit mit den Regierungen der mittel- und osteuropäischen Staaten zu stellen. In kleinen Estland z.B. sterben pro Jahr 2.000 Men-

schen an den Folgen des Tabakkonsums. Die estnischen Zigaretten haben einen hohen Teer-Gehalt; Estland z.B. wird - wie alle Staaten der Region - die entsprechenden Regelungen des *Acquis* übernehmen müssen. Ein Bericht des estnischen Sozialministeriums spricht auch davon, dass 5.7% der Esten und 7.7% der Minderheiten im Alter von 18-70 Jahren schon illegale Drogen konsumiert haben.

Die Lage der Kinder und Jugendlichen in Rumänien und Bulgarien verdient eine besondere Erwähnung und sollte durch weitere Zusammenarbeitsprojekte - etwa im Rahmen des EU-TWINNING - verbessert werden: am 4. April 2000 kam es im europäischen Parlament zu einem speziellen *Hearing* über die Lage der Kinder in Rumänien. Das Problem der Armut im Land hat sich in den letzten Jahren drastisch verstärkt: in der Spätphase des Kommunismus hatten die Armen keinen Zugang zur Geburtenkontrolle (Ceauscescus Bevölkerungspolitik); die damals geborenen Kinder der armen Schichten (vor allem Roma) haben im neuen Staat wenig Zugang zu Unterstützungsmaßnahmen. Untersuchungen des UNDP haben erwiesen, dass die bedarfsorientiert ausgezahlten Kinderbeihilfen des Landes die Roma gar nicht erreichen, da ihre Kinder meist keine Geburtsurkunden haben. Es gibt in Rumänien mindestens 40.000 Straßenkinder.

Die Zerstörung der bisherigen sozialen Gefüge hat nach der Transformation die Verbrechensraten unter den Jugendlichen rasch emporschnellen lassen. Eine UNICEF-Studie berichtet von einer Mordrate unter den 14 bis 17-Jährigen von 28.1 pro 100.000 in Litauen und 20.7 in Lettland. Eine Untersuchung der Einkünfte der Straßenkinder in Bukarest - nicht untypisch für die Situation der Armen - ergab folgende Aufteilung nach Einkommensquellen:

Die Straßenkinder in Bukarest leben von ...



Der Kinderselbstmord ist in der Region - laut der gleichen Untersuchung der UNICEF - dramatisch angestiegen. In den baltischen Staaten erreicht die Kriminalität der Kinder und Jugendlichen bereits die Hälfte aller registrierten Straftaten.

Die Stärkung der Rechte der Kinder sollte daher absolute Priorität durch die Regierungen der Beitrittskandidaten genießen. Die noch bestehende Kinderarbeit in einigen mittel- und osteuropäischen Staaten muss spätestens bei Vollbeitritt in die EU beseitigt

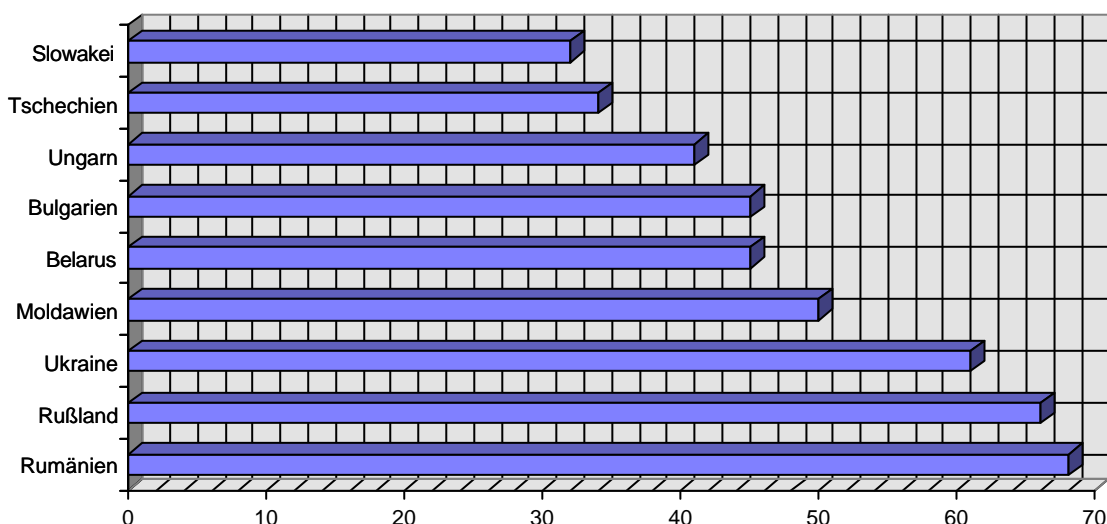
sein. Damit sollte die Erfahrung des EU-Mitglieds Portugal vermieden werden, das bis weit in die 90-er Jahre hinein vom amerikanischen Außenamt und diversen internationalen Menschenrechtsorganisationen der Duldung der Kinderarbeit beschuldigt wurde. Gleichzeitig müssen aber auch kühne Maßnahmen ergriffen werden, um all denen, die in der Schattenwirtschaft leben, wenigstens ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit zu gewähren.

Familienpolitik

Bis 2050 wird die Bevölkerung der mittel- und osteuropäischen Staaten und der GUS nach Schätzungen der Vereinten Nationen um mehr als 50 Millionen Menschen schrumpfen. Die teils beobachtbare soziale Desintegration, die nach der Transformation einsetzte und die es nun endgültig zu überwinden gilt, bedroht nicht nur die Existenz der demografischen gesellschaftlichen Basis in der Zukunft, sondern auch die Familien und das soziale Zusammenleben der Menschen in Haushalten in der Gegenwart. Die vorhandenen UN-Statistiken über die Inzidenz des Selbstmordes in der Welt sprechen eine deutliche Sprache: Unter den 10 suizid-gefährdetsten Gesellschaften der Welt sind sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen jeweils 8 (ehemalige) kommunistische Staaten überproportional vertreten (Österreich hält bei beiden Indikatoren Rang 16 von 82 gereihten Staaten).

Kriminalität, Alkoholismus und GefängnisKarrieren sowie Prostitution interagieren in einem Milieu der Armut, das sich seit der Transformation beträchtlich verstärkt hat. Die noch bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse determinieren auch die von den Vereinten Nationen geschätzte Abtreibungsrate:

Abtreibungsrate pro 100 Schwangerschaften



Familienpolitik in der Region bedeutet vor allem, dass die Regierungen den sozialen Zusammenhalt verbessern, ansonsten wird es mehr Verbrechen geben, wird der Selbstmord um sich greifen und wird die Verarmung gerade jene Haushalte betreffen, für die Frauen und Alleinerzieher/innen das hauptsächliche Einkommen erwirtschaften

müssen. Die Förderung von Projekten der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit auf diesem Gebiet ist eine der Prioritäten in der Region.

SeniorInnenpolitik

Gerade in sozial benachteiligten Schichten und Regionen - haben ältere Frauen die Last der Erziehung ihrer Enkelkinder zu tragen haben. Die Überalterung der Bevölkerung erreicht mit der sog. *elderly dependency ratio* (Bevölkerung > 60 Jahre per Bev. zwischen 18 und 59 Jahren) in den Staaten der Region 1/5 bis 1/4. Während die wirtschaftliche Basis der Pensionen aus der alten Staatswirtschaft erodiert, hängt ein wachsender Prozentsatz der Bevölkerung von solchen, relativ sinkenden Einkommen ab. Dies ist das Grundproblem der Seniorenpolitik in der Region. Grundforderung für den Vollbeitritt der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten müsste wohl sein, dass ältere Menschen ihre Pensionen und Gehälter wenigstens ohne zeitlichen Verzug ausbezahlt bekommen. Ein weiteres, absolut vordringliches Problem ist die Überalterung der landwirtschaftlichen Bevölkerung in mehreren Staaten, darunter Polen, und die Konzentration von mangelnden Lebenschancen, Kleinlandwirtschaft und fehlender gesundheitlicher Versorgung in dieser Bevölkerungsgruppe. Nur 400.000 bis 500.000 Betriebe der 2 Millionen, zumeist von älteren Landwirten bewirtschafteten Gehöfte in Polen produzieren überhaupt für den Markt; die durchschnittliche Betriebsgröße liegt bei 7 bis 8 Hektar. Überalterte und arme Menschen bilden den Großteil der ländlichen Bevölkerung. Seniorenpolitik in der Region ist auch und vor allem Strukturpolitik im ländlichen Raum.

Gesundheitspolitik

Die noch bestehenden Probleme im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens in den mittel-osteuropäischen Beitrittskandidatenstaaten reflektieren sich insbesondere in einer geringeren Lebenserwartung. Der internationale Nachholbedarf in einer erweiterten EU liegt aber hier nicht nur im Osten Europas, sondern auch im Westen des Kontinents. Nicht alle Staaten der EU-15 gehören heute zum internationalen Spitzenfeld der Lebenserwartungsentwicklung als einer unbestrittenen Meßgröße für das Funktionieren des öffentlichen Gesundheitswesens und des Vorhandenseins entsprechender sozio-ökonomischer Rahmenbedingungen. Die Staaten und Territorien Japan, Frankreich, Kanada, Schweiz, Spanien, Hongkong, Island, Italien, Norwegen und Australien (bei der männlichen Lebenserwartung auch Israel, Griechenland und Zypern) sind heute die Spitzenreiter. Österreich nimmt bei der Lebenserwartung nur Rang 17 (weibliche Lebenserwartung) bzw. Rang Rang 26 (männliche Lebenserwartung) der Weltrangliste ein; das ärmste Land der EU-15, Portugal, liegt bei den Frauen auf Rang 28 und bei den Männern nur auf Rang 37 der Weltrangliste.

Dänemark, das EU-Land mit der niedrigsten weiblichen Lebenserwartung, liegt auf Platz 31 der Weltrangliste, während Slowenien (Rang 33), Tschechien (Rang 37) und Polen (Rang 39) noch über 77 Jahren liegen. Litauen (Rang 52), Ungarn (Rang 59), Estland (Rang 62), Lettland (Rang 63), das bezüglich der weiblichen Lebenserwartung am schlechtesten gereichte Land der Luxemburg-Gruppe, werden von zahlreichen Staaten der Dritten Welt und auch von Staaten der Helsinki-Gruppe überholt.

Noch deutlicher für den Nachholbedarf einer erweiterten EU fällt dieser Vergleich für die Kennziffer 'männliche Lebenserwartung' aus. Luxemburg, Finnland und Dänemark haben allesamt einen Rang über 30; Portugal, das Land mit der niedrigsten männlichen Lebenserwartung der heutigen EU-15, liegt nur auf Platz 37 der Weltrangliste. Slowenien, der Kandidatenstaat mit der noch höchsten männlichen Lebenserwartung, liegt nur auf Platz 44 der Weltrangliste. Staaten der Dritten Welt wie Barbados, Brunei, Belize, Jamaika, Chile liegen besser als Portugal, und Panama, Trinidad, Bahrein, Sri Lanka und die Fidschi-Inseln haben eine bessere männliche Lebenserwartung als Slowenien. Tschechien (Rang 47), Polen (Rang 67), Ungarn (Rang 79), Litauen (Rang 96), Estland (Rang 103), Lettland (Rang 107) liegen noch weiter abgeschlagen auf der 166 Staaten umfassenden Skala.

Auch die Kennziffer '% der Bevölkerung, die nicht älter wird als 60 Jahre'³⁹, gibt einen Einblick in die für die Bevölkerung der Beitrittskandidatenstaaten und für einige der derzeitigen Mitgliedsstaaten der EU bei weitem unbefriedigende gesundheitspolitische Entwicklung. Während Portugal gegenüber den am besten gereihten internationalen Spitzenreitern - Japan, Malta, Island, Schweden - nur Rang 31 der Weltrangliste mit 166 Staaten einnimmt, hat Dänemark beim Indikator '% der Bevölkerung, die nicht älter wird als 60 Jahre' als schlechtestes EU-Land nur Rang 33 der Weltrangliste. Tschechien nimmt hier nur Platz 40 ein, gefolgt von Slowenien (Platz 41), Polen (Platz 57), Ungarn (Platz 82), Litauen (Platz 90), Estland (Platz 92), und Lettland (Platz 96).

Zu den Hauptursachen der niedrigen Lebenserwartung zählen belastende Umweltfaktoren, Streß, schlechte Ernährungsgewohnheiten, Rauchen und Alkoholismus, ein mangelhaftes öffentliches Gesundheitswesen, die Folgen von Kriminalität, und AIDS. Aber auch Mitgliedsstaaten der EU-15 sind nicht von derartigen Problemzonen der Gesundheitspolitik entfernt.

Tschechien, das Land mit der noch besten TBC-Statistik⁴⁰ der Kandidatenstaaten, liegt nur auf Rang 44 von 174 gereihten Staaten, Slowenien (Rang 58), Polen (Rang 82), Ungarn (Rang 93), und Estland (Rang 99) liegen noch vor Portugal⁴¹, das mit einer extrem hohen TBC-Rate (Fälle pro 100.000 EW) von 52,1 noch hinter Bangladesch auf Rang 103 der Weltgesellschaft liegt.

Ländercode	TBC-Fälle pro 100.000 EW	Rang
Barbados	2,300	1
Malta	3,000	2
Pakistan	3,100	3
Island	3,600	4
Grenada	4,300	5
Norway	4,700	6
Jamaica	4,700	7
New Zealand	5,000	8

39 sortiert in umgekehrter Reihenfolge

40 weil TBC und AIDS ebenso negative Phänomene sind, muß auch hier für eine Rangskala der gesundheitspolitischen Erfolge der EXCEL-Befehl 'sortieren' in umgekehrter Reihenfolge erfolgen

41 Portugal liegt auch bezüglich der HIV-Statistik nur auf Rang 107 von 162 gereihten Staaten. Das traurige Schlußlicht haben Zambia, Namibia, Botswana, und Zimbabwe inne, während in der islamischen Welt und in den meisten Beitrittskandidaten-Staaten die HIV-Rate noch relativ niedrig ist.

Sweden	5,200	9
Cyprus	6,100	10
Canada	6,200	11
Australia	6,300	12
United States	6,400	13
Jordan	6,900	14
Israel	7,300	15
Greece	7,300	16
Saint Kitts and Nevis	7,300	17
Antigua and Barbuda	7,600	18
Italy	8,500	19
Dominica	8,500	20
Luxembourg	9,100	21
Netherlands	9,500	22
Oman	9,800	23
United Kingdom	10,100	24
Switzerland	10,300	25
Saint Lucia	10,300	26
Denmark	10,600	27
Indonesia	10,900	28
Finland	11,100	29
France	11,400	30
Ireland	12,000	31
Belgium	12,700	32
Cuba	13,000	33
Germany	13,600	34
Mauritius	13,700	35
Nigeria	14,100	36
Burkina Faso	14,800	37
Saudi Arabia	16,100	38
Suriname	16,200	39
Austria	16,500	40
Spain	17,500	41
Costa Rica	17,700	42
Iran, Islamic Rep. of	17,700	43
Czech Republic	17,900	44
Samoa (Western)	19,000	45
Albania	19,100	46
Trinidad and Tobago	21,100	47
Fiji	21,100	48
Saint Vincent and the Grenadines	21,400	49
Colombia	21,700	50
Egypt	21,700	51
Uruguay	22,000	52

Comoros	22,200	53
Lebanon	22,300	54
United Arab Emirates	22,400	55
Libyan Arab Jamahiriya	22,900	56
Slovakia	24,300	57
Slovenia	25,000	58
Mexico	25,000	59
Tunisia	26,100	60
Venezuela	26,300	61
Chile	26,500	62
Bahrain	26,500	63
Seychelles	26,700	64
El Salvador	28,000	65
Guatemala	28,200	66
Cameroon	28,400	67
Armenia	28,900	68
Chad	29,700	69
Kuwait	30,500	70
Tajikistan	30,700	71
Bahamas	30,900	72
São Tomé and Príncipe	31,500	73
Macedonia, TFYR	31,600	74
Turkey	33,100	75
Syrian Arab Republic	33,100	76
Japan	33,600	77
China	33,700	78
Benin	33,900	79
Argentina	34,600	80
Sri Lanka	35,700	81
Poland	36,200	82
Myanmar	36,600	83
Lao People's Dem. Rep.	37,000	84
Qatar	37,300	85
Niger	38,900	86
Panama	39,200	87
Paraguay	39,200	88
Togo	39,400	89
Belize	39,700	90
Bulgaria	40,800	91
Sudan	41,800	92
Hungary	42,400	93
Cape Verde	43,300	94
Mali	43,700	95
Croatia	45,700	96

Algeria	45,800	97
Guyana	48,100	98
Estonia	51,100	99
Brazil	51,100	100
Thailand	51,200	101
Bangladesh	52,000	102
Portugal	52,100	103
Ukraine	52,900	104
Uzbekistan	54,800	105
Belarus	56,400	106
Guinea	56,800	107
Korea, Rep. of	57,300	108
Singapore	57,500	109
Brunei Darussalam	58,400	110
Ghana	58,600	111
Azerbaijan	60,500	112
Burundi	61,000	113
Maldives	63,400	114
Malaysia	64,400	115
Nicaragua	64,500	116
Moldova, Rep. of	65,400	117
Honduras	67,400	118
Dominican Republic	69,200	119
Bhutan	70,100	120
Sierra Leone	71,400	121
Yemen	73,700	122
Equatorial Guinea	76,500	123
Lithuania	78,700	124
Solomon Islands	78,700	125
Turkmenistan	79,300	126
Rwanda	79,300	127
Ecuador	79,800	128
Gabon	80,600	129
Latvia	81,000	130
Russian Federation	82,300	131
Madagascar	82,800	132
Senegal	94,000	133
Côte d'Ivoire	96,500	134
Ethiopia	97,400	135
Congo, Dem. Rep. of the	98,300	136
Kazakhstan	101,400	137
Central African Republic	102,000	138
Mozambique	103,200	139
Vanuatu	103,400	140

Nepal	106,900	141
Romania	107,700	142
Morocco	109,800	143
Viet Nam	111,000	144
Hong Kong, China (SAR)	111,700	145
Gambia	116,100	146
Mongolia	116,300	147
India	118,300	148
Kyrgyzstan	119,300	149
Angola	123,800	150
Iraq	125,600	151
Bolivia	126,700	152
Uganda	133,400	153
Haiti	136,800	154
Congo	139,400	155
Kenya	139,900	156
Tanzania, U. Rep. of	147,400	157
Cambodia	148,600	158
Georgia	155,400	159
Mauritania	158,400	160
Guinea-Bissau	158,400	161
Peru	172,600	162
Papua New Guinea	177,300	163
Malawi	205,000	164
South Africa	242,700	165
Eritrea	243,600	166
Lesotho	257,200	167
Philippines	294,500	168
Namibia	372,200	169
Zimbabwe	374,600	170
Swaziland	441,900	171
Botswana	455,700	172
Zambia	488,400	173
Djibouti	587,900	174

Auch bezüglich der Kindersterblichkeit - neben der TBC noch immer dem wohl eindeutigsten Indikator sozial skandalöser Zustände - ist das Bild in der erweiterten EU alles andere denn rosig:

Country code	infant mortality rate	Rang
Norway	4,000	1
Sweden	4,000	2

Finland	4,000	3
Japan	4,000	4
Singapore	4,000	5
Iceland	5,000	6
New Zealand	5,000	7
Australia	5,000	8
Luxembourg	5,000	9
Netherlands	5,000	10
Switzerland	5,000	11
Denmark	5,000	12
France	5,000	13
Germany	5,000	14
Austria	5,000	15
Czech Republic	5,000	16
Slovenia	5,000	17
Korea, Rep. of	5,000	18
Malta	6,000	19
Canada	6,000	20
Israel	6,000	21
Greece	6,000	22
Italy	6,000	23
United Kingdom	6,000	24
Ireland	6,000	25
Belgium	6,000	26
Spain	6,000	27
United States	7,000	28
Cuba	7,000	29
Cyprus	8,000	30
Croatia	8,000	31
Portugal	8,000	32
Brunei Darussalam	8,000	33
United Arab Emirates	9,000	34
Slovakia	9,000	35
Malaysia	9,000	36
Jamaica	10,000	37
Poland	10,000	38
Hungary	10,000	39
Chile	11,000	40
Kuwait	12,000	41
Barbados	13,000	1
Costa Rica	14,000	2
Seychelles	14,000	3
Bulgaria	14,000	4
Oman	15,000	5

Qatar	15,000	6
Trinidad and Tobago	16,000	7
Uruguay	16,000	8
Bahrain	16,000	9
Antigua and Barbuda	17,000	10
Dominica	17,000	11
Sri Lanka	17,000	12
Saint Lucia	18,000	13
Bahamas	18,000	14
Panama	18,000	15
Estonia	18,000	16
Ukraine	18,000	17
Latvia	18,000	18
Mauritius	19,000	19
Fiji	19,000	20
Argentina	19,000	21
Lithuania	19,000	22
Georgia	19,000	23
Saint Vincent and the Grenadines	20,000	24
Libyan Arab Jamahiriya	20,000	25
Venezuela	21,000	26
Russian Federation	21,000	27
Romania	21,000	28
Saudi Arabia	22,000	29
Samoa (Western)	22,000	30
Belarus	22,000	31
Solomon Islands	22,000	32
Grenada	23,000	33
Macedonia, TFYR	23,000	34
Colombia	25,000	35
Tunisia	25,000	36
Armenia	25,000	37
Syrian Arab Republic	26,000	38
Paraguay	27,000	39
Suriname	28,000	40
Mexico	28,000	41
Moldova, Rep. of	28,000	42
Iran, Islamic Rep. of	29,000	43
Lebanon	29,000	44
Jordan	30,000	45
Saint Kitts and Nevis	30,000	46
Albania	30,000	47
El Salvador	30,000	48
Thailand	30,000	49

Ecuador	30,000	50
Viet Nam	31,000	51
Philippines	32,000	52
Honduras	33,000	53
Belize	35,000	54
Algeria	35,000	55
Brazil	36,000	56
Azerbaijan	36,000	57
Kazakhstan	36,000	58
Turkey	37,000	59
China	38,000	60
Vanuatu	38,000	61
Botswana	38,000	62
Nicaragua	39,000	63
Indonesia	40,000	64
Guatemala	41,000	65
Dominican Republic	43,000	66
Peru	43,000	67
Uzbekistan	45,000	68
Egypt	51,000	69
Turkmenistan	53,000	70
Cape Verde	54,000	71
Tajikistan	55,000	72
Kyrgyzstan	56,000	73
Morocco	57,000	74
Namibia	57,000	75
Guyana	58,000	76
Zimbabwe	59,000	77
São Tomé and Príncipe	60,000	78
South Africa	60,000	79
Maldives	62,000	80
Gambia	64,000	81
Mongolia	64,000	82
Swaziland	64,000	83
Bolivia	66,000	84
Comoros	67,000	85
Ghana	67,000	86
India	69,000	87
Senegal	70,000	88
Eritrea	70,000	89
Nepal	72,000	90
Sudan	73,000	91
Kenya	75,000	92
Bangladesh	79,000	93

Papua New Guinea	79,000	94
Myanmar	80,000	95
Togo	81,000	96
Congo	81,000	97
Bhutan	84,000	98
Uganda	84,000	99
Gabon	85,000	100
Yemen	87,000	101
Côte d'Ivoire	90,000	102
Haiti	91,000	103
Tanzania, U. Rep. of	91,000	104
Cameroon	94,000	105
Lesotho	94,000	106
Pakistan	95,000	107
Madagascar	95,000	108
Lao People's Dem. Rep.	96,000	109
Benin	101,000	110
Iraq	103,000	111
Cambodia	104,000	112
Rwanda	105,000	113
Burundi	106,000	114
Equatorial Guinea	108,000	115
Burkina Faso	109,000	116
Ethiopia	110,000	117
Djibouti	111,000	118
Nigeria	112,000	119
Zambia	112,000	120
Central African Republic	113,000	121
Chad	118,000	122
Mauritania	120,000	123
Guinea	124,000	124
Congo, Dem. Rep. of the	128,000	125
Mozambique	129,000	126
Guinea-Bissau	130,000	127
Malawi	134,000	128
Mali	144,000	129
Niger	166,000	130
Angola	170,000	131
Sierra Leone	182,000	132

Die rigorose Auslegung des internationalen Patentrechts, die von den Gentechnik-Konzernen betrieben wird, hat auch Implikationen für den Gesundheitsbereich in den

mittel- und osteuropäischen Staaten. Durch das TRIPS-Abkommen⁴² im Rahmen der WTO kommt es zu einer verstärkten Verfügung der Pharma-Industrie über Patente. Nur 400.000 der 8 Millionen jährlich weltweit mit TBC infizierten Menschen sind 'zahlungsfähig'. Die Verdrängung von billigeren und effektiven Arzneimittel gegen Tuberkulose - auch in den mittel- und osteuropäischen Staaten - hängt unmittelbar mit der restriktiven Handhabung des TRIPS-Abkommen zusammen. Der aktuell beobachtbare, verstärkte Schutz der Patente führt auch letztlich zu einer 'Monopolisierung alles Lebendigen'. In den weiter fortgeschrittenen Beitrittskandidatenstaaten stehen auch die Finanzierungsprobleme der Spitäler und des Gesundheitswesens im Allgemeinen im Vordergrund.

Chemikalien und Schwermetalle im Trinkwasser sind insbesondere für Kinder und Schwangere gefährlich und unterstützen die Entstehung von genetischen und anderen Erkrankungen. Der hohe Tabak- und Alkoholkonsum wie auch die vitaminarme Ernährung der Mehrheit der Bevölkerung wirken sich negativ auf die Lebenserwartungsentwicklung aus.

Neben einem verstärkten Erfahrungsaustausch mit den Behörden der Region im Bereich der künftigen Finanzierungsmuster des Spitalswesens und allgemeinen Gesundheitssystems zählt zu den langfristigen österreichischen Interessen in der Region die Kooperation bei der Verbesserung des öffentlichen Gesundheitswesens, insbesondere auch die Hebung des Standards der Blutkonserven. Kooperationsprojekte - auch im Bereich des EU-Twinning - mit den Regierungen der Beitrittskandidatenstaaten sind zu begrüßen.

Lebensmittel und Veterinärwesen

Gentechnisch veränderte Nahrungsmittel; die Gefahr des Übergreifens von BSE auf die Staaten Ostmitteleuropas, der Einsatz gesundheitsschädlicher Pharmaka in der Tierzucht, sowie die Anpassungskosten im Bereich Phytosanitärwesen und Veterinärwesen an den Rechtsbestand der EU (in Polen allein 7,12 Milliarden Euros, 6 Milliarden \$) sind die Hauptprobleme in diesem Sektor:

1. Ostmitteleuropa steht vor der Herausforderung, die derzeitigen Fehler in der Landwirtschaftspolitik von EU-Staaten zu vermeiden (Stichworte: BSE, Schweine-Skandal, Maul- und Klauenseuche).
2. Agro-Multis und Gentechnik-Multis sind dabei, durch weit gehende Patentierung von lebenden Arten 'vollendete Tatsachen' in den meisten Ländern der Welt außerhalb der EU zu setzen. Diese Multis besitzen auch in den meisten mittel- und osteuropäischen Staaten Filialen, und betreiben dort eine offensive Patentierungspolitik.
3. Die Gentechnik-Konzerne betreiben die Erweiterung ihrer Interessen in der mittel- und osteuropäischen Region. Die gentechnische Industrialisierung der Landwirtschaft

⁴² *Trade-Related Aspects of Intellectual Property*; eines der drei zentralen Abkommen, die im Rahmen der Uruguay-Runde des GATT verhandelt wurde und zur Vertragsgrundlage der WTO wurden. Es trat zusammen mit der WTO am 1.1.1995 in Kraft. Das TRIPS-Abkommen schränkt zwar die Piraterie von geistigem Eigentum drastisch ein; problematisch bleibt allerdings die Durchsetzungsfähigkeit weniger reicher Länder bei der Vornahme von Ausnahmen für die Patentierbarkeit von Erfindungen bei Pflanzensorten. Staaten, die solche Ausnahmen wünschten, mussten ein Patentrecht vergleichbares wirksames Schutzsystem etablieren, was aber in zahlreichen weniger entwickelten Staaten im Weltsystem einfach nicht der Fall war. Vgl. Dieter Nohlen (Hrsgb.) *Lexikon Dritte Welt*, rororo Hamburg, 2000

entspricht ihrer Globalstrategie, der das bisherige Modell einer europäischen Landwirtschaft entgegensteht.

4. Proteste in der Region gegen die großindustriell und gentechnisch organisierte Landwirtschaft werden sich mehren. Einer der großen US-Agrarkonzerne ist gerade dabei, im Rahmen der Übernahme einer alten Staatshandelsfirma in Polen eine großindustriell und auf Massentierhaltung beruhende Schweinezucht aufzubauen, mit dem Ziel, der größte Schweinefleischlieferant Europas zu werden. Dass der Beitrittskandidaten Polen mit seinem großen landwirtschaftlichen Sektor dabei ist, eine Massentierhaltung im großen Stil aufzubauen, während in zahlreichen Mitgliedsstaaten der EU ein Ausstieg aus der Massentierhaltung angestrebt wird, könnte Implikationen für die künftige Lebensmittelsicherheit und Gesundheitspolitik in der erweiterten EU haben.

5. Es ist nicht auszuschließen, dass sich die politischen und sozialen Konflikte um ein derartiges 'Pharming' weiter zuspitzen. Einer der großen Gentechnik-Konzerne versieht weltweit seine Verträge mit den Bauern bereits mit Inspektionsklauseln; die Abnehmer müssen auch ein bestimmtes Pflanzenschutzmittel des gleichen Konzerns verwenden, das nach neueren Untersuchungen ein Karzinogen ersten Ranges ist.

6. Innerhalb der EU hat insbesondere Großbritannien leider eine gegenüber den Interessen der Gentechnologie verständnisvolle Haltung.

Derzeit gelten nach Angaben des US-Aussenamts (*'Country Reports on Economic Policy'*) in den mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten folgende Beschränkungen gegenüber dem Import von gentechnisch veränderten Produkten und Hormonfleisch:

Bulgarien:	keine
Tschechien:	im Prinzip keine, aber praktische Probleme durch Schwierigkeiten mit der Export-Zertifizierung auf tschechischer Seite
Ungarn:	keine
Polen:	Das US-Aussenamt hebt hervor, dass Importlizenzen für Milchkuh-Gentechnik bereits erteilt wurden und dass US-Firmen bereits einen bestimmten Zugang zum polnischen Markt haben
Rumänien:	keine

Kapitel 6: Quantitative Analyse des sozialpolitischen und gesundheitspolitischen Gefälles in Europa: Wo stehen die MOEL-BK heute?

Vergleichsverfahren basierend auf Durchschnittswerten

Bisherige Vergleiche des Reifegrades der MOEL-BK haben sozio-ökonomischen Kriterien wie BIP pro Kopf und Löhne in den Vordergrund gestellt und dabei sozio-ökonomische Kriterien noch unzureichend quantitativ bewertet.

An Hand des Datensatzes der Vereinten Nationen (Human Development Report, 2000) ist eine Gewichtung der wichtigsten 45 Sozial- und Gesundheitsindikatoren der Welt für die MOEL-BK im Vergleich mit dem EU-Durchschnitt möglich.

Das überraschende dieses Vergleichs ist, dass für das gesamte Bündel der 45 herangezogenen Indikatoren - unter der Voraussetzung einer 1:1 Gewichtung aller Größen - die Slowakei sogar noch vor dem EU-Durchschnitt liegt, und lediglich Estland unter 80% des Niveaus der EU liegt. Die in dieser Information verarbeiteten Daten legen darüber hinaus den Schluß nahe, dass gerade Estland andererseits durch seine hohen Investitionen im Bereich der *New Economy* auch sozial gegenüber dem EU-Schnitt bald aufschließen wird.

	45 soziale, gesundheitspolitische und wirtschaftliche Indikatoren
Slowakei	107,17
EU=100	100
Tschechische Republik	96,77
Slowenien	93,13
Lettland	92,3
Polen	91,75
Ungarn	90,17
Litauen	87,38
Rumänien	82,86
Bulgarien	81,95
Estland	78,12

Diese Bewertung kombinierte folgenden Kriterien:

1. Anteil der Frauen an den administrativen und Manager-Spitzenpositionen
2. Anteil der Frauen an den professionellen und technischen Beschäftigten
3. Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BNP
4. Ärztedichte
5. BNP pro Kopf

6. Durchschnittliche Lebenserwartung
7. Frauenanteil an den Ministerposten
8. Frauenanteil an den Parlamentssitzen eines Landes
9. Frauenanteil an den Regierungsposten (Staatssekretariate, Unterstaatssekretariate, Sektionsleitungen)
10. Frauenanteil an den Studierenden der dritten Bildungsebene
11. Frauen-Machtbeteiligungsindex (kombiniert % der Parlamentssitze für weibliche Abgeordnete, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der Manager und Administratoren, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der professionellen und technischen Bediensteten, und Realeinkommen der Frauen)
12. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 1998
13. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2015
14. Humanentwicklungsindex des UNDP (kombiniert Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung)
15. Internet-Dichte
16. Männliche Lebenserwartung
17. Männliche Lesekundigkeit
18. Nahrungsmittelimporte als %-Satz des gesamten Güterimports
19. Niedriger Anteil der Ausgaben für den Lebensmittelkonsum am gesamten Haushaltsbudget
20. Öffentliche Erziehungsausgaben per BNP
21. Produziertes BIP pro kg Energiekonsum
22. Verbreitung der Benutzung künstlicher Verhütungsmittel
23. Vermeidung einer hohen Müttersterblichkeitsquote
24. Vermeidung einer hohen Rate von Personen, die rauchen
25. Vermeidung einer hohen Rate von TB-Erkrankungen
26. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes an Kindern, die bei der Geburt an Untergewicht leiden
27. Vermeidung hoher männlicher Selbstmordraten
28. Vermeidung hoher Mordraten
29. Vermeidung hoher weiblicher Selbstmordraten
30. Vermeidung einer hohen Kindersterblichkeitsquote
31. Vermeidung einer hohen Konzentration des Volkseinkommens bei den reichsten 20% der Bevölkerung
32. Vermeidung einer hohen Quote von CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung
33. Vermeidung einer hohen Rate von *teen-age*-Schwangerschaften
34. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes der Menschen eines Landes, die vor dem 60. Geburtstag sterben
35. Vermeidung hoher Scheidungsraten
36. Vermeidung männlicher Jugendarbeitslosigkeit
37. Vermeidung von Beschäftigungsverhältnissen, in denen Frauen unbezahlte Familienarbeitskräfte sind
38. Vermeidung von Jugend hinter Gittern (gemessen mit dem Anteil der Jugendlichen an allen verurteilten Straftätern)
39. Vermeidung von Vergewaltigungen
40. Vermeidung weiblicher Arbeitslosigkeit
41. Vermeidung weiblicher Jugendarbeitslosigkeit
42. Weibliche Erwerbsquote
43. Weibliche Erwerbsquote als % der männlichen Erwerbsquote
44. Weibliche Lebenserwartung
45. Weibliche Lesekundigkeit

Im Folgenden wird nun versucht, die Erklärungskraft der obigen Berechnungen für die Belange der Beurteilung des Politikfortschritts in den MOEL-BK anzuwenden.

Die Bewertung Leistungen der MOEL-BK im Einzelnen

Grundlage der Bewertung des sozialpolitischen Fortschritts eines Landes muß natürlich seine weiterhin gegebene wirtschaftspolitische Leistungsfähigkeit sein. Hier wird es entscheidend, ob die MOEL-BK in der Phase einer immer mehr auf dem Faktor Technologie beruhenden Weltwirtschaft sich bewähren können werden.

Allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Chancen eines Aufschwunges in der 'new economy'

Hier führt eindeutig Estland vor Slowenien und der Tschechischen Republik, während Rumänien und Bulgarien noch den größten Entwicklungsabstand zum Durschnitt der EU haben. Estland, Slowenien und die Tschechische Republik werden sehr bald ein Niveau von 80% oder mehr des EU-Durchschnitts erreicht haben:

	allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung
EU=100	100
Estland	79,66
Slowenien	77,06
Tschechische Republik	72,63
Ungarn	71,39
Lettland	68,49
Polen	67,6
Litauen	66,52
Slowakei	58,05
Rumänien	55,76
Bulgarien	50,96

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. BNP pro Kopf
2. Humanentwicklungsindex des UNDP (kombiniert Realeinkommen, Bildung, Lebenserwartung)
3. Internet-Dichte
4. Niedriger Anteil der Ausgaben für den Lebensmittelkonsum am gesamten Haushaltsbudget
5. Öffentliche Erziehungsausgaben per BNP
6. Telephondichte
7. Vermeidung einer hohen Steuerlast

Demographische Basis der sozialen Sicherheit

Makro-quantitative Kenngrößen der Leistungsfähigkeit eines Systems der sozialen Sicherheit sind nicht leicht zu finden. In Polen und Ungarn ist bereits ein von der Weltbank empfohlenes Drei-Säulen-Modell der sozialen Sicherheit implementiert worden, und die

demographische Krise der nächsten Jahre wird in der Slowakei und in Polen erst später eintreten als z.B. in Ungarn und Bulgarien. Aber damit liegen noch - bezogen auf die demographischen Strukturen einer abschätzbar geringen Altenquote - alle MOEL-BK noch besser als der EU-Durchschnitt:

	Demographische Basis der sozialen Sicherheit
Slowakei	139,87
Polen	133,33
Rumänien	122,7
Litauen	120,48
Estland	115,61
Slowenien	113,17
Lettland	112,37
Tschechische Republik	109,02
Ungarn	108,75
Bulgarien	102,08
EU=100	100

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 1998
2. Geringer Anteil der über 65-jährigen an der Gesamtbevölkerung 2015

Erfolge der Gleichstellungspolitik

Die Slowakei, Tschechien und die baltischen Staaten der ehemaligen UdSSR mit ihrer starken Gleichstellungspolitik vor 1989 haben hierbei die besten Werte erzielt, und liegen heute erheblich über dem Durchschnitt der EU, der durch die Defizite insbes. der mediterranen EU-MS geprägt ist:

	Erfolge der Gleichstellungspolitik
Lettland	131,16
Slowakei	126,53
Litauen	108,38
Estland	102,11
Tschechische Republik	101,15
EU=100	100
Polen	99
Ungarn	96,04
Slowenien	95,66
Bulgarien	88,93
Rumänien	86,24

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Anteil der Frauen an den administrativen und Manager-Spitzenpositionen
2. Anteil der Frauen an den professionellen und technischen Beschäftigten
3. Frauenanteil an den Ministerposten
4. Frauenanteil an den Parlamentssitzen eines Landes
5. Frauenanteil an den Regierungsposten (Staatssekretariate, Unterstaatssekretariate, Sektionsleitungen)
6. Frauenanteil an den Studierenden der dritten Bildungsebene
7. Frauen-Machtbeteiligungsindex (kombiniert % der Parlamentssitze für weibliche Abgeordnete, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der Manager und Administratoren, Anteil der Frauen an der Berufsgruppe der professionellen und technischen Bediensteten, und Realeinkommen der Frauen)
8. Verbreitung der Benutzung künstlicher Verhütungsmittel
9. Vermeidung von Beschäftigungsverhältnissen, in denen Frauen unbezahlte Familienarbeitskräfte sind
10. Vermeidung von Vergewaltigungen
11. Vermeidung weiblicher Arbeitslosigkeit
12. Weibliche Erwerbsquote
13. Weibliche Erwerbsquote als % der männlichen Erwerbsquote
14. Weibliche Jugendarbeitslosigkeit

Vermeidung sozialer Ausgrenzung

Hier haben wiederum die Nachfolgestaaten der ehemaligen CSSR die besten Werte, während in den drei baltischen Staaten die Folgen der neo-liberalen Systemtransformation für starke soziale Verwerfungen sorgten:

	Vermeidung sozialer Ausgrenzung
Tschechische Republik	103,91
Slowakei	101,34
EU=100	100
Slowenien	99,34
Ungarn	82
Polen	81,43
Bulgarien	80,68
Rumänien	77,53
Litauen	73,46
Lettland	72,87
Estland	69,2

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Männliche Lesekundigkeit

2. Vermeidung einer hohen Kindersterblichkeitsquote
3. Vermeidung einer hohen Konzentration des Volkseinkommens bei den reichsten 20% der Bevölkerung
4. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes der Menschen eines Landes, die vor dem 60. Geburtstag sterben
5. Weibliche Lesekundigkeit

Jugendpolitik, Vermeidung sozialer Ausgrenzung der Jugend

Die besten Werte erzielen hier die Tschechische Republik und Ungarn, während Polen, Rumänien und die baltischen Staaten den größten Nachholbedarf haben.

	Jugendpolitik, Vermeidung sozialer Ausgrenzung der Jugend
Tschechische Republik	104,62
Ungarn	100,4
EU=100	100
Slowakei	78,13
Bulgarien	75,13
Slowenien	74,01
Polen	64,24
Lettland	64,04
Litauen	43,2
Estland	42,92
Rumänien	21,6

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Vermeidung einer hohen Rate von *teen-age*-Schwangerschaften
2. Vermeidung männlicher Jugendarbeitslosigkeit
3. Vermeidung von Jugend hinter Gittern (gemessen mit dem Anteil der Jugendlichen an allen verurteilten Straftätern)
4. Vermeidung weiblicher Jugendarbeitslosigkeit

Vermeidung sozialer Zerrüttung in der Familien- und Seniorenpolitik

Bedingt durch die noch immer gegebene Wirksamkeit des (katholisch geprägten) nationalen Normensystems, hat hier Polen die besten Werte:

	Vermeidung sozialer Zerrüttung i.d. Familien- und Seniorenpolitik
Polen	145,18
Slowakei	135,54
Rumänien	124,7

EU=100	100
Slowenien	86,47
Bulgarien	85,75
Tschechische Republik	83,45
Ungarn	75,1
Lettland	47,88
Litauen	47,12
Estland	35,61

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Vermeidung hoher männlicher Selbstmordraten
2. Vermeidung hoher Mordraten
3. Vermeidung hoher weiblicher Selbstmordraten
4. Vermeidung hoher Scheidungsraten

Gesundheit

Die Tschechische Republik, Slowenien und die Slowakei haben die besten Daten der Region, während Ungarn, Rumänien, Estland und Lettland die Schlußgruppe bilden

	Gesundheit
EU=100	100
Tschechische Republik	91,15
Slowenien	85,34
Slowakei	81,02
Litauen	72,61
Polen	71,79
Bulgarien	71,72
Ungarn	70,48
Estland	67,37
Rumänien	62,04
Lettland	60

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Anteil der öffentlichen Gesundheitsausgaben am BNP
2. Ärztedichte
3. Durchschnittliche Lebenserwartung
4. Männliche Lebenserwartung
5. Vermeidung einer hohen Müttersterblichkeitsquote
6. Vermeidung einer hohen Rate von Personen, die rauchen
7. Vermeidung einer hohen Rate von TB-Erkrankungen

8. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes an Kindern, die bei der Geburt an Untergewicht leiden
9. Vermeidung einer hohen Kindersterblichkeitsquote
10. Vermeidung eines hohen Prozentsatzes der Menschen eines Landes, die vor dem 60. Geburtstag sterben
11. Weibliche Lebenserwartung

Nationale Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln

Lediglich die drei baltischen Staaten liegen hier unter dem EU-Durchschnitt:

	nationale Selbstversorgung mit Lebensmitteln
Ungarn	232,56
Tschechische Republik	166,67
Slowakei	156,25
Slowenien	144,93
Polen	128,21
Rumänien	117,65
Bulgarien	116,28
EU=100	100
Litauen	93,46
Lettland	76,92
Estland	61,35

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

Nahrungsmittelimporte als %-Satz des gesamten Güterimports

Nachhaltige Entwicklung

Polen, die Tschechische Republik und Estland haben die größten Probleme mit der Erfüllung des Kriteriums einer nachhaltigen Entwicklung:

	nachhaltige Entwicklung im Rahmen der EC und UN-Initiativen
Lettland	135
Litauen	132,5
EU=100	100
Slowenien	94,07
Ungarn	92,42

Rumänien	92,21
Bulgarien	74,92
Slowakei	72
Polen	61
Estland	48,98
Tschechische Republik	48,04

Die Bewertung basierte auf folgenden Kriterien:

1. Produziertes BIP pro kg Energiekonsum
2. Vermeidung einer hohen Quote von CO₂-Ausstoß pro Kopf der Bevölkerung

Schlußtable basierend auf Vergleichen mit Durchschnitten

Die oben genannten Kriterien fassen wir in der folgenden Tabelle zusammen:

	allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung	Demographische Basis der sozialen Sicherheit	Erfolge der Gleichstellungspolitik	Vermeidung sozialer Ausgrenzung	Jugendpolitik, Vermeidung sozialer Ausgrenzung der Jugend
Slowenien	77,06	113,17	95,66	99,34	74,01
Tschechische Republik	72,63	109,02	101,15	103,91	104,62
Slowakei	58,05	139,87	126,53	101,34	78,13
Ungarn	71,39	108,75	96,04	82,00	100,40
Polen	67,60	133,33	99,00	81,43	64,24
Estland	79,66	115,61	102,11	69,20	42,92
Litauen	66,52	120,48	108,38	73,46	43,20
Bulgarien	50,96	102,08	88,93	80,68	75,13
Lettland	68,49	112,37	131,16	72,87	64,04
Rumänien	55,76	122,70	86,24	77,53	21,60
EU=100	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
Anzahl der gewichteten Indikatoren	7	2	14	5	4

	Vermeidung sozialer Zerrüttung i.d. Familien- und Seniorenpolitik	Gesundheit	nationale Selbstversorgung mit Lebensmitteln	nachhaltige Entwicklung
Slowenien	86,47	85,34	144,93	94,07
Tschechische Republik	83,45	91,15	166,67	48,04
Slowakei	135,54	81,02	156,25	72,00
Ungarn	75,10	70,48	232,56	92,42

Polen	145,18	71,79	128,21	61,00
Estland	35,61	67,37	61,35	48,98
Litauen	47,12	72,61	93,46	132,50
Bulgarien	85,75	71,72	116,28	74,92
Lettland	47,88	60,00	76,92	135,00
Rumänien	124,70	62,04	117,65	92,21
EU=100	100,00	100,00	100,00	100,00
Anzahl der gewichteten Indikatoren	4	11	1	2

Faktorenanalytische Bewertungen des sozialpolitischen Fortschritts der Beitrittskandidatenstaaten

Nun ließen sich zahlreiche Argumente vorbringen, daß das obige Klassifikationsschema unzureichend ist und vor allem nicht jene statistischen Methoden benutzt, die heute für die Zwecke der Dimensionsreduktion (z.B. Faktorenanalyse, Korrespondenzanalyse, Optimale Skalierung) in der modernen Sozialwissenschaft zur Verfügung stehen, um multiple Bewertungskriterien auf einfachere Dimensionen zu reduzieren.

Für den Vergleich des Reifegrades der Beitrittskandidatenstaaten wurde deshalb auch eine Faktorenanalyse der UNDP-Human Development Report-Daten aus dem Jahr 2000 berechnet. Die Daten beziehen sich auf das Jahr 1998. Die grundlegenden Charakteristika und Modellannahmen des statistischen Modells der Faktorenanalyse müssen als bekannt vorausgesetzt werden. Im Wesentlichen reduziert die Faktorenanalyse - hier berechnet mit dem Statistik-Programm-Paket SPSS - die Variablenzahl in einer Untersuchung auf die zugrundeliegenden statistischen Dimensionen. Die Berechnung des Modells erfolgt zumeist über die Korrelationsmatrix; die bei bloßen Durchschnitten mehrerer Variablen übliche 1:1 Gewichtung der verwendeten Variablen - wie sie etwa in der obigen Untersuchung verwendet wurde -, entfällt.

Mit der Faktorenanalyse wird also versucht, die zugrundeliegenden Variablen oder Faktoren zu bestimmen, welche die Korrelationsmuster innerhalb eines Satzes beobachteter Variablen erklären. Die Faktorenanalyse wird häufig zur Datenreduktion verwendet, indem wenige Faktoren identifiziert werden, welche den größten Teil der in einer großen Anzahl manifester Variablen aufgetretenen Varianz erklären.

Die Prozedur "Faktorenanalyse" nach dem SPSS bietet ein hohes Maß an Flexibilität: Es stehen sieben Methoden der Faktorextraktion zur Verfügung. In unserer Untersuchung erfolgte die Extraktion der Faktoren über die Hauptkomponenten. Es sind auch fünf Rotationsmethoden verfügbar, einschließlich der sogenannten Promax-Methode für nicht orthogonale Rotationen. In unserer faktorenanalytischen Untersuchung extrahierten wir nur einen Faktor, es entfiel daher die Rotation. Für die Berechnung von Faktorwerten stehen drei weitere Methoden zur Verfügung. Die Werte können für weitere Analysen als Variablen auch gespeichert werden. In unserer Analyse berechneten wir die Faktorwerte (i.e. die Werte der Ausprägung der neuen, gewonnenen, hypothetischen Variablen) aufgrund der Regression.

Ein einfaches sozialwissenschaftliches Beispiel einer Faktorenanalyse wäre: Welche Einstellungen von befragten Personen liegen den gegebenen Antworten bei einer politischen Untersuchung zugrunde? Bei der Untersuchung der Korrelationen zwischen den

Themen der Umfrage zeigen sich signifikante Überschneidungen zwischen verschiedenen Untergruppen von Themen. Fragen zu Steuern korrelieren gewöhnlich miteinander, ebenso wie Fragen zum Thema Bundesheer und so weiter. Mit der Faktorenanalyse kann man die Anzahl der zugrundeliegenden Faktoren untersuchen und in vielen Fällen die Bedeutung der Faktoren konzeptionell bestimmen. Zusätzlich kann man für jeden Fall Faktorwerte berechnen lassen, die sich dann für weiterführende Analysen verwenden lassen. Zum Beispiel kann man ein logistisches Regressionsmodell erstellen, um das Wahlverhalten auf der Grundlage von Faktorwerten vorherzusagen.

Im Modell wurden 35 Sozial-Politik-Indikatoren der Staaten der Welt gebündelt. Die MOEL-BK erreichen - mit Ausnahme Rumäniens - weit über 80% des EU-Durchschnitts:

Factor analytical results for the 35 indicators of social policy:

Eigenvalue 13.242, explained variance 37.8%

1 Factor to be extracted - **social policy**

Principle components (Hauptkomponenten)

VAR00003	0,952	female life expectancy
VAR00046	0,947	life expectancy, 1995-2000
VAR00045	0,934	life expectancy, 1970-75
VAR00004	0,926	male life expectancy
VAR00002	0,922	human development index
VAR00005	0,816	female literacy
VAR00006	0,79	male literacy
VAR00026	0,788	contraceptive prevalence
VAR00034	0,784	daily supply of calories
VAR00018	0,703	immunization against measles
VAR00023	0,659	public health expenditure
VAR00022	0,63	doctors per inhabitants
VAR00021	0,609	average cigarette consumption
VAR00027	0,414	female tertiary students as % of male tertiary students
VAR00008	0,397	parliamentary seats held by women
VAR00007	0,377	gender empowerment
VAR00014	0,375	womens GDP per capita in purchasing power
VAR00029	0,369	growth of female economic activity
VAR00047	0,307	public education expenditure
VAR00033	0,272	women in government, ministerial level
VAR00032	0,251	women in government, all levels
VAR00010	0,224	female share in professional and technical workforce
VAR00031	0,217	women in government, subministerial level
VAR00009	0,178	female share in administrative and managerial workforce
VAR00030	-0,155	female economic activity rate as % of male economic activity rate
VAR00037	-0,203	teen-age mothers
VAR00060	-0,286	food import dependence
VAR00040	-0,297	share of top 20% compared to bottom 20% in income distribution
VAR00028	-0,408	female economic activity rate

VAR00019	-0,482	TBC cases per 100.000 inhabitants
VAR00020	-0,545	HIV rate
VAR00017	-0,569	infants with low birth-weight
VAR00013	-0,779	maternal mortality rate
VAR00011	-0,909	infant mortality rate
VAR00006	-0,917	% of people not expected to survive age 60

Faktorenwerte

	Factor score social development (35 variables)	Human Development Index	World Rank (factor scores)	% of the average EU performance (EU15=100)	
		Humanentwicklung	Weltrang In der Sozialpolitik	Factor scores Faktorenwerte Sozialentwicklung EU = 100	Humanentwicklung EU = 100
	Soziale Entwicklung				
<u>Sweden</u>	<u>1.76592</u>	<u>0.923</u>	<u>1</u>	<u>110.2</u>	<u>102.4</u>
Norway	1,61994	0,932	2	106,3	103,3
United States	1,5794	0,927	3	105,2	102,8
<u>Denmark</u>	<u>1.54472</u>	<u>0.909</u>	<u>4</u>	<u>104.3</u>	<u>100.8</u>
<u>Finland</u>	<u>1.51</u>	<u>0.913</u>	<u>5</u>	<u>103.3</u>	<u>101.3</u>
Switzerland	1,46245	0,91	6	102	100,9
<u>Netherlands</u>	<u>1.44681</u>	<u>0.919</u>	<u>7</u>	<u>101.6</u>	<u>102</u>
<u>Germany</u>	<u>1.43009</u>	<u>0.905</u>	<u>8</u>	<u>101.2</u>	<u>100.4</u>
Canada	1,41142	0,932	9	100,7	103,4
<u>Austria</u>	<u>1.37667</u>	<u>0.901</u>	<u>10</u>	<u>99.7</u>	<u>100</u>
New Zealand	1,37449	0,9	11	99,7	99,9
<u>United Kingdom</u>	<u>1.37058</u>	<u>0.914</u>	<u>12</u>	<u>99.6</u>	<u>101.4</u>
<u>Spain</u>	<u>1.35871</u>	<u>0.891</u>	<u>13</u>	<u>99.2</u>	<u>98.8</u>
<u>Belgium</u>	<u>1.35205</u>	<u>0.921</u>	<u>14</u>	<u>99.1</u>	<u>102.2</u>
<u>France</u>	<u>1.34733</u>	<u>0.914</u>	<u>15</u>	<u>98.9</u>	<u>101.4</u>
Australia	1,33952	0,927	16	98,7	102,9
Israel	1,31546	0,877	17	98,1	97,3
Iceland	1,31202	0,925	18	98	102,6
<u>Greece</u>	<u>1.26202</u>	<u>0.869</u>	<u>19</u>	<u>96.6</u>	<u>96.4</u>
<u>Ireland</u>	<u>1.24962</u>	<u>0.896</u>	<u>20</u>	<u>96.3</u>	<u>99.4</u>
<u>Italy</u>	<u>1.17498</u>	<u>0.895</u>	<u>21</u>	<u>94.3</u>	<u>99.3</u>
<u>Portugal</u>	<u>1.16014</u>	<u>0.858</u>	<u>22</u>	<u>93.9</u>	<u>95.2</u>
Cuba	1,14044	..	23	93,4	
Japan	1,09326	0,916	24	92,1	101,6
<u>Czech Republic</u>	<u>1,07402</u>	<u>0,841</u>	<u>25</u>	<u>91,6</u>	<u>93,3</u>
<u>Luxembourg</u>	<u>1,04244</u>	<u>0,895</u>	<u>26</u>	<u>90,7</u>	<u>99,3</u>
<u>Poland</u>	<u>1,02336</u>	<u>0,811</u>	<u>27</u>	<u>90,2</u>	<u>89,9</u>
<u>Slovakia</u>	<u>1,01494</u>	<u>0,822</u>	<u>28</u>	<u>90</u>	<u>91,2</u>
<u>Hungary</u>	<u>0,97302</u>	<u>0,813</u>	<u>29</u>	<u>88,9</u>	<u>90,2</u>
Argentina	0,94738	0,824	30	88,2	91,4
<u>Slovenia</u>	<u>0,9461</u>	<u>0,857</u>	<u>31</u>	<u>88,1</u>	<u>95,1</u>

Costa Rica	0,91734	0,789	32	87,4	87,5
Croatia	0,88619	0,79	33	86,5	87,6
Cyprus	0,84622	0,877	34	85,4	97,3
Lithuania	0,8449	0,785	35	85,4	87
Uruguay	0,83132	0,821	36	85	91,1
United Arab Emira- tes	0,82835	0,793	37	85	88
Malta	0,80997	0,848	38	84,5	94,1
Bulgaria	0,80813	0,769	39	84,4	85,3
Barbados	0,80317	..	40	84,3	
Estonia	0,79313	0,798	41	84	88,5
Kuwait	0,77898	0,827	42	83,6	91,8
Singapore	0,77706	0,876	43	83,6	97,2
Latvia	0,68922	0,77	44	81,2	85,4
Korea, Rep. of	0,68647	0,847	45	81,1	93,9
Brunei Darussalam	0,66936	0,843	46	80,7	93,5
Belarus	0,6664	0,778	47	80,6	86,4
Qatar	0,64716	0,807	48	80,1	89,5
Bahamas	0,64446	0,842	49	80	93,4
Bahrain	0,64008	0,803	50	79,9	89,1
Macedonia, TFYR	0,62012	..	51	79,3	
Chile	0,60412	0,812	52	78,9	90,1
Moldova, Rep. of	0,60374	0,697	53	78,9	77,3
Trinidad and Tobago	0,57971	0,784	54	78,3	87
Panama	0,56934	0,77	55	78	85,4
Saudi Arabia	0,56671	0,715	56	77,9	79,3
Ukraine	0,55837	0,74	57	77,7	82,1
Romania	0,53773	0,767	58	77,1	85,1
Hong Kong, China (SAR)	0,53264	0,864	59	77	95,9
Mexico	0,52891	0,775	60	76,9	86
Venezuela	0,50882	0,763	61	76,3	84,7
Belize	0,48733	0,754	62	75,8	83,6
Lebanon	0,46302	0,718	63	75,1	79,6
Russian Federation	0,45764	0,769	64	75	85,3
Jamaica	0,44402	0,732	65	74,6	81,2
Fiji	0,42774	0,755	66	74,2	83,8
Malaysia	0,42346	0,762	67	74	84,6
Libyan Arab Jamahi- riya	0,41563	0,738	68	73,8	81,9
Mauritius	0,40554	0,75	69	73,6	83,2
Colombia	0,40018	0,76	70	73,4	84,3
Suriname	0,36687	..	71	72,5	
Albania	0,3645	0,708	72	72,5	78,6
Oman	0,35047	0,697	73	72,1	77,3
Armenia	0,34008	0,718	74	71,8	79,6
Brazil	0,33917	0,736	75	71,8	81,7
China	0,33238	0,7	76	71,6	77,6

Jordan	0,32318	..	77	71,3	
Uzbekistan	0,30318	0,683	78	70,8	75,8
Kazakhstan	0,29928	..	79	70,7	
Iran, Islamic Rep. of	0,29096	0,691	80	70,5	76,6
Guyana	0,28008	0,698	81	70,2	77,4
Seychelles	0,26708	..	82	69,8	
Tunisia	0,26056	0,688	83	69,7	76,3
Azerbaijan	0,25921	..	84	69,6	
Grenada	0,25822	..	85	69,6	
Paraguay	0,24832	0,723	86	69,3	80,2
Samoa (Western)	0,24182	..	87	69,1	
Thailand	0,24001	0,741	88	69,1	82,2
Georgia	0,23631	..	89	69	
Turkey	0,2357	0,726	90	69	80,6
Ecuador	0,22592	0,701	91	68,7	77,8
Dominica	0,21617	..	92	68,5	
Cape Verde	0,20898	0,675	93	68,3	74,9
Tajikistan	0,20556	0,659	94	68,2	73,1
Turkmenistan	0,18624	..	95	67,7	
Dominican Republic	0,1741	0,72	96	67,3	79,9
El Salvador	0,16261	0,693	97	67	76,9
Kyrgyzstan	0,15009	..	98	66,7	
Philippines	0,12955	0,739	99	66,1	82
Saint Lucia	0,12135	..	100	65,9	
Antigua and Barbuda	0,08923	..	101	65	
Sri Lanka	0,08349	0,727	102	64,9	80,7
Algeria	0,08343	0,661	103	64,9	73,3
Syrian Arab Republic	0,06889	0,636	104	64,5	70,6
Saint Vincent and the Grenadines	0,06865	..	105	64,5	
Saint Kitts and Nevis	0,05702	..	106	64,2	
Honduras	0,02149	0,644	107	63,2	71,4
Peru	0,01541	0,723	108	63	80,2
Viet Nam	-0,00903	0,668	109	62,4	74,1
Mongolia	-0,02814	..	110	61,9	
Nicaragua	-0,06767	0,624	111	60,8	69,2
Maldives	-0,10354	0,72	112	59,8	79,9
São Tomé and Príncipe	-0,13714	..	113	58,9	
Vanuatu	-0,1704	..	114	58	
Egypt	-0,1892	0,604	115	57,5	67
Indonesia	-0,20931	0,664	116	57	73,6
Solomon Islands	-0,28572	..	117	54,9	
Morocco	-0,30366	0,57	118	54,4	63,2
South Africa	-0,34119	0,689	119	53,4	76,4
Guatemala	-0,40762	0,603	120	51,6	66,9
Iraq	-0,48354	0,548	121	49,6	60,8

Bolivia	-0,53091	0,631	122	48,3	70
Bhutan	-0,58461	..	123	46,9	
Myanmar	-0,59323	0,582	124	46,6	64,6
Ghana	-0,73198	0,552	125	42,9	61,3
Swaziland	-0,79074	0,646	126	41,3	71,7
Lesotho	-0,81189	0,556	127	40,8	61,7
Equatorial Guinea	-0,85315	0,542	128	39,6	60,1
Comoros	-0,85533	0,503	129	39,6	55,8
Namibia	-0,87395	0,624	130	39,1	69,2
Pakistan	-0,90027	0,489	131	38,4	54,2
India	-0,90209	0,545	132	38,3	60,5
Madagascar	-0,99625	0,478	133	35,8	53
Gabon	-1,04117	..	134	34,6	
Papua New Guinea	-1,04864	0,536	135	34,4	59,5
Botswana	-1,05183	0,584	136	34,3	64,8
Cameroon	-1,05679	0,518	137	34,2	57,5
Sudan	-1,0985	0,453	138	33	50,3
Cambodia	-1,11024	..	139	32,7	
Nepal	-1,13971	0,449	140	31,9	49,8
Yemen	-1,16736	0,389	141	31,2	43,2
Kenya	-1,21573	0,503	142	29,9	55,8
Angola	-1,21833	..	143	29,8	
Benin	-1,23185	0,391	144	29,4	43,4
Senegal	-1,25034	0,405	145	28,9	44,9
Congo	-1,25632	0,499	146	28,8	55,4
Zimbabwe	-1,28132	0,551	147	28,1	61,1
Guinea	-1,33726	..	148	26,6	
Djibouti	-1,33802	..	149	26,6	
Lao People's Dem. Rep.	-1,35236	0,469	150	26,2	52
Gambia	-1,35364	0,388	151	26,2	43,1
Haiti	-1,38374	0,436	152	25,3	48,3
Nigeria	-1,41754	0,425	153	24,4	47,2
Tanzania, U. Rep. of	-1,43897	0,41	154	23,9	45,5
Rwanda	-1,46774	0,377	155	23,1	41,8
Côte d'Ivoire	-1,47652	0,401	156	22,8	44,5
Togo	-1,48605	0,448	157	22,6	49,7
Congo, Dem. Rep. of the	-1,49517	0,418	158	22,3	46,4
Mauritania	-1,53561	0,441	159	21,2	48,9
Mali	-1,54457	0,371	160	21	41,2
Sierra Leone	-1,57603	..	161	20,2	
Chad	-1,5767	..	162	20,1	
Bangladesh	-1,6336	0,441	163	18,6	48,9
Burundi	-1,73896	..	164	15,8	
Uganda	-1,7563	0,401	165	15,3	44,5
Eritrea	-1,78284	0,394	166	14,6	43,7

Ethiopia	-1,80867	0,297	167	13,9	32,9
Zambia	-1,84225	0,413	168	13	45,8
Mozambique	-1,90695	0,326	169	11,2	36,1
Burkina Faso	-1,90895	0,29	170	11,2	32,2
Guinea-Bissau	-1,97317	0,298	171	9,5	33,1
Malawi	-1,97631	0,375	172	9,4	41,6
Central African Republic	-2,06697	0,359	173	6,9	39,8
Niger	-2,32398	0,28	174	0	31,1
EU average	1,38657333	0,90138154	12	100	100

Kapitel 7: Die Analyse zu erwartender Migrationsströme nach der Erweiterung der Union

Die Literatur über die zu erwartenden Migrationspotentiale kann man von der verwendeten Methode her in drei Gruppen teilen

- a) Studien, basierend auf sozialwissenschaftlichen Umfragen
- b) Modellrechnungen, die auf Lohndifferentialen oder dem unterschiedlichen Entwicklungsstand beruhen
- c) makrosoziologische und weltökonomisch orientierte Studien

Internationale Veröffentlichungen

Eine der ersten **seriösen Untersuchungen** zum Problem der Ost-West-Migration nach dem Fall des Eisernen Vorhangs war eine Studie von Richard Layard, Olivier Blanchard, Rudiger Dornbusch und Paul Krugmann, die am *Massachusetts Institute of Technology* durchgeführt und von der *MIT Press* 1994 publiziert wurde. Das WIDER-Institut der Vereinten Nationen war an der Untersuchung mit beteiligt. Die Autoren rechneten aufgrund von ökonometrischen Schätzungen, basierend auf Lohn- und Arbeitsmarktdaten, sowie historischen Vergleichen mit einem Potential von **1 Million Migranten aus Osteuropa pro Jahr**. Diese klassische Studie ist wegen ihrer zeitlichen Perspektive heute noch bemerkenswert: die Migrationsneigung würde nach einem Jahrzehnt zurückgehen (i.e. ab 2004). Insgesamt seien in den 90-er Jahren mit folgenden Auswanderungsströmen zu rechnen:

- * 6 Millionen Bürger der ex-UdSSR
- * 4 Millionen Bürger der MOEL
- * 3 Millionen ethnische Deutsche

Als Ausweg auf diese weitgehend ausgebliebene Situation empfahlen die Autoren neben weltökonomisch ausgerichteten Maßnahmen eine Politik der **kontrollierten Zuwanderung** sowie eine **Vermeidung eines zu niedrigen Ausbildungsniveaus der Auswanderungskohorten**. Wie bei vielen klassischen Untersuchungen, nimmt die Layard/Blanchard-Studie die Aussagen zahlreicher Folgestudien vorweg, wiewohl ihre pessimistischen Prognosen nicht eingetreten sind.

Die Ausgangspositionen, die Österreich auf internationaler Ebene bislang vertreten hat, finden in einigen internationalen Studien eine gewisse - teils allerdings nur implizite, aus dem Zahlenmaterial ableitbare Bestätigung. **Simone Goedings** vom renomierten *International Institute for Social History* in Amsterdam hat bereits im Jahr 1997 im Auftrag der GD V der EK eine Studie erstellt, die von einem beträchtlichen Migrationspotential in den MOEL-Staaten ausgeht. Goedings übernimmt bei ihrer Migrationspotential-

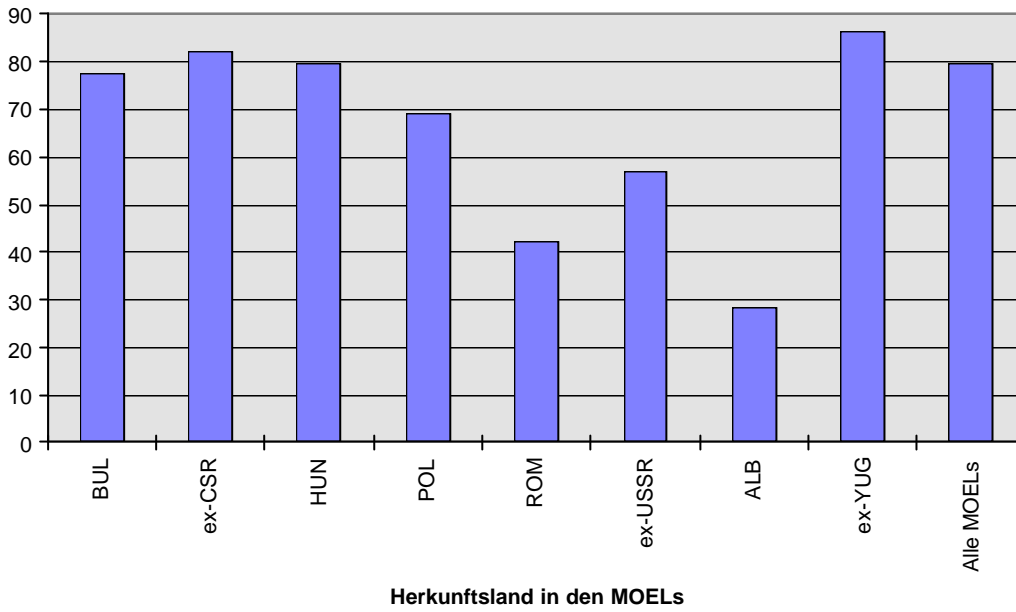
schätzung einfach die Zahlenwerte der weiter unten behandelten österreichischen Fassmann/Hintermann-Studie. Die **Pendlerproblematik** wird bereits in ihrer Tragweite erkannt, ebenso wie die Frage der grenzüberschreitenden, arbeitsbezogenen **Dienstleistungen** bereits erwähnt werden. Auch die Frage der **Migrationsnetzwerke** wird in ihren Studien schon eingehend behandelt. Ein Verdienst der Goedings-Studien ist die tabellarische Aufbereitung offizieller Migrationsdaten aus ganz Europa. So berichtet sie etwa - basierend auf Arbeiten von Salt - von der Aufteilung des osteuropäischen Migrationspotentials sowohl von der Entsender - als von der Empfängerseite - allerdings nur für das Jahr 1993.

	Österreich - Ausländer aus dem betreffenden MOEL in Österreich in Tausend, 1993	Ausländer aus dem betreffenden MOEL in der gesamten EU in Tausend, 1993
BG	3,6	80,9
ex-CSR	11,3	91,4
H	10,6	90,3
PL	18,3	439,4
RO	18,5	439,4
CIS	2,1	142
ALB	0,9	44,8
ex-YUG	197,9	1409,8
Alle MOELs	263,2	2519,7

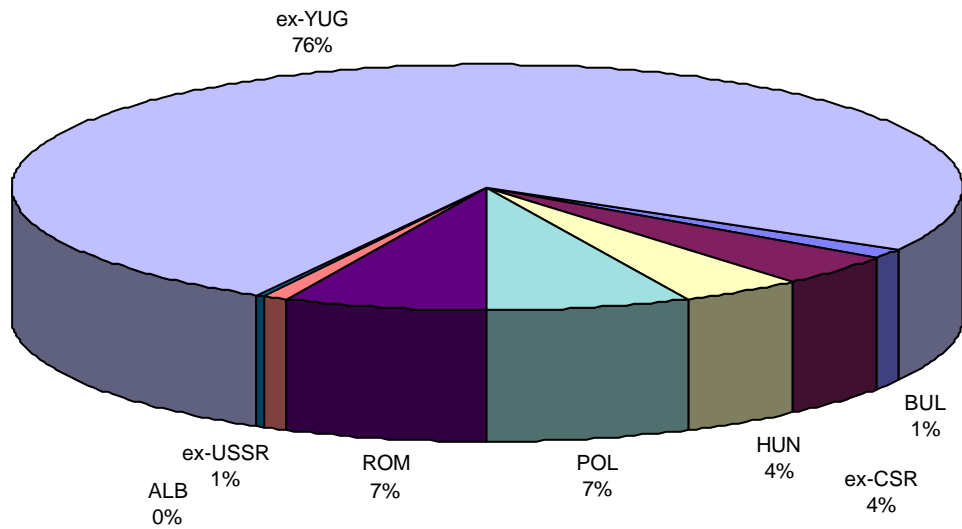
Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Goeding, 1999

Die folgenden Graphiken, die aus Goedings Originaltabellen erstellt wurde, mögen die Konsequenzen aus den statistischen Materialien Goedings näher veranschaulichen, und zeigen, wie sehr Deutschland und Österreich das Zielland der MOEL-Migration waren:

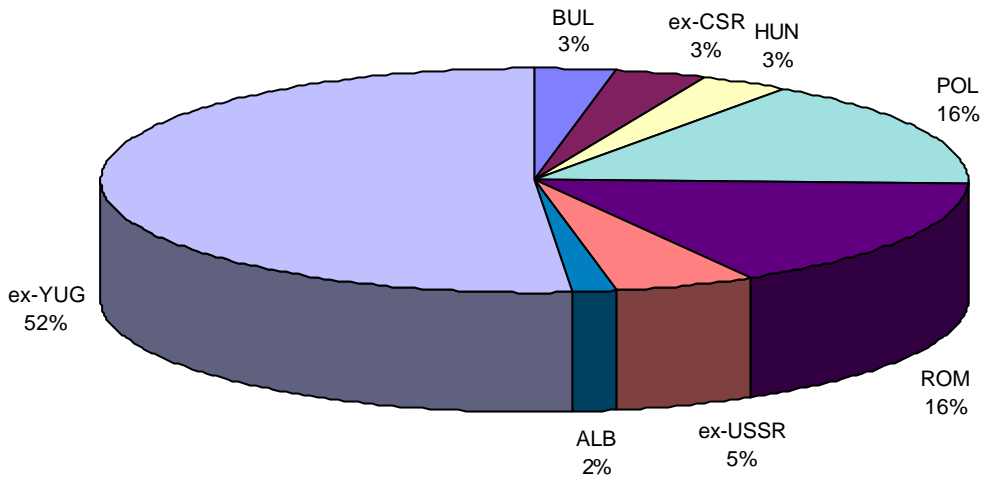
Der Anteil Deutschlands und Österreichs an der Gesamteinwanderung aus den MOELs in die EU, 1993



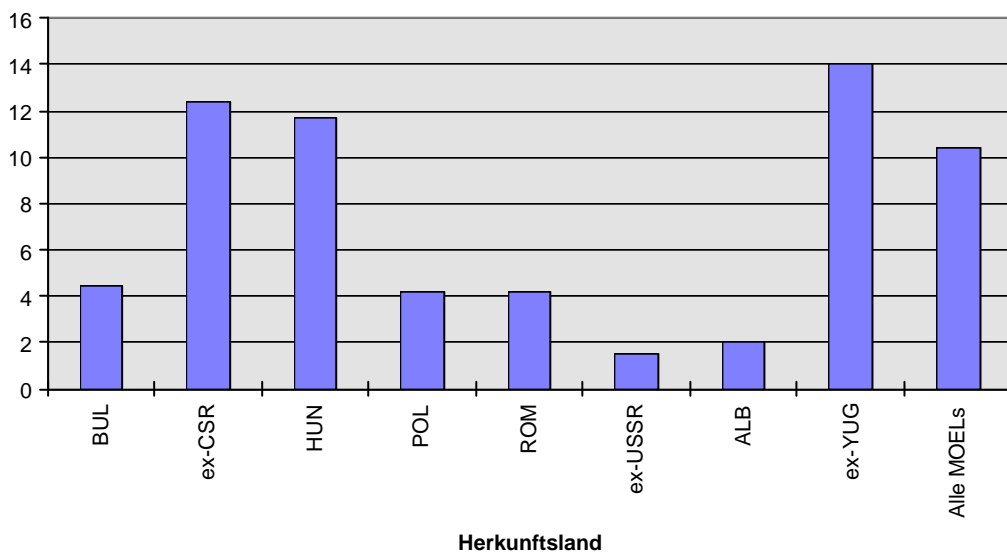
MOEL-Bürger in Österreich



MOEL-Bürger in der EU



Österreichs Anteil an der Gesamteinwanderung der MOEL in die EU



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus den Publikationen Simone Goedings, IISH, Amsterdam

Per **Lunborg**, der heute an der Universität Uppsala lehrt, hat in einer Studie des **schwedischen Finanzministeriums** mit einem Migrationspotential von 628.000 Menschen aus Polen und den drei baltischen Staaten nach Schweden in fünf Jahren gerechnet, der er eine Aufnahmekapazität von nur 20.000 bis 30.000 Arbeitskräfte auf dem schwedischen Arbeitsmarkt pro Jahr entgegenstellt. Weitere Regulierung auf dem Arbeitsmarkt bremst die Integration der Zuwanderer; De-Regulierung führe hingegen zu

einem Verdrängungswettbewerb zwischen den Einwanderern und den wenig qualifizierten Inländern.

Auch in anderen Staaten sind - teils offiziöse - Studien publiziert worden, die in der einen oder anderen Form den Ruf nach Übergangsregelungen im Migrationsbereich explizit oder implizit unterstützen. Die **französische Forschungsgruppe** Jean Pierre **Garson**, Dominique **Redor** und Georges **Lemaitre** legen in ihrer Analyse der Migration zwischen Ost und West das Hauptgewicht auf die Strukturunterschiede der Ökonomien Ost- und Westeuropas als den Hauptbeweggründen für diese Migration. Die Hauptangst der Autoren ist nicht die Migration aus den MOEL, sondern aus der ehemaligen UdSSR. Die rasche Liberalisierung des Handels könnte viel dazu beitragen, die Beweggründe für die Migration zu beseitigen.

Professor Endre **Sik** von der Wirtschaftsuniversität in **Budapest** hat eine auf Befragungen beruhende Schätzung des Migrationspotentials in **Ungarn** vorgelegt, die von 1993 bis 1997 eine praktisch ungebrochene Migrationsneigung von 5.9% der Bevölkerung aufzeigt. 3.7% wollen einen kurzfristigen Auslandsaufenthalt zu Erwerbszwecken, 2.8% einen mittelfristigen Auslandsaufenthalt zu Erwerbszwecken, und 1.5% wollen für immer Ungarn verlassen. Unter den **Minderheiten** und **Randgruppen**, aber unter den besonders materiell **gut situierten** ist die Migrationsneigung groß.

Einen methodisch gänzlich neuen Weg gingen zwei rezente Studien in einem engen Kontext zur **britischen Regierung**:

John Salt

Die Studie gibt einen Überblick über die bisher publizierte oder amtlich zirkulierende Migrationsliteratur, wertet alle offiziellen Migrationsdaten aus und fokussiert erstmals - und das ist vielleicht etwas überraschend - die britischen Interessen im Gesamtkontext und argumentiert angesichts der - für GB spürbaren - zu erwartenden Migration aus den MOEL für **Übergangsfristen im Migrationsbereich**, und zeigt weitgehendes Verständnis für die Position von D und Ö.

Die Autoren liefern eine eigene Schätzung des Migrationspotentials (Tabelle 7.3 - die wichtigste Tabelle der Studie, auf Seite 94), basierend auf der Projektion einer EU-normalen Migration (zwischen der alten 15-er EU) und den neuen Mitgliedern. Selbst bei einer solchen '*western normality*' (normale, derzeit beobachtbare Wanderungen in der EU) würde es zur Auswanderung von zwischen **55.369 bis zu 278.146 Personen aus CZ, EE, H, PL und SLO in die EU kommen, je nachdem ob etwa die MOEL-Staaten sich nach dem derzeit niedrigen Auswanderungsmuster der Spanier oder dem hohen Auswanderungsmuster der Dänen verhalten**. Verhalten sich die MOEL-Bevölkerungen in den nächsten Jahren wie die Österreicher in der EU 15, kommt es zu einer Auswanderung aus den MOEL in die EU von Netto 155.938 Personen über die nächsten Jahre.

Wiewohl die Studie zahlreiche Ängste betreffend Arbeitsmigration explizit zurückweist, optiert sie für eine **10-Jahres-Übergangsfrist im Migrationsbereich** nach Vollbeitritt.

Thomas Bauer und Klaus F. Zimmermann

Die Studie im Auftrag des britischen Ministeriums für Erziehung und Beschäftigung bietet eine seriöse ökonometrische Schätzung des Migrationspotentials, basierend auf einem mit Spanien, Portugal, und Griechenland getesteten Modell der bisherigen Erweiterung und Migrationsflüsse, geschätzt mit AL-Raten, GDP-Differenz, Differentiale der AL-Raten, und Migrationsregimen. Diese Modellgleichungen werden auf die Daten der MOEL übertragen, und mit ihren Ausgangsbedingungen hochgerechnet. Das Resultat lautet - von 1985 bis 1997 wären - **bei totaler Freiheit - 6.11% der Polen, 0.33% der Tschechen, 0.95% der Slowaken, 2.20% der Ungarn, 0.13% der Slowenen, 27.73% der Rumänen in den Westen ausgewandert** (Tabelle 10, Seite 45 der Studie, das wichtigste Ergebnis des Papers). Mit anderen Worten würden die Autoren erwarten, **dass ohne Beschränkungen von damals 23% der Bevölkerung der MOEL nach Westeuropa ausgewandert wären** (Seite 46).

Leider projizieren die Autoren diese Daten NICHT in die Zukunft, sie studieren aber - mit ökonometrischen Methoden - die Wirkungen der Migration auf die Arbeitsmärkte. Generelles Ergebnis: bei einer Auswanderung von nur 1% der Gesamtbevölkerung aus den MOEL wird es zu empfindlichen Lohneinbußen insbes. der manuell Arbeitenden kommen (insgesamt 34 Milliarden EURO), die Löhne würden 0.81% zurückgehen.

Die Autoren optieren aus diesen Gründen für Übergangsfristen, sie sagen aber nicht, wie die Fristen aussehen sollen.

Die Auswahl der weiteren Literatur erfolgte aus einer kritisch-methodologisch orientierten Perspektive, i.e. ähnlich gelagerte und begründete Aussagen (etwa aus 'Umfragen' oder 'Modellrechnungen' sowie 'Zyklen/Integrationstheorie'-Arbeiten) werden 'gebündelt' analysiert und jeweils von der Warte des Erkenntnisgewinns auf die 'klassischen Untersuchungen' hin reduziert; die Ergebnisse der übrigen Arbeiten aus der jeweiligen 'Schule' werden dann vernachlässigt, weil sie den 'klassischen' Arbeiten ähneln.

Die Hauptaussagen der bekanntesten, heute noch relevanten Studien lauten (teilweise mußten die Originalwerte, die nur in %-Sätzen gegeben waren, aus den Originaltabellen mit dem EXCEL-Statistik-Programmpaket auf Absolutwerte zurückberechnet werden):

Fassmann und Hintermann, Österreichische Akademie der Wissenschaften

H. und Hintermann Chr. 'Migrationspotential Osteuropa. Struktur und Motivation potentieller Migranten aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn' Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften (1997)

Die Autoren unterscheiden aufgrund ihrer Umfrage

unmittelbares Migrationspotential (diese Menschen haben bereits einen legalen oder illegalen Job plus Wohnung in der 'Tasche')
 wahrscheinliches Migrationspotential (diese Menschen haben bereits konkrete (Informations)schritte in die oben genannte Richtung gesetzt)
 generelles Migrationspotential (diese Menschen haben einfach ein Interesse an einer Migration)

Die Zahlen sind zwar wesentlich niedriger als die von den Migrationspessimisten befürchteten Zahlenwerte, sie liegen aber deutlich über dem von den 'Optimisten' erwarteten, sehr geringen Migrationspotential:

	generelles MP	wahrscheinliches MP	unmittelbares MP
NACH ÖSTERREICH			
aus CZ	378.138	209.488	54.830
aus PL	876.337	285.686	61.344
aus H	523.697	216.810	16.235
Gesamt	1.778.172	711.984	132.409

International Organization for Migration

(IOM) (1999) 'Migration Potential in Central and Eastern Europe' Geneva: IOM
 IMO (Prof. Claire Wallace, IHS) unterscheidet in ihrer neueren Untersuchung jene, die

ein paar Monate
 ein paar Jahre
 für immer

kommen wollen. Die Daten für Slowenien zeigen ein temporäres Migrationspotential von nur 10332 Personen nach Österreich.

Es gibt ansonsten eine gewisse Konkordanz mit den Daten aus Fassmann/Hintermann:

	ein paar Monate	ein paar Jahre	für immer
NACH ÖSTERREICH			
aus CZ	648.642	353.808	37.422
aus PL	285.929	139.101	81.143
aus H	186.489	124.326	22.953
Gesamt	1.121.060	617.235	141.518

Österreich müßte nach diesen Studien bei einer sofortigen EU-Erweiterung mit einem **Migrationspotential** von ca. **130.000 bis 140.000 Menschen** rechnen. Kritisch ließe sich allerdings einwenden, dass ein gewisser Teil dieses Potentials ohnehin nur der Legalisierung von bislang illegalen Arbeitsverhältnissen entsprechen würde (vgl. die Fragestellung in der Fassmann/Hintermann-Studie). Eine durch die EU-Erweiterung und die 4 Freiheiten legalisierte Beschäftigung zu Bedingungen des Kollektivvertrages würde letztlich die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt, die bislang durch die illegale Beschäftigung zu den ihr entsprechenden sozialen Bedingungen der Schwarzarbeit er-

folgte, mildern, dafür aber längerfristig den Produktionsfaktor Kapital durch ein Überangebot von arbeitswilligen Arbeitskräften weiter stärken.

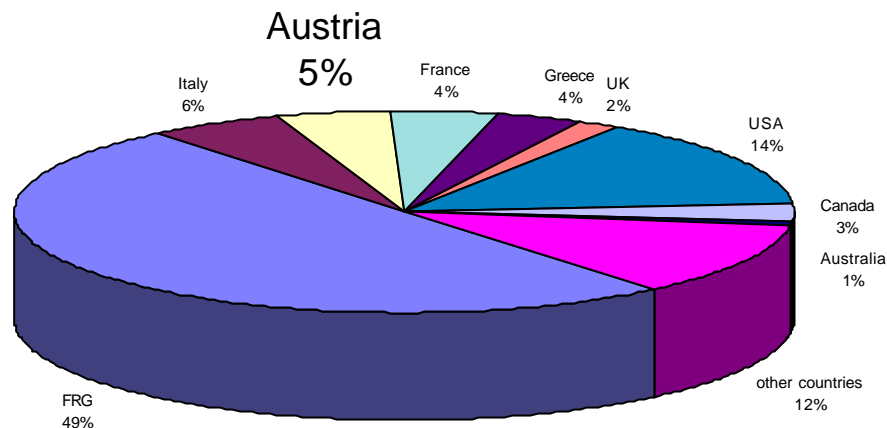
RECESS Institute, Warschau

(1999, zit. dok. in *Business Central Europe*, April 1999, p. 63) Ökonometrische Modellrechnungen über die Migration aus Polen in die EU-Staaten im Auftrag der Regierung des BK Polen; Einwanderung über die nächsten 10 Jahre

Es ist überraschend, dass die Studie der polnischen Regierung letztlich zu den gleichen Zahlenwerten kommt wie Fassmann/Hintermann sowie IOM: mindestens 60.000 Polen würden nach Österreich kommen:

	Modellannahme 4% Wachstum in PL	Modellannahme, basierend auf gegenwärtigen Lohndifferenzialen	bei optimalen 7% Wachstum
MIGRATION NACH Ö aus PL	61.000	123.000	23.000

Die Annahme von 7% Wachstum p.a. ist kaum realistisch, weshalb das Szenario 4% der künftigen Wirklichkeit am besten entsprechen dürfte. Immerhin haben polnische Migrationsforscher, wie etwa Professor Stanislaw **Golinowska** (damals in der Grundsatzabteilung des polnischen Arbeitsministeriums, IPISS), sowie das **polnische Autorenteam** der **UN ECE** (1998) feststellen können, dass die Arbeitsmigration die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt in Polen nicht verbessert, und dass die legale und die illegale Auswanderung weiter anhält (wobei die permanente Migration zunehmend durch temporäre ersetzt wird). Zur Bekämpfung der illegalen Erwerbstätigkeit von Polen in Westeuropa schlägt Golinowska vermehrte Angebote von **Saisonjobs** vor. Eine von der **UN ECE** (1996) publizierte Studie, deren Polen-Kapitel vom bekannten Warschauer Migrationsexperten **Marek Okolski** verfaßt wurde, stellt für die Periode 31. April 1981 bis 31. Dezember 1988 die **streng geheimen Daten des polnischen Innenministerium aus der Zeit der kommunistischen Herrschaft zur Verfügung**, die den 56,1 Tausend offiziellen Auswanderern dieser Jahre **533.000** 'inoffizielle' gegenüberstellt, die sich wie folgt auf die einzelnen Länder weltweit aufteilen:



Quelle: eigene Berechnungen aus UN ECE, 1996

Walterskirchen und Dietz, WIFO-Institut

(1999) 'Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österreichischen Arbeitsmarkt'
 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Nach dieser vieldiskutierten Studie wird bei einer sofortigen EU-Erweiterung ohne Übergangsfristen im ersten Jahr ein zusätzliches Arbeitskräfteangebot von **47.100 Personen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt auftreten; 27.500 davon sind Pendler, 18.000 davon Zuwanderer**. Bei einer Erweiterung im Jahr 2005 kommen - ohne Übergangsfristen - 41.900 zusätzliche Arbeitskräfte (23.800 Pendler und 18.000 Zuwanderer) p.a. auf den Arbeitsmarkt, was insgesamt 150.000 bis 200.000 zusätzliche Arbeitskräfte in Österreich bedeute. Es muß in diesem Kontext erwähnt werden, dass das WIFO bei guter Konjunktur eine Aufnahme von bis zu 50.000 Arbeitskräften pro Jahr auf dem Arbeitsmarkt in Österreich für möglich hält. Es gibt keinen Grund für die Annahme, weshalb die kommenden Jahre der europäischen Konjunktur depressive Jahre sein sollten; das Gegenteil ist viel eher der Fall.

Die Studie ist eindeutig im Kontext anderer Simulationsmodelle, basierend auf Lohndifferenzen. Aus der Fülle der internationalen Literatur seien nur jene Studie genannt, die Österreich betreffen. Das DIW in Berlin (**Franzmeyer und Brücker**) schätzte, dass - bezogen auf die **15-er EU insgesamt**, also incl. Österreich, **aus Polen, Tschechien, der Slowakei, Ungarn und Slowenien** zwischen **340.000 und 680.000 Menschen jährlich auf den Arbeitsmarkt strömen** werden; im Vergleich dazu betrug die **Jahreseinwanderung in Westeuropa im Jahr 1998 aber 1.400.000**. Die Herkunft dieser

Einwanderer war oft außerhalb der Kandidatenstaaten, insb. aus der Balkan-Region sowie aus dem islamischen *Mezzogiorno* des Mittelmeerraumes.

Die Migrationsschätzung des DIW (Studie im Auftrag der EK und der AK)

<http://www.diw-berlin.de:8282/diwwbd/00-21-1.html>

Bislang stützen sich erst wenige Untersuchungen auf eine ökonometrische Analyse der internationalen Migration in Europa. Bei einigen frühen Schätzungen wurden die Ergebnisse der Süd-Nord-Wanderungen als Anhaltspunkt für die künftigen Ost-West-Wanderungen herangezogen, ohne den Einfluss der einzelnen Determinanten der Migration zu quantifizieren. Das DIW hat in einer früheren Arbeit die Schätzergebnisse einer der wenigen vorliegenden ökonometrischen Analysen des Einflusses von Einkommensunterschieden auf die Migration zwischen den europäischen Regionen übernommen und auf die mittel- und osteuropäischen Länder übertragen, um einen ersten Anhaltspunkt für die Größenordnung des Wanderungspotentials zu erhalten.

Im Rahmen dieser DIW-Forschungsarbeiten wurde versucht, die Schätzung der potentiellen Ost-West-Wanderung auf eine breitere empirische Basis zu stellen. Die Projektionen des Migrationspotentials stützen sich auf eine ökonometrische Analyse der Zuwanderung nach Deutschland aus achtzehn Herkunftsländern über den Zeitraum von 1967 bis 1998. Dieser umfangreiche Querschnitts- und Zeitreihendatensatz ermöglicht eine dynamische Analyse der Migration im Rahmen eines Fehlerkorrekturmodells. Geschätzt werden das langfristige Migrationspotential im Hinblick auf Unterschiede in den Einkommen und auf die Beschäftigung in den Ziel- und Herkunftsländern und die Geschwindigkeit der Anpassung des Migrationsbestandes an sein langfristiges Gleichgewicht.

Bei der Analyse der Anpassungsprozesse werden die Erfahrungen aus den früheren Wanderungsbewegungen zugrunde gelegt. Danach zeigt sich, dass sich der Bestand an ausländischen Einwohnern und Arbeitskräften in den Einwanderungsländern auch bei hohen Einkommensunterschieden zu den Herkunftsländern nur langsam an sein langfristiges Niveau anpasst. Wichtige Gründe dafür sind die beschränkten Absorptionsmöglichkeiten in den Zielländern und die nicht unerheblichen Fixkosten, die mit einem Wechsel von Arbeitsplatz und Wohnort ins Ausland verbunden sind.

Grenzen der Untersuchung

Die Erfahrungen aus den bisherigen Wanderungen sind nur bedingt auf die Zuwanderungen nach der Osterweiterung übertragbar. Folgende Probleme sind zu nennen:

- Ein erheblicher Teil der Einwanderung nach Deutschland entfiel, anders als im Fall der künftigen Ost-West-Wanderungen, auf eine Periode besonderer wirtschaftlicher Prosperität mit hohen Wachstumsraten des Sozialprodukts und vor allem mit Vollbeschäftigung.
- Die aktuellen Einkommensunterschiede zwischen Deutschland und den Beitrittskandidaten sind erheblich höher als im Durchschnitt der Untersuchungsstichprobe, auf die die DIW-Schätzung gestützt wird.

- Die räumliche Entfernung zwischen Deutschland und den Beitrittskandidaten ist deutlich geringer als im Fall von Ländern mit vergleichbaren Pro-Kopf-Einkommen in der DIW-Stichprobe.
- Aufgrund der geringen Distanz werden Pendler und temporäre Migranten einen höheren Anteil an der Arbeitsmigration haben als in früheren Wanderungsbewegungen. Diese Phänomene lassen sich aber aufgrund des geringen Volumens von Pendlern und temporären Migranten in der Vergangenheit nicht quantifizieren.
- Die künftige Entwicklung der erklärenden Variablen (Pro-Kopf-Einkommen, Arbeitslosigkeit) ist, insbesondere in den Assoziationsländern, ungewiss.

Die hier vorgelegten Projektionen können deshalb nur Größenordnungen abstecken und sind nicht als exakte Prognose zu verstehen.

Das Schätzmodell

Als theoretischer Rahmen für die Schätzungen dient im neueren DIW-Modell der Einwanderung, das explizit die Bildung von Erwartungen über die künftigen Einkommen und Beschäftigungschancen in den Ziel- und Herkunftsländern berücksichtigt. Die Migration wird in diesem Modell durch drei Gruppen von Variablen erklärt:

- die Differenz der Löhne zwischen dem Ziel- und dem Herkunftsland (BIP pro Kopf zu Kaufkraftparitäten),
- die Beschäftigungsquoten (1 minus Arbeitslosenquote) im Ziel- und Herkunftsland als Indikatoren für die Wahrscheinlichkeit, ein Arbeitseinkommen in den jeweiligen Ländern zu erzielen,
- institutionelle Variablen, die den Grad der Freizügigkeit charakterisieren.

Für die unterschiedlichen Wanderungsbedingungen wurden zwei institutionelle Variablen verwendet: Die erste bezieht sich auf Länder und Zeitphasen, für die Freizügigkeit in der EU gilt, die zweite auf Länder und Zeitphasen, in denen Gastarbeiterabkommen in Kraft waren. Schließlich enthält die Schätzgleichung noch eine Dummy-Variable (i.e. der Form 1 = ja, 0 = nein; z.B. Dummy Ungarn: PL 0, EE 0, **HUNG 1**, SLO 0, SK 0 usw.) für jedes Herkunftsland. Sie erfasst fixe Effekte, die wie Sprache, Kultur und geographische Lage einen über die Zeit hinreichend konstanten Einfluss auf die Erträge und Kosten der Wanderung aus dem jeweiligen Herkunftsland ausüben. Um die Untersuchungsergebnisse für eine Schätzung des Migrationspotentials aus den mittel- und osteuropäischen Ländern nutzen zu können, hat das DIW diese fixen Effekte in einer zweiten Schätzung erklärt.

Die Schätzergebnisse zeigen, dass Niveau und Veränderung der Einkommensunterschiede sowie der Beschäftigungsquote in Deutschland einen signifikant positiven und die Beschäftigungsquote im Herkunftsland einen signifikant negativen Einfluss auf die Zuwanderung nach Deutschland haben. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Gastarbeiteranwerbung und, in geringerem Umfang, die Freizügigkeit in der EU einen positiven Einfluss auf die Migration haben.

Hochrechnung der Ergebnisse auf die EU-15

Die Zahlen zur ausländischen Wohnbevölkerung und zur Zuwanderung sind von den meisten großen Einwanderungsländern der EU nicht oder nicht vollständig dokumentiert worden. Eine Analyse, die mit der DIW-Untersuchung der Einwanderung nach Deutschland vergleichbar ist und mehrere Jahrzehnte umfasst, kann für die anderen EU-Mitglieder deshalb nicht durchgeführt werden⁴³. **Um dennoch einen Anhaltspunkt für die künftige Entwicklung zu erhalten, wurden die Projektionen für Deutschland auf Grundlage der bisherigen Verteilung der Einwanderung aus den Assoziationsländern auf die einzelnen EU-Mitglieder extrapoliert (vgl. die folgende Tabelle).** Die Länderverteilung der Einwanderung aus den einzelnen Herkunftsländern über die EU war in der Vergangenheit weitgehend konstant. Dies kann auf Netzwerkeffekte der Migration zurückgeführt werden, die auch für die Einwanderung aus Mittel- und Osteuropa gelten dürften.

Tabelle: Zuwachs der Bevölkerung aus 10 MOEL-BK in den Staaten der EU bis 2015

	2002	2005	2010	2015
Belgien	4241	3140	1855	1043
Dänemark	3489	2583	1526	858
Deutschland	218430	161720	95560	53721
Finnland	4718	3493	2064	1160
Frankreich	8661	6412	3789	2130
Griechenland	7925	5867	3467	1949
GB	15353	11367	6717	3776
Irland	79	58	34	19
Italien	13577	10052	5940	3339
Luxemburg	276	204	121	68
Niederlande	3782	2800	1654	930
Österreich	40547	30020	17739	9972
Portugal	307	228	135	76
Schweden	10310	7634	4511	2536
Spanien	4149	3072	1815	1020
Gesamt	335844	248650	146927	82597

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Brückner et al., 2000

Rund zwei Drittel der ausländischen Wohnbevölkerung aus den MOE-10 in der EU entfielen 1998 auf Deutschland. Unter der Annahme, dass dieser Anteil konstant bleibt, würde sich bei einer Einführung der Freizügigkeit im Jahre 2002 eine anfängliche Zuwanderung von rund 335 000 Personen in die EU-15 ergeben, die bis zum Ende der Dekade auf rund 150 000 Personen sinken würde. Der Bestand an ausländischen Ein-

⁴³ Die Darstellung des DIW-Modells erfolgt weitgehend nach den vom DIW gemachten Angaben und erhebt keinerlei Anspruch auf Originalität

wohnern aus den zehn mittel- und osteuropäischen Assoziationsländern würde von 865 000 Personen 1998 auf 2,9 Millionen im Jahr 2010, 3,7 Millionen im Jahr 2020 und knapp 3,9 Millionen im Jahr 2030 steigen. Dies entspricht einem Anteil der ausländischen Einwohner aus den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder von 0,2 % 1998 und von 1,1 % 2030, bzw. einem Anstieg von 0,8 % auf rund 4 % der Bevölkerung aus den zehn mittel- und osteuropäischen Ländern in der gleichen Periode. Deutschland und Österreich sind mit Anteilen von 66 % und 11 % annahmegemäß die beiden am stärksten betroffenen Länder. Diese Tendenzen sind in der folgenden Tabelle abgebildet:

	Wohnbevölkerung aus 10 MOEL BK, 2010
Belgien	36713
Dänemark	30204
Deutschland	1890933
Finnland	40844
Frankreich	74974
Griechenland	68604
GB	132908
Irland	682
Italien	117538
Luxemburg	2386
Niederlande	32736
Österreich	351013
Portugal	2662
Schweden	89256
Spanien	35916
Gesamt	2907369

Fazit

Die Einführung der Freizügigkeit für alle zehn Beitrittskandidaten wird nach den Ergebnissen der DIW-Basisprojektion eine anfängliche Zunahme der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern um knapp 220 000 Personen p. a. in Deutschland und um 335 000 Personen p. a. in allen Mitgliedstaaten der gegenwärtigen EU bewirken. Diese Zahl wird innerhalb einer Dekade auf weniger als die Hälfte des ursprünglichen Niveaus sinken. Rund 30 Jahre nach Einführung der Freizügigkeit wird ein Gleichgewicht, bei dem sich die Ein- und Rückwanderungen ausgleichen, mit 2,5 Millionen Einwohnern aus den Kandidatenländern in Deutschland und 3,9 Millionen Einwohnern in der gesamten EU erreicht. Dies entspricht einem Anteil von 3,5 % an der deutschen Bevölkerung und einem Anteil von 1,1 % an der Bevölkerung der gegenwärtigen EU-Mitglieder.

Befürchtungen, dass die EU nach Einführung der Freizügigkeit mit Migranten 'überschwemmt' werden könnte, sind nach DIW unbegründet. Die Osterweite-

rung wird allerdings langfristig eine spürbare Zunahme der ausländischen Bevölkerung und der Arbeitnehmer aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in Deutschland und der EU bewirken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass bislang erst ein kleiner Teil der Bevölkerung aus diesen Ländern in die heutige EU ausgewandert ist und das Einkommensgefälle auch mittelfristig hoch bleiben wird. Die Zuwanderung wird sich jedoch über einen langen Zeitraum verteilen. Dabei werden die Migrationszahlen stark mit dem Konjunkturzyklus schwanken.

Rund ein Drittel der ausländischen Bevölkerung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern in der EU ist sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Von der Einwanderung von Arbeitskräften ist nach DIW nach den Theorien zur Faktormobilität ein Anstieg des Volkseinkommens zu erwarten. Allerdings sind die Gewinne und Verluste der Einwanderung nicht gleich über die Produktionsfaktoren verteilt. Während Kapitaleigner und qualifizierte Erwerbspersonen von der Zuwanderung profitieren, können für Arbeitnehmer, die wegen eines niedrigen Ausbildungsniveaus mit den Einwanderern konkurrieren, die relativen Löhne sinken und die Beschäftigungsrisiken steigen. Diese Effekte sind jedoch gering: Nach den vorliegenden empirischen Erkenntnissen über die Lohn- und Beschäftigungseffekte der Migration wird nach DIW eine Zuwanderung in der prognostizierten Größenordnung die Lohnzuwächse der weniger qualifizierten Beschäftigten in den betroffenen Sektoren nur geringfügig beeinträchtigen und ihre Beschäftigungsrisiken nur marginal erhöhen.

Die Einführung von Obergrenzen für die Zuwanderung aus den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas lässt sich laut DIW vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse nur mit der unvermeidlichen Unsicherheit der Projektion begründen. Ein nicht völlig auszuschließender - sprunghafter Anstieg der Migration deutlich über die von uns geschätzten Größenordnungen hinaus könnte die Absorptionsfähigkeit der Arbeitsmärkte überlasten und damit die sozialen Kosten der Zuwanderung erhöhen. Dieses Problem kann nicht dadurch gelöst werden, für eine Übergangszeit die Zuwanderung vollständig zu unterbinden. Nach DIW-Schätzungen würde ein **Hinausschieben der Einführung der Freizügigkeit, um beispielsweise zehn Jahre, das Wanderungspotential für den hier betrachteten Gesamtzeitraum bis 2030 nur um wenige tausend Personen reduzieren.** Dagegen können **Quotenregelungen, die sich an der hier vorgestellten Basisprojektion orientieren könnten, die Einwanderung verstetigen und die Integration der Einwanderer in die Arbeitsmärkte erleichtern.** Maximale Geltungsdauer und Höhe dieser Quoten müssten ex ante festgelegt werden, da nur ein begrenzter und verlässlicher Übergangszeitraum überstürzte Migrationsversuche verhindert. Es ist damit zu rechnen, dass mit der Zunahme an Einwanderern das Wanderungspotential in den Herkunftsländern sinkt. Wenn die Quoten nicht mehr ausgeschöpft werden, könnten sie bereits vor Ablauf der Übergangsfrist aufgehoben werden.

Dieses Vorgehen ermöglicht die geregelte Einführung der Freizügigkeit, die eine der Grundfreiheiten ist, die den Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft charakterisieren.

Wenn man sie den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas über einen längeren Zeitraum vorenthalten oder ihre Gewährung an das Erreichen eines relativ hohen Einkommensniveaus koppeln würde, böte die EU diesen Ländern eine

zweitklassige Mitgliedschaft an. Dies würde dem zentralen Grundsatz der Integration in der EU zuwiderlaufen.

Auswirkungen der Szenarien auf Strukturen des Arbeitsmarktes und der Arbeitslosigkeit

Makrosoziologie, weltökonomisch orientierte Studien und Integrationstheorien betrachten das integrationspolitische Umfeld des Erweiterungsprozesses ebenso wie das zyklische Auf- und Ab der MOEL-Länder in der Weltökonomie und die Wandlungen in der internationalen Arbeitsteilung, und sind deshalb viel besser dazu geeignet, die Auswirkungen der Migration auf die MS abzuschätzen. Aus der Fülle von Studien seien hier nur zwei rezentere Ansätze gewählt

Prognosen des WIFO-Instituts

Die meisten diesbezüglichen Prognosen finden sich im Schwerpunktheft 11/1998 der Monatsberichte des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung.

Helmut Kramer bringt den WIFO-Ansatz zur Erweiterung auf einen Punkt: *Die EU-Erweiterung ist eine Chance und sie übt einen Anpassungsdruck aus.* Jan Stankovsky prognostiziert im Hinblick auf die Integration der MOEL in den größeren EU-Wirtschaftsraum ein Wachstum von 4 ½ % p.a. für die 5 benachbarten MOEL. Fritz Breuss und Fritz Schebeck rechnen mit einer Erweiterung um 5 MOEL schon per 2002.

Das reale BIP in Österreich wird mit Erweiterung um 2010 um 1.3% höher sein als ohne Erweiterung, es gibt allerdings eine erste **Schockphase**. Die Erweiterung bringt 27.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Ö, ein Fallen der Inflation um 1% sowie eine Senkung der Neuverschuldung um 0.4% des BIP. Peter Egger und Gerhard Palme belegen diese Aussagen für die Exporte und die Sachgüterproduktion. Peter Mayerhofer schätzt, dass im Dienstleistungshandelsbereich zwar sich der Wettbewerb für arbeitskostenintensive Dienstleistungen verschärfen wird, dass aber Österreich gleichzeitig durch eine offensive Marktdurchdringung in den neuen EU-Staaten seinen Vorsprung bei komplexen Marktdiensten halten können wird.

Diese Ergebnisse stehen natürlich im Rahmen der übrigen WIFO-Forschungen zum EU-Erweiterungsprozeß. Durch die Ostöffnung wurden bereits heute netto 57.300 neue Arbeitsplätze in Österreich geschaffen. Das BIP nahm zusätzlich um 3.3% zu, die Leistungsbilanz verbesserte sich um 0.7% des BIP (Stankovsky und Palme). Fritz Breuss hat darauf verwiesen, dass Tschechien Platz eins und Ungarn Platz drei, sowie Slowenien Platz fünf der Reifeskala der Beitrittskandidaten einnehme, womit alle Nachbarstaaten Österreichs (die Slowakei rangiert auf Platz vier) noch vor dem bevölkerungsreichen Arbeitsmarkt Polens liegen (Platz sechs). Darüber hinaus glaubt das WIFO-Institut (Gudrun Biffl), dass man von einer gegenseitigen Penetration der Arbeitskräfte in der 15-er EU von nur 2 Prozent ausgehen kann. Damit sei trotz der institutionellen gesicherten Migrationsfreiheit die Vernetzung der Arbeitskräfte eine weitaus wichtigere Determinante der Migrationsprozesse. Was es an Arbeitslosigkeit in Österreich gibt (Marterbauer/Walterskirchen) sei vor allem durch folgende Faktoren verursacht und nicht durch Zuwanderung: a) durch die Verkürzung der Karenzzeit und die Verschärfung der

Bestimmungen gegen die Frührente b) durch die geringe Qualität der neu geschaffenen Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich (*Mac-Jobs* statt Vollzeit) c) die Probleme in der Region Wien, deren öffentlicher Sektor ebenso Personal abbaut wie die Konzernzentralen, die Jobs verlagerten

Weltgesellschaftstheorien

Die Massenmigration ist für die Weltgesellschaftstheorien (wir haben auf sie schon weiter oben verwiesen, ihre Arbeiten zum Migrationsproblem basieren vor allem auf der Zyklentheorie in der Tradition von Schumpeter) Teil des zyklischen Auf-und Ab der Weltökonomie in den 'langen Wellen' der Konjunktur, welche ab 1740 bis heute, basierend auf Daten von Goldstein, quantitativ geschätzt und mit den Migrationsbewegungen verglichen werden. Die 30-er und 80-er Jahre unseres Jahrhunderts waren depressive Abschwungphasen, also 'B'-Phasen, sie setzen getreu einem späten Rostow'schen Modell, Arbeitskräfte insbes. in der Landwirtschaft frei und schickten sie auf 'Wanderschaft' und vergrößerten das Arbeitskräfteangebot in den Zentren der Weltökonomie (in den Zentren dauern die Krisen kürzer als in der Peripherie, wo die Krisen früher beginnen, und die Arbeitskräfte finden bessere Bedingungen im Zentrum vor als in der Peripherie). Die marktwirtschaftliche Weltökonomie ist mit ihrer Teilung in Zentren, Peripherien und Semi-Peripherien relativ starr, und dies seit ca. 1450. **Die Semi-peripherie mit ihrer säkular defizitären Leistungsbilanz sichert in den Zentren Wohlstand, nicht umgekehrt.** Osteuropa liefert dem Westen Entwicklungshilfe. Hier decken sich die Ergebnisse dieser Schule mit Forschungen polnischer Ökonomen, die behaupten, dass die starken polnischen Importe aus der EU allein in der 15-er Gemeinschaft 200.000 Arbeitsplätze geschaffen haben. In den Zentren wächst durch die Migration in der B-Phase der Weltkonjunktur der Anpassungsdruck und der Druck auf die Löhne. Die Aufschwungphasen (A-Phasen), die stets ein neues soziales Modell beinhalten (demokratische oder autoritäre Reformen; je peripherer, desto autoritärer), saugen die 'Reservearmee' tendentiell wieder auf. Die Migrationsneigung in der Peripherie wird vor allem durch die Strukturkrise in den ländlichen Regionen sowie durch die Umstrukturierung der Schwerindustrie mit bestimmt; ab einem gewissen Niveau der sozialen Entwicklung (UNDP-Humanentwicklungsindex 0,900) werden die MOEL-Staaten aber selbst Einwanderungsländer aus den verarmten, umliegenden Regionen werden.

Den MOELs wird zugute kommen, dass junge Demokratien mit rezenterer EU-Mitgliedschaft stets mehr Dynamik entfalten als die alternden Demokratien mit hohen Renten einer langen EU-Mitgliedschaft, einer alten Demokratie und hohen Staatsausgaben, die zusammen das '*rent-seeking*' bestimmen. Für die Jahre kurz vor und während der ersten Phase der Mitgliedschaft können die MOEL-Länder bei gutem Politik-Management '*emerald tigers*' werden. Es kann damit gerechnet werden, dass unter Bezug auf die Determinanten der bisherigen Verhandlungsprozesse (Agraranteil, Reichtumsgefälle zur bisherigen EU etc.) spätestens 2005 der Beitrittsprozeß der 'ersten Welle' beendet sein wird, womit die EU wieder einen gewissen positiven Schock erhalten wird. **Bis 2008 wäre für diese Schule eine Übergangsfrist im Migrationsbereich auf jeden Fall sinnvoll, später wird - je nach demographischer Struktur der EU-Länder verschieden - die demographische Alterskrise in den Zentren sowie der verstärkte Migrationsdruck aus dem verarmenden arabischen und orientali-**

schen Süden des Mittelmeerraumes voll durchschlagen und keine andere Alternative lassen, als dann die 4 Freiheiten für die MOELs voll zur Geltung kommen zu lassen. Bezüglich der Jahreszahl 2008 versichern uns die Demographen, dass selbst davor schon die Alterskrise voll einzusetzen beginnt (Tazi-Breve et al., 1999). **Bis 2015 wird in Polen der Bevölkerungszuwachs 1,1 Millionen Menschen betragen, die Bevölkerung der aussichtsreichsten 5 MOEL wird sogar um 600.000 Menschen schrumpfen, in der alten 15-er EU insgesamt wird es einen Zuwachs von nur 2,2 Millionen Menschen geben, in der Türkei allein aber einen Zuwachs von 17,8 Millionen, und in 5 islamischen Mezzogiorno-Staaten des Mittelmeeres (Algerien, Tunesien, Ägypten, Marokko, und Libyen) einen Zuwachs von 71,5 Millionen Menschen.** Nicht die österreichische Ostgrenze, sondern die Straße von Gibraltar, sowie die italienischen und griechischen Inseln werden die dramatische Wohlstands-Außengrenze der EU bilden.

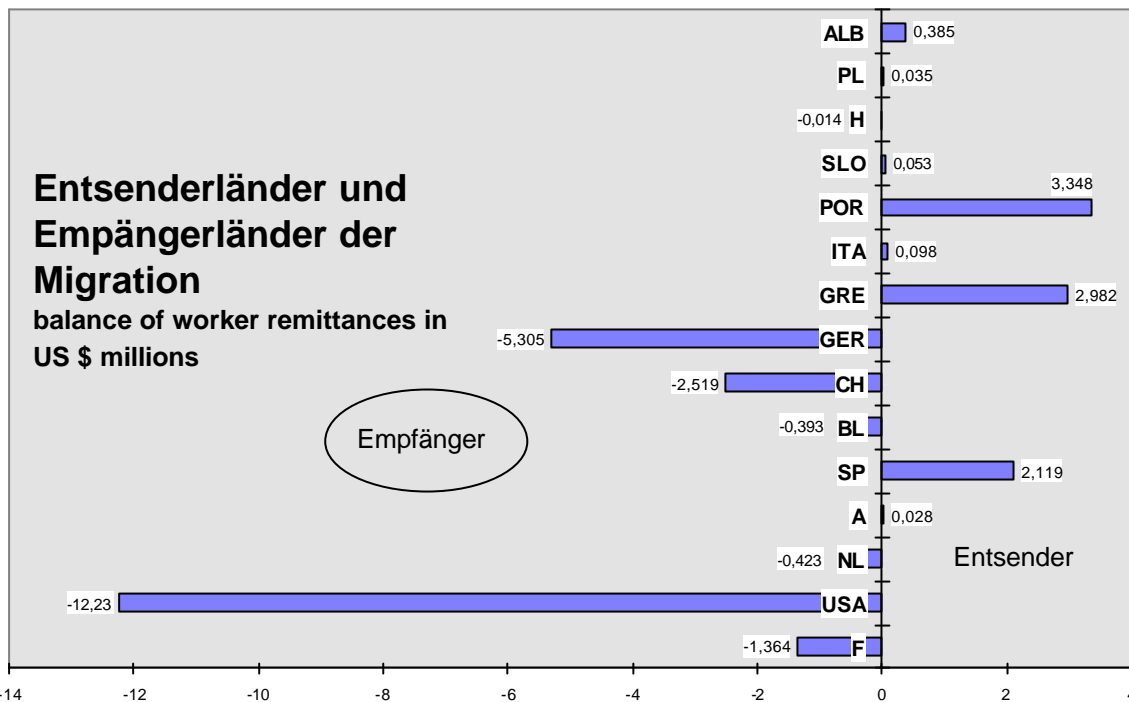
Bis zu diesem Zeitpunkt könnte gegenüber den MOEL argumentiert werden, dass die Migration ihre Peripherisierung langfristig vertieft, und dass gerade in der Phase des Übergangs zur EU-Mitgliedschaft ein dynamisches und gut ausgebildetes Arbeitskräftepotential vor Ort benötigt wird. Die **Studien der Schule zeigen auch, dass letztlich nicht die Peripherien und Entsenderstaaten von Arbeitskraft, sondern die Zentren und Empfängerländer vom Migrationsprozeß langfristig einen Nutzen ziehen** - wenn die **Einkommenskonzentration** in den Zentren in Gefolge des Migrationsprozesses **zunimmt**. Spanien hat sich nach den Weltsystem-Analysen vielleicht deshalb so gut in die EU integriert, weil es in den 80-er Jahren schon kein Auswanderungsland war. Die Staaten der 15-er EU sollten den 'Neuen' im Osten vor allem Aufbauhilfe für ihre eigenen Strukturen einer Grenzsicherung, eines funktionierenden Arbeitsinspektorats, und eines funktionierenden AMS leisten. Nicht Panik, sondern Weitblick sei angesagt, der davon ausgeht, dass letztlich sowohl Europa als Nordamerika Regionen millionenfacher Einwanderung waren und sind.

Meilenweit unterscheiden sich die Weltgesellschaftstheorien von den **Migrationsoptimisten** unserer Tage bei der Analyse der Frage, was **die Migration in den Entsenderstaaten und in den Empfängerländern bewirkt**. Nimmt man die von Weltbank und IMF erhobenen *'balance of worker remittances per GDP'* als Indikator der ökonomischen Abhängigkeit einer Gesellschaft vom Migrationsprozeß, steht fest, dass eine Abhängigkeit der Wirtschaft von hohen Überweisungen der eigenen Gastarbeiter im Ausland (verglichen mit den geringen Überweisungen der im Inland beschäftigten Gastarbeiter ins Ausland) zur **Strukturkonservierung**, zur **mangelnden Anpassungsfähigkeit** an weltwirtschaftliche Brüche, sowie zu einem langfristig **schwachen Wirtschaftswachstum** beitragen. Die weltwirtschaftliche Anpassungsfähigkeit kann man unter anderem mit folgender Methode schätzen: das Wachstum von 1960 bis 1975 prognostiziert die später einsetzenden Wachstumsraten. Die Länder, die nun über der Regressionslinie liegen, haben den Anpassungsprozeß an den Schock der Rezessionen 1975 und 1981/82 gut bewältigt, die unter der Regressionslinie liegen, nicht. Darüber hinaus verstärkt die Massenauswanderung Tendenzen zur **Benachteiligung der Frauen** in der Gesellschaft - es sind zumeist die Frauen, die die Last der Migration zu tragen haben, insbesondere durch die Doppelbelastung aus dem praktisch alleinigen Erhalt der Familie und dem Erwirtschaften von Einkommen (die Auswanderer leben in

den Empfängerstaaten nicht 'kostenlos'). In den **Empfängerstaaten** trägt die Einwanderung zu einer **höheren Einkommenskonzentration** bei, und - wie Fritz Breuss in einer 1997 erschienen Analyse feststellte - zu höherer Arbeitslosigkeit, niedrigerem Lohnwachstum, aber niedrigerer Inflation. Analysen über den hervorragend dokumentierten Fall Polen belegen, dass ökologischer Verfall sowie eine mangelhafte Gesundheitsentwicklung die typischen Merkmale von Auswanderungsregionen sind, während die reichen Zentren selbst Einwanderungsregionen für Migrationsprozesse aus der ehemaligen UdSSR werden und ihre relativ privilegierte Position im Entwicklungsprozeß des Landes noch verfestigt haben. Die tiefste Wurzel, so das harte Urteil rezenter ILO, Weltbank- und Weltgesellschaftsforschungsansätze, für **Massenmigration** ist die **Unfähigkeit der lokalen Eliten in den Entsenderstaaten** für eine **durchgehende Landreform** (insbes. Tausch, 1997, mit einem Überblick über die Literatur und neuen makroquantitativen Datenanalysen).

Die **pessimistischen Annahmen des Weltsystem-Ansatzes über die Folgen des Migrationsprozesses für die Entsenderstaaten** werden in einer rezenten Studie von Ewa **Morawska** von der University of Pennsylvania problematisiert, die in einer noch unpublizierten Experten-Studie für die *Forward Studies Unit* der EK zeigt, dass mit der Auswanderung insbesondere den Entsenderstaaten ein kritisches **Potential für den weiteren Demokratisierungsprozeß verloren** geht. Morawska schätzt das Einkommensniveau der MOEL-Region im Vergleich zu Nordwesteuropa im Jahr 1913 auf 42%; heute sei es noch tiefer (33%). Die Löhne verhielten sich damals 1:3 bis 1:6; heute 1:5 bis 1:10. So wie damals habe das Gefälle zu 25-30 Millionen Ausreisen aus der Region im Zeitraum 1870-1914 geführt; heute gebe es - mit bedingt durch den massiven **Arbeitstourismus** aus dieser Region - bereits jährlich eine solche Zahl von Grenzübertritten Richtung Westeuropa.

Der i-Punkt der Debatte ist allerdings, dass Österreich - wegen seiner **über 400.000 Auslandsösterreicher - in Europa ein Netto-Entsenderstaat** ist, wie folgende Übersicht über die Bilanz der *worker remittances* nach IMF und UNDP zeigt:



Quelle: eigene Zusammenstellungen aus UNDP, 1998

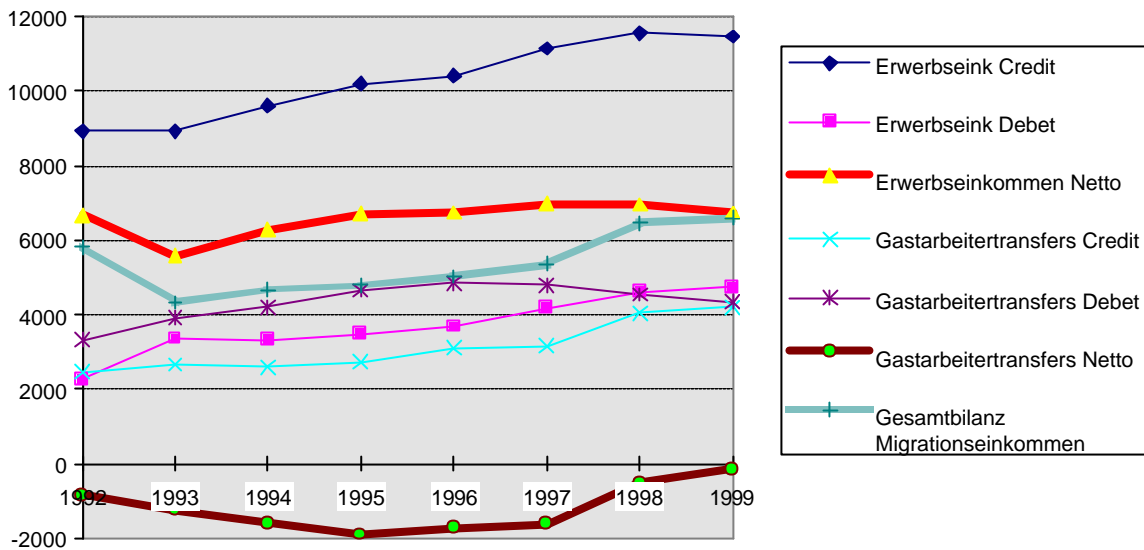
Die Analyse wird durch die neuesten Daten der ÖNB bestätigt, deren Zahlenreihe lautet:

	Erwerbseink Credit	Erwerbseink Debet	Netto	Gastarbeiter- transfers Credit	Gastarbeiter- transfers Debet	Netto	Gesamtbilanz Migrations- einkommen
1992	8938	2256	6682	2461	3319	-858	5824
1993	8949	3359	5590	2654	3916	-1262	4328
1994	9610	3324	6286	2598	4205	-1607	4679
1995	10198	3488	6710	2737	4655	-1918	4792
1996	10425	3675	6750	3112	4841	-1729	5021
1997	11165	4187	6978	3173	4785	-1612	5366
1998	11572	4614	6958	4040	4541	-501	6457
1999	11488	4744	6744	4204	4342	-138	6606

Quelle: übernommen aus Zahlenreihe, zur Verfügung gestellt von der ÖNB (Dr. René Dell'mour), Abteilung für Zahlungsbilanzangelegenheiten. Die Erwerbseinkommen umfassen z.B. die Pendler; bei den Gastarbeitern sind die Personen mit festem Wohnsitz erfaßt

Die graphische Darstellung der obigen Tabelle zeigt an - Österreich ist selbst Nutznießer der Arbeitsmöglichkeiten für seine Bürger im benachbarten Ausland, und die Anwendung von strikten Lohnniveau-Kriterien in der gesamten EU würde unsere eigenen Gastarbeiter von den für sie einträglichen Arbeitsmöglichkeiten in München, Stuttgart etc. ausschließen:

Österreich ist selbst ein Migrationsentsenderstaat



Methodisches Caveat der Umfragen

Sie geben die Situation zu einem Zeitpunkt wieder. Die *Samples* sind pro Land darüber hinaus noch zu klein (bei 1000 befragten Personen hat man eine Irrtums-Marge von ca. 3%, gleichzeitig könnten z.B. 3% der Bewohner eines MOEL-Landes gesagt haben, sie wollen nach Ö. Das heißt, es können 0% oder 6% gewesen sein) Vorteil: die Antwort bündelt all die ökonomischen und nicht-ökonomischen Motive in ein klares JA oder NEIN zusammen.

Methodisches Caveat der auf dem Barro/Salla-i-Martin aufgebauten Simulationen: Zur Relevanz der Modellannahmen von Robert Barro und Xavier Salla-i-Martin

Sie focusieren zumeist einige wenige oder sogar nur eine einzige Größe, das Lohndifferential. Sie basieren weitgehend auf ökonometrischen Schätzungen über bisher beobachtbare Lohndifferentiale und Migrationsbewegungen in der Weltökonomie. Die klassische Studie hierzu, die Walterskirchen/Dietz als Grundlage verwenden (Barro und Sala-i-Martin, 1991, 1995) ist allerdings ganz anders formuliert worden. **Ein Lohndifferential von 10% führe zur Nettowanderung zwischen 0,05% und 0,15% der Wohnbevölkerung der Herkunftsstaaten pro Jahr, sagen Dietz und Walterskirchen, allerdings sehr vorsichtig formuliert.** Innerhalb eines Staates bewirken, so das gängige Argument, Lohndifferentiale von 10% Wanderungsbewegungen von 0,1% bis 0,3% pro Jahr.

Hierzu ist auch zu bemerken, dass Barro und Sala-i-Martin in ihrer berühmten Studie die Konvergenz der Einkommen in den USA ab 1900 (Barro/Sala-i-Martin, 1991) mit der

US-Binnenmigration in Beziehung setzen und hierbei über den Trade-off von Einkommen und Migration bemerken:

*'the relation is **not nearly as clear-cut** as that seen for long-term capita growth in figure 1' (Barro/Sala-i-Martin, 1991: 129; i.e. Figure 1 setzt den log der Einkommen 1880 in den USA mit dem Wachstum des Einkommens 1880 bis 1988 in Beziehung und stellt fest, dass die reichen Bundesstaaten langsamer wachsen als die armen Bundesstaaten)*

Umgekehrt bewirkt die **Migration** auch nur eine **Erklärung von 10% des wirtschaftlichen Konvergenzprozesses zwischen den Regionen**, auch in diese Richtung ist der Kontext äußerst schwach (und in die Richtung der Migrationspessimisten bemerkt, er **trage positiv zum Konvergenzprozeß bei**). Die Graphik 7 dieser berühmten Studie nennt zwar einen **bi-variaten Zusammenhang** zwischen *log* persönliches Einkommen eines US-Bundesstaates im Jahr 1900 mit der jährlichen Migrationsrate 1900-1987, der **erklärte Varianzanteil** - ein wichtiges Gütesiegel einer Regression - dürfte aufgrund der hohen Streuung der Punkte um die Regressionsachse **sehr schwach** sein und ist nicht einmal genannt.

In der Tabelle 2 der berühmten Studie wird dann **multivariat** der Einfluß von Einkommen, Heizen, Bevölkerungsdichte und Bevölkerungsdichte zum Quadrat auf das Migrationsverhalten ab 1900 für die einzelnen Dekaden geschätzt; hier erzielt das Einkommen schon signifikante Werte - allerdings im Kontext mit Daten über das Heizen (der Zuzug der Amerikaner aus den kalten in die warmen Staaten ist sehr wichtig und erklärt einen guten Teil des Migrationsverhaltens) und die Bevölkerungsdichte. Ländliche, dünn besiedelte Räume verlieren bekanntlich Bevölkerungspotential, die Funktion dürfte überall auf der Welt aber nicht linear sein, und es gibt absolute Grenzen der Attraktivität der Ballungsräume für Auswanderer. Die Walterskirchen-Studie berücksichtigt aber Klima und Bevölkerungsdichte **nicht** als weitere Determinante des Migrationsverhaltens. Würde man Barro und Sala-i-Martin übernehmen, müßte man wohl oder übel die gleiche Modellstruktur voraussetzen wie die 1991-er Studie dieser beiden Autoren.

Die von Barro und Sala-i-Martin geschätzten US-Koeffizienten sind übrigens offensichtlich stark vom **Konjunkturverlauf** abhängig; ein vorläufiger Test hat ergeben, dass die 10-Jahresdurchschnitte des weltweiten Wirtschaftswachstums ab 1900 (Datenbasis Goldstein, 1988, ergänzt durch Tausch, 1998, basierend auf IMF und OECD) **74%** der Höhe der nach Dekaden berechneten Koeffizienten von Barro und Sala-i-Martin erklären. Das bedeutet, dass **wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigungschancen die Relation Einkommen - Migration stark mit determinieren** dürften.

In ihrer **späteren Untersuchung** (Barro/Sala-i-Martin, 1995/1998) - dem berühmten Lehrbuch über Wachstumstheorien - bestätigen die beiden Autoren implizit die von uns vorgebrachten Bedenken gegen eine Übernahme eines linearen Modells auf Europa. Sie drucken zwar ihre berühmte Untersuchung über die **USA erneut** im Lehrbuch ab; sie fügen ein Diagramm über den bivariaten Zusammenhang des *log* Pro-Kopfeinkommens in den **47 japanischen Präfekturen** mit den Wanderungsbewegungen 1955-1990 hinzu und liefern auch eine multivariate Erklärung der japanischen Bin-

nenmigration in 5-Jahresperioden ab 1955 bis 1990, unter Einschluß des log Einkommen, extreme Temperaturen, und der Bevölkerungsdichte des eigenen Bezirks und des Nachbarbezirks. Für den Fall der untersuchten Regionen in Europa (Deutschland, GB, Italien, Frankreich, und Spanien) heißt es in der deutschen Übersetzung des Lehrbuches des Harvard-Professors Barro und des Yale-Professors Sala-i-Martin:

‘Im Gegensatz zu den Ergebnissen für die Vereinigten Staaten und Japan liegt für die europäischen Länder keine exakte Schätzung der Koeffizienten für (i.e. den Einfluß des) das logarithmierte Bruttoinlandsprodukt oder Einkommen pro Kopf (i.e. auf die Nettowanderungen) vor’ (Barro/Sala-i-Martin, 1995/1998: 474-475).

mit anderen Worten: es gibt keine Basis für eine Modellbildung, die das Migrationsverhalten bloß aus dem Einkommen erklärt. Sie verzichten folgerichtig auch auf eine Graphik über den dann später bei Walterskirchen/Dietz zugrunde gelegten bivariaten Zusammenhang (den sie für die USA und Japan graphisch darstellen), und führen für die 50-er, 60-er, 70-er, 80-er Jahre in den 5 untersuchten europäischen Ländern wiederum einige zusätzliche Variablen in die Erklärung der Migration ein, die in der Walterskirchen/Dietz-Studie nicht berücksichtigt sind: maximale Temperaturen, Bevölkerungsdichte, Beschäftigung oder Produktion in der Landwirtschaft, Beschäftigung im industriellen Sektor. Sehr folgerichtig sagen die beiden Forscher, dass die Bevölkerungsdichte überall einen wichtigen Einfluß auf das Migrationsverhalten hat (weshalb in der Untersuchung über die USA sogar eine nicht-lineare Funktion verwendet wird). Wiederum zeigt sich, dass in der **Hochkonjunktur** der 60-er Jahre die ‘Elastizität’ des Migrationsverhaltens gegenüber der Einkommenssituation am höchsten ist, während sie in den 50-er und 80-er Jahren am niedrigsten ist. Schließlich schätzen die Autoren einen Koeffizienten von **0.0064** zwischen dem natürlichen Logarithmus des Einkommens und der jährlichen, auf die Gesamtbevölkerung bezogenen Nettoauswanderungsrate einer Region, die nota bene **Binnenmigration** und **internationale Migration** enthält, unter der kaum haltbaren Annahme, dass sie unter den Ländern Europas und im Zeitverlauf gleich sind. Barro und Sala-i-Martin sagen dann (Seite 475/76 ihres Lehrbuches), dass die

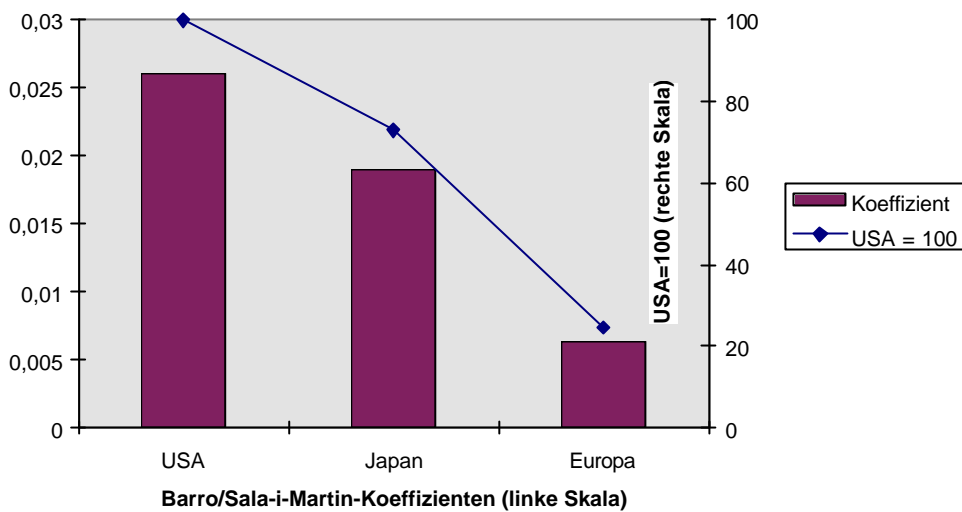
‘Größe der Koeffizienten wesentlich geringer als die vergleichbaren Werte für die Vereinigten Staaten(0.026) und Japan (0.019)’

ist. Der glasklare Befund lautet abschließend:

‘Allerdings erweist sich das Ausmaß der Beziehung als nur schwach ausgeprägt, und die Koeffizienten lassen sich nicht sehr exakt schätzen’ (Barro/Sala-i-Martin, 1995/98: 476)

Die inflexiblen Arbeitsmärkte Europas reagieren einfach anders als die USA oder Japan:

Wie flexibel reagiert die Migration auf einen Anreiz höherer Einkommen

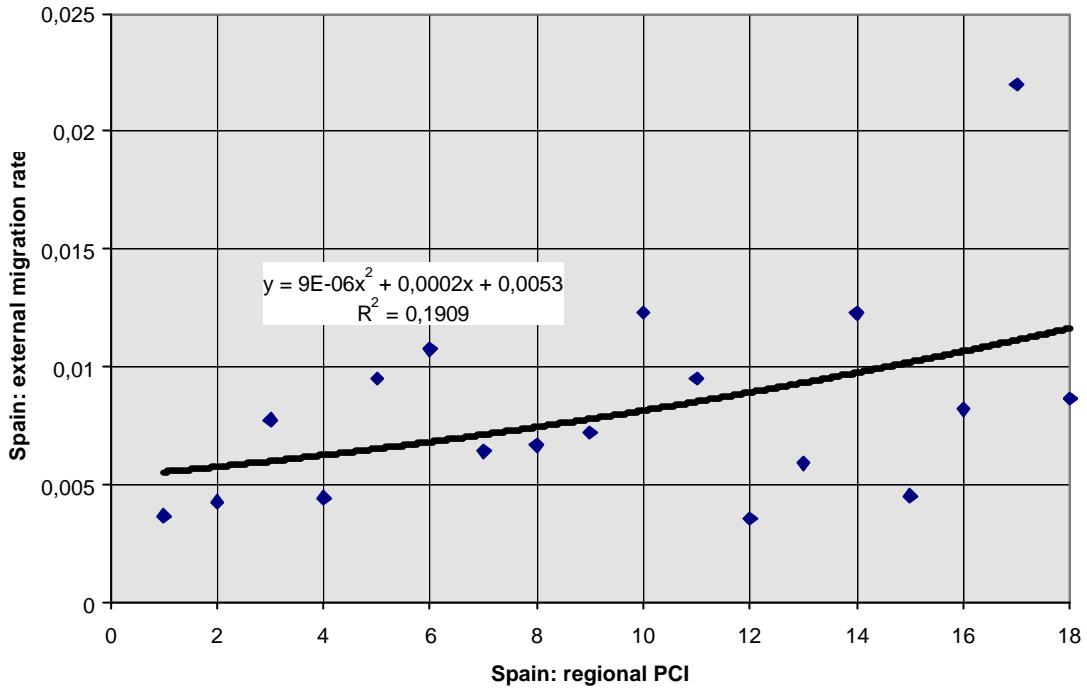


Quelle: eigene Zusammenstellungen aus Barro/Salai-Martin, 1995/1998

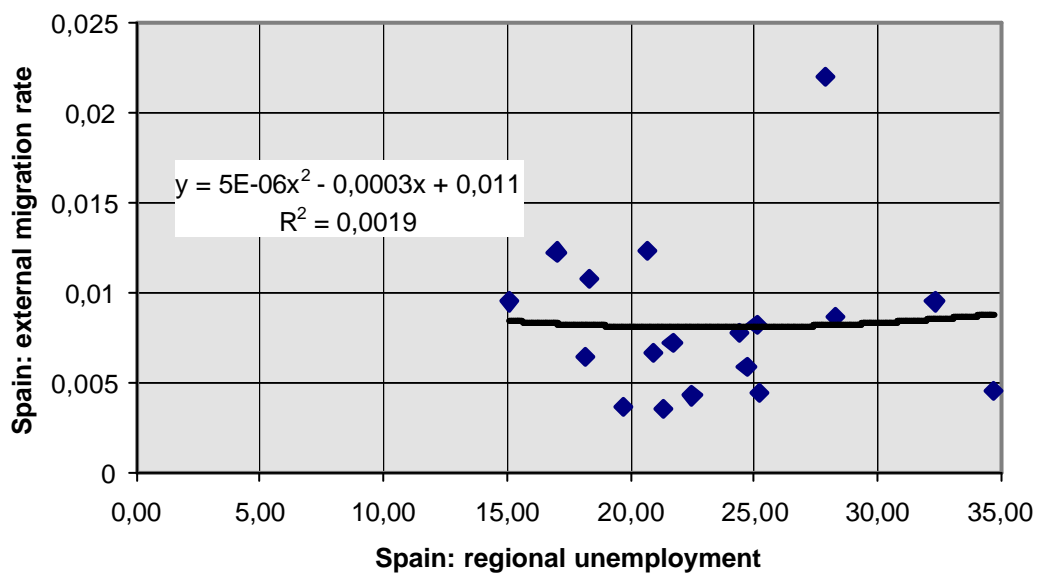
Soweit zu der methodischen Voraussetzung der **auf Amerika, Japan und Europa bezogenen** Untersuchung von Barro und Sala-i-Martin über den Trade-Off von Einkommen und Migration. Es bleibt auch anzumerken, dass Barro und Sala-i-Martin nirgends über die internationale Migration allein sprechen, sondern nur **über Nettomigrationsraten auf regionaler Ebene** (incl. internationale Migration, aber auch Binnenmigration), und dass sie **nirgends** ihre Untersuchung auf die **Löhne** - wie etwa in der aktuellen politischen Debatte in Österreich - beschränken. Hinzu kommt, dass Barro - auch im Kontext seiner Arbeit mit Grilli - ein **kompromißloser Gegner** von **Inflexibilitäten** auf dem **Arbeitsmarkt** ist, dass seine wirtschaftstheoretische Philosophie des Liberalismus die **Migration als positiven Beitrag zur Konvergenz der Regionen** betrachtet, und nirgends, auch wirklich nirgends in seinen Arbeiten, ein Argument für lange Übergangsfristen bei der EU-Erweiterung abgeleitet werden kann. Sein Liberalismus geht sogar soweit, im Kapitel *'Europe's Road to Serfdom'* die EK frontal zu kritisieren, und vor der **gemeinsamen Währung** als Ausdruck des **Planungsdenkens** zu warnen.

Die heute noch **bestehenden starken Einkommensunterschiede zwischen den Regionen in Europa** müßten **riesige Migrationsströme** in der 15-er EU in Bewegung setzen, **das ist aber nicht der Fall**. Die Daten von Eurostat zeigen, dass die ärmeren Regionen in Europa oft 1:2 oder sogar 1:3 vom EU-Schnitt entfernt sind. Peter Huber vom WIFO-Institut hat darauf hingewiesen, dass in 6 untersuchten europäischen Staaten - in all ihren Regionen - nur in der **Tschechischen Republik** das **Lohnniveau** signifikant die **Nettomigrationsrate** einer Provinz beeinflusst, während in **Deutschland, Italien, Ungarn und Polen** die **Arbeitslosigkeit die Migration signifikant beeinflusst**. In **Spanien** gar **beeinflussen weder Lohnniveau noch AL-Rate die Auswanderung signifikant**. Liegt es also doch am vielen Heizen im Norden, das sich die Bewohner von Almeria ersparen, wenn sie trotz einer hohen AL-Rate nicht auswandern? In der Tschechischen Republik und in Polen befinden wir uns übrigens *'im statistischen Blind-*

flug' wenn wir mit den beiden Variablen Prognosen wagen - sie erklären nur 15% bzw. 16% der Varianz der Nettoauswanderungsrate einer Provinz, womit 5/6 der Migration unerklärt bleiben.



Legende: eigene Berechnungen an Hand der WIFO/EU Datenbank, Prokopfeinkommen der Regionen in Europa, 1985 - 1996. Sämtliche Regionen mit vorhandenen Daten wurden in die Analyse mit integriert. Die xAchse ist der natürliche Logarithmus des Prokopfeinkommens.



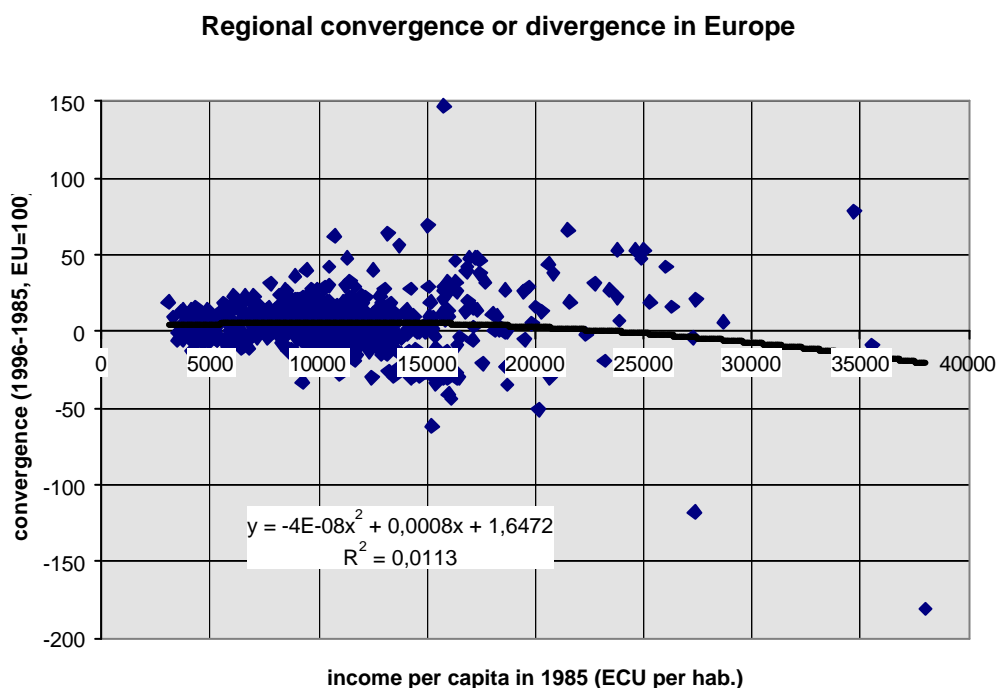
Legende: eigene Berechnungen an Hand der WIFO/EU Datenbank, Prokopfeinkommen und Arbeitslosigkeit der Regionen in Europa, 1985 - 1996. Sämtliche Regionen mit vorhandenen Daten wurden in die Analyse mit integriert.

Spanische Auswanderungsrate =

lnBIPK	lnALR	constant
0,004660504	0,002578003	-0,02708485
0,0038269	0,004706467	0,053143779
0,1381059		
1,201764927	15	
1,217827544	0,547757549	T-Test

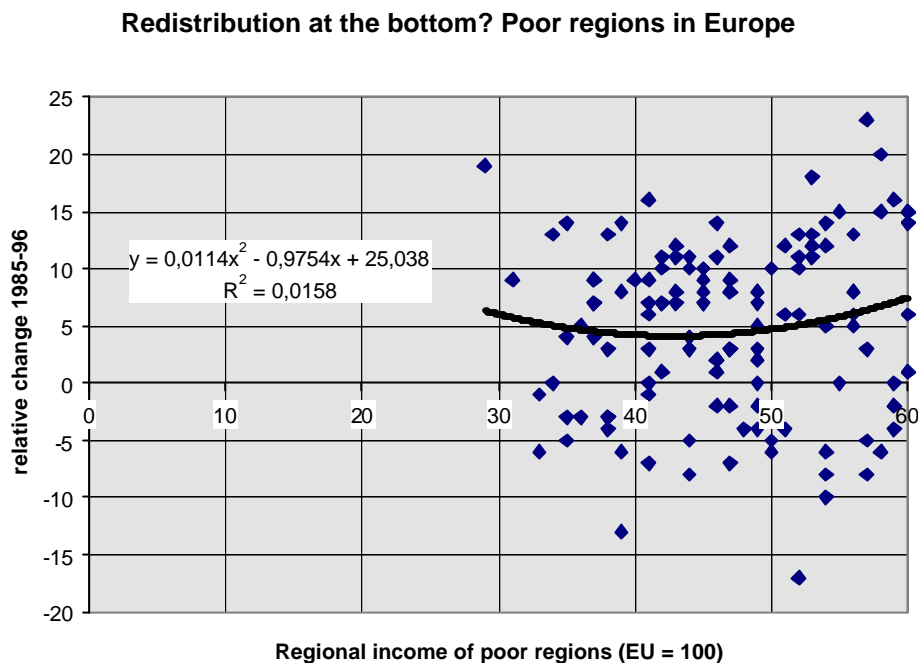
Legende: Wie bei allen EXCEL 5.0 *outprints* gilt - erste Reihe: *unstandardized regression coefficients*, zweite Reihe: *standard errors*, letzte Reihe: *t-Test*. R^2 (dritte Reihe, linke Eintragung), *F*, und *degrees of freedom* (vierte Reihe). lnBIPK = *log* regionales Prokopfeinkommen; lnALR = *log* regionale Arbeitslosenrate

Darüber hinaus gibt es praktisch keine Konvergenz der Prokopfeinkommen der Bezirke nach Wechselkursen in Europa, wie folgende Graphik an Hand der Regionaldatenbank des WIFO über die gesamte EU = 15 zeigt:



Legende: eigene Berechnungen an Hand der WIFO/EU Datenbank, Prokopfeinkommen der Regionen in Europa, 1985 - 1996. Sämtliche Regionen mit vorhandenen Daten wurden in die Analyse mit integriert.

Auch auf der Ebene der ärmsten Regionen hat es keine Umverteilung gegeben:



Auch die **Arbeitslosenraten** sind in den peripheren Regionen Europas weiter hoch. Es gibt allerdings - daraus ableitbar - keine Neigung zu einer steigenden EU-Binnenmigration in den 80-er und 90-er Jahren.

Migration kann letztlich nicht von der Frage des *Citizenship* und der Einwanderer-Rechte getrennt werden. Die Ausländer von früher sind die Inländer von heute oder morgen; je nachdem, wie rasch die Integration verläuft. In den Niederlanden findet bekanntlich die rascheste rechtliche Integration von 'Ausländern' statt, Österreich ist hier nach neueren Untersuchungen im unteren Feld der EU-Staaten. In Wien beträgt der Ausländeranteil 17.5%, in London 20%, aber in Paris und Berlin nur 13%. Die Simulationsmodelle übersehen die positiven Wirkungen der EU-Gelder, die in die MOEL fließen (immerhin 3,12 Milliarden Euros pro Jahr).

Methodisches Caveat der bisher publizierten makrosziologischen und weltökonomisch orientierten Studien

Die Perspektive wäre durch Mikro-Studien mit den Methoden 1) und 2) zu ergänzen; sinnvoll wäre etwa eine Fokussierung auf eine langfristige Perspektive in einer einzigen, überschaubaren Region (etwa das Burgenland und dessen westungarische Nachbarschaft). Die Methode geht grundsätzlich davon aus, dass sie Methoden 1) und 2) nicht ersetzen kann, sondern ihnen lediglich eine Tiefenstruktur liefert. Wo sich die Schule 3) vom gängigen, immer wieder vertretenen Migrationsoptimismus unterscheidet, ist ihre strikte Einbindung in den Kontext der Weltökonomie und der internationalen Arbeitsteilung. Neoklassische und postkeynesianische Wirtschaftstheorien und schumpeterianische Zyklen-Ansätze müssen sich dabei nicht wechselseitig ausschließen.

Kapitel 8: Erweiterungspolitische Konsequenzen der Analyse der Migrationsprozesse. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Löhne zu laufenden Wechselkursen in den BK und die Notwendigkeit der Erweiterung der EMU

Im folgenden Kapitel gehen wir den Argumenten auf den Grund, wonach ein bestimmtes Kriterium - etwa Erreichung des Lohnniveaus von 80% des EU-Durchschnitts in einem Kandidatenstaat - dafür herangezogen werden kann, um über die endgültige Realisierung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu entscheiden.

Das Präsidentschaftsland der EU, 1. HJ 2000, Portugal, warb etwa wie folgt für ausländische Investitionen:

Labor Costs: The Lowest in Western Europe

There are three basic reference sources that analyze labor costs around the world. The Institute of the German Economy in Cologne compares labor costs in European countries; The World Economic Forum, based in Geneva, in collaboration with the Institute for Management Development (IMD) in Lausanne, each year publishes "The World Competitiveness Report" which compares numerous quantitative and qualitative labor market indicators related to doing business in close to 50 countries; and the Bureau of Labor Statistics (BLS) of the US Department of Labor, which every year compares manufacturing costs in 31 countries, by the latest count. The BLS annual study is perhaps the most frequently used yardstick to compare international labor costs.

According to the latest BLS compilation, which covers 1995, Portugal's hourly compensation costs in U.S.dollars for production workers in manufacturing amounted to \$5.35 that year, the lowest among 16 Western European countries surveyed. Portugal's labor costs also were a dollar less than the average of the four so-called Asian Tigers: Hong Kong, Singapore, Taiwan, and South Korea. Within Europe, Portugal's next competitor was Greece with labor costs calculated at \$8.95 per hour, followed by Spain at \$12.70 and Ireland at \$13.83. (These are the four countries that are the least prosperous EU members.) Eight European countries had costs that exceeded the US level of \$17.20. Indeed, the average for the EU 15 was \$21.61 with the costliest country being (West) Germany at \$31.88.

In contrast to Portugal, companies in European countries with the highest labor costs are struggling to be more competitive in the global marketplace. For example, German companies have long lamented that labor costs in their country are burdensome. Getting labor to hold the line on wages and give back some of the largesse on benefits has led to industrial action. So, to reduce labor costs German firms are shedding workers in whatever way they can and are investing heavily abroad. One case of the dilemma is evidenced by the German chemical/pharmaceutical company Hoechst. A

recent *Wall Street Journal* article (February 18, 1997) indicated massive labor shedding in the company's German operations, mostly through early retirement, to reduce labor costs. The company cut employment in Germany by 35,000 but created 13,000 jobs abroad in the last three years. The article concluded: "Because Germany is such a difficult place to do business, the country's corporations are doing all they can to take their business elsewhere."

In mid-February 1997, the Bundesbank (the German central bank), in its *Monthly Review*, summarized explicitly Germany's problems:

"Numerous publications by major international organizations, German economic research institutes, the Federal Government and the Bundesbank as well have constantly drawn attention to the underlying causes of unemployment, such as the high level of wages, the inadequate wage differentials, the burden imposed on enterprises by non-wage labour costs, taxes and other public levies, specific impediments inherent in the social security network, the incidence of red tape and the lack of flexibility shown in necessary adjustments to changes in market conditions or in technological innovations."

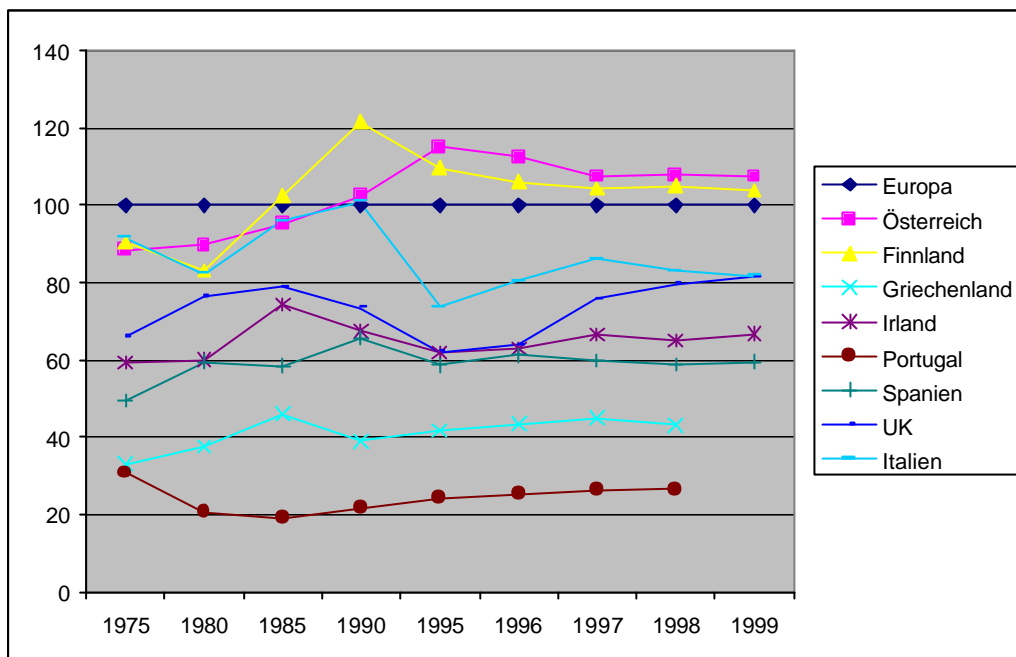
Although the Bundesbank added that some adjustment was under way, it noted too that Germany was not investing as much as it should and expressed disappointment at the low level of capital spending by industry. And so it is no wonder that Bundesbank data on the balance of payments indicate that German net direct investment abroad was a record DM50 billion in 1995 and DM 43 billion last year. Portugal, however, has high capital investment which has averaged 24% of GDP in the first half of the 1990s.

None of the countries of the former Soviet Union and Eastern Europe were part of the BLS labor cost study. Some of these countries are perceived as strong competitors for Portugal even though strictly comparable data for analytical purposes are not available. Rough estimates of hourly compensation data for some of the more advanced Eastern European countries do show costs that are lower than they are in Portugal; indeed, they are closer to those of Latin America, namely on the order of \$1.50 to \$2.00 per hour. However, those countries do not have the long tradition of a work force with a strong work ethic accustomed to working in a market environment that characterizes the dedicated Portuguese labor force.

Nicht nur in Osteuropa driften die Währungen gegenüber dem US \$ ab, mit dem Resultat von niedrigen internationalen Löhnen. Auch in Westeuropa ist dieses Phänomen ab 1975 zu beobachten:

	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999
Europa	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Österreich	88,4	89,7	95,2	102,5	115,2	112,4	107,5	107,8	107,5
Finnland	90,4	83,2	102,5	121,5	109,7	106,1	104,4	105,1	103,9
Griechenland	33,1	37,7	46	39,1	41,7	43,5	45	43,2	
Irland	59,4	60,1	74,4	67,4	61,9	63	66,6	65	66,8
Portugal	31	20,8	19,2	21,8	24,4	25,3	26,3	26,6	

Spanien	49,6	59,5	58,5	65,7	58,6	61,2	59,9	58,9	59,6
GB	66,1	76,4	78,8	73,4	62,2	63,8	75,7	79,7	81,5
Italien	91,6	82,3	95,9	100,8	73,8	80,4	86	83	81,7



Quelle: eigene Berechnungen aus den Datenserien des United States Department of Labor, BLS, über die Stundenlöhne in der verarbeitenden Industrie in der Welt

Das Auseinanderdriften von Kaukraft und internationalem Wert der Währung ist ein ernstes Problem, das an der Wurzel der Migrationsfrage liegt. Sind die Währungen der Nachbarstaaten reicher Länder stabil und hoch, ergibt sich kein Druck zur Migration. Driften die Währungen der armen Nachbarstaaten ab, zahlt es sich aus, in den entwickelteren Nachbarländern zu arbeiten. Schon Otto **Bauer** in seiner Arbeit zum **Nationalitätenkonflikt** konnte bereits zeigen, dass der **ungleiche Austausch** zwischen den **Zentren** und **Peripherien** ein explosives Problem ist. Samir **Amin** und Kunibert **Raffer**, die sich in unseren Tagen mit diesem Problem befaßt haben, verstehen unter ungleichem Austausch eine Situation, in der die produktivitätsgewichteten Preise der Exportgüter langsamer wachsen als die Importpreise. Rohstoffabhängige oder agrarlastige Gesellschaften sind von diesem Phänomen betroffen. Sind **P** die Preise, **F** die Produktivitäten, **X** die Exporte und **M** die Importe, so ist ungleicher Austausch gegeben, wenn

$$(1) \quad \frac{P_X * F_X}{P_M * F_M} = < 1.0$$

Die **Arbeitskraft im exportorientierten Sektor der Peripherie arbeitet immer härter, während die Preise der Produkte ihrer Arbeit zumindest weit weniger stark wachsen als die aus den Zentren importierten Waren.** Der Pole Michal **Kalecki**

bereicherte das Denken über diesen Prozeß bereits in den 30-er Jahren, indem er darauf hinwies, dass in einer monopolistischen Weltwirtschaft ein starker Druck im Zentrum auf den relativen Anteil der Löhne am Volkseinkommen entsteht. Um bei steigendem Monopolisierungsgrad dies auszugleichen, und im Zentrum den Lohnanteil zu halten, geht das System auf globaler Ebene dazu über, den **Rohstoffsektor** stärker zu belasten. Diese Last der Ungleichheit verlagert sich. Raul **Prebisch** hat dann gezeigt, dass die **Weltwirtschaft nach 1945** genau einem solchen Bild entspricht. Die Rezession der 90-er Jahre mit ihren niedrigen Rohstoffpreisen war, so zahlreiche Interpreten, eine typische '**Prebisch-Krise**', die darin wurzelt, dass die **Früchte des technische Fortschritts** auf der Welt ungleichmäßig verteilt werden. Für die BK-Staaten in der MOEL-Region ist dieser Prozeß aktuell, indem er die **exportabhängigen Sektoren in den traditionellen Bereichen gegen die Kräfte der Globalisierung mobilisiert** und - möglicherweise - sogar die **Unterstützung für die Integration in die EU abbröckeln läßt**.

Im Sinne einiger heterodoxer Ökonomen reflektiert der **Druck auf die Wechselkurse weiterhin die Machtverhältnisse in der Weltökonomie**. Ein solches Argument in den wirtschaftstheoretischen Traditionen von Prebisch und Kalecki könnte lauten: die Profit-einkommensbezieher in den MS beziehen aus diesen Verhältnissen disproportionale Gewinne; zu Lasten der Arbeit in den Exportsektoren der BK und zu Lasten der Arbeitskraft in den MS, die von einer künstlich verbilligten Arbeit in den BK tatsächlich bedroht ist - durch Migrationsdruck, und durch Exporte, die nicht nach einem Wechselkurs bemessen werden, der der Kaufkraft in den BK entspricht, sondern dem Wechselkurs auf dem Weltmarkt, der weit unter diesem Kurs liegt. Den Ökonomen ist dieses Problem bekannt, sie nennen es 'ERDI' (*exchange rate deviation index*, bzw. der den ungleichen Austausch reflektierende reziproke Wert, $1/ERDI$). Während etwa der IMF und das WIIW (Hawlik) der Meinung sind, dass der laufende Wechselkurs der Währungen der BK noch immer überbewertet sei, meint etwa Yotopoulos das Gegenteil. Insbesondere der **IMF** glaubt, dass harte, **strukturelle 'Anpassungspakete'** die Situation verbessern, während der Weltsystemansatz befürchtet, dass sich langfristig die Situation durch solche Pakete noch verschlimmert.

Die hier vertretene Meinung ist, dass eine baldige Mitgliedschaft der MOEL-Staaten in der EU und in der EMU sie vor diesen Verhältnissen, die langfristig destabilisieren, retten. Eine hoher ERDI-Index bedeutet, dass in dem Land die Exporte höher bewertet werden als in dem Land mit niedriger ERDI. Gernot Köhler schätzt, dass der ungleiche Austausch, berechnet nach der Formel

$$T = d \cdot X - X$$

$$d = ERDI$$

X die Exporte eines Landes in die Hocheinkommensländer der Weltökonomie

T der Wertgewinn oder Wertverlust aus dem ungleichen Austausch

in Österreich etwa + 9% des BIP pro Jahr ausmacht, in den Niederlanden + 17%, in Spanien + 6%, dafür aber in den BK-Staaten die folgenden Wertverluste pro Jahr in % des BIP:

BG	- 54%
CZ	- 46%
EE	- 16%
H	- 16%
LV	- 7%
LT	- 22%
PL	- 18%
RO	- 29%
SK	- 8%
TK	- 10%

Seine, allesamt im Internet abrufbaren, empirischen Berechnungen und theoretischen Modelle im Anschluß an Samir Amin, Luigi Pasinetti, Kunibert Raffer, P.A. Yotopoulos und andere Theorien des *'ungleichen Austauschs'* lassen erkennen, wie sehr der Weltmarkt mit seinem Wechselkursmechanismus die Peripherien und Semi-peripherien immer wieder in den Strudel weltökonomischer Krisen hinabtauchte. In den 60-er Jahren betrug der Gewinn aus dem ungleichen Austausch noch circa 1.5% des GDP der Hochkommensländer; heute ist dieser Prozentsatz bereits auf über 5% gestiegen.

Die Tragweite der Köhler'schen Argumente lassen sich wie folgt abschätzen: der reale Wohlfahrtsunterschied zwischen Österreich und seinen unmittelbaren und mittelbaren ärmeren Nachbarstaaten, sowie im Vergleich mit dem EU-Nachzügler Portugal, ist wie folgt. Besonderes Gewicht kommt hierbei dem **UNDP Human Development Index** (von 0 bis 1 standardisiertes, und gewichtetes, kombiniertes Maß von Lebenserwartung, Alphabetenrate, kombinierte Einschulungsrate und Realeinkommen zu Kaufkraftparitäten) zu:

	GNP pc	PPP	UNDP HDI	ERDI	1/ERDI	Growth 1960-95 p.a.	GNP welfare gap in %	PPP welfare gap in %	HDI welfare gap in %
Ö	26890	21322	0,933	1,26	0,79	2,9	0	0	0
I	19020	20174	0,922	0,94	1,06	3,1	-29,27	-5,38	-1,18
P	9740	12674	0,892	0,77	1,3	3,8	-63,78	-40,56	-4,39
SLO	8200	10594	0,887	0,77	1,29		-69,51	-50,31	-4,93
CZ	3870	9775	0,884	0,4	2,53	-0,6	-85,61	-54,16	-5,25
SK	2950	7320	0,875	0,4	2,48	-0,8	-89,03	-65,67	-6,22
H	4120	6793	0,857	0,61	1,65	3,3	-84,68	-68,14	-8,15
PL	2790	5442	0,851	0,51	1,95	0,1	-89,62	-74,48	-8,79
BG	1330	4604	0,789	0,29	3,46	0,7	-95,05	-78,41	-15,43
RO	1480	4431	0,767	0,33	2,99	1	-94,5	-79,22	-17,79

Die Differenz zwischen der Bewertung der peripheren Arbeit durch die Wechselkurse zu Weltmarktpreisen und zu Kaufkraftparitäten ist nur - so die Theorien des ungleichen Austauschs - durch die monopolistischen Strukturen des Weltmarktes erklärbar, sie bilde, so geht das Argument weiter, einen **ständigen Hebel zur internationalen Ungleichheit**, einen dauernden Werttransfer zugunsten des Zentrums, zu den Krisen in den Peripherien und Semiperipherien, sowie zu deren **chronisch defizitärer Leistungsbilanz**. Sie **trägt zur gesellschaftlichen Spaltung sowohl in den reichen als**

in den peripheren Staaten bei. Wenn der Trend sich ungehemmt fortsetzt, wird er mächtige Gegnerschaften des Erweiterungsprozesses auf den Plan rufen - die Arbeiter in den nicht-exportorientierten Branchen des Zentrums, und die Arbeit in den exportorientierten Branchen mit Wertverfall in der Peripherie.

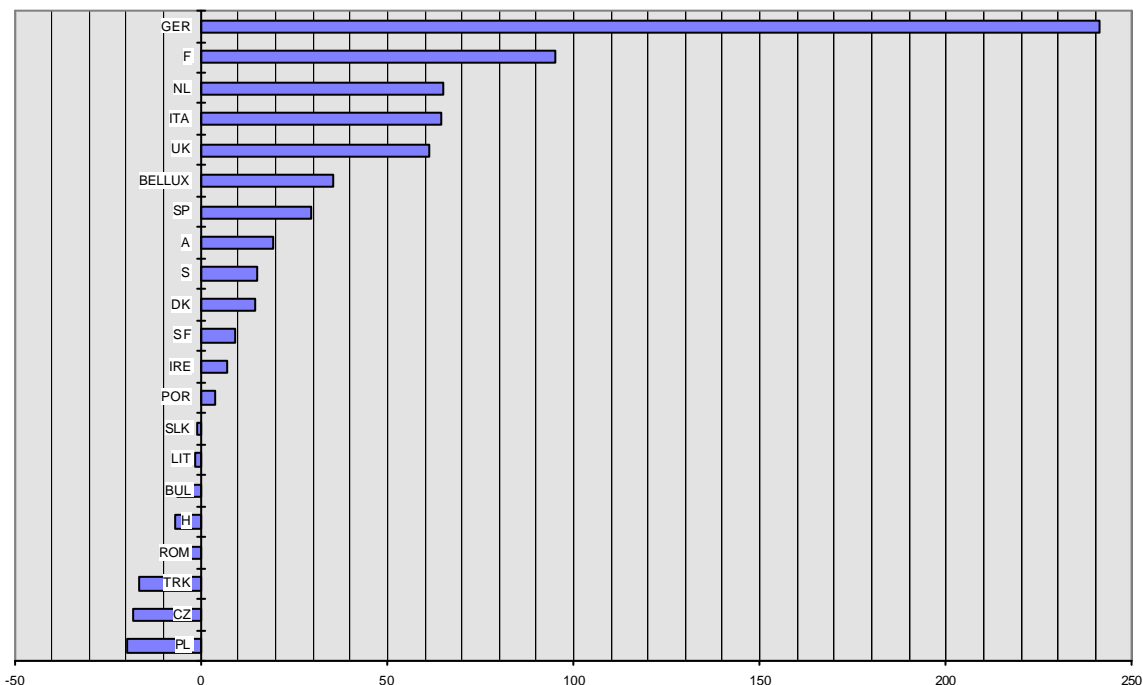
Cross-nationale Studien über die Wirkungen des ungleichen Austauschs (hier 1/ERDI) in 134 Staaten mit UNDP-Daten, incl. in den BK-Staaten (Köhler/Tausch, 2000) haben bestätigt, dass 1/ERDI

** das langfristige Wachstum blockiert*

und

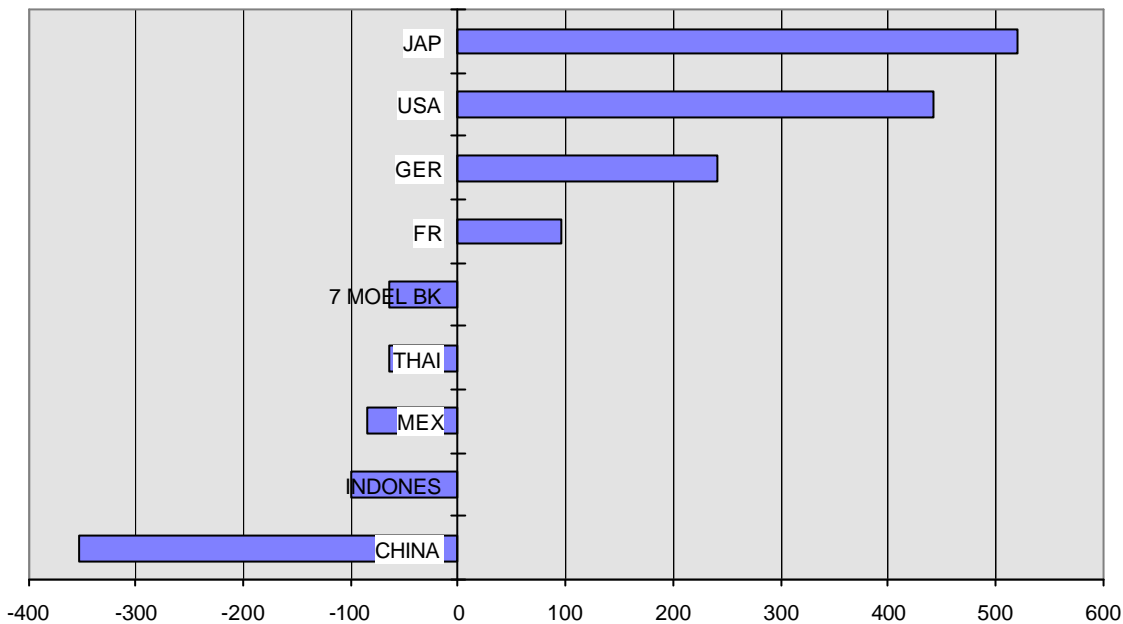
** die Kindersterblichkeit sowie die Inzidenz des Todes unter 60 Jahren - ceteris paribus - signifikant erhöht*

Tatsächlich zeigen die Vergleiche auch, dass 9 MOEL-Staaten (BG, KRO, PL, RO, SK, SLO, CZ, UKR, H) im Zeitraum 1992-1997 ein **kumuliertes Defizit in der Leistungsbilanz - vor allem mit den entwickelten Staaten Westeuropas - in der Höhe von 48,3 Milliarden \$ einfuhren.** Derartige Strukturen sind ein starkes Motiv für den Nationalismus und ein gewaltiger **Konfliktstoff für die künftigen innereuropäischen Beziehungen,** wie etwa folgende Aufstellung über die Gewinne und Verluste aus dem ungleichen Austausch im Jahr 1995 in Milliarden \$ durch Gernot Köhler zeigt:



Die monopolistischen Strukturen des Weltmarktes ziehen aus der Peripherie beträchtliche Gewinne:

Die 'großen 9' des ungleichen Austauschs



Konsequenzen des ungleichen Austauschs: Übergangsfristen im Migrationsbereich, aber baldige Mitgliedschaft der MOEL-BK beim EURO

Die Lösung für das Problem des ungleichen Austauschs könnte darin bestehen, den eine Dekade währenden Erfolgen der Fiskalpolitik der BK Rechnung zu tragen, und ihren bisherigen monetaristischen Fleiß mit einer baldigen Mitgliedschaft in der EMU bei Vollbeitritt zu belohnen, wenn sie die fiskalpolitischen und Verschuldungsaufgaben der Maastricht-Kriterien erfüllen. Die **sozialen Folgen einer Ausweitung der Währungsunion bei Vollbeitritt wären aus österreichischer Sicht absolut gegeben und sind zutiefst eine sozialpolitische Frage**. Der Druck auf die Wechselkurse der Währungen ihrer Heimatstaaten ist bedingt durch den ungleichen Austausch und führt ohne Gegenmaßnahmen zu **Leistungsbilanzdefiziten**.

Unterwegs zur EMU-Mitgliedschaft der MOEL-BK? Sozialpolitische Argumente dafür

Die Bevölkerungen in den BK haben für die fiskalische Stabilisierung enorme Opfer gebracht, und unter Bedingungen den Staatshaushalt saniert, die in reicheren Ländern der MS einfach nicht vorhanden waren. Die schmerzlich erkaufte fiskalpolitischen Erfolge würden - wenigstens für einige Staaten - erlauben, zum derzeitigen Zeitpunkt seriös das Thema der EMU-Mitgliedschaft bei Vollbeitritt zu eröffnen. Aus Arbeitnehmersicht in den MS kann diese Perspektive nur langfristige Vorteile bringen. Nicht mehr wegen des ungleichen Austausches abdriftende Währungen würden die Arbeitskraft in der Peripherie in Osteuropa entlohnen, sondern der **stabile Euro**. Nicht mehr ein 'race

to the bottom' würde in Europa stattfinden, sondern es würde tatsächlich Stabilität und Wohlstand exportiert. Hinzu kommt, dass zentrale demokratische Institutionen in den MOEL-Staaten bereits gefestigter zu sein scheinen als etwa in Österreich selbst, wie etwa die folgenden Resultate von Meinungsumfragen nach Amato und Batt (1999) im Auftrag der EK aufzeigen:

<i>ich mißtraue den folgenden Institutionen ..</i>	Österreich	CZ	H	Polen	Slowenien
Parteien	61	55	66	66	71
Kirchen	58	44	44	28	60
Gewerkschaften	53	38	64	43	45
Parlament	46	64	54	44	60
Regierung	45	51	51	48	58
Militär	44	38	31	19	39
Presse	43	19	30	25	29
TV, Radio	40	21	25	25	29
Beamten	39	42	39	40	33
Präsident	38	23	27	32	32
Kanzler	35	27	46	35	43
Gerichten	28	50	35	42	45
Privates Unternehmertum	28	34	39	50	46
Polizei	26	46	39	38	38
den Leuten auf der Straße	13	12	18	15	18

<i>Vertrauensvorteil' der jeweiligen Institutionen in der Einschätzung der Bevölkerung gegenüber der Performance der österr. Institutionen im Lichte des Urteils der österr. Bevölkerung</i>	Österreich	CZ	H	Polen	Slowenien
Parteien	0	6	-5	-5	-10
Kirchen	0	14	14	30	-2
Gewerkschaften	0	15	-11	10	8
Parlament	0	-18	-8	2	-14
Regierung	0	-6	-6	-3	-13
Militär	0	6	13	25	5
Presse	0	24	13	18	14
TV, Radio	0	19	15	15	11
Beamten	0	-3	0	-1	6
Präsident	0	15	11	6	6
Kanzler	0	8	-11	0	-8
Gerichten	0	-22	-7	-14	-17
Privates Unternehmertum	0	-6	-11	-22	-18
Polizei	0	-20	-13	-12	-12
den Leuten auf der Straße	0	1	-5	-2	-5

Welche Institution hat im jeweiligen MOEL bei der

Österreich	CZ	H	Polen	Slowenien
------------	----	---	-------	-----------

**Bevölkerung
mehr Vertrau-
en als die
Institution in
Österreich?**

Kirchen	0	14	14	30	-2
Militär	0	6	13	25	5
Presse	0	24	13	18	14
TV, Radio	0	19	15	15	11
Gewerkschaf- ten	0	15	-11	10	8
Präsident	0	15	11	6	6
Parlament	0	-18	-8	2	-14
Kanzler	0	8	-11	0	-8
Beamten	0	-3	0	-1	6
den Leuten auf der Straße	0	1	-5	-2	-5
Regierung	0	-6	-6	-3	-13
Parteien	0	6	-5	-5	-10
Polizei	0	-20	-13	-12	-12
Gerichten	0	-22	-7	-14	-17
Privates Un- ternehmertum	0	-6	-11	-22	-18

Quelle: eigene Berechnungen aus Amato/Batt, 1999, Studie im Auftrag der EK

Die

Kirchen
Militär
Presse
TV, Radio
Gewerkschaften
Präsident
Parlament

haben z.B. in **Polen** derzeit bei der Bevölkerung **ein weit besseres Ansehen** als die jeweilige Institution es bei der **österreichischen Bevölkerung** haben. In den **MOEL-Staaten 'herzeigbar'** sind derzeit praktisch nur die folgenden österreichischen Institutionen:

Polizei
Gerichte
Privates Unternehmertum

Ein weiteres gewichtiges Argument für die baldige Einführung der Währungsunion in den BK ist der Hinweis auf die bisher zu **Schleuderpreisen** der Wechselkurse zu

Weltmarktniveau stattfindende Privatisierung der Vermögenswerte in den BK. Die Arbeit im Zentrum kann kein Interesse daran haben, dass das Vermögen der Peripherie billig privatisiert wird, um dann dort die Arbeitskraft wiederum nach langfristig abdriftenden Weltmarktkursen zu entlohnen. Konsequenterweise, kann die Wirtschaftsseite in den alten MS der Union andererseits nur Interesse an einer Politik der strukturellen Anpassung, wie der IMF sie verfolgt, haben, denn die Abwertungen und Sparpakete verbilligen das Produktionspotential in den BK und erleichtern den Vermögenserwerb in den BK.

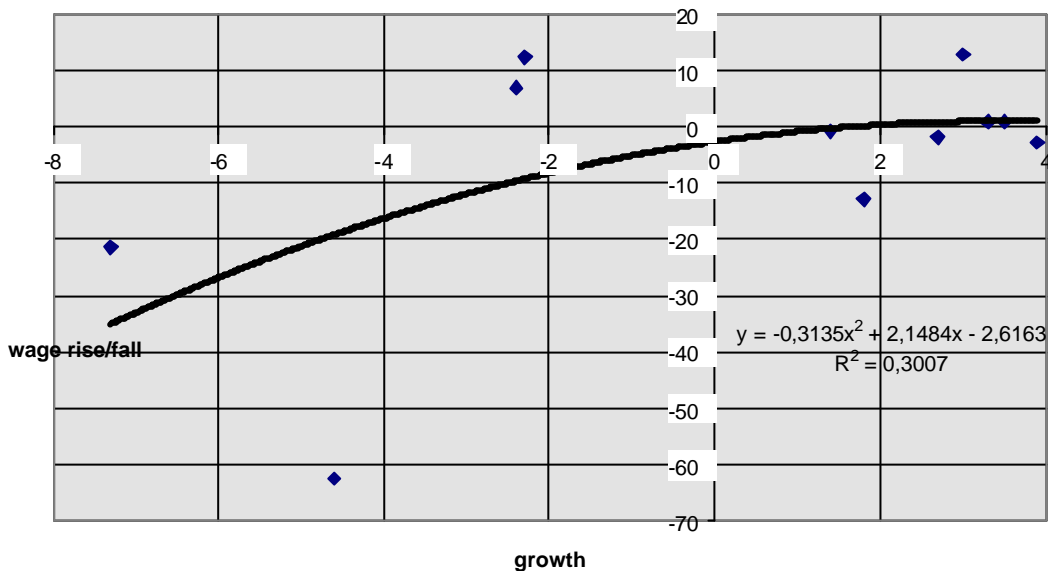
Die Handlungsalternative einer baldigen Ausweitung der EMU auf die MOEL-BK käme den BK und deren Stabilisierung, aber auch der Arbeiterschaft in den alten Zentren der EU weit entgegen. Die gleichen Argumente, die bereits verwendet wurden, um die EMU-Mitgliedschaft Spaniens und Portugals (erfolgreich) zu rechtfertigen, können hier verwendet werden. Wenn wir von der Diagnose ausgehen, dass bei einem Keynes/Prebisch-Equilibrium der Unterbeschäftigung und des Preisverfalls der Rohstoffe eine Antwort auf die derzeitige Phase der weltwirtschaftlichen Entwicklung in der Peripherie und Semi-Peripherie gefunden werden muß, und deshalb die Währungsunion möglichst bald auf die BK ausgedehnt werden müßte, ist die baldige Anwendung der völkerrechtlichen Verträge über die Europäische Währungsunion zugunsten der BK die Lösung auf das die Pendler- und Migrationsneigung zutiefst beeinflussende Auseinanderdriften der laufenden Wechselkurse in den BK von den Kaufkraftparitäten, und, damit auf das Problem des ungleichen Austausches. Vorhandene makroökonomischen Daten zeigen, dass einige BK bereits heute gute budgetpolitische 'Maastricht'-Kriterien aufweisen, während bekanntlich derzeitige EMU-Mitglieder nicht immer die weitere Budgetpolitik problemlos bewältigen. Die staatliche Budgetbilanz als Anteil des BIP war in den BK-Staaten z.B.:

BG	+1.3%
CZ	-1.6%
EE	-0.3%
H	-4.7%
LV	+0.7%
LT	-1.6%
PL	-2.5%
RO	-2.6%
SK	-5.5%
SLO	-0.3%

Der Diskurs über die Löhne der BK zu Wechselkursen beinhaltet eine Wirklichkeit - die weiter bestehenden, hohen Unterschiede, mit denen der Weltmarkt die Arbeit in der Peripherie und im Zentrum entlohnt. Er muß aber durch die Tatsache ergänzt werden, dass von der Qualifikation der Arbeitskraft her **in den BK optimale Bedingungen bestehen**. Der durchschnittliche Ausbildungsgrad der Bevölkerung über 25 Jahre, gemessen in Schuljahren und UNDP-Daten für die Mitte der 90-er Jahre, ist z.B. in Frankreich, dem besten EU-Staat, 12 Jahre, in Österreich 11,4 Jahre, in Ungarn 9,8 Jahre, im gesamten Baltikum 9 Jahre, in Irland 8,9 Jahre, in Polen 8,2 Jahre, in Italien 7,5 Jahre, in Rumänien 7,1 Jahre, Griechenland, Zypern und Bulgarien 7 Jahre, Spanien 6,9 Jahre, und in Portugal nur 6,4 Jahre.

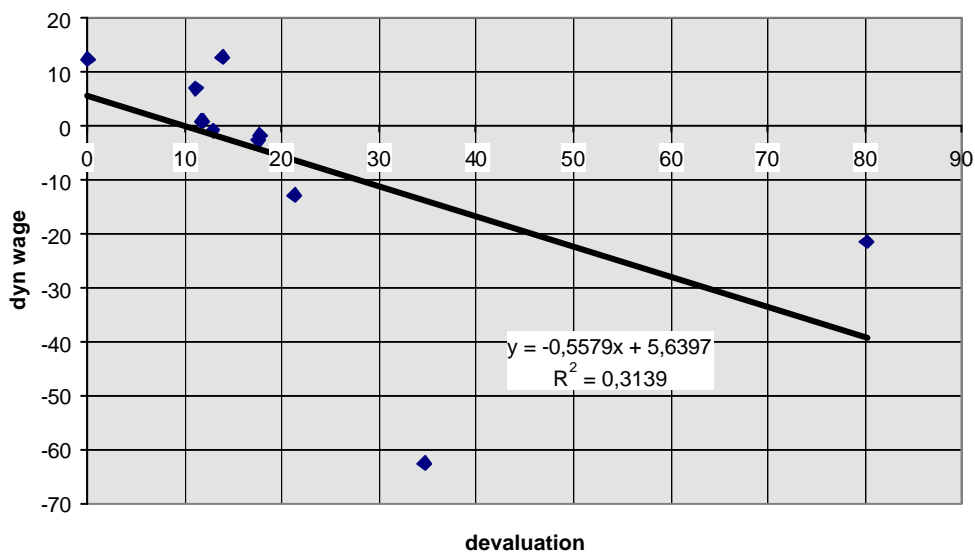
Das **Wegbrechen der Wechselkurse** der BK unter dem Druck der monopolistischen Bedingungen des Weltmarktes **entwertet die Löhne in den BK** und senkt sie auf jenes Niveau, das für die Arbeitskraft in den MS eine Herausforderung darstellt. Das wirtschaftliche Wachstum wird in den BK deshalb kaum an die Ware Arbeitskraft weitergegeben, was zeigt, wie schlecht es noch um den sozialen Dialog in den BK bestellt ist:

economic growth and wage fluctuations



Legende: wirtschaftliches Wachstum in den MOEL (x-Achse) und Lohnzuwachs/Verfall (y-Achse) in laufenden Wechselkursen

wage rates and currency devaluations



Legende: Wertgewinn/Verlust der Währungen in den MOEL (x-Achse) und Lohnzuwachs/Verfall (y-Achse) in laufenden Wechselkursen

Primärdaten hierzu vgl. statistische Beilage; die dortigen Daten ergeben folgende, berechneten Zahlenwerte über Zuwachsraten:

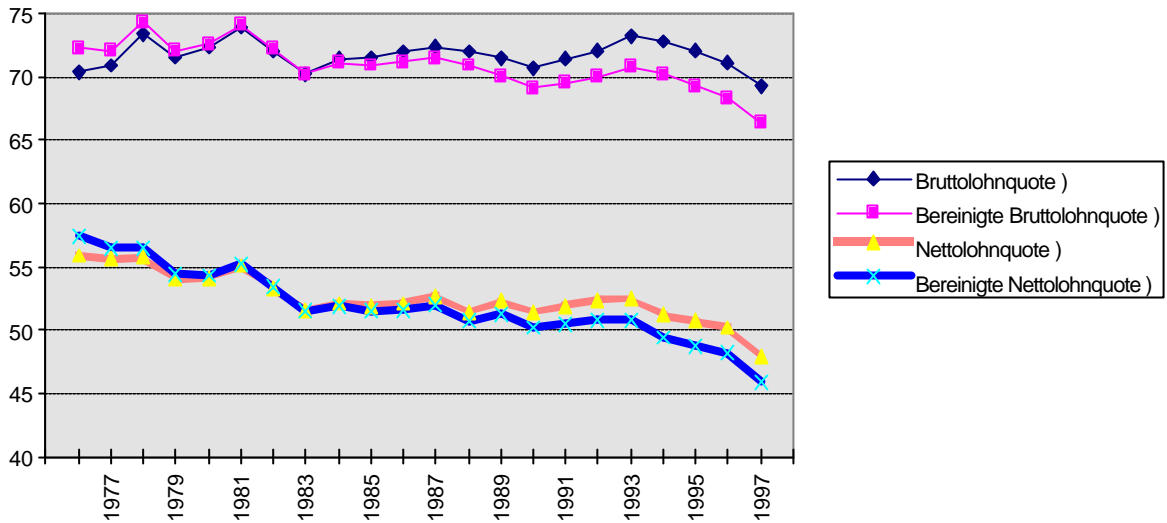
	DYN (Wirtschafts- wachstum)	GDP DYN (Zunahme Kaufkraft)	PPP DYN der DEVALUE (Entwicklung des Wechsel- kurses nach Wechselkur- unten)	DYN WAGES (Zunah- me/Abnahme der Löhne zu Wechselkur- sen in US \$
Bulgaria	3,5	14,4	11,8	0,9
Croatia	2,7	13,7	17,7	-1,7
Czech public	Re- 1,4	-6,7	12,9	-0,8
Estonia	-2,4	7,8	11,1	7
Hungary	3,3	21,3	11,7	0,9
Latvia	-2,3	5,3	0	12,4
Slovenia	3,9	5,3	17,6	-2,7
Poland	3	8,8	13,9	12,9
Romania	-7,3	14,6	80,2	-21,4
Russia	-4,6	15,2	34,7	-62,6
Slovakia	1,8	-2,3	21,3	-12,8

Quelle der obigen Darstellungen und Berechnungen: Köhler/Tausch (2001)

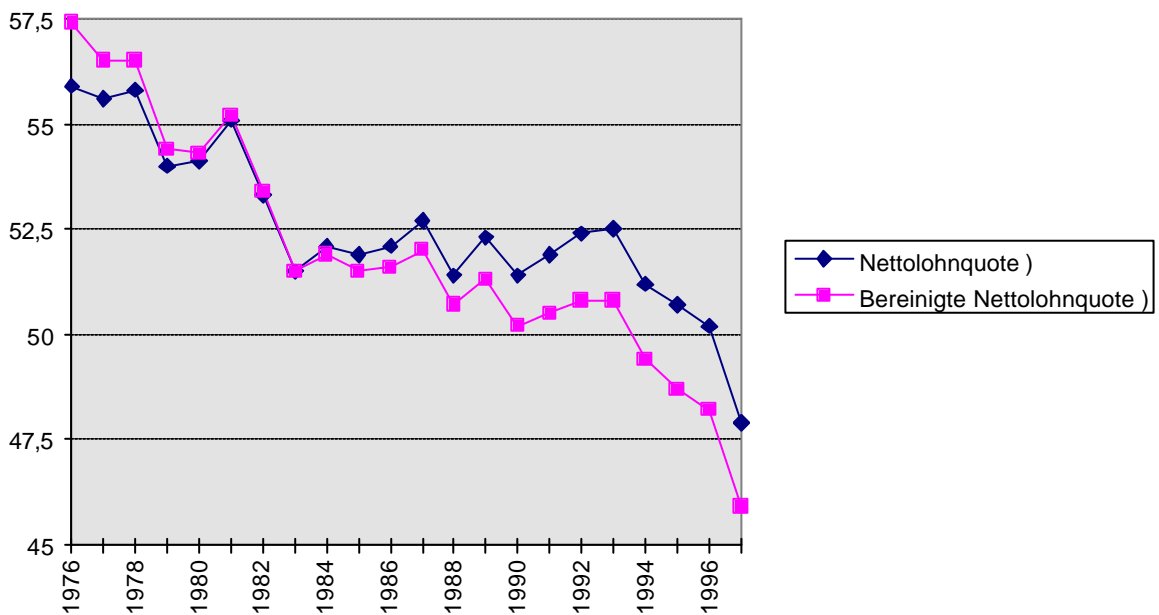
Die Folge der EU-Erweiterung bei fortgesetztem ungleichen Austausch: die wachsende soziale Kluft in Westeuropa

Es ist keine Frage, dass ein derart strukturierter **Erweiterungsprozeß die soziale Kluft in den Zentren, den alten MS, erweitert**. Es ist keine Frage, dass für die Wirtschaftsseite der Erweiterungsprozeß bislang schon ein großes Geschäft war, und es erst recht noch werden wird. **Die Einkommensverteilung im Zentrum wird ungleicher**, wie etwa folgende österreichische Zeitreihe belegt:

Einkommensverteilung in Ö



Einkommensverteilung in Österreich



Quelle: eigene graphische Darstellung nach Daten BMSG VII.3 und WIFO

Jan Stankovsky vom WIFO schätzt, dass Österreich gegenüber den Oststaaten 1998 einen Handelsbilanzüberschuß von 31 Milliarden Schilling erreichte, dass durch die Ostöffnung von 1989 bis 1996 - wie bereits erwähnt - 57.300 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden, ein Wachstumsgewinn von + 3,3% und ein Leistungsbilanzgewinn von plus 0,7% per BIP zu verzeichnen war, die Direktinvestitionen von 1990 (5 Milliarden

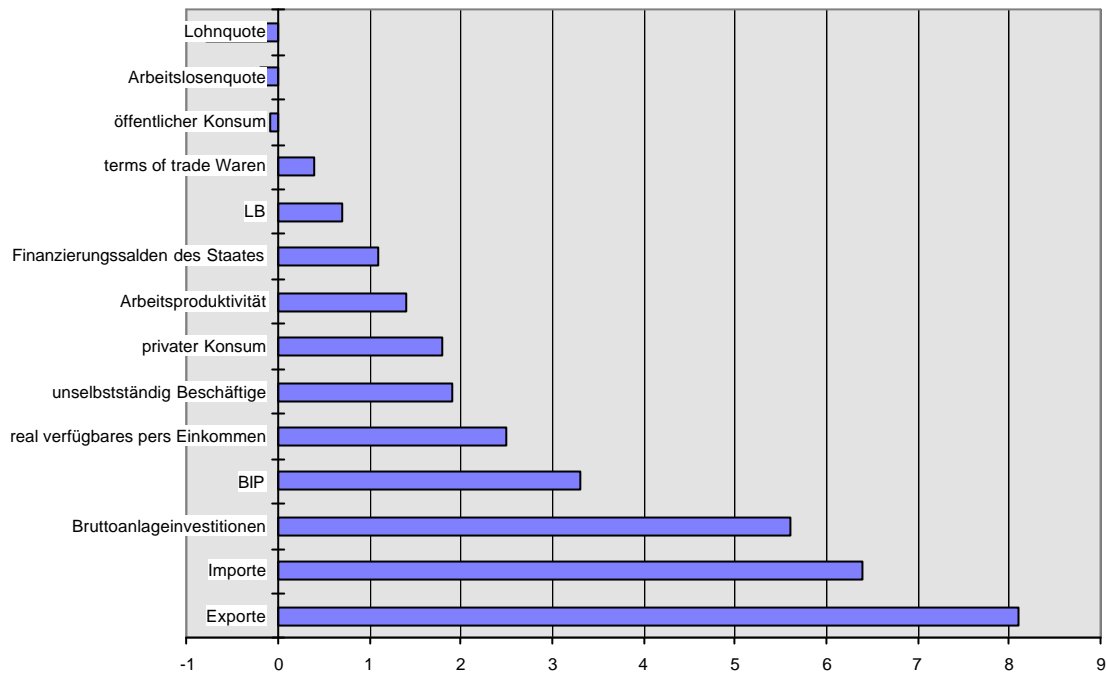
öS) in nur wenigen Jahren auf 48,4 Milliarden Schilling 1997 vervielfacht haben, und 1998 bereits 60 Milliarden öS erreicht haben dürften. Die Warenexporte Österreichs in die MOEL-BK verdoppelten sich praktisch im Zeitraum 1994-98 (WIFO-Datenbank-Ausdruck vom 30.11.1999). Die österreichische Leistungsbilanz mit den BK MOEL beträgt insgesamt + 37 Milliarden öS und teilt sich laut WIFO Monatsberichte 11/1998 u.a. in folgende Posten auf:

Warenhandel	17090
Transithandel	12298
nicht aufteilbare Leistungen	8008
sonstige DL, Regierung	3903
Kapitalerträge	3753
Transport	2651
kommerzielle DL	-265
Transfers	-566
Faktoreinkommen	-1239
Reiseverkehr	-6819

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus WIFO Monatsberichte 11/1998 (Programm: Sortieren nach EXCEL)

Dies ist die eine Seite des Erweiterungsprozesses.

Freilich zeigen die Analysen des WIFO auch, in welche Richtung **die Osterweiterung die Gesellschaft in Österreich veränderte**. Die in zumeist in %-Punkten angegebenen Differenzen zwischen den Simulationsergebnissen über die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Ostöffnung 1989-1997 und der WIFO-Basislösung für Österreich (Basislösung = Modellrechnung für eine hypothetische Situation, in der das Jahr 1989 und der Fall der Mauer nicht passiert wäre) sind wie folgt:



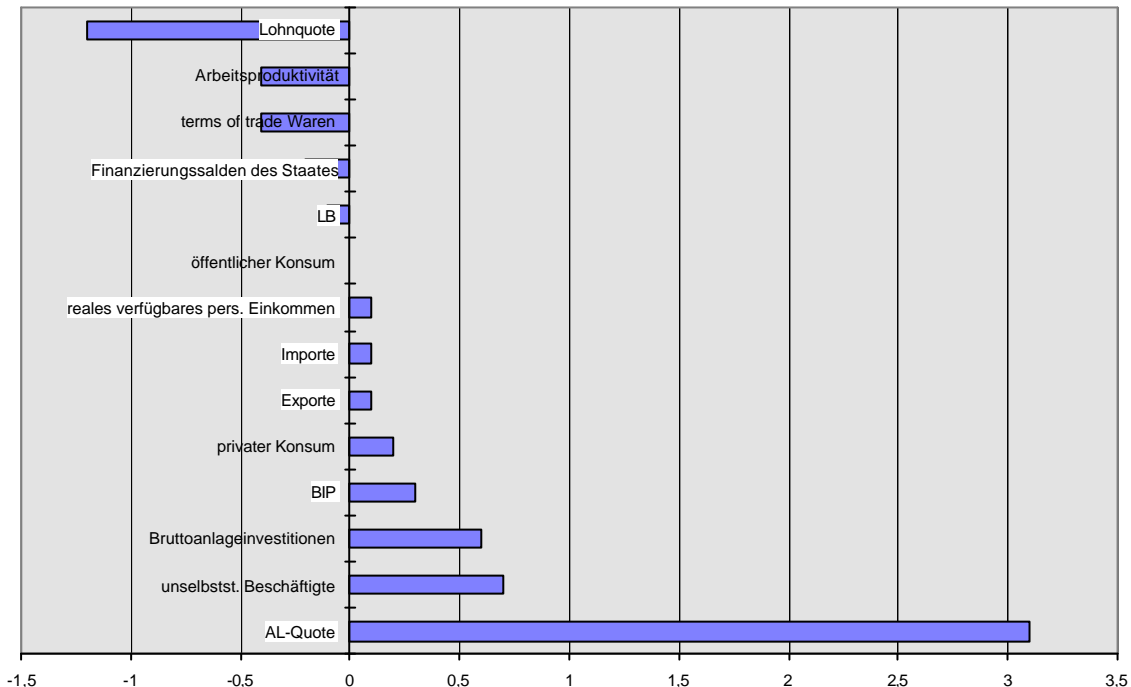
Exporte	8,1
Importe	6,4
Bruttoanlageinvestitionen	5,6
BIP	3,3
real verfügbares pers Einkommen	2,5
unselbstständig Beschäftigte	1,9
privater Konsum	1,8
Arbeitsproduktivität	1,4
Finanzierungssalden des Staates	1,1
LB	0,7
<i>terms of trade</i> Waren	0,4
öffentlicher Konsum	-0,1
Arbeitslosenquote	-0,2
Lohnquote	-0,8

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus WIFO Monatsberichte 11/1998 (Programm: Sortieren nach EXCEL)

Mit anderen Worten - natürlich brachte die Osterweiterung bislang den großen Unternehmern ungleich **mehr Gewinnchancen** als etwa **dem öffentlichen Konsum oder der Lohnquote**, die allesamt sich langsamer entwickelten als sie ohne Ostöffnung dies getan hätten.

Die Wirtschaftsforscher (vgl. Huber, 1999) sind heute schon so weit, dass sie sogar die **wirtschaftlichen Effekte der Migration nach der Ostöffnung auf diverse Aggregate** abschätzen können. Die Ergebnisse bestätigen erneut die oben bereits getroffenen Aussagen und zeigen, dass die **Ängste des Faktors Arbeit in Wirklichkeit die Ängs-**

te des Faktors Arbeit im schärfer gewordenen Verteilungskampf sind, wie folgende Aufstellung über die Beeinflussung der makroökonomischen Aggregate durch die Migration seit 1989 in Österreich zeigt:



AL-Quote	3,1
unselbstst. Beschäftigte	0,7
Bruttoanlageinvestitionen	0,6
BIP	0,3
privater Konsum	0,2
Exporte	0,1
Importe	0,1
reales verfügbares pers. Einkommen	0,1
öffentlicher Konsum	0
LB	-0,1
Finanzierungssalden des Staates	-0,2
terms of trade Waren	-0,4
Arbeitsproduktivität	-0,4
Lohnquote	-1,2

Quelle: eigene Zusammenstellungen aus WIFO Monatsberichte 11/1998 (Programm: Sortieren nach EXCEL)

Es nützt wenig, an die Toleranz und an das Verständnis der Arbeitnehmer in Österreich zu appellieren - die Effekte der Osterweiterung haben den Produktionsfaktor Kapital gestärkt, und nicht den Faktor Arbeit, sie haben die gesellschaftlichen Gräben in Österreich weiter werden lassen, sie sind das sichtbars-

te Zeichen des auch in Österreich rasant fortschreitenden Globalisierungsprozesses.

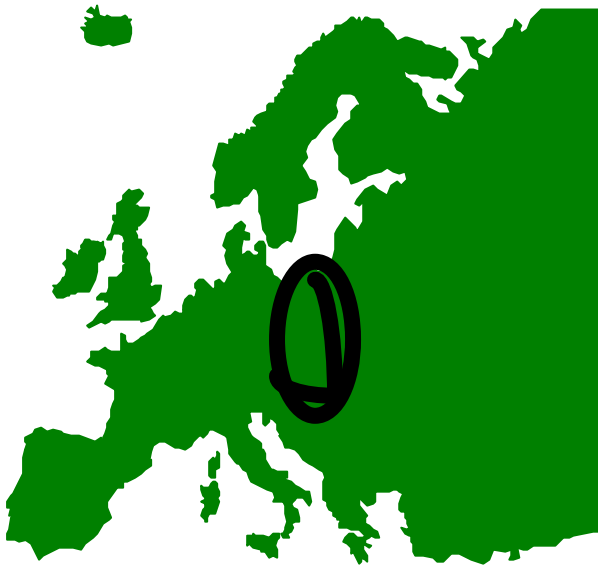
Die vom österreichischen Kapital in Osteuropa beschäftigte Arbeitskraft nahm von 10.800 im Jahre 1990 auf 85.400 Personen im Jahre 1996 zu; in den Konzernzentralen dieses österreichischen Aktivsegments der Osterweiterung stieg die Beschäftigung von 70.800 auf 190.400. Die Effekte des Erweiterungsprozesses auf die Einkommensverteilung in Österreich können nur erahnt werden - die *net earnings from profits and property* sind nun in Österreich 29.4% des Volkseinkommens, während der Anteil der Nettolöhne und Gehälter - wie oben gezeigt - sank.

Auch eine rezente ökonomometrische Modellrechnung von **Keuschnigg** und **Kohler** bestätigt kritischen Annahmen bezüglich der **Verteilungswirkungen** eines **verschärften Migrationsdrucks**, die wir bereits in dieser Studie an mehreren Stellen erwähnt haben - sowohl im Hinblick auf ökonomometrische Modelle als im Hinblick auf Querschnittsuntersuchungen in den Traditionen der Weltsystemanalysen. Die Studie basiert auf einem Modell von 29 Sektoren der Wirtschaft; sie wurde im Kontext der Finanzierungsfrage der Erweiterung verfaßt und kommt hier zu einem für Österreich eindeutig positiven Ergebnis. Durch höheres Wirtschaftswachstum, steigende Steuereinnahmen und einem *Boom* in einzelnen Branchen (Fahrzeuge, Elektronik, Bekleidung), dem allerdings die Schwierigkeiten im Bereich Landwirtschaft, Lebensmittel und Bergbau gegenüberstehen werden, wird sich die Erweiterung praktisch selbst finanzieren. Bezüglich der Migration wird folgende Ausgangsannahme gemacht: 7 Jahre Übergangsfristen ab Vollbeitritt; 30.000 Einwanderer pro Jahr, eine Zahl, die allerdings bis zum Jahr 18 nach Beitritt linear abnehmen wird. **Die Lohnrate für die ausgebildete Arbeitskraft wird um 2.4% in der langen Periode steigen, die der unausgebildeten Arbeitskräfte allerdings um 4.6% fallen.**

Auch in regionalpolitischer Hinsicht bestätigt sich durchaus das differenzierte Bild, das in dieser Studie zu entwerfen versucht wurde. In einer bemerkenswerten Studie über die Auswirkungen der **EU-Osterweiterung auf die Grenzgebiete der Steiermark** - bemerkenswert deshalb, weil sie im Gegensatz zu zahlreichen Erweiterungsstudien einen regionalpolitischen Focus hat - kommen **Barwinek** und **Kirisits** (1998) zu Ergebnissen, die teils im Einklang mit den Hypothesen des WIFO (vgl. oben) stehen. Im Bereich der **arbeitsbezogenen Dienstleistungen** befürchtet die Studie zwar bei Vollbeitritt ohne entsprechende Fristen eine sozialpolitische Gefährdung der Grenzregion, zeigt aber auf, dass bei einer vernünftigen Anpassungsstrategie durch den Erweiterungsprozeß beträchtliche positive Konsequenzen im Bereich **Tourismus** zu erwarten sind. Durch die **permanente Migration** wird es zwar **nicht zu radikalen Umwälzungen** im Grenzland kommen - wenn überhaupt, wird die Landeshauptstadt **Graz** viel stärker betroffen sein - aber **die Arbeitsmarktstrukturen werden sich weiterhin zu Ungunsten der niedrig qualifizierten Arbeitskräfte verschieben**. Bei sofortiger Freizügigkeit werden pro Jahr aus Slowenien 4.480 zusätzliche Pendler nach ganz Österreich kommen, aus Ungarn werden es 4.400 sein. Die Studie zeigt, dass die **Beschäftigungsproblematik** im Gefolge der **Ostöffnung** in der **Steiermark** gar nicht in den **Grenzgebieten** auftauchte - die sich teils sehr erfreulich **dynamisieren** konnten - sondern in der **Obersteiermark**. Mit **+ 14.8% Beschäftigungswachstum** liegt das steiri-

sche Grenzland 1989 bis 1997 in der Beschäftigungsentwicklung **weit über den Werten Gesamtösterreichs** (+ 6.3%) und der Steiermark (+ 6.8%).

Die Aussagen der steirischen Studie werden nun in einer Studie des *WIIW*, die gemeinsam mit *Economic Growth Institute* in **Budapest** erstellt wurde, bestätigt (WIIW/EcoGI, 1999). Im Unterschied zu Slowenien, wo die Grenzgebiete eher zum 'Hinterland' der bisherigen Entwicklung gehörten, ist der Raum Westungarn Teil des von den Regionalökonomern bereits als **'Wachstumsboomerang'** bezeichneten Gebiets, das von Danzig an der Ostseeküste und Wroclaw in Polen über Prag nach Wien, Bratislava reicht und im Gebiet von Győr endet.



Quelle: symbolisierte Darstellung aus WIIW/EcoGI, 1999, Teil II, Seite 24. Wichtig ist der Hinweis, dass östlich und südlich des **'Boomerangs'** die weniger dynamischen Zonen der Transformation liegen

Die Studie greift auf die bestehenden regionalwirtschaftlichen Datenbanken in Ungarn und Österreich zurück und zeigt, dass bei nicht-EU-Erweiterung das mittlere und südliche Burgenland, dessen regionales **Prokopfeinkommen** derzeit nur **55% des österreichischen Durchschnitts ausmacht, noch mehr zurückfallen könnte. Im ungarischen Teil des Boomerangs werden die niedrigsten Arbeitslosenraten des Landes verzeichnet. Während im mittleren und südlichen Burgenland AL-Raten von über 9% im Jahr 1998 registriert wurden, lag die AL-Rate in Westungarn im gleichen Zeitraum bei unter 6%. Die industriellen Investitionen pro Kopf liegen mit 493 \$ pro Jahr schon über dem Wert von Wien (446 \$); der Einkommensrückstand (Ö = 100; regionales Prokopfeinkommen laut WIFO) beträgt in einigen Ostregionen Österreichs gegenüber dem Ö Durchschnitt wie folgt:**

Wien Umland Nord	76.4
Nordburgenland	73.6
Mittelburgenland	53.5
Südburgenland	52.9

während der Raum Győr-Ménfőcsanak-Sopron gegenüber dem ungarischen Schnitt ein um 10.1% höheres Prokopfeinkommen aufweist. Die Studie kommt - angesichts der glaubwürdigen Prognose, wonach selbst der Lohn nach laufendem Wechselkurs in Westungarn im Jahr 2010 mindestens 49% des österreichischen Wertes erreichen wird, zu äußerst optimistischen Prognosen der zu erwartenden Migrationsströme. Wenn es in **Ungarn** ein **Entwicklungsproblem** mit **hohen AL- und Kriminalitätsraten** gibt, dann ist es **Ostungarn**, und nicht **Westungarn**; ja, es kann sogar davon ausgegangen werden, dass die Vernetzung Westungarns in die EU zu einer **Dynamisierung des gesamten Wirtschaftsraumes**, incl. das mittlere und südliche Burgenland, führen werde.

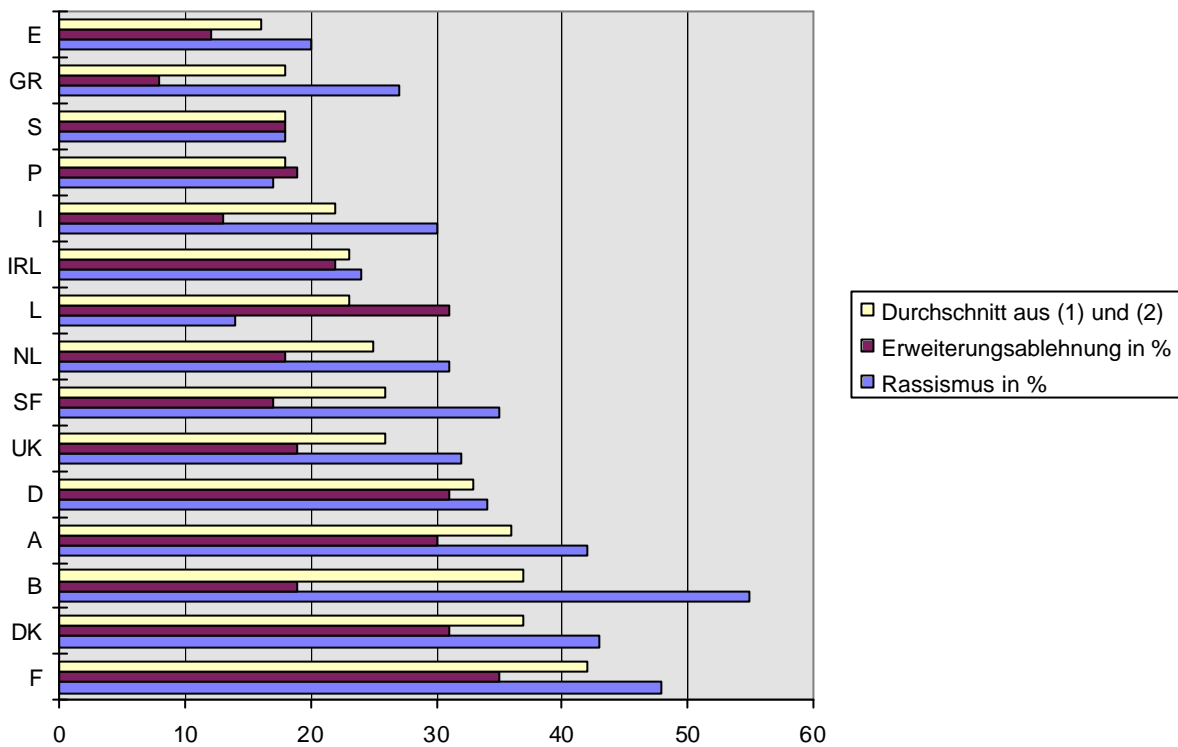
In diesem Kontext sollte auch die jüngste, im Anhang angeführte Tabelle über das regionale BIP in den MOEL-BK aus der Studie der EK über die Regionaleinkommen in Europa angeführt werden. **Bratislava** liegt bereits bei **99% des EU-Durchschnitts**; und **Bratislava** gilt gemeinhin als der für die **Pendlermigration** nach Österreich **entscheidende Ballungsraum** (vgl. Anhang dieser Studie, MOEL-Daten, Regionaleinkommen).

Hausaufgaben und Ängste: der Rassismus und die Ablehnung des Erweiterungsprozesses sind Teil der Strukturen des ungleichen Austausches

Rassismus - hier einzig definiert im Sinne der einschlägigen Umfragen von *Eurobarometer* - und Erweiterungsablehnung sind leider, soziologisch gesehen, zwei Seiten von ein und der gleichen Medaille. Das Antlitz des Rassismus in Europa ist bekannt. Die *Eurobarometer*-Umfragen legen ihn immer wieder zu Tage und dokumentieren ihn mit Akribie. Die Daten zur Ablehnung der Erweiterung sind ebenso bekannt, und lauten im Vergleich:

	Rassismus in %	Erweiterungsablehnung in %
F	48	35
DK	43	31
D	34	31
LUX	14	31
Ö	42	30
IRL	24	22
B	55	19
P	17	19
GB	32	19
NL	31	18
S	18	18
FIN	35	17
I	30	13

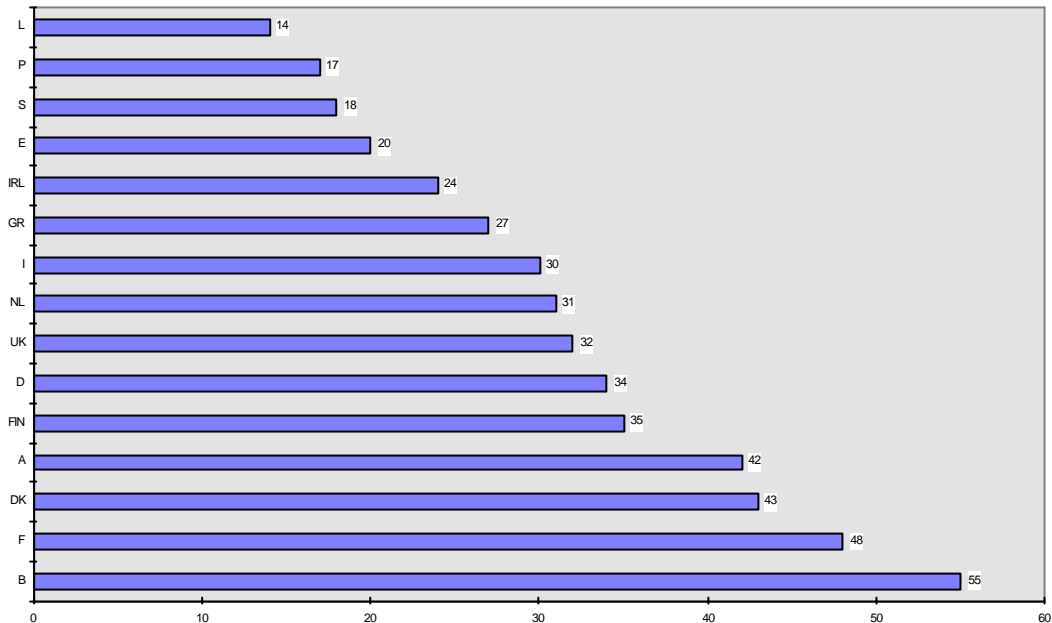
SP	20	12
GR	27	8



Quelle: Eurobarometer, 47.1, 1997, und GD X:
<http://europa.eu.int/en/comm/dg10/infcom/epo/eo/eo9/tables9/tab05.html>

Analytisch interessant ist aber auch, **warum einige Gesellschaften in Europa rassistischer sind als die anderen**, und warum sie - den Rassismus *ceteris paribus* - zur **Erweiterungsphobie** neigen:

Rassismus in Europa

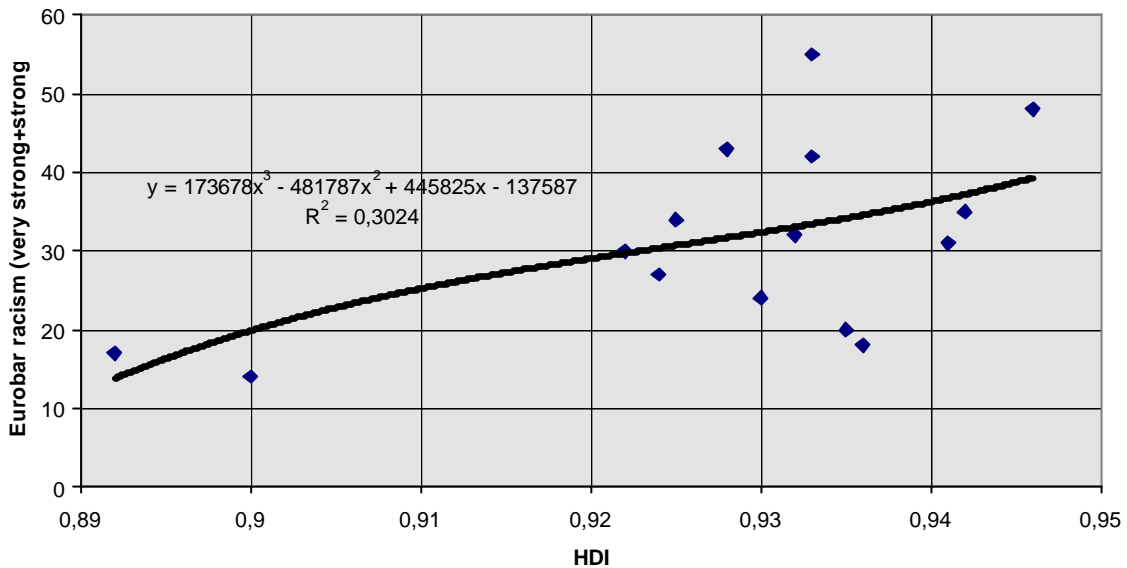


Legende: *Eurobarometer 47.1, 1997 (very strong or strong racism in %)*

Wäre der Rassismus nur Teil der Strukturen der ab 1939 in Europa bestehenden Unordnung der Gewalt (wie liberale Kritiker des österreichischen politischen Systems immer wieder nahelegen - der Rassismus in Europa wäre dann eine Folge der NS-Ideologie), hätten Staaten wie Dänemark nichts am oberen Ende der Skala verloren.

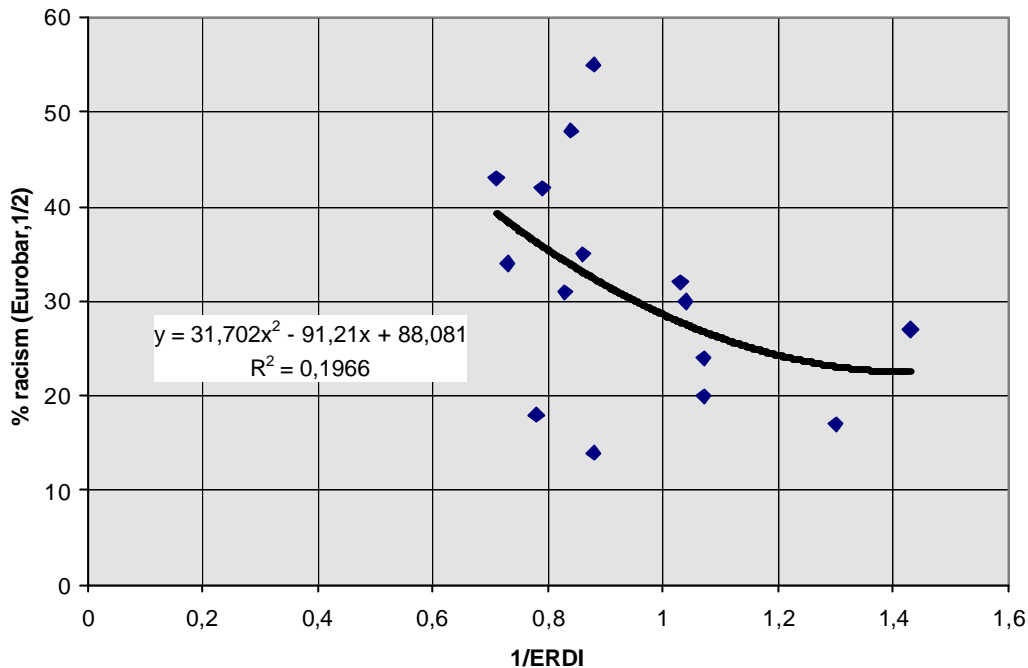
Zunächst kommt man bei bi-variater Analyse dieser Phänomene zu dem Ergebnis, dass heute Europas **reichere Staaten** weit mehr zum Rassismus tendieren als die armen Staaten des Kontinents:

Racism and Human Development in Europe



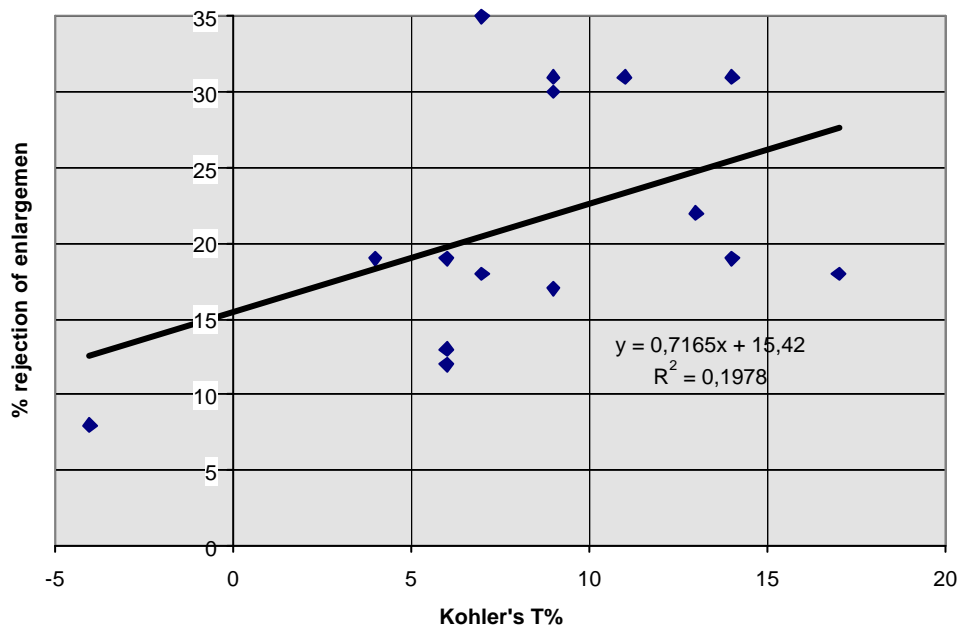
Legende: x-Achse UNDP Humanentwicklungsindex in EU-Staaten; y-Achse: Eurobarometer Umfrage 47.1 1997 - Rassismus und Xenophobie (% der Bevölkerung sehr stark oder stark rassistisch). Die Humanentwicklung, also das Entwicklungsniveau eines Landes in Europa, ist auf der x-Achse aufgetragen, auf der y-Achse der Rassismus nach *Eurobarometer*. Quelle: Köhler und Tausch, 2001

Wie sehr die baldige Erweiterung der Währungsunion bei Vollbeitritt der BK eine vorrangige Aufgabe wäre, zeigen nun die - verblüffenden - Ergebnisse über die Beziehungen von Gernot Köhler's Variablen zu den Phänomenen **Rassismus** und **Erweiterungsphobie**. In den **Gewinnernationen des ungleichen Austauschs** sind die rassistischen Vorurteile **weit mehr verbreitet als in den vor der Währungsunion vom ungleichen Austausch (1/ERDI) selbst betroffenen Staaten der EU**, wie folgende Graphik zeigt:



Legende: 1/ERDI (x-Achse) mißt die periphere Position eines Landes, das zu den Verlierern des ungleichen Austauschs zählt; die Zurückweisung der EU-Erweiterung befindet sich auf der y-Achse. Quelle: Köhler und Tausch, 2001

Gernot Köhler's oben vorgestellte T-Skala (Gewinn oder Verlust vom ungleichen Austausch als % des BSP) ist dazu geeignet, die **Ablehnung des Erweiterungsprozesses in Europa** zu erklären:



Legende: Köhler's T%-Skala: Gewinne aus dem ungleichen Austausch in % des BSP (x-Achse); Zurückweisung der EU-Erweiterung (y-Achse). Quelle: Köhler und Tausch, 2001

In der **multivariaten Analyse** - Köhlers Daten reflektieren das Europa vor der Einführung des EURO - zeigt sich, dass - unter Konstanthaltung des erreichten Entwicklungsniveaus - **Köhler's Skala des ungleichen Austauschs weiterhin einen robusten Prädiktor des Rassismus in Europa liefert**. Das sich herauskristallisierende System in Europa neigt - unter den Privilegien des ungleichen Austausches - dazu, zu einer Art **Kastensystem** zu verkommen, das, getreu der klassischen neoliberalen Analyse Mancur Olsons, nichts anderes darstellt als die perfekte Verteilungskoalition (i.e. Koalition jener, die durch politischen Druck das erreichen, was sie auf einem Markt mit wirklich freier Konkurrenz 'normalerweise' nicht erreichen können). Die Vorurteile werden aufrecht erhalten, damit - wie im Kastensystem - die ungerechten Privilegien aus dem ungleichen Austausch aufrecht erhalten werden können. Die Lösung ist hier wiederum, bei der **Osterweiterung der europäischen Währungsunion** eine hochrangige Bedeutung zu geben:

Rassismus in Europa =

430,849298 (Koeffizient b)	0,26497935 (Koeffizient b)	-370,727249 (Konstante)
197,246654 (standard error)	0,57083956 (standard error)	182,388576
31,08 % (R² der gesamten Gleichung)		
2,70521537 (F)	12 (Freiheitsgrade)	

2,18431739	0,46419234	students t
Gewinne aus ungleichem Tausch	Humanentwicklung	
(Köhler's T-Skala)		

Bei gegebenem Rassismus bewirkt wiederum der **ungleiche Austausch** signifikant das 'Umschlagen' der schon gegebenen, **negativen Attituden in eine Erweiterungspublie, während die Verlierer des ungleichen Austauschs sich mit den BK solidarisieren. Länder mit einem hohen Humanentwicklungsindex haben - in der multivariaten Analyse - übrigens nicht wegen ihres hohen Entwicklungsniveaus, das sie verlieren könnten, sondern wegen ihrer Privilegien aus dem ungleichen Austausch Angst vor der Erweiterung:**

Erweiterungspublie in Europa =

-30,4619154 (Koeffizient b)	0,15151252 (Koeffizient b)	-274,846932 (Koeffizient b)	300,612772 (Konstante)
8,71427479 (standard error)	0,15848744 (standard error)	136,701281 (standard error)	
58,92 % (R² der gesamten Gleichung)			
5,2608564 (F)	11 (DF)		

-3,49563402	0,95599074	-2,01056588	student's t
UNDP HDI	racism	unequal (1/ERDI)	exchange constant

Die Positionsbestimmung, die über bislang vorgebrachte Argumente hinausgeht, sieht sich folgenden weiteren Argumenten gegenüber:

(i) österreichische Ängste über die Kosten der Erweiterung scheinen unbegründet zu sein. Kohler/Keuschnigg gehen davon aus, dass die Erweiterung den 15 EU-Staaten 0,113 % des BIP p.a. kosten wird. Im Gegenzug wird sich die Erweiterung positiv auf das Wachstum auswirken. Für Österreich ergibt selbst die kleine Erweiterung um CZ, EE, PL, H und SLO einen Netto-Gewinn von 0,5% des derzeitigen BSP

(ii) Österreich selbst muß ernsthafte Versuche unternehmen, das Budget zu konsolidieren, das Loch in der Handelsbilanz zu verbessern, und das *Targeting* der Sozialleistungen beginnen. Nur 37% der Sozialleistungen kommen dem untersten 1/5 der Bevölkerung zugute. Der EU-Schnitt liegt hier bei 51%. *'Bei uns kriegen alle viel. Österreich verteilt von der Mitte zur Mitte'* (E. Walterskirchen, WIFO). Selbst bei den reichsten 20% erhalten 43% der Österreicher lt. *Eurostat* Sozialleistungen

(iii) Österreich verliert in Osteuropa Marktanteile, und könnte sie durch das negative Image eines 'Mauerns' bei der Erweiterung weiter verlieren

(iv) zahlreiche derzeitige, negative Aspekte der EU-Integration Österreichs gehen auf strukturelle Aspekte der Agrarpolitik zurück. Trotzdem muß hier angemerkt werden, dass der Nettobeitrag Österreichs in die EU von 0.45% des BSP auf 0.31% des BSP sinken wird. Österreich könnte - bei weiterem 'Mauern' sehr bald auf internationaler Ebene daran erinnert werden, dass es durch seine eigene Politik, und nicht durch 'Mauern' seine sozialen Standards halten muß

Die Lehren der 'Köhler-Arrighi-Falle'. Übergangsfristen, soziale Sicherheit und die bisherigen Erweiterungen

Bei der Berechnung von notwendigen Übergangsfristen im Bereich der Migration gehen die meisten heute von der Walterskirchen/Dietz-Simulation aus. Dieser halten die Migrationsoptimisten die Erfahrung der **Süderweiterung** der EU in den 80-er Jahren entgegen (vgl. zur Dokumentation in der Beilage):

EU-Erweiterungsbefürchtungen auf beiden Seiten

Wien (ÖGB). Bei der EU-Erweiterung dürfe es die Freizügigkeit am Arbeitsmarkt erst dann geben, wenn die neuen EU-Länder mindestens 70 Prozent des Lohnniveaus der EU erreicht haben. Darüber waren sich sowohl ÖGB und EGB Präsident Fritz Verzetnitsch - als der Präsident des Tschechisch-Mährischen

Gewerkschaftsbundes, Richard Falbr, bei der ÖGB-Diskussion "EU-Erweiterung: Probleme und Chancen" heute, Donnerstag, in Wien einig.

"Eine EU-Erweiterung kann es nur geben, wenn für bestimmte Bereiche Übergangskriterien festgelegt werden. Wesentlich dabei sind die Kriterien für den Arbeitsmarkt. Ich gehe davon aus, dass der Arbeitsmarkt erst geöffnet werden kann, **wenn die heutigen Beitrittskriterien 70 bis 80 Prozent unseres Lohnniveaus erreicht haben**", legte sich Verzetnitsch fest. Falbr unterstützte diese Forderung und meinte: "Auch wir brauchen Übergangskriterien. Wir brauchen für manche Marktbereiche vorübergehenden Schutz".

Quelle: <http://www.oegb.or.at/>

Die **EU-Anrainer-Staaten des Mittelmeers** würden durch Anwendung des ÖGB-Kriteriums in arge Bedrängnis geraten. **Eigentlich könnten sie von der Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU ausgeschlossen werden, wenn eine 70%-Regel Teil des Acquis wird.**

Lohndifferentiale oder Einkommensdifferentiale allein bestimmen gar nicht das Migrationspotential, und es gibt zwar abnehmende Migrationstrends (in Funktion des Entwicklungsniveaus und in Funktion der langen Wellen der Weltkonjunktur), aber es gibt - kurzfristige - **Auf und Ab des Migrationsgeschehens in den kürzeren Konjunkturzyklen, die die Festlegung von Grenzwerten, ab deren Erreichung es keine Zuwanderung aus einem Land mehr gibt, praktisch unmöglich machen.** Darüber hinaus neigt die Weltökonomie gar nicht zu einem langfristigen Ausgleich der Löhne und Einkommen in der Peripherie und Semi-peripherie des Weltsystems, sondern zu einem zyklischen Auf-und Ab. Auch Österreich gerät derzeit - gegenüber den Zentren USA und BRD - in eine derartige relative Abwärtsbewegung, Österreich erlebt also die von Gernot Köhler und Giovanni Arrighi genau beschriebene 'Falle' - die 'Köhler-Arrighi-Falle'.

Zur Bewertung der 80%-Kriterien und die Hierarchie der Löhne in Westeuropa und in den westlichen Demokratien

In systematischerer Weise sollen nun zunächst die Löhne und Einkommen in der Peripherie mit dem Zentrum verglichen werden. Die **Löhne in Ostmitteleuropa** sind bekanntlich:

	Arbeitslosigkeit	Monatslöhne in US \$
Bulgarien	17,9	105
Tschechische Republik	8,8	578,9
Estland	5,9	300
Ungarn	6	270

Lettland	7,8	275,7
Litauen	12,6	284,5
Polen	15	465
Rumänien	10,5	130
Slowakei	17,9	246
Slowenien	11,9	870
Österreich	3,3	

Quelle: <http://www.bcemag.com/>

Damit hat aber z.B. **Portugal niedrigere Löhne als Slowenien**. Das amerikanische Außenamt sagt in seinen *Country Reports on Economic Policy*:

*'Minimum wage legislation covers full-time workers as well as rural workers and domestic employees ages 18 years and over. For 1998, the monthly minimum wage was approximately **\$336** and was generally enforced. Along with widespread rent controls, basic food and utility subsidies, and phased implementation of a minimum guaranteed income, the minimum wage affords a basic standard of living for a worker and family. According to the latest figures available, 9.2 percent of the workforce was receiving minimum wage and the **average monthly wage in Portugal was \$777.**'*

Die erste, weltweite Globalisierung vor dem Ersten Weltkrieg habe, so meinen Wirtschaftshistoriker, mehr als die Hälfte der wachsenden Unterschiede zwischen Arm und Reich in den entwickelten Nationen erklärt, die Technologie weitere 40%. In den armen Ländern habe die Globalisierung aber weniger als 25% des Absinkens der Ungleichheit erklärt, der technische Fortschritt aber mehr als 40%. **Die Migration habe die Ungleichheit in den reichen Ländern verstärkt**. Zu dieser Interpretation zählen etwa die Arbeiten von **Jeffrey Williamson** von der **Harvard University**. Dieser Aussage steht die These der **Weltsystemforschung nicht entgegen**, wonach - wie etwa **Giovanni Arrighi** formuliert - die Abstände zwischen Zentren und Peripherien **größtenteils konstant bleiben und lediglich zyklisch schwanken, mit oder ohne Migration**. Stimmt die These des Weltsystemansatzes, gibt es gar keinen Lohn- und Einkommensausgleich, und wenn der europäische Westen Lohn- und Einkommenskriterien erfüllt sehen will, bevor es zur Migrationsfreiheit kommt, sitzt die Peripherie 'in der Falle' (vgl. A. Tausch, <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/spar5.html>)

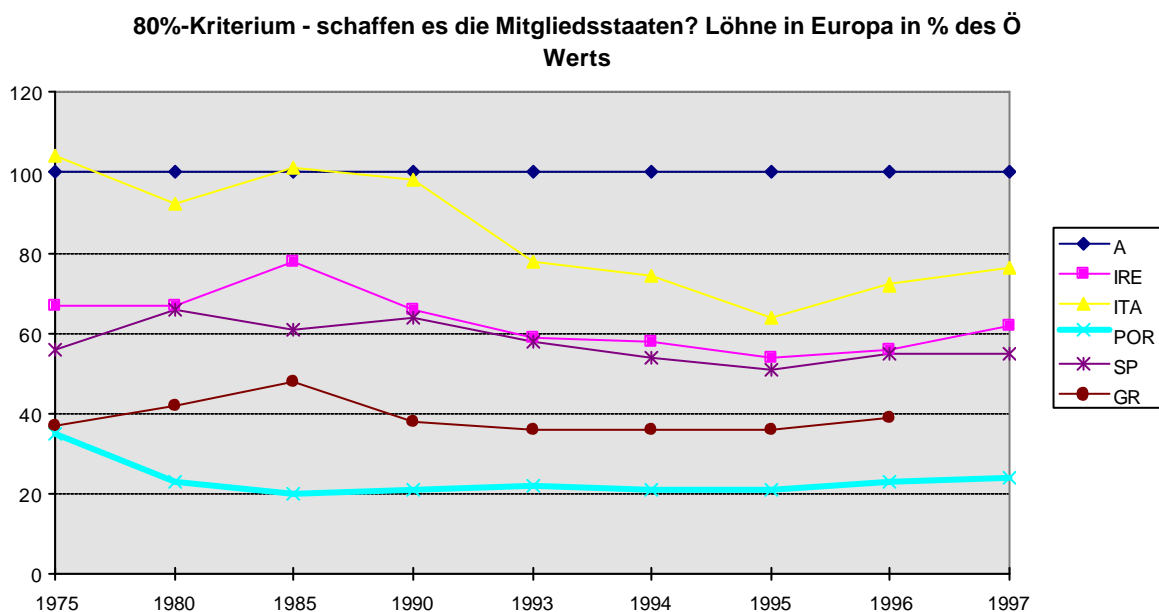
International gut vergleichbare Lohndaten sind eine Seltenheit. Für die Zwecke unserer Analyse verwenden wir **vier Datensätze** - den des **US Arbeitsministeriums** (Produktionsarbeiter in der verarbeitenden Industrie), den des **Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden** (Bruttoverdienste der Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe), den der **Bundswirtschaftskammer** und des **WIFO** in Wien (Arbeitskosten in der Industrie, Direktlöhne plus Lohnnebenkosten), sowie den der **EU-Kommission** (nominelle Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft). Die Datensätze sind **nicht streng miteinander vergleichbar**, und überdies messen die Datensätze 1 - 3 nur **Ausschnitte der Realität**.

Das **US-Arbeitsministerium** mit seiner Datenbank **BLS** - der umfassendsten international frei verfügbaren Lohn Datensammlung - stellt folgende Differenzen in den **Stundenlöhnen der Produktionsbeschäftigten in Industriebetrieben** weltweit fest.

Durch die Produktionsverlagerung, neue internationale Arbeitsteilung, und Globalisierung schlechthin hat die **europäische Peripherie - auf Kosten der alten europäischen Zentren - zwar etwas aufgeholt, aber der Vorsprung gegenüber Amerika, den die Europäer erreichten, schrumpft wieder, und ebenso fällt Japan wieder zurück**. Aus dieser Datenserie ergibt sich folgende Tabelle über die Löhne in europäischen Peripherieländern im Vergleich mit Österreich:

	Ö	IRL	I	P	SP	GR
1975	100	67	104	35	56	37
1980	100	67	92	23	66	42
1985	100	78	101	20	61	48
1990	100	66	98	21	64	38
1993	100	59	78	22	58	36
1994	100	58	74	21	54	36
1995	100	54	64	21	51	36
1996	100	56	72	23	55	39
1997	100	62	76	24	55	

Die Anwendung der Datenserie auf die im Eingangszitat wiedergegebene Forderung des ÖGB lautet:



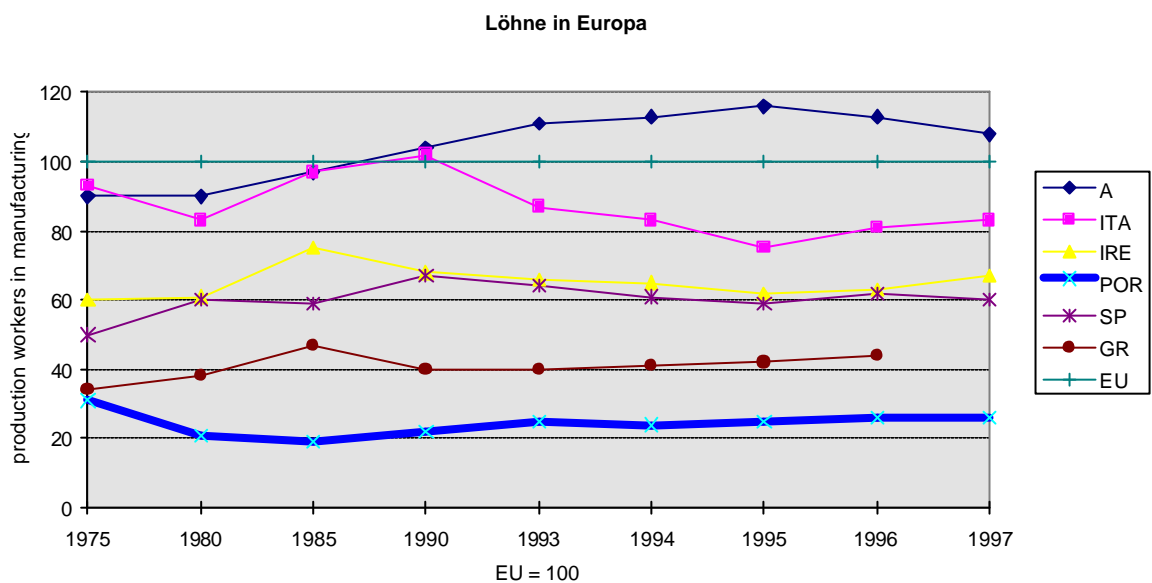
Quelle: eigene Berechnungen mit EXCEL aus den oben zitierten Daten des *US Dep of Labor*

Nicht nur gegenüber den USA, gegenüber dem EU-Schnitt schrumpft der österreichische Vorsprung. **In dieser Dynamik liegt vielleicht die tiefste Wurzel der gegebe-**

nen österreichischen Ängste gegenüber dem EU-Erweiterungsprozeß. Der Vergleich mit der EU lautet jedenfalls:

	Ö	I	IRL	P	SP	GR	EU
1975	90	93	60	31	50	34	100
1980	90	83	61	21	60	38	100
1985	97	97	75	19	59	47	100
1990	104	102	68	22	67	40	100
1993	111	87	66	25	64	40	100
1994	113	83	65	24	61	41	100
1995	116	75	62	25	59	42	100
1996	113	81	63	26	62	44	100
1997	108	83	67	26	60		100

In graphischer Form lautet die Darstellung wie folgt:



Quelle: siehe oben

Das **Statistische Bundesamt der BRD** hat in seinem *'Statistischem Jahrbuch/Teil 2 - Ausland'* einige weitere internationale **Kennziffern** zu den **Löhnen** in Europa publiziert, die die Thesen Köhler-Arrighis weiter bekräftigen und zusätzliche Fragezeichen hinter die Position des ÖGB in der derzeitigen Formulierung setzen. Die Bruttostundenverdienste der Arbeiter im verarbeitenden Gewerbe in DM betragen jeweils im Oktober in Europa:

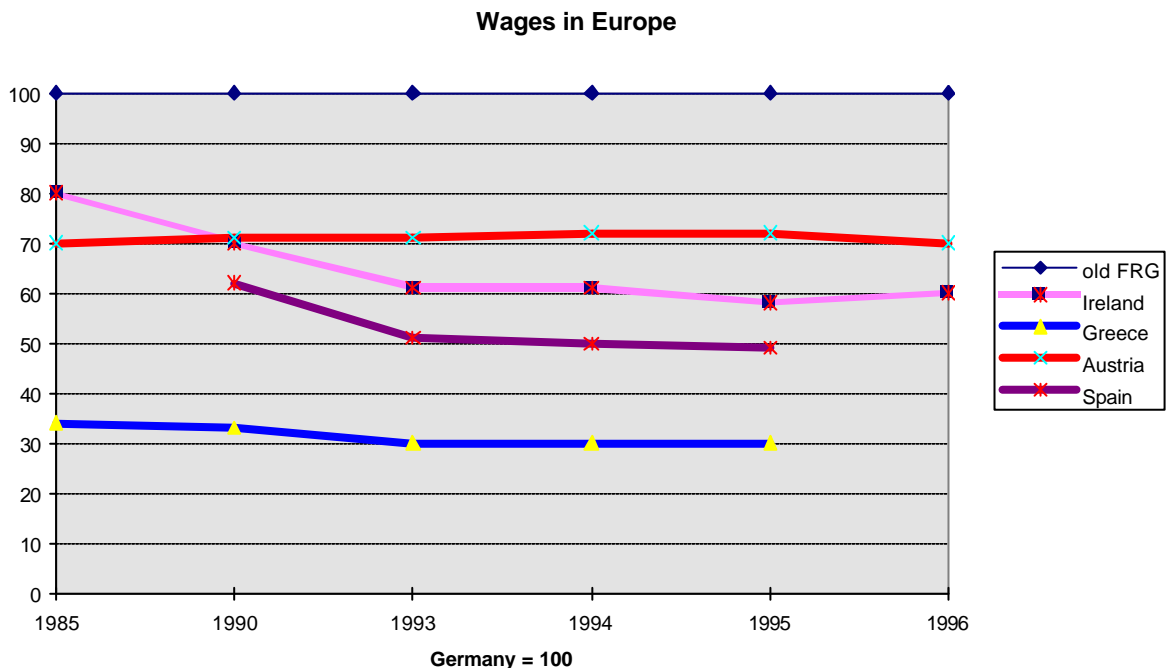
	D	IRL	GR	Ö	SP	P
1985	16,34	13,05	5,53	11,41		2,86
1990	20,43	14,36	6,82	14,52	12,73	3,73
1993	24,01	14,53	7,1	17,07	12,21	4,26
1994	24,75	15,07	7,47	17,8	12,37	4,53
1995	25,82	15,04	7,79	18,55	12,66	4,67
1996	26,47	16,01		18,45		

Quelle: zusammengestellt aus Stat. Bundesamt der BRD, 'Statistischem Jahrbuch/Teil 2 - Ausland'

Diese Datenreihe lässt sich unschwer in folgende Relativzahlen umwandeln:

	D	IRL	GR	Ö	SP	P
1985	100	80	34	70		18
1990	100	70	33	71	62	18
1993	100	61	30	71	51	18
1994	100	61	30	72	50	18
1995	100	58	30	72	49	18
1996	100	60		70		

Mit dem **Wiedererstarken des europäischen Zentrums Deutschland nach der Krise der Einigung fällt Österreich gegenüber Deutschland zurück** - und befindet sich in der 'Köhler-Arrighi-Falle' - gemeinsam mit zahlreichen anderen Peripherieregionen Europas (nur Irland scheint hier eine Ausnahme zu sein):



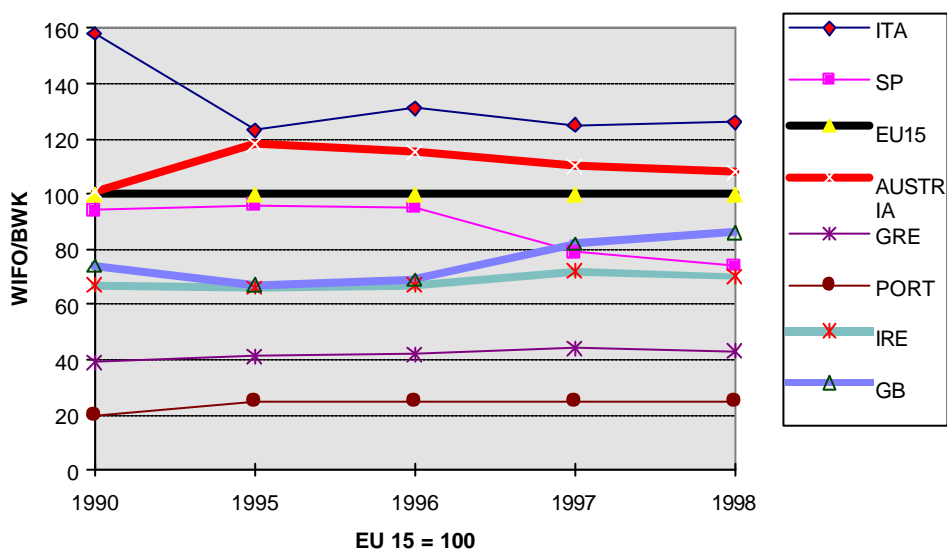
Quelle: eigene Berechnungen mit EXCEL 5.0 aus den Daten des stat. Bundesamts

Die Datenreihe zeigt sogar, dass **Österreich gegenüber der alten BRD im Hintertreffen** liegt und bei den Löhnen genau einen Abstand **von 100 zu 70 aufweist** - also erst jene eingeforderte Relation der MOEL zu den EU-Durchschnittslöhnen. Würde Österreich im Rahmen der EU auf einer 70%-80%-Regelung für die Erfüllung der Migrationsfreiheit beharren, liefe Österreich sogar Gefahr, all die Tausenden von Österreichern, die im Süden der BRD arbeiten, nach Hause zu schicken.

Die **Bundeswirtschaftskammer** der Republik Österreich geht von folgender Datenserie des WIFO über die **Arbeitskosten** (Kosten der Arbeitsstunde in der Industrie, Gesamtarbeitskosten - Direktlöhne plus Lohnnebenkosten) berechnet auf Schilling-Basis aus. In **Relativzahlen** ausgedrückt, ergibt dies folgenden Vergleich mit den Staaten mit niedrigeren Löhnen in Europa:

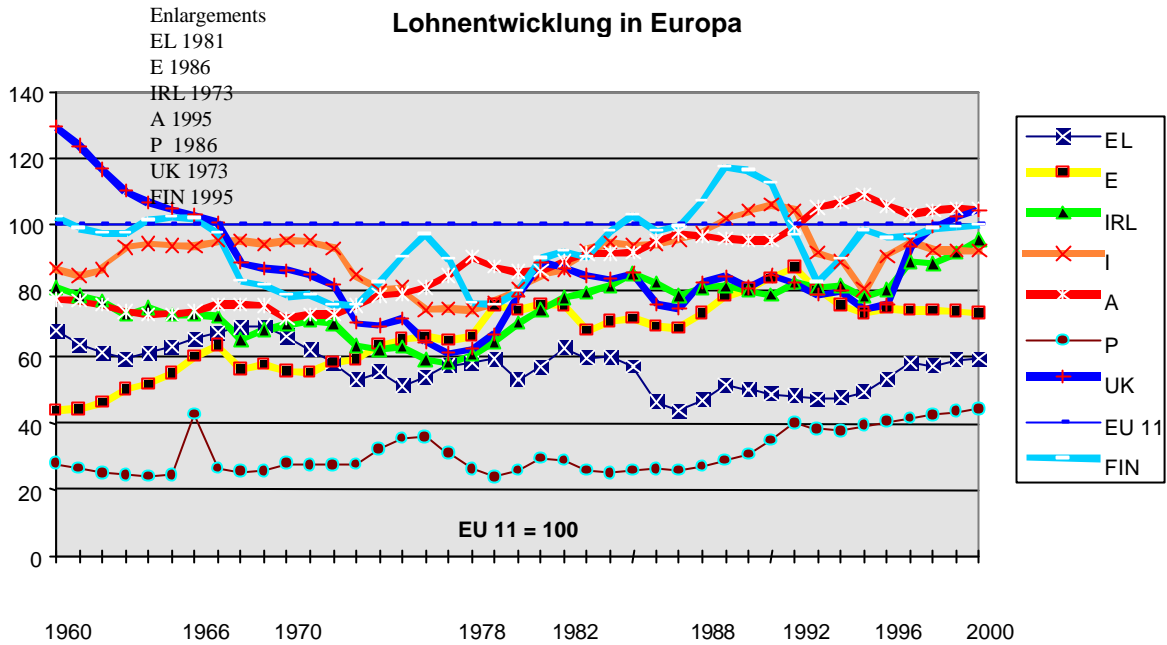
	I	SP	EU15	Ö	GR	P	IRL	GB
1990	158	94	100	101	39	20	67	74
1995	123	96	100	118	41	25	66	67
1996	131	95	100	115	42	25	67	69
1997	125	79	100	110	44	25	72	82
1998	126	74	100	108	43	25	70	86

Arbeitskosten in Europa

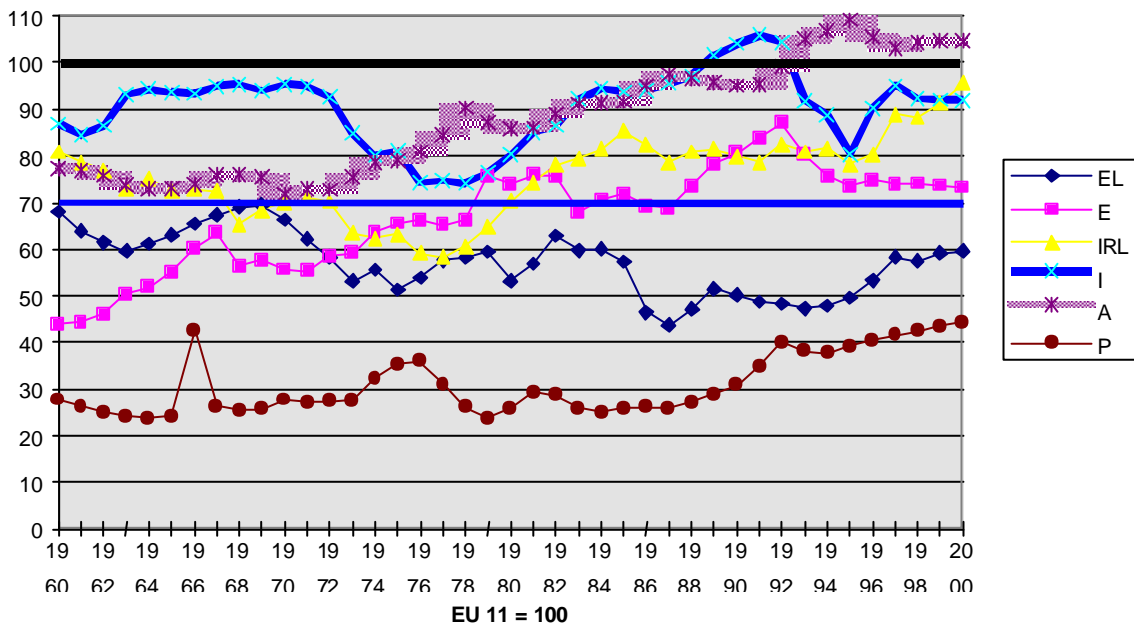


Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus der obigen Tabelle

Die **EK GD II** schließlich geht in ihrer Datenserie (AMECO GD II 5/10/1999) von folgenden Relationen der **nominellen Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft** (EU 11 = EU 15 minus DK, GR, S, GB) aus:



Österreich und der EU-Mezzogiorno

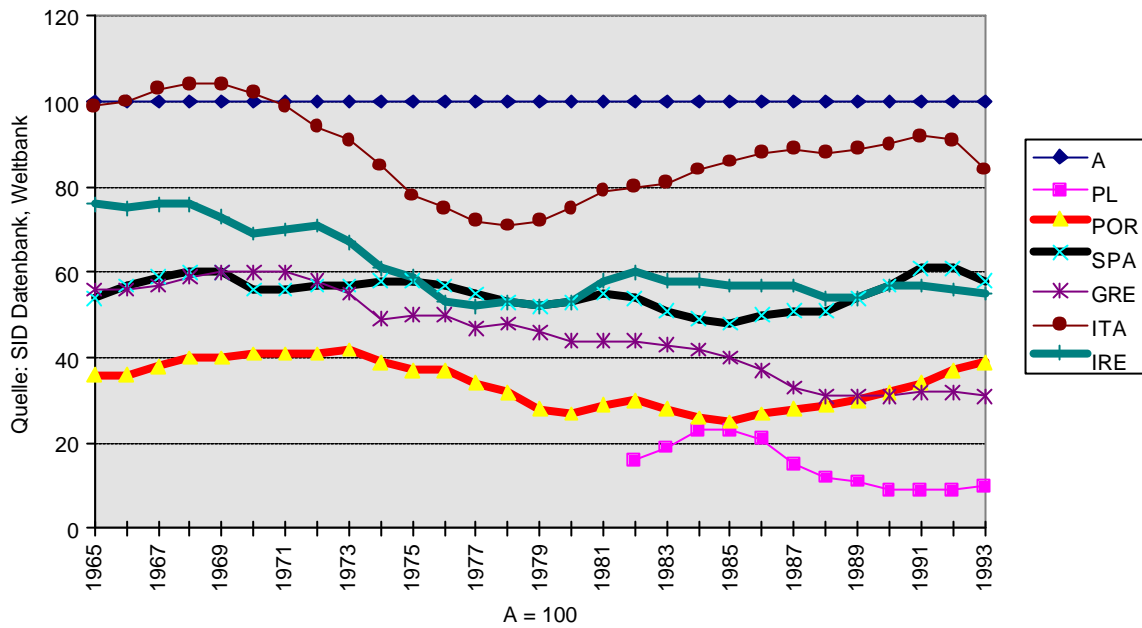


Quelle: eigene Berechnungen und Zusammenstellungen aus AMECO GD II, 5/10/1999, *Wage Developments, Statistical Dataset*- restricted internal document, GD II

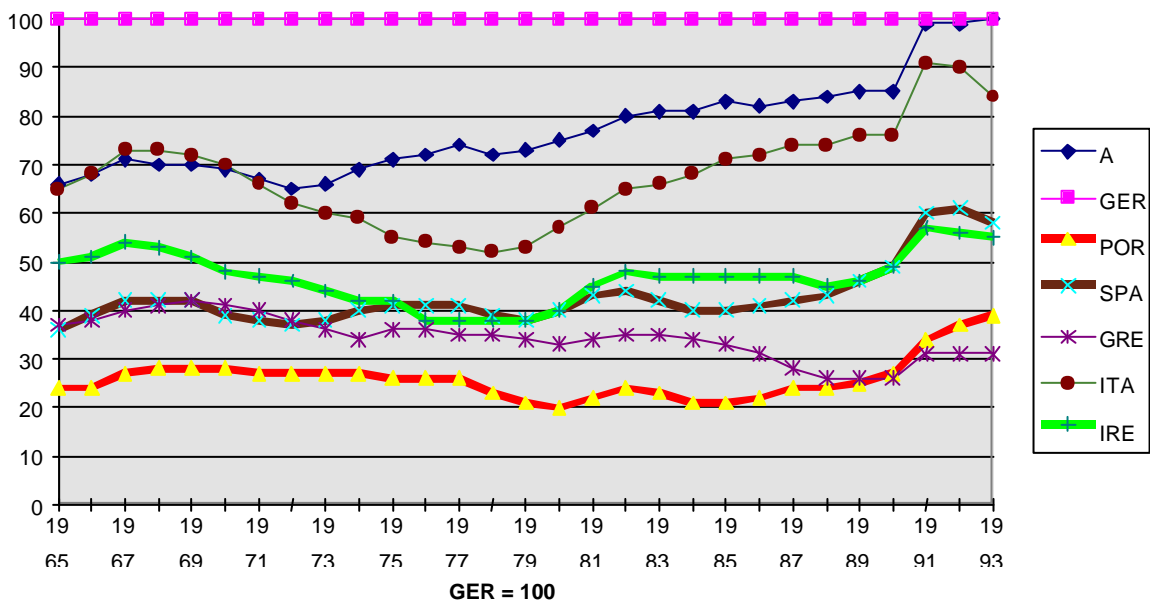
Daß die **'Köhler-Arrighi-Falle'** nicht nur bei den Löhnen, sondern bei den **Prokopfeinkommen** **wirksam** ist, zeigen die folgenden Datenserien zu den Prokopfeinkommen zu

laufenden Wechselkursen (GNP per capita in US \$) laut 'Social Indicators of Development', der analytischen Internet-Datenserie der Weltbank. Diese **Datenserien zeigen auf, dass Österreich noch in den 80-er Jahren einen beträchtlichen Abstand zum großen Nachbarn Deutschland aufwies:**

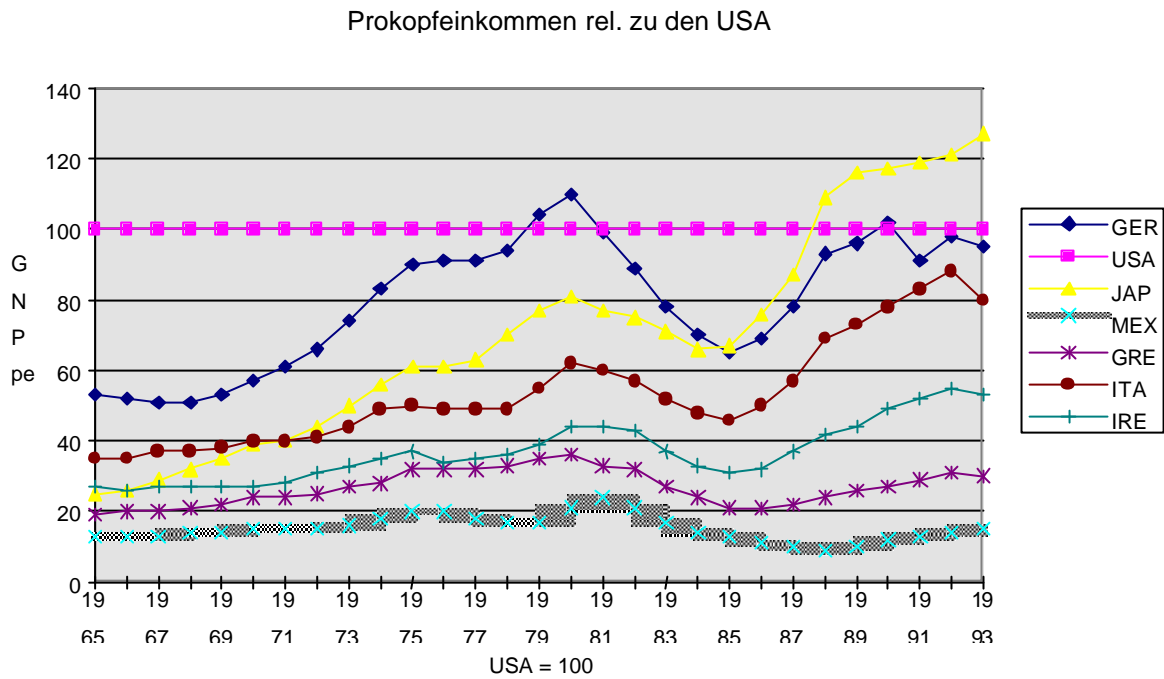
Prokopfeinkommen in Europa



BSP pro Kopf in Europa

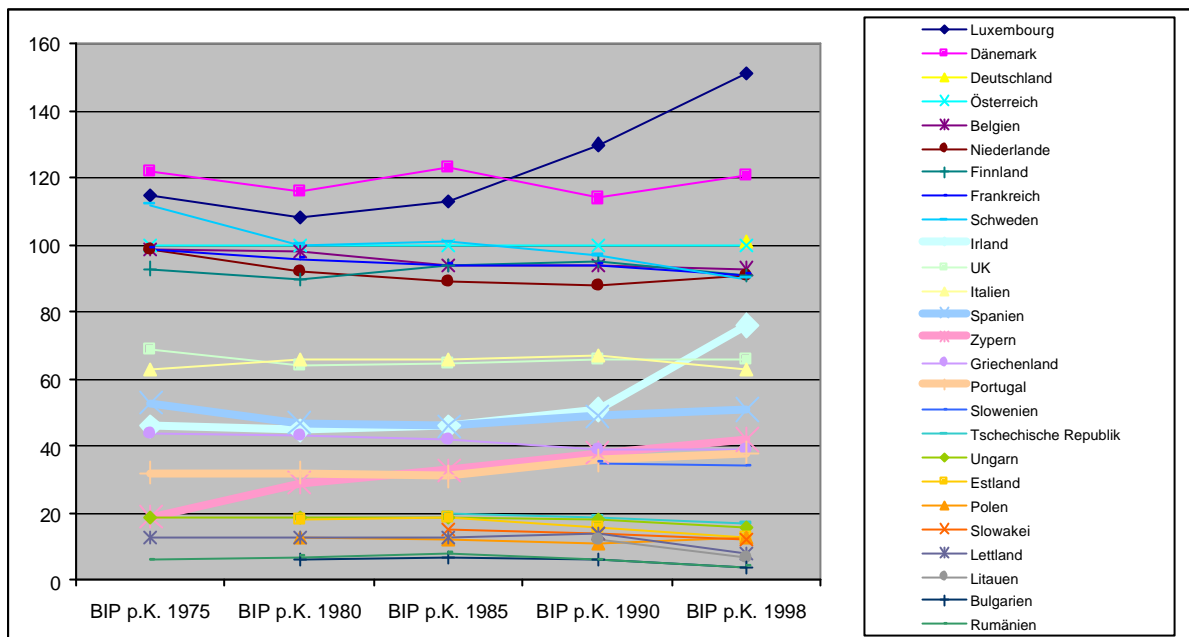


Arrighi ging so weit, zu behaupten, dass es letztlich **kaum Mobilität im internationalen System** gibt, und dass die **Drei-Schichten-Gesellschaft** (Zentren, Semi-Peripherien, Peripherien) sich ständig reproduziert; das Auf und Ab der internationalen Krisen sorgt dafür, dass den 'Unterschichten' im System stets erneut ihr Platz zugewiesen wird. Tatsächlich hat die lange Depression der 80-er Jahre in Lateinamerika und in der südeuropäischen Peripherie und Semi-peripherie die Fortschritte der 70-er Jahre zunichte gemacht:



Quelle: eigene Berechnungen aus der Datenserie der Weltbank, <http://www.ciesin.org/prod/charlotte>

Auch bei Vergleichen des Prokopfeinkommens in US \$ in Europa zeigt sich, wie restriktiv ein 70% - 80%-Kriterium werden könnte, denn der europäische Süden liegt heute noch unter 80% des BIP des EU-Durchschnitts. Lediglich Irland, Spanien, Zypern und Portugal erlebten in den letzten Jahren einen wirklichen Konvergenzprozeß:



Quelle: eigene Berechnungen, basierend auf der Datenserie des UNDP HDR 2000 über das BIP pro Kopf in realen 1995-er \$

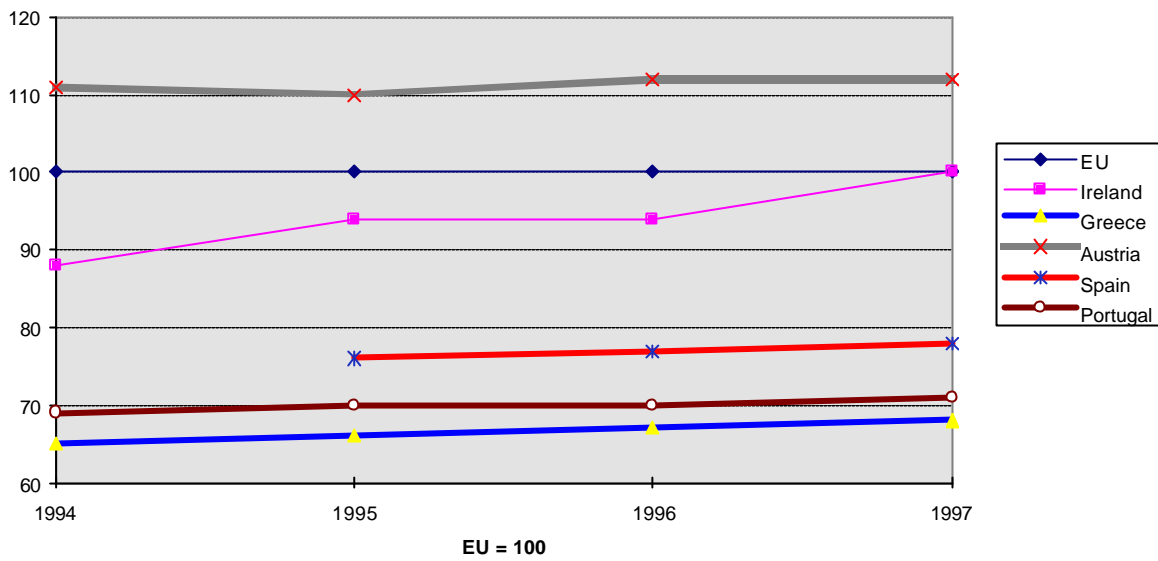
Auch für Osteuropa läßt sich ähnliches behaupten. **Auch bei Vergleichen der realen Kaufkraft in US \$** in Europa zeigt sich, wie restriktiv ein 70% - 80%-Kriterium werden könnte, denn der europäische Süden liegt heute noch unter 80% der Kaufkraft des EU-Durchschnitts:

BIP in realer Kaufkraft in Europa:

	EU	IRL	GR	Ö	SP	P
1994	18011	15934	11724	20039	13646	12508
1995	19042	17854	12613	21041	14521	13344
1996	19699	18484	13253	22129	15183	13816
1997	20546	20634	13912	23077	15990	14562

Quelle: OECD *National Accounts, Main Aggregates, Volume 1, 1960-1997*, zit. in BAK *Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch der Arbeiterkammer, 1999*

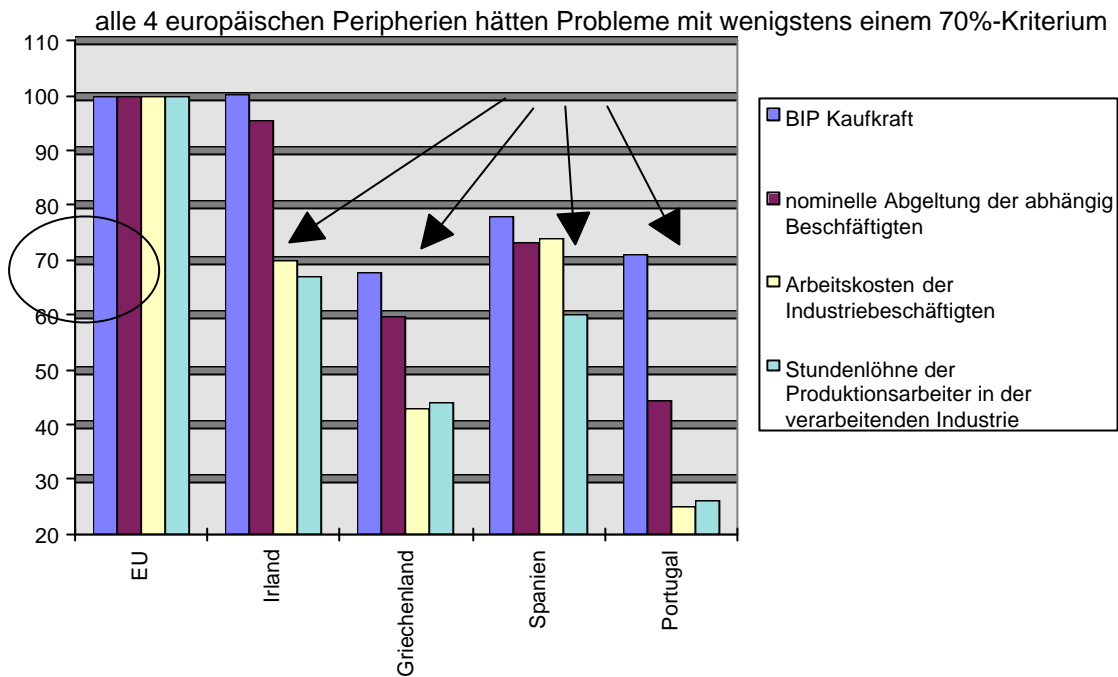
GDP in real purchasing power



Quelle: eigene Berechnungen mit EXCEL aus den Originaltabellen

Die Synopsis all dieser Datenserien lautet:

	BIP Kaufkraft	nomielle Abgeltung der abhängig Beschäftigten	Arbeitskosten der Industriebeschäftigten	Stundenlöhne der Pro- duktionsarbeiter in der verarbeitenden Indust- rie
EU	100	100	100	100
Irland	100,4	95,5	70	67
Griechenland	67,7	59,6	43	44
Spanien	77,8	73,2	74	60
P	70,9	44,4	25	26



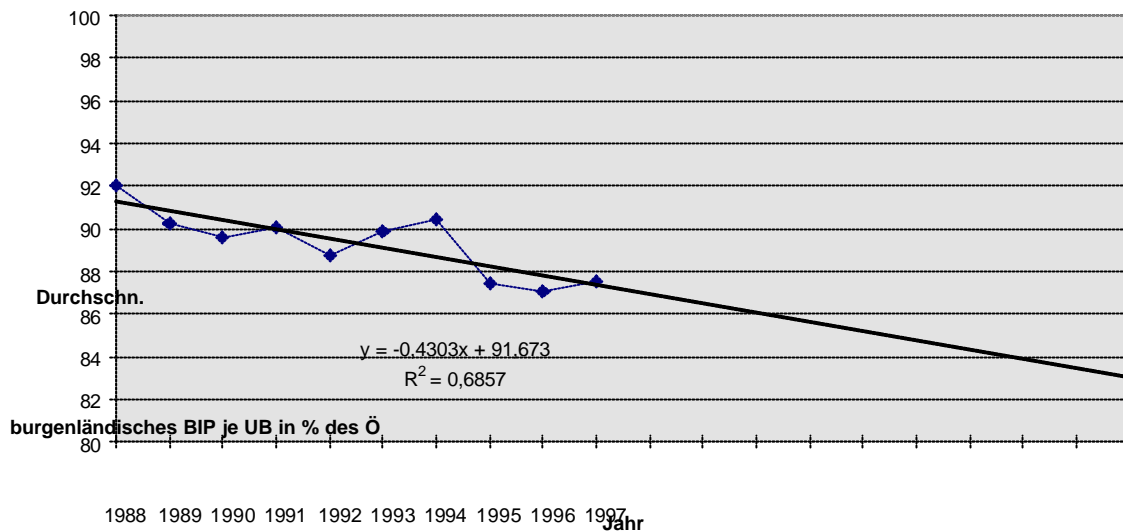
Quelle: eigene Berechnungen aus den oben angeführten Originaltabellen und Internet-Dateien

Irland, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal haben allesamt mindestens eines der hier operationalisierten '70% bis 80%-Kriterien' (etwa: Prokopfeinkommen oder Löhne im Bereich der verarbeitenden Industrie) gegenüber Österreich nicht erfüllt. Darüber hinaus gibt es in der Weltökonomie offensichtlich - wie bereits Gernot Köhler und Giovanni Arrighi vermuteten - keinen Aufholprozeß, sondern ein Auf und Ab der Peripherien entlang einer bestimmten Bandbreite des Aufholens und Zurückfallens.

Gegen ein 80%-Kriterium spricht auch die Tatsache, dass z.B. das Burgenland als ärmste Region Österreichs darunter liegt

Was spricht also gegen ein 70-80%-Kriterium? **Erstens** die Tatsache, dass noch heute der **mediterrane Süden Europas diese Kriterien nicht erfüllt**. **Zweitens** die Tatsache, dass die Migrationsprozesse aus dem Süden in den Norden trotz der weiter bestehenden Kluft der Löhne und Einkommen versiegt sind, und drittens die Tatsache, dass selbst in Österreich die schwach entwickelten Regionen Angst haben müssen, dieses restriktive Kriterium für die Erfüllung der Arbeitnehmerfreizügigkeit zu schaffen. **Einkommens-bezogene Beitrittskriterien sind in Brüssel also kaum durchsetzbar:**

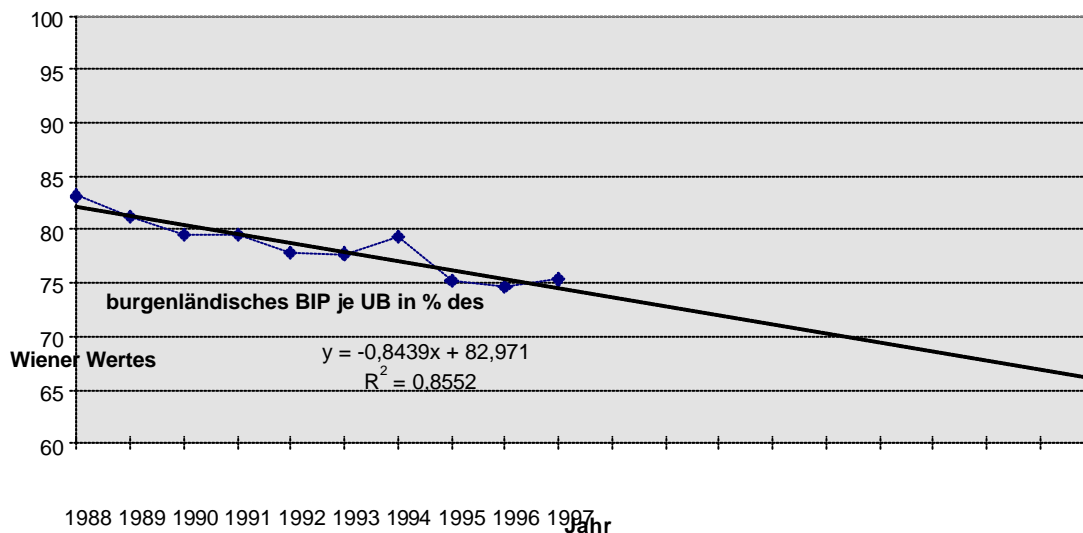
Burgenländische Regionaleinkommen in % des Ö-Wertes



Quelle: eigene Projektionen und Berechnungen lt. WIFO-Institut, Datenbank, BIP je unselbständig Beschäftigten in 1000 öS pro Bundesland und Österreich

Noch dramatischer sind die Zahlen, wenn man Wien und das Burgenland als Referenzwert verwendet:

Burgenländ. Regionaleinkommen in % des Wertes von Wien



Noch schlimmer für das Burgenland ist es, wenn man reine Lohnkriterien verwendet. Das Burgenland hätte keine Chance: die **Bruttoverdienste der in der Sachgüter-Produktion Beschäftigten plus Sonderzahlungen** machen im Burgenland heute nur noch **66.4%** des Referenz-Wertes von Wien aus, Tendenz fallend...

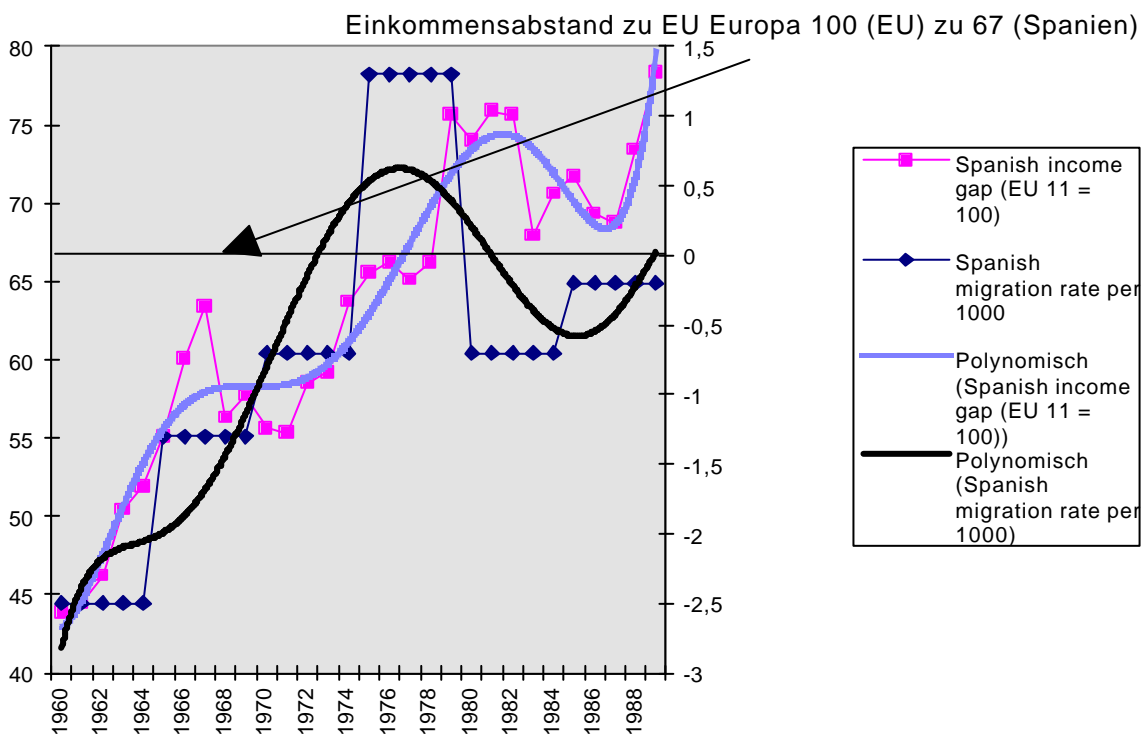
Londifferentiale, Konjunkturzyklus und Migration

Ein Ausweg aus der bisherigen Fixierung an **Lohndifferentialen** bei der Bestimmung der Migrationsschwellenwerte könnte sein, mehr als bisher den Humanentwicklungsinde-
 dex des UNDP als die ideale Kennziffer der sozialen Entwicklung zu berücksichtigen. Der Index kombiniert ja Realeinkommen, Bildung, und Lebenserwartung und ist daher weit multidimensionaler als die Daten zu Einkommen.

Migration ist ein **pro-zyklisch mit der kurzfristigen Weltkonjunktur schwankender Prozeß**, während der langfristige **Haupttrend antizyklisch mit den langen Wellensein dürfte**.

Mit den Wanderungsdaten aus Spanien, Portugal, Griechenland und Irland ab den 60-er Jahren können folgende Thesen festgehalten und entwickelt werden:

1) Es ist einfach falsch, zu behaupten, dass der **soziale Abstand Spaniens zur alten EU Anfang der 80er Jahre groß** war. Gemessen in UNDP HDI-Differentialen betrug er knapp über **6%**, der Abstand Polens zu Österreich war 1996 (dem letzten Meßjahr) auch nur **8,79%**. Der Abstand **verkleinert sich**, bei **guter Politik kann etwa Polen dieses Differential bald erreichen**. Auch im Vergleich mit dem Prokopfeinkommen zeigt sich, dass **Spanien schon bei einem Niveau von 70% des EU-Durchschnitts selbst ein Einwanderungsland wurde**:



Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus EK GD II (Einkommensdifferenz Spaniens zur EU 11, siehe oben; in unserer Graphik die linke Skala) sowie UN ECE (1994) (Migrationsrate, 5-Jahresdurchschnitte, rechte Skala)

2) Lateineuropa und Mediterran-Europa haben heute praktisch keine UNDP-HDI-Unterschiede mehr zu Zentraleuropa, deshalb, und nicht wegen irgendwelcher Lohndifferenziale, kommt es zu praktisch keiner Wanderung in der Migrations-liberalisierten EU. **Migranten bewerten nicht den Lohn, sondern den gesellschaftlichen Gewinn oder Verlust bei Wanderung**

3) **Massenmigrationsprozessen** wie in der Formation Mexico-USA, Portugal-Frankreich, Türkei-Deutschland (alle in den 60-er und 70-er Jahren) **lagen Differentiale von 30 UNDP-HDI-Prozentpunkte oder mehr zugrunde**. Ein solches Differential besteht heute von der EU mit Staaten wie der **Ukraine** oder dem **islamischen Mezzogiorno** des Mittelmeers

4) Es gibt interessante Unterschiede im Migrationsverhalten der seinerzeitigen Kandidaten. Spanien - **prozyklisch, Weltkonjunktur** erklärt 35.7% der spanischen Auswanderungsraten im Zeitverlauf; Griechenland - prozyklisch, Weltkonjunktur erklärt 27.4% der griechischen Auswanderungsraten; Portugal: prozyklisch; Weltkonjunktur erklärt 48.2% der portugiesischen Auswanderungsraten, alle Zeitreihen ab 1960.

5) Ab wann wird ein Staat selbst ein **Einwanderungsland**? **Spanien** - klare Tendenz dazu ab Mitte der 70-er Jahre, also ab **15%-HDI-Differential zu Deutschland**; **Griechenland** - bereits Mitte der 70-er Jahre, ab **32% HDI-Differential zu Deutschland**; aber die jüngst wieder wachsende HDI-Kluft zu den Zentren sorgt für eine zweite, aktuelle Welle der griechischen Auswanderung. **Irland** - gleicher Befund wie bei Griechenland (gemessen am Differential zu den wichtigsten Auswanderungsregionen irischer Migration, USA und GB), **Schwelle 16%**. Irland ist ab Mitte der 80-er Jahre Einwanderungsland. **Portugal - scheidet wegen der Revolutions- und Kriegereignisse in Angola. Mocambique, Timor für jeden methodisch sauberen Vergleich aus.**

6) Unsere optimistisch anmutende Aussage über einen **Migrations-Schwellenwert von UNDP-HDI-Index = 0,900** (Einschränkungen der kurzfristigen Schwankungen, siehe oben) findet in detaillierten Studien über die **polnische Regionalentwicklung** und Auswanderung eine Bestätigung (Köhler/Tausch, 2000). Ab HDI = 0,900 nimmt im Vergleich der polnischen Wojewodschaften die **Migrationskurve deutlich ab, und die jeweilige Region verwandelt sich in eine Einwanderungsregion**. Freilich wäre es - wiederum - falsch, anzunehmen - wie bereits für Spanien, Portugal, Irland und Griechenland gezeigt wurde - dass die Migrationstendenz mit der Erreichung eines Schwellenwertes **abrupt** abnimmt; auch im Falle Polens müßten wir mit **kurzfristig schwankenden Tendenzen** rechnen. Mit der **Umstrukturierung der Schwerindustrie** Arbeitskräfte werden **freigesetzt** werden

7) Wesentlich für den künftigen Erweiterungsprozeß wird die Fähigkeit der BK, die regionalen Differenzen in ihrem Inneren zu überbrücken, und Mechanismen zu schaffen, die Kohäsionsfonds rational zu verwalten. Eine polnische Detaillanalyse mit UNDP-Daten

hat gezeigt, dass die **regionalen Zentren in den letzten Jahren ihre Macht vergrößert haben, zu Lasten der umliegenden Regionen.** Während einige Regionen bald Anschluß an Europa finden werden, werden andere Regionen (wie etwa Biala Podlaska, Ciechanow, Chelm, Legnica, Lomsza, Piotrkow Tribunaliski, Plock, Siedlece, Slupsk, Tarnow und Samojski) noch längere Zeit (> 10 Jahre, gemessen von 1995 an) brauchen, um einen HDI von 0,950 - selbst bei Fortschreibung der hohen Wachstumsraten der letzten Jahre - zu erreichen. Hinzu kommt, dass in der derzeitigen Situation des Landes die Machthaber nicht die peripheren Regionen repräsentieren, in denen sich anonyme Protestbewegungen herausbilden, die gegen Brüssel gerichtet sind.

Eine letzte These betrifft den Trade-Off von sozialer Sicherheit und Migration:

8) Schließlich muß bei der Debatte der Übergangsfristen mehr als bisher der **Sozialversicherungsaspekt der Migrationsbewegungen** mit berücksichtigt werden. Loefelholz und Köpp haben in ihrer Studie über die ökonomischen Auswirkungen der Migration in der BRD festgestellt, dass bereits 1998 bis 1995 5,4 Millionen Menschen in die Bundesrepublik einwanderten; 2,7 Millionen waren Erwerbsalterspersonen, von denen 2/3 eine Beschäftigung fanden (1,9 Millionen). Die **Sozialbilanz der Einwanderer bei Steuern und Transfers; Sozialbeiträgen und Leistungen; Renten- und Krankenversicherungszahlungen sowie AL-Versicherung einerseits und den ausbezahlten Renten, AL-Geldern, Kinder- und Wohngeldern ergab insgesamt ein Plus von nicht weniger als 15 Milliarden DM für den deutschen Staat.**

Welche Leitlinien empfehlen sich daher für Übergangsfristen? *To play it safe* - dieses Argument würde durch eine faszinierende Tiefenstruktur-Studie polnischer Wissenschaftler im Auftrag der Vereinten Nationen (UN ECE, 1998) über die Migrationsneigung in vier sorgfältig gewählten polnischen Dörfern bestätigt, die sogar von einem praktisch ungebrochenen Trend zur legalen und illegalen Migration spricht. **Nach dieser Studie fließen ca. 5% des polnischen Migrationspotentials (legal und illegal) nach Österreich.** Allerdings erfolgte die Datenerhebung Mitte der 90-er Jahre, und seither hat sich die polnische Gesellschaft in weiten Bereichen stark verändert. Die Befürchtungen über zyklische Auf- und Abschwankungen (kurzfristige Nachfrage nach Arbeitskräften) bei vielleicht gegebener Abwärtstrendlinie (weltwirtschaftlicher Aufschwung nach Überwindung der Transformationskrise) werden durch eine sorgfältige Auswertung der zyklischen Schwankungen der **offiziellen polnischen Migrationsdaten** bestätigt. Sie erklären, Schätzungen des Autors zufolge, über **60% der polnischen Auswanderungsdaten ab 1980.** Damit **deckt sich der Befund mit der Feststellung zyklischer Schwankungen im Migrationsverhalten Portugals, Spaniens, Irlands und Griechenlands ab 1960.** Es gibt also einen wohlbegründeten Konsens darüber, dass **Übergangsfristen notwendig sein werden,** wobei die notwendige Länge der Übergangsfristen von den 'Weltökonomern' kürzer gesehen wird als von den Simulationsmodellen. Die 'Weltökonomern' und 'Weltgesellschaftsanalysen' nehmen aber positive Rückkoppelungen einer baldigen EU-Vollmitgliedschaft der MOEL-Länder und/oder sonstige Dynamisierungseffekte an. Ab ca. **15% Unterschied in der Humanentwicklung zu den Zentren werden semiperiphere Regionen bereits selbst zu Einwanderungsländern.** Die MOEL-Staaten der **ersten Reihe haben diese Schwelle bereits erreicht.** Mit der **EU-Vollmitgliedschaft wird sich dieser Trend verstärken,**

eine vorausschauende Politik fixiert sich nicht auf die kurzfristigen Effekte zu erwartender Anpassungsschocks, sondern auf die langfristige Perspektive des Ausgleichs in Europa und die zu erwartende Migration aus dem islamischen Süden und Südosten.

Kapitel 9: Zum eindimensionalen Entwicklungsmodell der Kommission

Die EK setzt mit der Implementierung des EU-Gemeinschaftsrechts (*Acquis Communautaire*) im Sozialbereich den MOEL-BK ehrgeizige Entwicklungsziele, die durch die Notwendigkeit der sogenannten Kopenhagen-Kriterien ergänzt werden, dass u.a. bei Vollbeitritt die MOEL-BK dem Konkurrenzdruck der bisherigen, höher entwickelten Wirtschaften der MS standhalten können müssen.

Der damit ausgelöste Modernisierungsdruck und die Priorität rein 'quantitativer' Wachstumsvorgaben löst in den MOEL-BK zahlreiche Widersprüche aus, deren Folgen zum Teil noch gar nicht abzuschätzen sind.

Ein wachsendes Reichtumsniveau einer Gesellschaft kann auch bedeuten: mehr Energiekonsum, mehr soziale Vereinsamung, zerrüttete Familien und Haushalte, mehr Verbrechen und die Zerstörung der sozialen und ökologischen Netzwerke, die die Entwicklung erst langfristig tragfähig machen würden.

Sozialphilosophen wie Erich Fromm und Viktor Frankl haben die Gefahren des 'Habens' an Stelle des 'Seins' sowie die Sinnkrise der modernen Gesellschaft deutlich vor Augen geführt. Aktuelle quantitative Untersuchungen von Sozialwissenschaftlern über die Zusammenhänge von Entwicklungsniveau und Lebenserwartungsentwicklung haben gezeigt, dass - insbesondere mit steigendem Energiekonsum einer Gesellschaft - es eine 'Plateaukurve menschlicher Grundbedürfnisse' gibt (Joshua Goldstein, American University), und dass tatsächlich mit mehr quantitativem wirtschaftlichen Wohlstand (Haben) nicht immer ein besseres Sein (eine verbesserte soziale Welt, zu messen in Indikatoren des menschlichen Wohlbefindens, wie Lebenserwartung, Abwesenheit von Krebs etc.) verbunden sein muß. Forschungsgruppen der Weltbank, der ILO und auch Publikationen im Bereich der '*public health*'-Literatur haben diese Effekte immer wieder demonstriert.

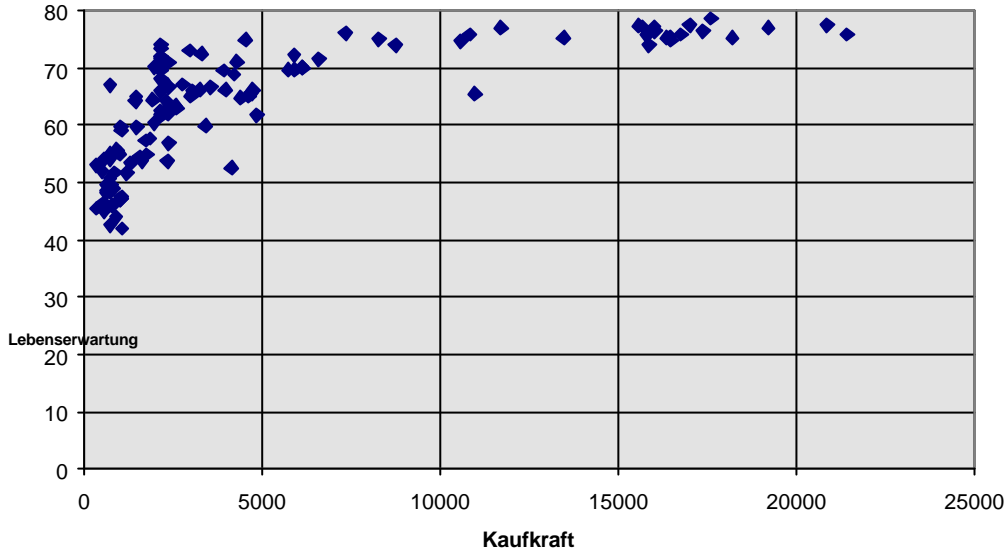
Es zeigt sich, dass diese Widersprüche in den 80er und 90-er Jahren noch zugenommen haben, und dass die Vorgabe rein quantitativer Wachstumsziele die soziale Wohlfahrt in den MOEL-BK nicht immer gefördert haben. Soziale Zerrüttung, Verbrechen, Sinnkrise, Selbstmord haben nach der Transformation - wie die im Internet frei abrufbare TRANSMONEE-Datenbank der UNICEF demonstriert - zugenommen, und die Länder der Transformation sind dabei, die Fehler des quantitativen Wachstums im Westen zu wiederholen.

Für die Aufgaben der Sozialpolitik in den MOEL-BK folgt aus dem Gesagten, dass ggwbfs. künftig solche Bereiche wie Zusammenarbeitsprojekte im Bereich der Psychiatrie, der Selbstmord- und Gewaltverhütung sowie auch Projekte im Bereich Tabakkon-

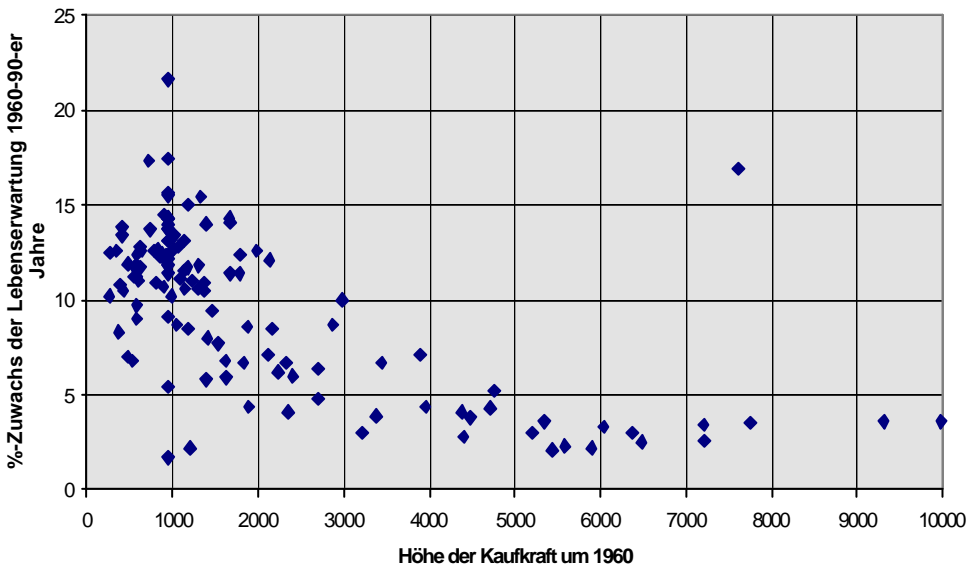
sum, AIDS und Krebsvorsorge Priorität genießen könnten und dass die Republik Österreich alle Wege bejaht, die eine Politik des qualitativen Wachstums befürworten.

Folgende Graphiken und Tabellen verdeutlichen diese Tendenzen:

Lebenserwartung in Abhängigkeit von der Höhe der Kaufkraft eines Landes



Lebenserwartungszuwachs in Abhängigkeit vom erreichten Entwicklungsniveau



Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der Vereinten Nationen

Die mathematische Formulierung des Zusammenhanges der 'Grenzen des Wachstums' in sozialpolitischer Hinsicht besagt:

$$LEX = a + b_1 * (ENCONS \text{ p.c.})^{(1/(e^2))} - b_2 * (ENCONS \text{ p.c.})^{\ln(\pi)}$$

$$R^2 = 72.4\%; F = 157.63; df. = 120; \alpha \text{ (one-tailed) } 5\% > 1.289$$

$$DYN \text{ LEX} = ((\log_{10} (LEX_{tn}) - \log_{10} (LEX_{tn-1})) * 100$$

$$DYN \text{ LEX}_{(tn)} = a - b_1 * LEX_{(tn-1)} +$$

$$b_2 * (PCI)_{(tn-1)}^{((1/(e^2))-1)} - b_3 * (PCI)_{(tn-1)}^{((\ln(\pi))-1)}$$

$$R^2 = 69.8\%; F = 91.85; df. = 120; \alpha \text{ (one-tailed) } 5\% > 1.289$$

Einige Indikatoren der sozialen und gesundheitspolitischen Fehlentwicklung weisen eine 'perverse' positive Korrelation mit der Höhe des Reichtums einer Gesellschaft auf, i.e. das 'Haben' führt nicht - im philosophischen Sinn - zu mehr 'Sein':

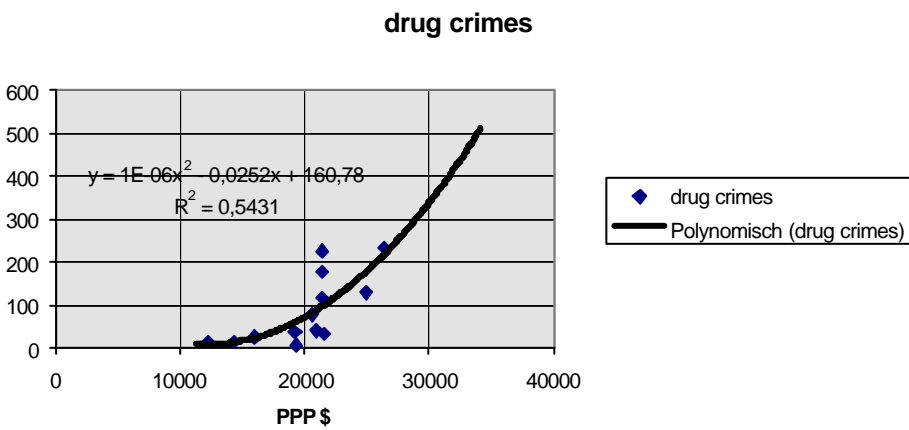
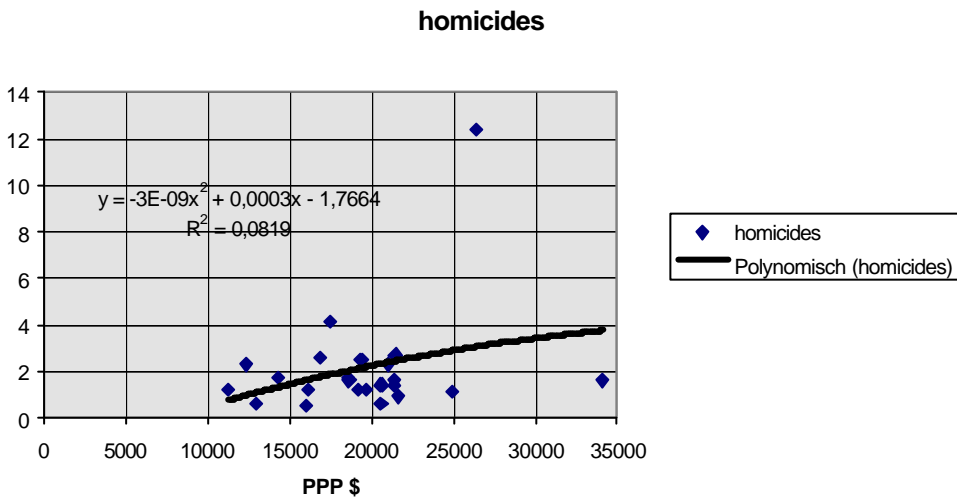
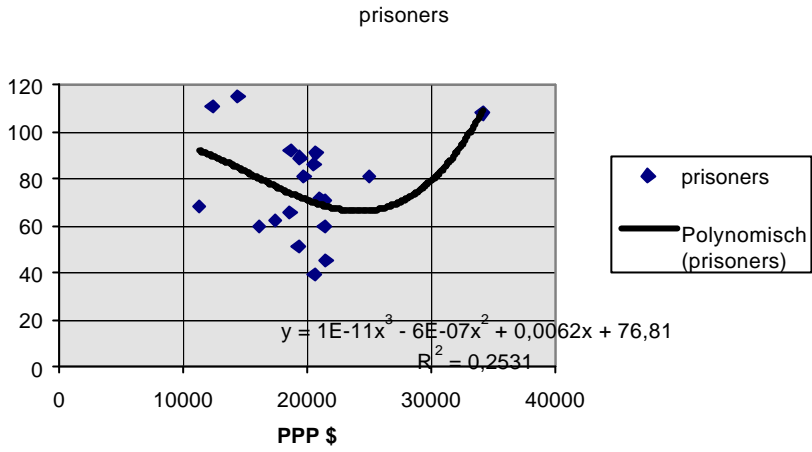
Gültigkeit der Berechnungen für die Industrieländer und Transformationsstaaten

Korrelation mit der Kaufkraft eines Landes (Pearson/Bravais-Korrelationskoeffizient)

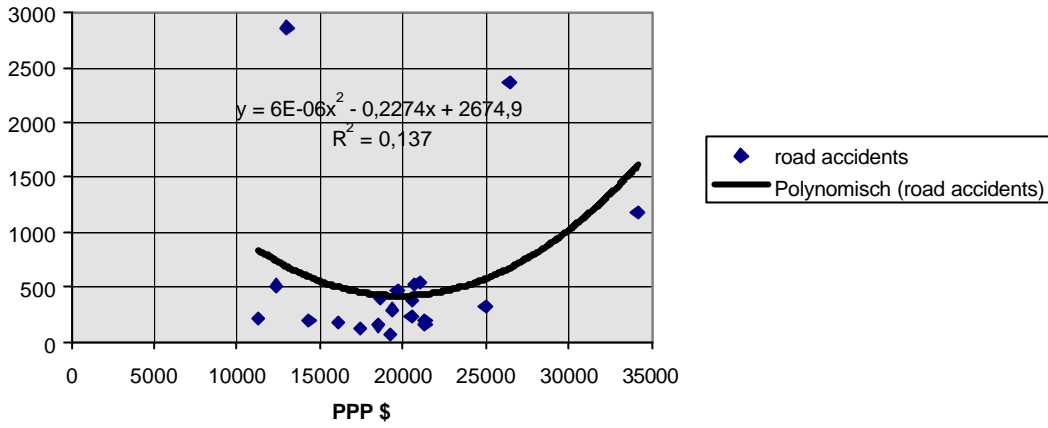
Krebssterblichkeitsquote der Männer	0,76
Krebssterblichkeitsquote der Frauen	0,75
Unfalltodesrate	0,65
kommunaler Müll pro Kopf der Bevölkerung	0,64
CO2-Emissionen pro Kopf der Bevölkerung	0,63
Überalterung der Bevölkerung (über 65-Jährige als Anteil an der Gesamtbevölkerung)	0,61
Raucherinnen in % der weiblichen erwachsenen Bevölkerung	0,49
AIDS-Fälle pro 100.000 EW	0,45
Jobsuchende, die die Arbeitssuche aufgegeben haben, in % der Gesamtbeschäftigung	0,45
Drogenkriminalitätsrate	0,43
unfreiwillige Teilzeitarbeitskräfte in % der Gesamtbeschäftigung	0,35
Scheidungsquote	0,34
% der Bevölkerung behindert	0,2
Anteil der Einpersonenhaushalte an den Gesamthaushalten mit Personen > 65 Jahre	0,18
Gesamt-Tertiar-Einschulungsanteil in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern	-0,46
weibliche Beschäftigungsquote in % der männlichen Beschäftigungsquote	-0,46
weibliche Tertiar-Einschulungsanteil in technisch-naturwissenschaftlichen Fächern	-0,48

Quelle: eigene Berechnungen mit Daten der Vereinten Nationen

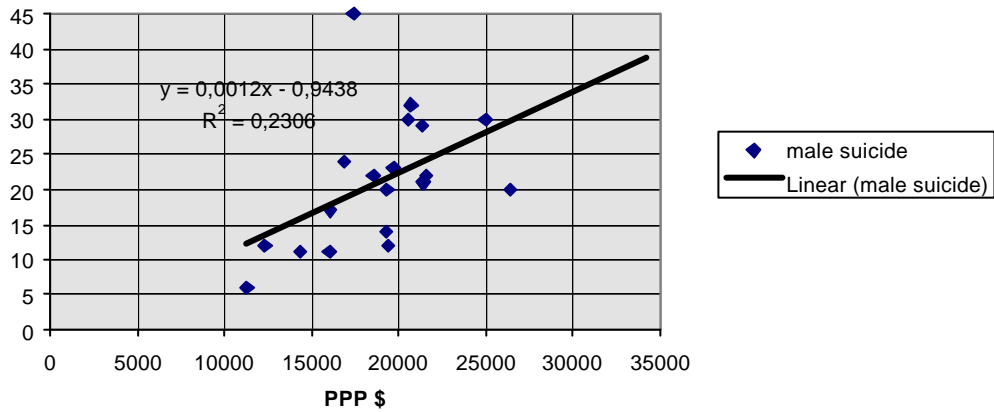
Die folgenden Graphiken verdeutlichen diese Tendenzen



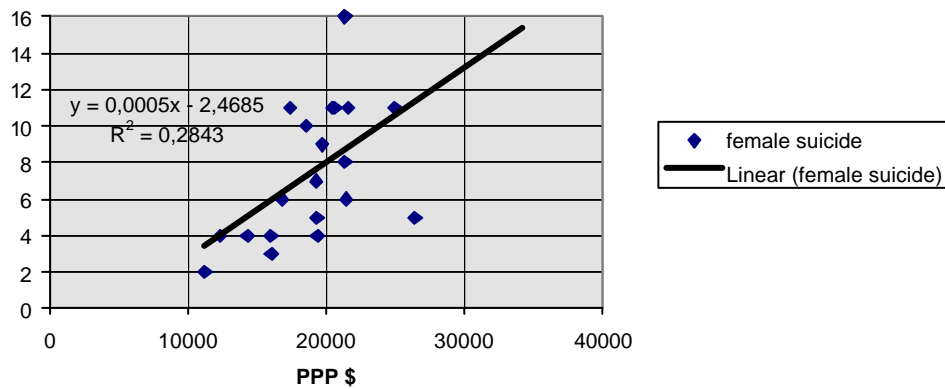
road accidents



male suicide



female suicide



Weitere Details:

<http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/spar2.html>

Anhang zur Studie

Literatur

- Altzinger W., Beer E., Bellak Chr. (1998) 'Exportieren österreichische Unternehmen Arbeitsplätze nach Osteuropa?' in: *Wirtschaft und Gesellschaft*
- Amato G. and Batt J. (1999), 'Final Report of the Reflection Group on The Long-term Implications of EU Enlargement: The Nature of the New Border' The Robert Schuman Centre for Advanced Studies, European University Institute and The Forward Studies Unit, European Commission (mimeo)
- Amin S. (1992) 'Empire of Chaos' New York: Monthly Review Press
- Arrighi G. (1989), 'The Developmentalist Illusion: A Reconceptualization of the Semiperiphery' paper, presented at the Thirteenth Annual Political Economy of the World System Conference, University of Illinois at Urbana - Champaign, April 28 - 30.
- Arrighi G. (1991), 'World Income Inequalities and the Future of Socialism' Fernand Braudel Centre, State University of New York at Binghamton.
- Arrighi G. (1995), 'The Long 20th Century. Money, Power, and the Origins of Our Times' London, New York: Verso.
- Arrighi G. and Silver, B. J. (1984), 'Labor Movements and Capital Migration: The United States and Western Europe in World - Historical Perspective' in 'Labor in the Capitalist World - Economy' (Bergquist Ch. (Ed.)), pp. 183 - 216, Beverly Hills: Sage.
- Arrighi G. et al. (1991), 'The Rise of East Asia. One Miracle or Many?' State University of New York at Binghamton: Fernand Braudel Centre.
- Arrighi G. et al. (1996a), 'Modelling Zones of the World-Economy: A Polynomial Regression Analysis (1964-1994)' State University of New York at Binghamton: Fernand Braudel Center.
- Arrighi G. et al. (1996b), 'The Rise of East Asia in World Historical Perspective' State University of New York at Binghamton: Fernand Braudel Center.
- Arrighi G. et al. (1996c), 'Beyond Western Hegemonies' State University of New York at Binghamton: Fernand Braudel Center.
- Barro R. (1996), 'Getting It Right. Markets and Choices in a Free Society' Cambridge, Mass.: MIT Press.
- Barro R. and Grilli V. (1994) 'European Macroeconomics' Basingstoke and London: Macmillan
- Barro R. and X. Sala-i-Martin (1991) 'Convergence across States and Regions' *Brookings Papers on Economic Activity*, 1: 107-182
- Barro R. and X. Sala-i-Martin (1995/98) 'Wirtschaftswachstum (Economic Growth)' München: Oldenbourg (McGraw Hill, New York).
- Barwinek H. and Kirisits, M. (1998), 'EU-Osterweiterung. Regionalwirtschaftliche Auswirkungen der EU-Osterweiterung in grenznahen Regionen der Steiermark' Graz: Arbeiterkammer Steiermark
- Bauer Th. and Zimmermann, K. F. (1999) 'Assessment of Possible Migration Pressure and Its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe.' A Study for the Department for Education and Employment, London, 1999
- Biehl K. (1999) EU-Osterweiterung und Arbeitsmarkt, in: *Wirtschaftspolitische Blätter*, 1-2
- Brooks S. and Estelle J. (1999), 'The Political Economy of Pension Reform' Paper, presented at the World Bank Conference New Ideas about Old-Age Security, September 14-15, Washington D.C., available at: <http://www.worldbank.org/knowledge/chiefecon/conferen/papers/polecon.htm>
- Brücker P. et al. (2000) 'EU-Osterweiterung: keine massive Zuwanderung zu befürchten' Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung at <http://www.diw-berlin.de:8282/diwwbd/00-21-1.html>
- Cadette W. (1999), 'Social Security Privatization: A Bad Idea' *Policy Notes*, Jerome Levy Economics Institute, 10; available at: <http://www.levy.org/docs/pn/99-10.html>

- Chaloupek G. (1997), 'Arbeitsmigration - Komplementarität und Substitution' Beitrag zur Konferenz *Migration und Arbeitsmarkt*, veranstaltet vom Österreichisch-Französischen Zentrum für die wirtschaftliche Annäherung in Europa (3./4.10.1997), Paris, 1997.
- Chaloupek G. (1999): Arbeitsmarktauswirkungen einer EU-Erweiterung, Unterlagen zum Vortrag bei der IDM Summerschool *Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik in einer erweiterten EU*, Juli
- Commonwealth of Australia, Office of the Status of Women (2000), 'Women and Poverty' available at: http://osw.dpmmc.gov.au/content/publications/beijing/a_poverty.html
- Dahlmanns G. (2000), '*Mastering Germany's Pension Crisis*' Frankfurter Institut Stiftung Marktwirtschaft & Politik, available at: <http://www.aicgs.org/econ/dahlmanns.html>
- European Commission (2000) 'Modernising and Improving Social Protection in the European Union' available at: <http://www.itcilo.it/english/actrav/telearn/global/ilo/seura/eumode.htm>
- European Commission (2000) 'Progress report on the impact of ageing populations on public pension systems' Economic Policy Committee, available at: http://europa.eu.int/comm/economy_finance/document/epc/epc_ecfin_581_00_en.pdf
- Faßmann H./ Hintermann C.(1997) '*Migrationspotential Ostmitteleuropa*' - Institut für Stadt u. Regionalforschung, 1997.
- Franzmeyer F./Brücker H. (1997): 'Europäische Union - Osterweiterung u. Arbeitskräftemigration' - DIW Berlin, 1997 (DIW-Wochenbericht 5).
- Gächter A. (1995), 'Auswirkungen einer allfälligen Osterweiterung der Europäischen Union auf die Zuwanderung nach Österreich und auf die Akzeptanz von Zuwanderern' in '*Europa 1996. Auswirkungen einer EU-Osterweiterung*' pp. 47-86, (WIFO/WIIW/IHS (Eds.)) Wien: Schriftenreihe des Bundeskanzleramts
- Garson J. P. et al. (1997), 'Regional Integration and Outlook for Temporary and Permanent Migration in Central and Eastern Europe' in '*Migration, Free Trade and Regional Integration in Central and Eastern Europe*' pp. 299-333, Wien: Schriftenreihe des Bundeskanzleramts
- Goedings S. (1997), '*The Expected Effect of the Enlargement of the European Union with Central and Eastern European Countries in the Area of the Free Movement of Workers*' Study for the European Commission, GD V, Amsterdam: International Institute of Social History
- Goedings S. (1999), '*EU Enlargement to the East and Labour Migration to the West*' International Institute of Social History Amsterdam, Research Paper 36
- Goldstein J.S. (1985a), 'Kondratieff Waves as War Cycles' *International Studies Quarterly*, 29, 4: 411 - 444.
- Goldstein J.S. (1985b), 'Basic Human Needs: The Plateau Curve' *World Development*, 13, 5: 595 - 609.
- Goldstein J.S. (1988), '*Long Cycles. Prosperity and War in the Modern Age*' New Haven and London: Yale University Press.
- Goldstein J.S. (1996), '*International Relations*' New York, N.Y.: Harper Collins, College Publishers, 2nd edition.
- Golinowska St. (1995), 'Migration Processes in Poland' and 'Main problems of employment transfer in Central and Western Europe' in '*Migration processes in Central and Eastern Europe*', pp. 66-79 and 165-182 (Wachowicz R. (Ed.)), Warsaw: Ministry of Labour and Social Policy
- Gray C. and Weig D. (1999), 'Pension System Issues and Their Relation to Economic Growth' CAER II Discussion paper No. 41, Harvard Institute for International Development, available at: <http://www.hiid.harvard.edu/projects/caer/papers/paper41/paper41.html>
- Hausner J. (1999), '*Poland: Security Through Diversity*' Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, available at <http://www.dse.de/ef/kop5/hausner.htm>
- Holzmann R. (2000a), '*Financing the Transition: The Importance of Growth Effects*' Pension Workshop, Harvard University, 19-30 June.
- Holzmann R. (2000b), '*The Challenge of Coverage*' Pension Workshop, Harvard University, 19-30 June.
- Holzmann R. et al. (1999), '*Extending Coverage in multi-Pillar Pension Systems: Constraints and Hypotheses, Preliminary Evidence and Future Research Agenda*'. Paper, prepared for the World Bank Conference New Ideas about Old-Age Security, September 14-15, Washington D.C., available at: <http://wbln0018.worldbank.org/HDNet/HDdocs.nsf/View+to+Link+WebPages/C84F825C6A3B40D485256840007A31ED?OpenDocument>
- Huber P. (1999a), '*Wirtschaftliche und soziale Folgen der Erweiterung der EU*' in '*Zukunft ohne Grenzen*' Wien: Institut für den Donauraum und Mitteleuropa
- Huber P. (1999b), '*Labour Market Adjustment in Central and Eastern Europe: How Different?*' Vienna: WIFO

- Huber Peter, Pichelmann K. (1998) 'Osterweiterung, struktureller Wandel und Arbeitsmärkte' in: *Wirtschaftspolitische Blätter* 4
- ICMPD (1998), 'Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die Zuwanderung in die Europäische Union unter besonderer Berücksichtigung Österreichs' Studie im Auftrag des Bundeskanzleramtes, Sektion IV, Wien (3 Bände): ICMPD
- IFO-Institut (1999) 'Auswirkungen der Arbeitnehmer-Freizügigkeit auf innereuropäische Migrationsbewegungen' Vorstudie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, München
- ILO 'Key Indicators of the Labour Market' <http://www.ilo.org/public/english/60empfor/polemp/kilm/>
- International Labour Office (2000), 'World Labor Report 2000' Geneva: ILO (available at Amazon.com and Barnes & Noble)
- IOM (1999), 'Migration Potential in Central and Eastern Europe' Geneva: IOM
- Keuschnigg C. and Kohler W. (1999), 'Eastern Enlargement to the EU: Economic Costs and Benefits for the EU Present Member States?' Study XIX/B1/9801, European Commission
- Köhler G. (1998a), 'Unequal Exchange 1965-1995' <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/papers/Köhler/Köhler3.htm>
- Köhler G. and Tausch A. (2001) 'Studies on Unequal Exchange' Huntington, NY: Nova Science
- Köhler G.: (1998b), 'The Structure of Global Money and World Tables of Unequal Exchange' *Journal of World Systems Research*, 4, 2, Fall 1998 <http://csf.colorado.edu/wsystems/jwsr.htm>
- Korpi W. and Palme J. (2000), 'Distributive Conflict, Political Mobilization and the Welfare State: Comparative Patterns of Emergence and Retrenchment in Westernized Countries' Swedish Institute for Social Research, Stockholm University, available at: http://www.kub.nl/~fsw_2/home/worscot/rc19/papers/korpi.htm
- Laxer G. (1993), 'Social Solidarity, Democracy and Global Capitalism' The 1993 Porter Lecture, Canadian Sociology and Anthropology Association, available at: <http://www.socsci.mcmaster.ca/soc/porterlectures/laxer.htm>
- Layard R. et al. (1994), 'East-West Migration: The Alternatives' Cambridge Ma.: MIT Press
- Lengauer R. et al. (1999), 'Arbeitsmarkt und Osterweiterung' IOS-Management, A-1010 Wien, Babenbergerstraße 1
- Lindemann D. (2000), 'Incentives and Design Issues in Pension Reform' The World Bank China Country Office, available at: <http://www.worldbank.org.cn/English/content/pension6.shtml>
- Loeffelholz H. D., und G. Köpp (1998), 'Ökonomische Auswirkungen der Zuwanderungen nach Deutschland' Berlin: Duncker und Humblot
- Morawska E. (2000) 'International Migration and Consolidation of Democracy in East Central Europe: A Problematic Relationship in a Historical Perspective' University of Pennsylvania, emorawsk@as.upenn.edu
- Müller Andreas et al. (2000): 'Global Capitalism, Liberation Theology, and the Social Sciences: An Analysis of the Contradictions of Modernity at the Turn of the Millennium' Nova Sciences: Huntington and Commack, New York
- Norman G. and Mitchell D. J. (2000), 'Pension Reform in Sweden: Lessons for American Policymakers' The Heritage Foundation, Background, 1381, June 29, 2000, available from <http://www.heritage.org/>
- OECD (1999) 'The Future of the Global Economy. Towards a Long Boom?' Paris: OECD
- Olson M. (1982), 'The Rise and Decline of Nations' New Haven and London: Yale University Press
- Orszag P. R. and Stiglitz J. E. (1999), 'Rethinking Pension Reform: Ten Myths About Social Security Systems' Presented at the conference on 'New Ideas About Old Age Security' The World Bank, Washington D.C., September 14 - 15: <http://www.worldbank.org/knowledge/chiefecon/conferen/papers/rethinking.htm>
- Österreichische Gesellschaft für Europapolitik (1999), 'Die EU-Erweiterung aus der Sicht der Österreicher und seiner Nachbarn' Wien: Österreichische Gesellschaft für Europapolitik
- Parnreiter Chr. (1994), 'Migration und Arbeitsteilung. AusländerInnenbeschäftigung in der Weltwirtschaftskrise' Wien: Promedia
- Paul S. S. and Paul J. A. (1996), 'The World Bank and the Attack on Pensions in the Global South' Global Action on Aging, New York: <http://www.globalaging.org/>
- Pfaller A. (2000), 'Social Democracy in the Globalized Post-Industrial Society' *Politik und Gesellschaft Online*, Friedrich-Ebert-Stiftung, 2, available at: http://www.fes.de/IPG/ipg2_2000/artpfaller.html

- Quiggin J. (1998) 'Social Democracy and market reform in Australia and New Zealand' Department of Economics, James Cook University, available at: <http://ecocomm.anu.edu.au/quiggin/JournalArticles98/AustNZ98.html>
- Raffer K. (1987), 'Unequal Exchange and the Evolution of the World System' London: Macmillan
- Roos J. P. (2000), 'The Consequences of the Crisis of the 1990s to the Nordic Welfare State: Finland and Sweden' University of Helsinki, Department of Social Policy, available at: <http://www.valt.helsinki.fi/staff/jproos/Nordsocp.htm>
- Rothenbacher F. (2000), 'The Changing Public Sector in Europe: Social Structure, Income and Social Security' Mannheim Center for European Social Research, University of Mannheim, available at: <http://www.mzes.uni-mannheim.de/eurodata/newsletter/no8/feature.html>
- Rutkowski M. (1998), 'A New Generation of Pension Reforms Conquers the East - A Taxonomy in Transition Economies' World Bank Transition Newsletter, available at: <http://www.worldbank.org/html/prddr/trans/julaug98/rutkowsk.htm>
- Rutkowski M. (1999), 'The Quest for Modern Solutions: Pension Reforms in Transition Economies' Presentation for the World Bank Conference 'Ten Years After: Transition and Growth in Post-Communist Countries', Warsaw, Poland, October 15-16; paper, available in two parts at http://www.wne.uw.edu.pl/~liberda/additional_materials/liberda/pan_pension2.html
- Salt J. et al. (1999): 'Assessment of Possible Migration Pressure and Its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe'. Migration Research Unit, Department of Geography, University College, London
- Scherman C. G. (2000), 'The Future of Social Security' Ministry of Social Affairs and Health, Finland, available at: <http://www.vn.fi/stm/english/tao/publicat/financing/scherman.htm>
- Schwartz H. (2000), 'Social Democracy Going Down or Down Under: Institutions, Internationalized Capital and Indebted States' University of Virginia, Department of Government and Foreign Affairs, available at: <http://www.people.virginia.edu/~hms2f/social.html>
- Sideri S. (1999), 'Globalisation's Dilemma: Economic Blocs or Global Economic Apartheid?' *The European Journal of Development Research*, 11, 2, December: 141 - 175
- Siebert H. (2000), 'Pay-as-you-go pensions face a bleak future' *Financial Times*, 23 August, available from: <http://www.globalaging.org/pension/world/pay-as-you-go.htm>
- Sik E. (1998), 'Migration Potential in Contemporary Hungary' Starsbourg: Strategic Task Force for European Integration, WG 10
- St. John S. (1999), 'Retirement Policy Issues That We are Not Talking about' New Zealand Association of Economists Annual Conference, Rotorua, 30th June - 2nd July, available at: <http://www.geocities.com/Wellesley/Garden/9441/SusanStJohn/RotoruaConf1999.html>
- Tausch A. (1991) 'Armas Socialistas, subdesarrollo y violencia estructural en el tercer Mundo' *Revista Internacional de Sociología, Consejo Superior der Investigaciones Cientificas*, Madrid/Cordoba, 47, 4, Octubre-Diciembre 1989 (1991)
- Tausch A. (1997): 'Schwierige Heimkehr. Sozialpolitik, Migration, Transformation und die Osterweiterung der EU'. München, Eberhard-Verlag
- Tausch A. (1998): 'Globalization and European Integration' University of Colorado at Boulder, <http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/spartoc.htm>
- Tausch A. and Fred Prager (1993), 'Towards a Socio-liberal Theory of World Development' Basingstoke and London: Macmillan
- Tazi-Breve et al. (1999), 'Bevölkerung in Österreich' Hrsgb. vom Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
- The World Bank Group (2000) 'Flagship Course in Pension Reform' available at: <http://www.worldbank.org/wbi/pensionflagship/>
- UN ECE (1994) 'International Migration: Regional Processes and Responses' Geneva: UN ECE Economic Studies, 7 (entire)
- UN ECE (1996); 'International Migration in Central and Eastern Europe and the Commonwealth of Independent States' Geneva: UN ECE Economic Studies, 8 (entire)
- UN ECE (1998), 'In-Depth Studies on Migration in Central and Eastern Europe: The Case of Poland' Geneva: UN ECE Economic Studies, 11 (entire)
- UN Economic and Social Council (1993), 'International Migration Flows among ECE Countries' New York: UN ECE CES 778, 27 May
- UNDP (1998) 'Overcoming Human Poverty'. UN New York, UNDP
- UNDP (1998) 'The Shrinking State' UN New York, UNDP

- Wallace Cl. (1999): Economic Hardship, Migration and Survival Strategies in East Central Europe, *IHS-Reihe Soziologie* Nr. 35.
- Walterskirchen E./Dietz R.(1998): *'Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf den österr. Arbeitsmarkt'* Studie im Auftrag der Bundesarbeiterkammer - WIFO, 1998.
- Weede E. (1990), *'Wirtschaft, Staat und Gesellschaft'* Tübingen: J.C.B. Mohr
- WIIW (1999): *'Potential size of migration from Poland after joining the EU'* WIIW monthly report, 2
- WIIW and EcoGI (1999) *'Hungary's Accession to the EU. State and prospects of Hungarian Austrian relations. Bilateral Synthetic report.* Vienna and Budapest: WIIW and Economic Growth Institute
- Williamson J (1998), *'Real Wages and Relative Factor Prices in the Third World 1820 - 1940: The Mediterranean Basin'*. Discussion Paper 1842, Harvard Institute of Economic Research
- Williamson J. (1996), *'Globalization, Convergence and History'* *The Journal of Economic History*, 56, 2: 277 - 306.
- Williamson J. (1997) *'Globalization and Inequalities, Past and Present'* *The World Bank Research Observer*, 12, 2, August: 117-135.
- Yotopoulos P.A. (1996) *'Exchange Rate Parity for Trade and Development. Theory, tests and case studies'* Cambridge: at the University Press

EU-Beitrittskandidaten: Defizite im Bereich Soziale Sicherheit, Generationenpolitik, Gesundheit⁴⁴

Bulgarien

Das Land erzielte 1999/2000 gewisse Fortschritte bei der Rechtsanpassung. Auf der Checkliste stehen weiterhin:

Gleichstellung und Gesundheit am Arbeitsplatz; hohe regionale Ungleichheit, Defizite im Bereich Krankenversicherung; sinkende Gesundheitsausgaben, steigende Kindersterblichkeit, Schwächen des Impfprogramms gegen TB, Masern und Polio; wachsende Sozialprobleme, die durch Schulabbruch verursacht werden; absoluter Bevölkerungsrückgang, hohe Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne und Pensionen, wachsende Ungleichheit der Einkommen.

Aussichten für 2001: 3,0% Wachstum, 12% AL-Rate und 7,1% LB-Defizit. Staatspräsident Stoyanov beklagt das hohe Ausmaß der Korruption; die Regierung muss nun die Umstrukturierung der Staatsbetriebe angehen

Estland

Trotz zahlreicher Fortschritte 1999/2000 sind weiterhin auf der Checkliste:

Pensionsversicherungsreform, wo noch diverse Verbesserungen nötig sind; verstärkte soziale Sicherheit für Familien und Behinderte; weitere Beachtung von Fragen der Diskriminierung; Gesundheits-Monitoring-System; Zunahme der Altersarmut durch das neue Pensionssystem; die hohe Müttersterblichkeit, hohe Selbstmordraten, Defizite in der Humankapitalbildung, Frauenlöhne nur 73,3% der Männerlöhne.

Aussichten für 2001: 4,5% Wachstum, 11,3% AL-Rate und 5,5% LB-Defizit; die neoliberale Regierung kritisiert die Markteingriffe durch die EK (Europäische Kommission), insbesondere im Agrarbereich; zähe Verhandlungen werden vorhergesagt

Lettland

Erst mit einem neuen Arbeitsrecht und Arbeitnehmerschutzgesetz wird ein Großteil des Sozialacquis umgesetzt sein. Weit oben auf der Checkliste stehen:

Kein Fortschritt im Bereich Gleichstellung; hohe regionale Armut; das Minderheitenproblem der im Land lebenden Russen muss auf allen administrativen Ebenen gelöst werden; Rückgang der Lebenserwartung, Alkoholismus, mangelnde Humankapital-Anstrengungen, Langzeitarbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit.

Aussichten für 2001: 3,5% Wachstum, 8,5% AL-Rate und 10,5% LB-Defizit; leider opportunistische und ziellose politische Eliten; der Fortschrittsbericht der EK (Europäischen Kommission) unterstützt aber weiterhin die EU-Beitrittsbemühungen

Litauen

Es gibt noch eine von Politiksektor zu Politiksektor unterschiedliche Umsetzung des Acquis im Sozialbereich. Hoch oben auf der Checkliste stehen:

Die Regierung muss die Voraussetzungen für die EU-Strukturfonds schaffen; mangelhafter Fortschritt im Bereich Gesundheit am Arbeitsplatz; zu geringe Gesundheitsausgaben (4,7% des BIP); Zuwachs von TB und AIDS, Mängel im Schulbildungsbereich; hohe Selbstmordraten; verbreitete Armut von Familien mit mehr Kindern, niedrige Pensionen, wachsende Ungleichheit, sinkende Reallöhne.

44 Diese Aufstellung berücksichtigt bereits auch das Ergebnis der Fortschrittsberichte der Kommission vom November 2000 und basiert auf Unterlagen der EU-Kommission, der Vereinten Nationen und der Weltbank

Aussichten für 2001: 3,5% Wachstum, 9,5% AL-Rate und 9,4% LB-Defizit. 3 Regierungen in 6 Monaten kennzeichneten die turbulente innenpolitische Entwicklung des Jahres 1999. Der IMF warnt vor einer weiteren Expansion des Leistungsbilanzdefizits

Malta

Mit einem Humanentwicklungsindex von 0,865 liegt Malta bereits heute schon vor dem EU-Mitgliedsland Portugal. Wiewohl die sozialen Standards und die Gesundheitsstandards bereits hoch sind, muß das Land nach Meinung der Kommission (Fortschrittsbericht 2000) noch zahlreiche Maßnahmen des Acquis umsetzen. Im Bereich der Frauenbeschäftigung (weibliche Erwerbsquote bei 30,8%) muß die Regierung in den kommenden Jahren entscheidende Schritte zu einer Verbesserung der Chancengleichheitspolitik setzen. Das US-Außenamt erwartet systematischere Schritte im Bereich der Behindertenpolitik und einen verstärkten Kampf gegen die häusliche Gewalt.

Polen

Trotz weiter zurückliegender Erfolge in der Rechtsanpassung verlangsamte sich das Tempo der Vorbereitungsmaßnahmen auf die EU-Mitgliedschaft im Sozialbereich 1999/2000. Hoch oben auf der Checkliste:

Das neue Drei-Säulen-Sozialversicherungssystem muss mit den SV-Systemen der Mitgliedstaaten zumindest kompatibel sein; die Regierung muss auch noch Maßnahmen gegen jedwede Form der Diskriminierung verstärken. Ein Gesundheitsmonitoring muss eingeführt werden; die Gesundheitsausgaben sind von 5,4% auf 4,7% des BIP gesunken; die Krebssterblichkeitsraten steigen stark; Feminisierung des Problems der Arbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit.

Aussichten für 2001: 5,2% Wachstum, 10,8% AL-Rate und 6,7% LB-Defizit. Die großen Reformen vom 1.1.1999 im Bereich Gesundheit, Bildung, Bergbau und Bildung müssen erst wirken; die Regierung verliert an Popularität.

Rumänien

Bei sehr schwierigen Ausgangsbedingungen konnte auch 1999/2000 im Sozialbereich ein – wenn auch nur geringer – Fortschritt erzielt werden. Hoch oben auf der Checkliste:

Weitere Maßnahmen im Bereich Gleichstellung sind notwendig; die Fortsetzung der Reform der Krankenversicherung muss betrieben werden; das Problem der Armut im Land hat sich drastisch verstärkt. Es gibt mindestens 40.000 Straßenkinder. Die Gesundheitsausgaben machen nur 2,8% des BIP aus. Starke Zunahme von AIDS und TB; sinkende männliche Lebenserwartung. Sinkende Einschulungsraten zeigen an, dass mit der defizitären Humankapitabildung die sozialen Probleme in der Zukunft zunehmen werden. Feminisierung des Problems der Arbeitslosigkeit. Sinkende Reallöhne, wachsende Ungleichheit.

Aussichten für 2001: 1% Wachstum, 14,9% AL-Rate und 6,2% LB-Defizit.

Slowakei

1999/2000 erzielte das Land Fortschritte in der Gesetzesanpassung an den Acquis. Weiter auf der Checkliste:

Weitere Maßnahmen im Bereich Gesundheit am Arbeitsplatz; Starke Zunahme von AIDS, sinkende Erziehungsausgaben, sinkende Reallöhne, wachsende ökonomische Ungleichheit zwischen Männern und Frauen.

Aussichten für 2001: 2,0% Wachstum, 19% AL-Rate und 5% LB-Defizit. Die Regierung hat ein hartes Sanierungsprogramm abgeschlossen; das Wachstum verlangsamte sich; das Meciar-Regime erlebt eine gewisse Nostalgie

Slowenien

Erst mit der Annahme des Beschäftigungsgesetzes durch das Parlament wird ein Großteil des Acquis im Sozialbereich umgesetzt sein. Weiters auf der Checkliste:

Weitere Maßnahmen im Bereich der Gleichstellung (*mainstreaming* in allen Bereichen betr. Gleichheit zwischen Männern und Frauen); Gesundheitsmonitoring-System; relativ hohe Müttersterblichkeit, Anwachsen der relativen Armut, Feminisierung der Armut.

Aussichten für 2001: 3,5% Wachstum, 13,5% AL-Rate und 2% LB-Defizit. Von den Banken über das Justizwesen bis zur Schließung der *Duty-free-shops* muss die Regierung noch einen Katalog von Maßnahmen für die EU-Integration umsetzen

Tschechische Republik

Trotz zahlreicher Fortschritte im Jahr 1999/2000 sind die Umsetzung der Jugend-Richtlinie, die Reform des Systems der Sozialen Sicherheit und Maßnahmen im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens dringend erforderlich. Weiters auf der Checkliste:

Ein Zeitplan für die Verstärkung der Maßnahmen im Bereich Gleichstellung; Bekämpfung der Diskriminierung, basierend auf Geschlecht, Rasse oder ethnischer Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Orientierung; Gesundheits-Monitoring-System. Die Privatisierung der Lasten der Kosten der Gesundheit und die Zunahme der Armut sind negative Trends der letzten Jahre.

Aussichten für 2001: 1,4% Wachstum, 10,0% AL-Rate und 1,2% LB-Defizit. Die EU-Rechtsanpassung wird durch die Existenz einer schwachen Minderheitsregierung erschwert

Ungarn

Trotz zahlreicher Fortschritte im Jahr 1999/2000 sind vor Beitritt u.a. zu klären:

Kompatibilität des neuen Systems der Drei-Säulen-Sozialversicherung mit den übrigen Systemen in der EU; Fortsetzung der Maßnahmen gegen jedwede Form der Diskriminierung; Mortalitätsrate von 14%, nach Russland und der Ukraine die höchsten Sterbeziffern in ganz Europa; Rückgang der Erziehungsausgaben; Anwachsen der Dauerarbeitslosigkeit, wachsende Ungleichheit; angesichts der hohen doppelten Defizite (Budget + Leistungsbilanz) geringe Fähigkeit des Staates, 'gegenzusteuern'.

Aussichten für 2001: 3,5% Wachstum, 9,7% AL-Rate und 5,2% LB-Defizit. Die Regierung steht unter starkem Druck des IMF, die Staatsausgaben weiter zu kürzen

Zypern

Mit einem Humanentwicklungsindex von 0,886 liegt das Land bereits heute vor den EU-Mitgliedsstaaten Griechenland und Portugal. Zur Vorbereitung der Mitgliedschaft erwartet sich die Kommission insbesondere weitere Maßnahmen im Bereich der Chancengleichheit, der Anti-Diskriminierungspolitik, sowie im Bereich Monitoring im öffentlichen Gesundheitswesen. Auf der noch geteilten Insel ist auch im griechischen Teil lt. US-Außenamt weiterhin beträchtliche häusliche Gewalt zu beklagen; im türkischen Teil kommt zu diesen Problemen auch die mangelnden Gesundheitsmaßnahmen am Arbeitsplatz hinzu.

Statistischer Anhang

MOEL-Daten

Kaufkraft und Wirtschaftswachstum

	GDP per capita PPP \$ (Kaufkraft)	in % des EU- Durchschnitts	Wirtschaftswach- stum
Bulgarien	5210	24,5	5,6
Tschechische Republik	13080	61,4	2,2
Estland	5456	25,6	7,0
Ungarn	11280	53,0	4,5
Lettland	4136	19,4	5,9
Litauen	4425	20,8	2,6
Polen	8920	41,9	5,2
Rumänien	5970	28,0	2,5
Slowakei	10810	50,8	2,5
Slowenien	15740	73,9	3,6
Österreich	23985	112,7	2,9
EU-15	21286	100	2,9

Quelle: AK-Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch, Eurostat, Business Central Europe
<http://www.bcemag.com/statsdb/index.php3>

Arbeitslosigkeit und Monatslöhne

	Arbeitslosigkeit	Monatslöhne in US \$
Bulgarien	17,9	105
Tschechische Republik	8,8	578,9
Estland	5,9	300
Ungarn	6	270
Lettland	7,8	275,7
Litauen	12,6	284,5
Polen	15	465
Rumänien	10,5	130
Slowakei	17,9	246
Slowenien	11,9	870

Österreich	3,3
EU-15	8

Makroökonomisches Leistungsprofil (Budget, Geldwertstabilität, Leistungsbilanz)

	Budgetbilanz (Neuverschuldung)	Inflationsrate	Leistungsbilanz in % des BIP
Bulgarien	1,8	9,9	-5,8
Tschechische Republik	-1,6	3,9	-3,7
Estland	-2,8	4	-5,8
Ungarn	-3,5	9,8	-3,7
Lettland	-2,8	2,4	-10,2
Litauen	-3,3	2,5	-11,2
Polen	-2,7	10,1	-6,2
Rumänien	-3,7	45,7	-2,5
Slowakei	-1,9	12,1	-3,1
Slowenien	1,4	8,9	-3,2

Zum Vergleich: Löhne in der westlichen Welt

Hourly compensation costs in U.S. dollars

Hourly compensation costs in U.S. dollars for production workers in manufacturing, 29 countries or areas and selected economic groups, selected years, 1975-99

Country or area	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999
North America									
United States	\$6.36	\$9.87	\$13.01	\$14.91	\$17.19	\$17.70	\$18.27	\$18.66	\$19.20
Canada	5.96	8.67	10.95	15.95	16.10	16.64	16.47	15.60	15.60
Mexico	1.47	2.21	1.59	1.58	1.51	1.54	1.78	1.84	2.12
Asia and Oceania									
Australia	5.62	8.47	8.20	13.07	15.27	16.88	16.58	14.92	15.89
Hong Kong SAR 176	1.51	1.73	3.20	4.82	5.14	5.42	5.47	5.44
Israel	2.25	3.79	4.06	8.55	10.54	11.32	12.04	12.02	11.91
Japan	3.00	5.52	6.34	12.80	23.82	21.00	19.54	18.29	20.89
Korea32	.96	1.23	3.71	7.29	8.22	7.86	5.39	6.71
New Zealand	3.15	5.22	4.38	8.17	9.91	10.81	10.81	9.01	9.14
Singapore84	1.49	2.47	3.78	7.33	8.32	8.24	7.77	7.18
Sri Lanka28	.22	.28	.35	.48	.48	.46	.47	-
Taiwan40	1.00	1.50	3.93	5.94	5.95	5.90	5.27	5.62
Europe									
Austria	4.51	8.88	7.58	17.75	25.32	24.80	21.97	22.21	21.83
Belgium	6.41	13.11	8.97	19.17	26.65	25.97	22.88	23.20	22.82
Denmark	6.28	10.83	8.13	18.04	24.07	24.11	22.03	22.69	22.96
Finland	4.61	8.24	8.16	21.03	24.10	23.41	21.32	21.66	21.10
France	4.52	8.94	7.52	15.49	20.01	19.93	17.99	18.28	17.98
Germany, Former West	6.31	12.25	9.53	21.88	31.58	31.20	27.68	27.52	26.93

Germany, Unified ...	-	-	-	-	30.65	30.26	26.84	26.76	26.18
Greece	1.69	3.73	3.66	6.76	9.17	9.59	9.20	8.91	-
Ireland	3.03	5.95	5.92	11.66	13.61	13.91	13.61	13.39	13.57
Italy	4.67	8.15	7.63	17.45	16.22	17.75	17.57	17.11	16.60
Luxemburg	6.50	12.03	7.81	16.74	23.35	22.55	19.02	18.74	-
Netherlands	6.58	12.06	8.75	18.06	24.12	23.22	20.98	21.17	20.94
Norway	6.77	11.59	10.37	21.47	24.38	25.05	23.72	23.50	23.91
Portugal	1.58	2.06	1.53	3.77	5.37	5.58	5.38	5.48	-
Spain	2.53	5.89	4.66	11.38	12.88	13.51	12.24	12.14	12.11
Sweden	7.18	12.51	9.66	20.93	21.44	24.37	22.22	22.02	21.58
Switzerland	6.09	11.09	9.66	20.86	29.30	28.34	24.19	24.38	23.56
United Kingdom	3.37	7.56	6.27	12.70	13.67	14.09	15.47	16.43	16.56
Trade-weighted measures 2,3									
All 28 foreign econ.	3.83	6.60	6.75	12.36	16.36	16.09	15.30	14.72	15.24
OECD 4	4.25	7.30	7.40	13.49	17.72	17.36	16.45	15.85	16.44
less Mexico, Korea ⁵	4.82	8.30	8.48	15.54	20.36	19.88	18.79	18.21	18.80
Europe	5.10	9.90	7.96	17.31	21.97	22.07	20.43	20.61	20.31
Asian NIEs52	1.17	1.65	3.72	6.41	6.92	6.83	5.83	6.20

Dash means data not available.

- 1 Hong Kong Special Administrative Region of China.
- 2 Data for Germany relate to the former West Germany only.
- 3 For description of trade-weighted measures and economic groups, see the Technical Notes preceding these tables.
- 4 Organization for Economic Cooperation and Development.
- 5 Mexico joined the OECD in 1994, and Korea joined in 1996.

Source: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, September 2000.

Indexes of hourly compensation costs (United States = 100)

Table 1. Indexes of hourly compensation costs in U.S. dollars for production workers in manufacturing, 29 countries or areas and selected economic groups, selected years, 1975-99

(Index, United States = 100)

Country or area	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997	1998	1999
North America									
United States	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Canada	94	88	84	107	94	94	90	84	81
Mexico	23	22	12	11	9	9	10	10	11
Asia and Oceania									
Australia	88	86	63	88	89	95	91	80	83
Hong Kong SAR 1	12	15	13	21	28	29	30	29	28
Israel	35	38	31	57	61	64	66	64	62
Japan	47	56	49	86	139	119	107	98	109
Korea	5	10	9	25	42	46	43	29	35
New Zealand	50	53	34	55	58	61	59	48	48
Singapore	13	15	19	25	43	47	45	42	37
Sri Lanka	4	2	2	2	3	3	3	3	-
Taiwan	6	10	12	26	35	34	32	28	29
Europe									
Austria	71	90	58	119	147	140	120	119	114
Belgium	101	133	69	129	155	147	125	124	119
Denmark	99	110	62	121	140	136	121	122	120
Finland	72	83	63	141	140	132	117	116	110
France	71	91	58	104	116	113	98	98	94
Germany, Former West	99	124	73	147	184	176	152	147	140
Germany, Unified ...	-	-	-	-	178	171	147	143	136

Greece	27	38	28	45	53	54	50	48	-
Ireland	48	60	46	78	79	79	74	72	71
Italy	73	83	59	117	94	100	96	92	86
Luxemburg	102	122	60	112	136	127	104	100	-
Netherlands	103	122	67	121	140	131	115	113	109
Norway	106	117	80	144	142	142	130	126	125
Portugal	25	21	12	25	31	32	29	29	-
Spain	40	60	36	76	75	76	67	65	63
Sweden	113	127	74	140	125	138	122	118	112
Switzerland	96	112	74	140	170	160	132	131	123
United Kingdom	53	77	48	85	80	80	85	88	86
Trade-weighted measures 2,3									
All 28 foreign econ.	60	67	52	83	95	91	84	79	79
OECD 4	67	74	57	90	103	98	90	85	86
less Mexico, Korea ⁵	76	84	65	104	118	112	103	98	98
Europe	80	100	61	116	128	125	112	110	106
Asian NIEs	8	12	13	25	37	39	37	31	32

Dash means data not available.

1 Hong Kong Special Administrative Region of China.

2 Data for Germany relate to the former West Germany only.

3 For description of trade-weighted measures and economic groups, see the Technical Notes preceding these tables.

4 Organization for Economic Cooperation and Development.

5 Mexico joined the OECD in 1994, and Korea joined in 1996.

Source: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, September 2000.

Regionaleinkommen

Nach den jüngsten Schätzungen lag das regionale BIP pro Kopf¹, ausgedrückt in Kaufkraftstandards² (KKS), der 53 Ebene-2-Regionen der mitteleuropäischen Beitrittsländer³ im Jahr 1998 zwischen 22 % des EU-Durchschnitts in **Yuzhen Tsentralen (Bulgarien)** und 115 % dieses Durchschnitts in **Praha (Tschechische Republik)**. In 51 der 53 Regionen lag das BIP pro Kopf unter 75 % des EU-Durchschnitts. Diese Schätzungen, die auf dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG95) basieren⁴.

Regionales BIP pro Kopf 1998 (in KKS, EU-15 = 100)

Die 10 höchsten Werte			Die 10 niedrigsten Werte		
1.	Praha (CZ)	115	1.	Yuzhen Tsentralen (BG)	22
2.	Bratislavský(SK)	99	2.	Nord-Est (RO)	22
3.	Közép Magyarország (HU)	72	3.	Severoiztochen (BG)	22
4.	Slovenija (SI)	69	4.	Severen Tsentralen (BG)	22
5.	Jihozápad (CZ)	57	5.	Yugozapaden (BG)	22
6.	Ostravsko (CZ)	57	6.	Severozapaden (BG)	23
7.	Nyugat-Dunántúl (HU)	54	7.	Yugoiztochen (BG)	24
8.	Jihovýchod (CZ)	53	8.	Sud (RO)	25
9.	Severozápad (CZ)	53	9.	Nord-Vest (RO)	26
10.	Mazowieckie (PL)	53	10.	Lubelskie (PL)	26

Die Regionen **Praha** in der **Tschechischen Republik** und **Bratislavský** in der **Slowakei** waren mit 115 % bzw. 99 % die zwei einzigen Regionen, die ein BIP pro Kopf zu verzeichnen hatten, das über dem bzw. nahe beim Durchschnittswert der Gemeinschaft lag.

Von diesen beiden Regionen abgesehen lag das BIP pro Kopf in den anderen Regionen der mitteleuropäischen Kandidatenländer unter 75 % des **EU**-Durchschnitts. In zehn Regionen, von denen sich sechs in der **Tschechischen Republik** befinden, lag es zwischen 50 % und 75 %. In 41 der 53 untersuchten Regionen lag es unter 50 % des **EU**-Durchschnitts und in den sechs bulgarischen Regionen lag es unter 25 % dieses Durchschnitts.

In den Ländern, die ansonsten durch eine recht gleichmäßige Verteilung des BIP gekennzeichnet sind, hoben sich ferner die hauptstädtischen Regionen von **Bucuresti** in **Rumänien** (40 %), **Mazowieckie** in **Polen** (53 %), **Közép Magyarorszá**g in **Ungarn** (72 %), **Bratislavský** und **Praha** deutlich durch ein BIP pro Kopf ab, das etwa zweimal höher als das der benachteiligsten Region des jeweiligen Landes war.

Was die baltischen Staaten betrifft, die jeweils aus einer einzigen Region bestehen, lag das BIP je Einwohner im Jahre 1998 in **Lettland** bei 28 % des **EU**-Durchschnitts, in **Litauen** bei 31 % und in **Estland** bei 37 %. In **Slowenien**, das ebenfalls nur aus einer einzigen Region besteht, wurden 69 % erzielt.

1. Das BIP und damit auch das BIP pro Kopf sind Indikatoren für die Produktionstätigkeit in einem Land oder einer Region und sind deshalb zur Messung und zum Vergleich des wirtschaftlichen Entwicklungsstandes von Ländern bzw. Regionen geeignet. Dabei ist zu beachten, dass das BIP nicht mit dem Einkommen gleichzusetzen ist, das den in einem Land oder einer Region lebenden privaten Haushalten letztlich zur Verfügung steht. Auf der Grundlage des BIP bzw. BIP pro Kopf kann also nicht behauptet werden, dass die Bevölkerung der Region A reicher als die Bevölkerung der Region B ist. Weitere Informationen zur Methodik: siehe „Methodik der Regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – Bruttowertschöpfung und Bruttoanlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen, Eurostat, 1995 ISBN 92-827-0157-3.
2. Die Vergleiche erfolgen auf der Grundlage von KKS (Kaufkraftstandards). Der KKS ist eine künstliche Währung, die die Unterschiede in den Preisniveaus der Länder widerspiegelt, die nicht in den Wechselkursen zum Ausdruck kommen; diese Währung verbessert daher die Vergleichbarkeit der Daten.
3. Bei den mitteleuropäischen Kandidatenländern handelt es sich um Bulgarien, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Litauen, Lettland, Polen, Rumänien, Slowenien und die Slowakische Republik. Die 53 statistischen Regionen der Ebene 2 dieser Länder entsprechen den NUTS-2-Regionen der Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik der EU (NUTS). Estland, Lettland, Litauen und Slowenien werden jeweils als eine einzige Region betrachtet.

Nettonationalprodukt in Österreich

	1997 Mill. S	Ø 1985/1995	1996 Jährliche Veränderung in %	1997 Jährliche Veränderung in %
Bruttoentgelte für unselbständige Arbeit ⁴⁵⁾	1.267.509	5,5	1,3	1,2
Einkünfte aus Besitz und Unternehmung	706.508	6,0	5,4	7,1
Land- und Forstwirtschaft	22.925	2,8	-14,7	-3,9
Gewerbebetriebe	253.573	4,8	19,7	5,9
Freie Berufe	83.153	9,0	9,3	9,0
Besitz	162.632	6,2	-1,7	5,2
Sonstige Einkünfte aus Besitz und Unternehmung ⁴⁶⁾	511.865	5,6	8,8	6,7
Unverteilte Gewinne der Kapitalgesellschaften ⁴⁷⁾	159.151	6,9	2,6	15,9
Einkünfte des Staates aus Besitz und Unternehmung	35.492	6,9	-16,3	-16,7
Zinsen für die Staatsschuld	-100.803	7,9	3,4	-4,8
Zinsen für Konsumentenschulden	-44.635	12,0	-1,9	3,2
Nettonationalprodukt zu Faktorkosten ⁴⁸⁾	1.828.579	5,5	2,7	3,7

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

Lohnquote in Österreich

Jahr	Bruttolohnquote ⁴⁹⁾	Bereinigte lohnquote ⁵⁰⁾	Brutto-Nettolohnquote ⁵¹⁾	Bereinigte lohnquote ⁵²⁾	Netto-
1976	70,4	72,3	55,9	57,4	
1977	70,9	72,1	55,6	56,5	
1978	73,4	74,3	55,8	56,5	
1979	71,6	72,1	54,0	54,4	
1980	72,4	72,6	54,1	54,3	
1981	73,9	74,1	55,1	55,2	
1982	72,1	72,2	53,3	53,4	
1983	70,2	70,2	51,5	51,5	

45) Löhne und Gehälter einschließlich Arbeitgeberbeiträge.

46) Einkommen der privaten Haushalte aus Besitz und Unternehmung und statistische Differenz.

47) Einschließlich direkte Steuern.

48) Volkseinkommen: BIP zu Marktpreisen minus Abschreibungen, minus indirekte Steuern, plus Subventionen, plus Saldo der Faktoreinkommen aus dem /an das Ausland.

49) Brutto-Lohnsumme dividiert durch nominelles Netto-Nationalprodukt zu Faktorkosten.

50) Brutto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (= Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983.

51) Netto-Lohnsumme dividiert durch Netto-Nationalprodukt zu Faktorkosten minus direkte Steuern der privaten Haushalte und Kapitalgesellschaften plus Lohnsteuerzahlungen der Pensionisten.

52) Netto-Lohnquote bereinigt gegenüber Veränderungen in der Erwerbstätigenstruktur (= Lohnquote dividiert durch Index der Quote der unselbständigen Beschäftigten an den Erwerbstätigen) auf Basis 1983.

1984	71,4	71,1	52,1	51,9
1985	71,5	70,9	51,9	51,5
1986	72,0	71,2	52,1	51,6
1987	72,4	71,5	52,7	52,0
1988	72,0	70,9	51,4	50,7
1989	71,5	70,1	52,3	51,3
1990	70,7	69,1	51,4	50,2
1991	71,4	69,5	51,9	50,5
1992	72,1	70,0	52,4	50,8
1993	73,2	70,8	52,5	50,8
1994	72,8	70,2	51,2	49,4
1995	72,1	69,3	50,7	48,7
1996	71,1	68,3	50,2	48,2
1997	69,3	66,4	47,9	45,9

Quelle: WIFO.

Einkommensentwicklung in Österreich 1985/1997

	Ø 1985/1995	1996	1997
	Jährliche Veränderung in %		
Leistungseinkommen ⁵³⁾	5,5	1,3	1,1
Leistungseinkommen je Beschäftigten			
Brutto	4,6	1,9	0,7
Brutto, real	2,0	-1,0	-1,3
Transfereinkommen ⁵⁴⁾	6,4	2,9	0,4
Bruttomasseneinkommen ⁵⁵⁾	5,8	1,9	0,9
Abzüge ⁵⁶⁾	6,3	5,3	3,3
Nettomasseneinkommen ⁵⁷⁾	5,6	0,9	-1,1
Nettomasseneinkommen, real	3,0	-1,9	-3,1
Verfügbares persönliches Einkommen ⁵⁸⁾	5,4	2,7	2,3
Verfügbares persönliches Einkommen, real	2,8	-0,2	0,3

Quelle: Österreichisches Statistisches Zentralamt; WIFO.

53) Einkommen aus unselbständiger Arbeit.

54) Pensionen, Renten, Unterstützungen, Beihilfen und sonstige einseitige Barleistungen an private Haushalte.

55) Leistungseinkommen plus Transfereinkommen.

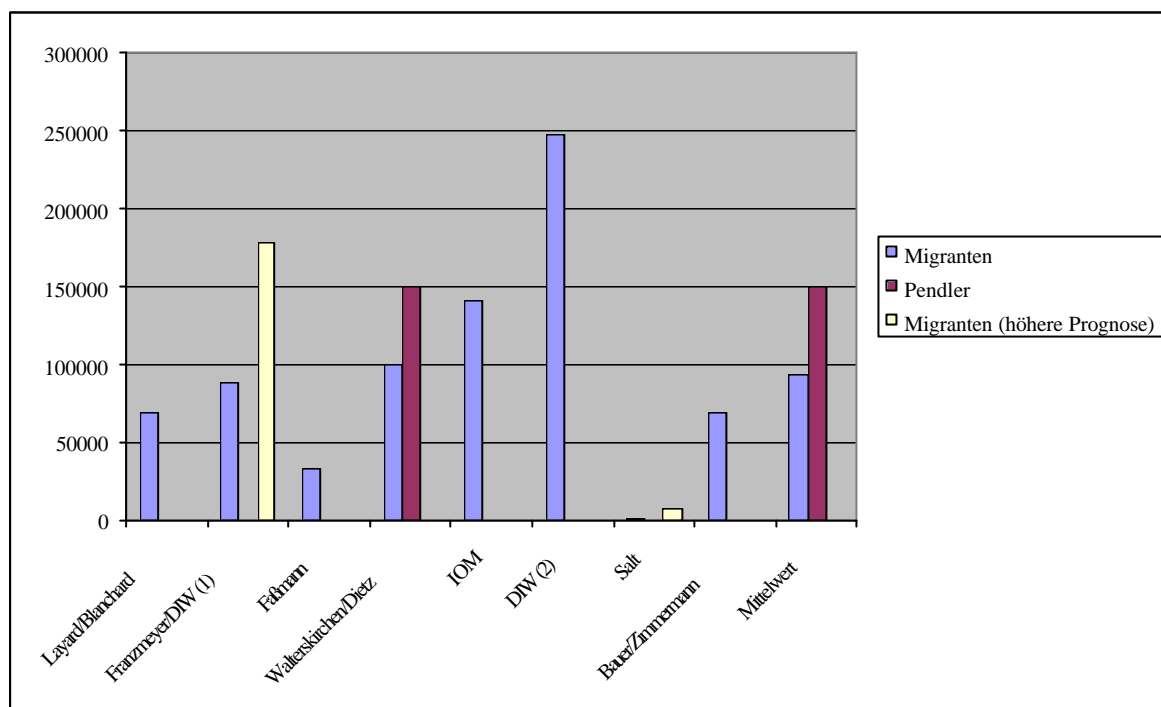
56) Lohnsteuer einschließlich aller Zuschläge, Arbeitnehmerbeiträge zur Sozialversicherung, Pensionsbeiträge der Beamten, Wohnbauförderungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeiträge.

57) Brutto-Masseneinkommen minus Abzüge.

58) Nach Abzug der Zinsen für die Konsumentenschuld.

Migrationspotentialschätzungen

Im Schnitt ergeben die wichtigsten Prognosen für Österreich **93800 Migranten und 150.000 Pendler** in einem **Zeitraum von einer Dekade**:



Für die folgenden Aufstellungen haben wir aus der Studie von IOM (1998) den Anteil Österreichs an den Migrationsdestinationswünschen aller Bewohner Ostmitteleuropas und Osteuropas übernommen. Diese Annahme beinhaltet allerdings alle Staaten der IOM-Studie und ist somit nicht mit anderen Ergebnissen vergleichbar. Trotzdem ist die Konkordanz zwischen den einzelnen Studien, die generalisierbar sind, beachtlich:

Als die verlässlichste Prognose kann aus methodischen Gründen heute die Modellrechnung des DIW 1999 angenommen werden

Autor	Jahr	Migrationspotential	MOEL 5 Auftraggeber	Status	Methode
-------	------	---------------------	---------------------	--------	---------

Layard/Blanchard

1994
ökonometrisch

permanent: WE 4 Millionen

MIT Cambridge

publiziert

in 1 ½ Dekaden ab 1994
Da Österreich laut IOM
2,61% der MOEL-Permanent-
Migration Zielgebiet ist ->

Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö in **10 Jahren ohne Übergangsfrist**:

69600 Personen

weitere Anmerkungen:

Autoren rechnen mit deutlichem Nachlassen der Migrationsneigung im Zeitraum 1994 - 2009

Franzmeyer/Brücker	<u>1997</u>	Arbeitskräftezufluss EU DIW aus PL, H, SK, SLO, CZ 340.000 bis 680.000 Personen p.a. Da Österreich laut IOM 2,61% der MOEL-Permanent- Migration Zielgebiet ist ->	publiziert	ökonomisch
Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö in 10 Jahren ohne Übergangsfrist:		<u>88.740 bis 177.480 Personen</u>		
weitere Anmerkungen:		Studie wäre im Lichte der neueren Erkenntnisse des DIW zu revidieren		
<u>Faßmann/Hintermann</u>	<u>1997</u>	permanentes Migrations- potential:in 9 EU-Staaten 512.292 Personen	Österr. Akade- publiziert	Umfrage GALLUP pro MOEL ca. n = 1000, dh. error prob = 2-3%
Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö ohne Übergangsfrist:		<u>132.409 Personen</u>		
weitere Anmerkungen:		Nur 3 MOELs (CZ, H, PL) sind in unseren Aufstellungen berücksichtigt		
<u>Walterskirchen/Dietz</u>	<u>1998</u>	Migrationspotential MOEL Westeuropa 2,5 Millionen	ubliziert	ökonomisch
Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö ohne Übergangsfrist		bei sofortiger Erweiterung ohne Übergangsfristen ab 1996, 300.000 Zuwanderer + Pendler bei Beitritt 2005-2010 ohne Übergangsfristen 200.000 bis 250.000 mehr als 50% davon Pendler (150.000 P, 100.000 Migranten)		
IOM/Claire Wallace	<u>1998</u>	permanent: EU aus nur 3 MOEL bereits 1.400.657 Personen	IOM	publiziert Umfrage, siehe Faßmann et al.
Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö ohne Übergangsfrist:		<u>aus 7 MOEL (SLO, BG, SK, H, CZ, RO, PL)</u> <u>140.404 Personen</u> hinzu <u>1.121.060 Saisonarbeiter und Pendler</u> (short-term migration) aus nur <u>3 MOEL</u> (CZ, U, PL)		
<u>DIW</u> ⁵⁹	<u>1999</u>	permanent: A 20668 p.a. EK/AK Wien Migrationsstrom nach Ö in 12 Jahren ohne Übergangsfrist: <u>248 013 Personen aus 12 MOEL BK in 12 Jahren (1998-2010)</u>	Website des DIW	ökonomisch
Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö in 12 Jahren ohne Übergangsfrist:		<u>248 013 Personen aus 12 MOEL BK in 12 Jahren (1998-2010)</u>		
weitere Anmerkungen:		Studie berücksichtigt erstmals Konjunkturzyklen-Prognosen in der Potentialschätzung		
<u>Salt</u>	<u>1999</u>	permanent: WE 55.369 bis 278.146 Da Österreich laut IOM 2,61% der MOEL-Permanent- Migration Zielgebiet ist ->	MRU, London publiziert	Hochrechnung der westeurop. Normalmigration

59 es möge beachtet werden, daß das DIW hier einen Zeitraum von 12 Jahren und 12 MOEL-BK zugrunde legt.

Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö in **10 Jahren ohne Übergangsfrist:**
1.445 bis 7.268 Personen

weitere Anmerkungen: Studie optiert trotzdem für maßvolle Übergangsfristen

Bauer/Zimmermann

1999

permanent: WE 2-3% der
Wohnbevölkerung der MOEL

Ministerium für
Erziehung und
Beschäftigung
London

nicht publiziert

Hochrechnung der
Süderweiterung
auf die Osterweit-
erung mit Nutzung
ökonometrischer
Parameter

Da Österreich laut IOM
2,61% der MOEL-Permanent-
Migration Zielgebiet ist ->

Standardwert: permanenter Migrationsstrom nach Ö in **10 Jahren ohne Übergangsfrist:**
69719 Personen

weitere Anmerkungen: Prozentwerte Migrationspotential für CZ, PL, H, SK, SLO direkt aus der Studie übernommen

Hintergrundtabellen zu den Migrationspotentialschätzungen

IOM study on migration propensity from East Central Europe in 1997 - number of persons, willing to migrate

	total temporary migration potential	to Austria	total permanent migration potential	to Austria	Austrian share in total temporary migration flow from the region	Austrian share in total permanent migration flow from the region
Slovenia	258310	10332	69545	0	4	0
Bulgaria	724465	14489	298309	2983	2	1
Slovakia	1280717	102457	272493	2725	8	1
Hungary	1434534	186489	382542	22953	13	6
Croatia	1622140	145993	42939	2576	9	6
Belarus	1874236	18742	749694	7497	1	1
Czech Republic	2494778	648642	623701	37422	26	6
FR Yugoslavia	3172200	63444	1374620	0	2	0
Romania	4887850	48878	2183933	21839	1	1
Poland	7148215	285929	2704751	81143	4	3
Ukraine	9890010	1879102	3296670	131867	19	4
Total	4 17703043	1046893	6887005	140404	5,91	2,04
accession countries						
Total	11 34529145	3394165	11929652	311005	9,83	2,61
Countries						

Faßmann/Hintermann

Recipient Country	a few months	a few years	forever
Austria			
from CZ	648642	353808	37422
from PL	285929	139101	81143
from H	186489	124326	22953
Austria total	1121060	617235	141518
Germany			
from CZ	948016	517104	31185
from PL	2573357	1251913	405713
from H	358633	239089	38254
Germany total	3880006	2008106	475152
GB			
from CZ	598747	326592	31185
from PL	428893	208652	189333
from H	43036	28691	7651
GB total	1070676	563935	228169
F			
from CZ	424112	231336	37422
from PL	357411	173877	135238
from H	28691	19127	7651
F total	810214	424340	180311

Scandinavia

from CZ	424112	231336	62370
from PL	357411	173877	135238
from H	28691	19127	7651
Scandinavia total	810214	424340	205259

other countries	EU a few months	a few years	forever
from CZ	14345	54432	31185
from PL	285929	139101	135238
from H	99791	9564	3825
other countries	EU 400065	203097	170248

Source: our own compilations from IOM, 1999

RECESS Research Center, Warsaw

Future migration to	Polish Fassmann/Hinterman n	IOM	RECESS Scenario B 4% Polish growth	RECESS, based on current differentials	RECESS, based on 7% Polish growth
Austria	61344	81143	61000	123000	23000
Germany	147303	405713	276000	410000	195000
GB	17724	189333	50000	91000	25000
F	21268	135238	77000	134000	43000
Italy	20087		52000	93000	27000
Scandinavia	12210	135238	126000	277000	34000
NL	13785		48000	104000	15000
other countries	100138	1758086	81000	240000	18000
Polish migration	world-wide 393859	2704751	771000	1472000	380000

Zur Diskussion um das 80%-Beitrittskriterium - Pressestimmen aus Österreich aus dem Archiv Reuters

14Mär2001 ÖSTERREICH: Ferrero auf Konsenssuche.

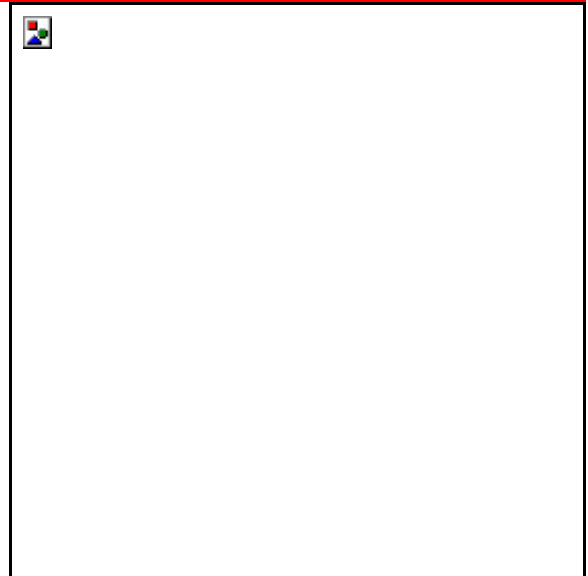
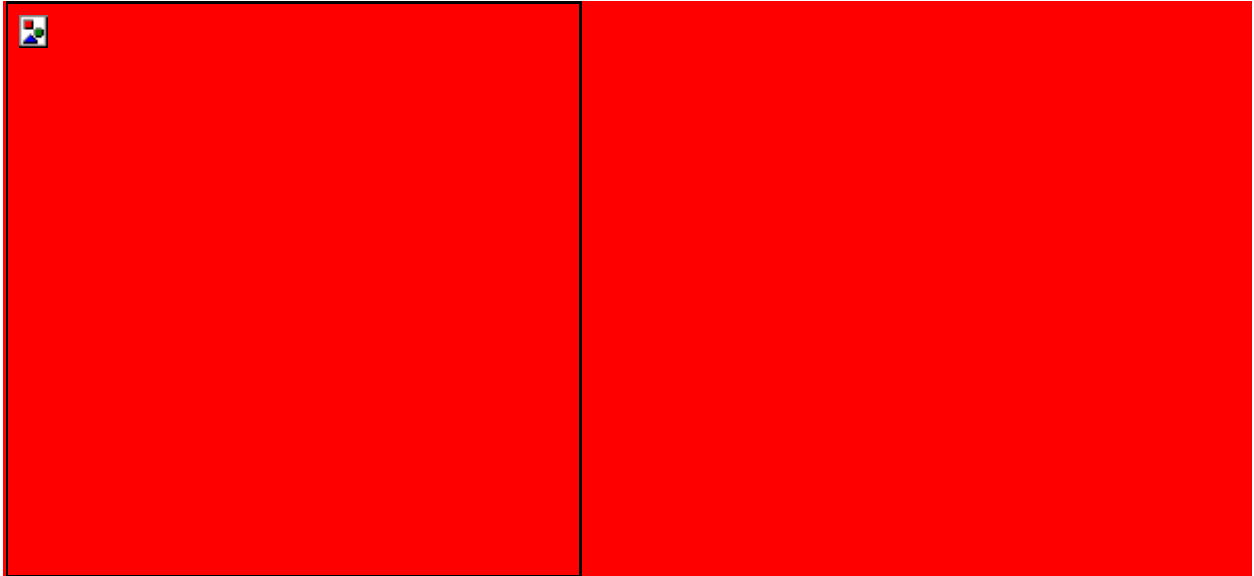
EU-Erweiterung. ÖGB und Arbeiterkammer wollen Öffnung der österreichischen Arbeitsmärkte bremsen.

WIEN (c.u.). Die Zeit drängt, die Ost-Erweiterung der **EU** rückt immer näher. Bis spätestens Ende April will Außenministerin Benita Ferrero-Waldner das Positionspapier der Bundesregierung zum Kapitel "Freizügigkeit der Arbeitnehmer" unter Dach und Fach bringen. Am Dienstag lud die Außenministerin die Sozialpartner zu einem Meinungsaustausch ein. Eine Annäherung der Positionen konnte dabei allerdings nicht erreicht werden. ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch betätigte der "Presse" dass er nach wie vor auf einer 80-Prozent-Klausel beharre. Vor einer Öffnung des österreichischen Arbeitsmarktes müssten die Beitrittsländer demnach **80 Prozent** des heimischen Lohnniveaus erreichen. Der Präsident der Arbeiterkammer, Herbert Tumpel, will sich indes, ebenso wie SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer, nicht auf Lohnniveaus festlegen. Doch auch er strebt Maßnahmen zum Schutz der heimischen Arbeitnehmer an. "Übergangsfristen allein genügen nicht. Denn Fristen können verstreichen", so Tumpel zur "Presse". Ferrero-Waldner bezeichnete die Forderung Verzetnitschs als wenig sinnvoll. Denn wenn man allein nach dem Lohnniveau ginge, müsste man auch bestimmte Regionen von Staaten (Portugal etwa; Anm.) ausschließen, die schon jetzt Mitglied der **EU** seien. Die Grundzüge der österreichischen Position stünden bereits fest: Österreich werde eine "flexibel zu handhabende" siebenjährige Übergangsfrist für die Freizügigkeit von Arbeitnehmer aus den neuen Beitrittsländern verlangen, sagte Ferrero-Waldner. Spielraum für einen sozialpartnerschaftlichen Konsens sieht sie in der Formulierung von Begleitmaßnahmen, um die Übergangsfristen abzusichern. So kann sich sie sich vorstellen, dass die Arbeitsmarktsituation in den neuen **EU**-Ländern vier bis fünf Jahre nach deren Beitritt evaluiert werde. Ferreros positives Resümee ihres Sozialpartner-Gipfels: Alle Vertreter befürworteten die **EU**-Erweiterung, mit der sie spätestens 2005 rechneten.

(c) Die Presse 2001 www.diepresse.at.

Quellen: DIE PRESSE 14/03/2001





22Feb2001 ÖSTERREICH: Grüne sind gegen Übergangsfristen.

EU-Erweiterung. Die Grünen warnen vor einer "Politik der Angstmacherei".

WIEN (scu.). Erste **EU**-Beitritte osteuropäischer Staaten werde es - realistisch betrachtet - nicht vor dem Jahr 2006 geben. Und die Jahre bis dahin seien ja schon so etwas wie eine Übergangszeit; Übergangsfristen gebe es real ja schon. "Daher lehnen die Grünen einseitige Übergangsfristen für den Arbeitsmarkt ab", erklärte deren außenpolitische Sprecherin Ulrike Lunacek am Mittwoch bei einer Pressekonferenz in Wien. Wichtiger sei hingegen eine "optimale Vorbereitung" des österreichischen Arbeitsmarktes auf die **EU**-Erweiterung. Lunacek: "Man kann natürlich nicht negieren, dass in einzelnen Bereichen Probleme auftreten könnten." Daher müsse man auch "gute Konzepte entwickeln" und dürfe auf keinen Fall "eine Politik der Einseitigkeit und Angstmacherei" betreiben. Kritik übte die Grün-Politikerin in diesem Zusammenhang am ÖGB. Dieser bestehe nämlich nach wie vor darauf, dass das Lohnniveau in den Beitrittsländern auf **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus angehoben werden müsse, bevor es zur vollen Teilnahme dieser Länder am Binnenmarkt kommen könne. "Dann dürften aber Griechenland oder Portugal gar nicht der **EU** angehören", argumentierte Lunacek. Vielmehr sollte der ÖGB in Sachen Lohngefälle zwischen Mann und Frau in Österreich aktiv werden. Die Landessprecherin der Wiener Grünen, Monika Vana, argumentierte mit dem Blick auf den Wiener Arbeitsmarkt ähnlich: "Übergangsfristen sind kein Allheilmittel und schieben die Probleme des Migrationsdruckes nur auf." Daher müsse eine "Arbeitsmarktoffensive sowie ein Aktionsplan zur Vorbereitung des Arbeitsmarktes" gestartet werden. "Ausnahmsweise" sei dafür sogar genug Geld da, "es muß nur richtig eingesetzt werden", fordert Vana. Zudem müsse der territoriale Beschäftigungspakt für Wien auch auf Städte wie

Preßburg oder Sopron ausgeweitet werden. Ziel sollte ein grenzüberschreitender Beschäftigungspakt sein.

(c) Die Presse 2001 www.diepresse.at.

Quellen: *DIE PRESSE* 22/02/2001



10Feb2001 ÖSTERREICH: SPÖ bleibt bei ihrer Linie trotz ÖGB-Kritik.

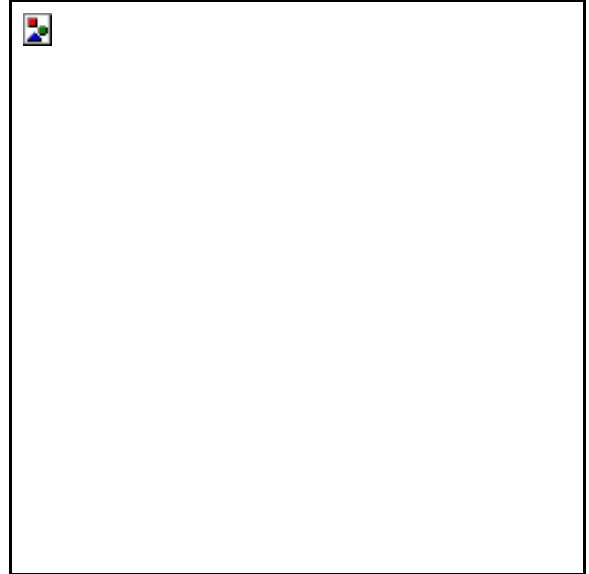
Die **EU**-Erweiterung will SP-Klubobmann Kostelka mit den ÖGB-Vertretern, die von der Parteilinie abweichen, "liebepoll" diskutieren.

WIEN (sp). "Gnadenlose Zuwendung und liebevolle Diskussionen." Das versprach SP-Klubobmann Peter Kostelka der Leitenden Sekretärin des ÖGB, Roswitha Bachner. Diese hatte der SPÖ tags davor im "Presse"-Gespräch ausgerichtet, dass die Vertreter des ÖGB ihre Positionen auch gegen den Willen der Partei im Parlament vertreten werden. Der Streit entbrannte um die neue Linie der SPÖ in der Frage der **EU**-Osterweiterung. Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK) wollen den Arbeitsmarkt erst geöffnet wissen, wenn die Beitrittsländer **80 Prozent** des durchschnittlichen **EU**-Lohnniveaus erreicht haben. SP-Vorsitzender Gusenbauer lehnt derartige Bedingungen aber ab. Kostelka wies Bachner im "Presse"-Gespräch darauf hin, dass sie "noch nicht einmal der Parlamentsfraktion angehört". Dennoch will sich der Klubchef bemühen, Bachner umzustimmen. Denn die Angst der Arbeitnehmerorganisationen ist für Kostelka unbegründet. Auch die einzelnen Beitrittswerber hätten oft Landesteile mit unterschiedlichen Arbeitslosenzahlen. Deshalb gebe es noch lange keine Wanderungsbewegungen - obwohl im eigenen Land das Sprachproblem wegfallen würde. "Andere europäische Länder wie Irland stellen sich um Arbeitskräfte etwa aus Polen an und bekommen keine - und wir haben Angst", so Kostelka.

(c) Die Presse 2001 www.diepresse.at.

Quellen: DIE PRESSE 10/02/2001





09Feb2001 ÖSTERREICH: EU-Erweiterung - ÖGB, AK verweigern SPÖ die Gefolgschaft.

Gegen Gusenbauer und dessen Schwenk auf eine erweiterungsfreundliche **EU**-Linie wenden sich Arbeiterkammer und Gewerkschaftsbund.

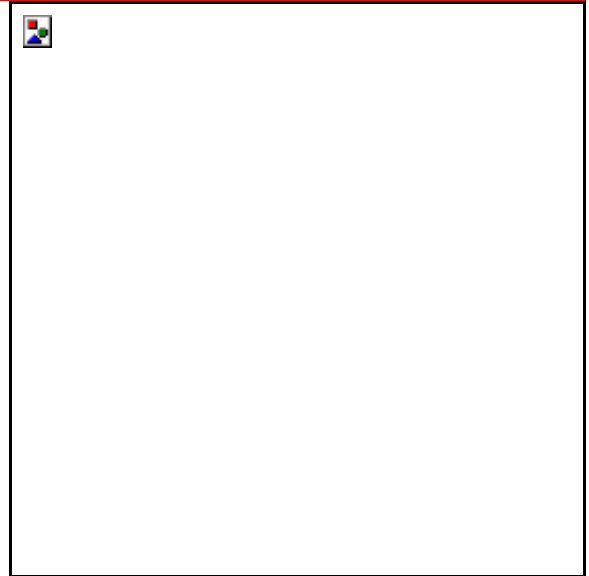
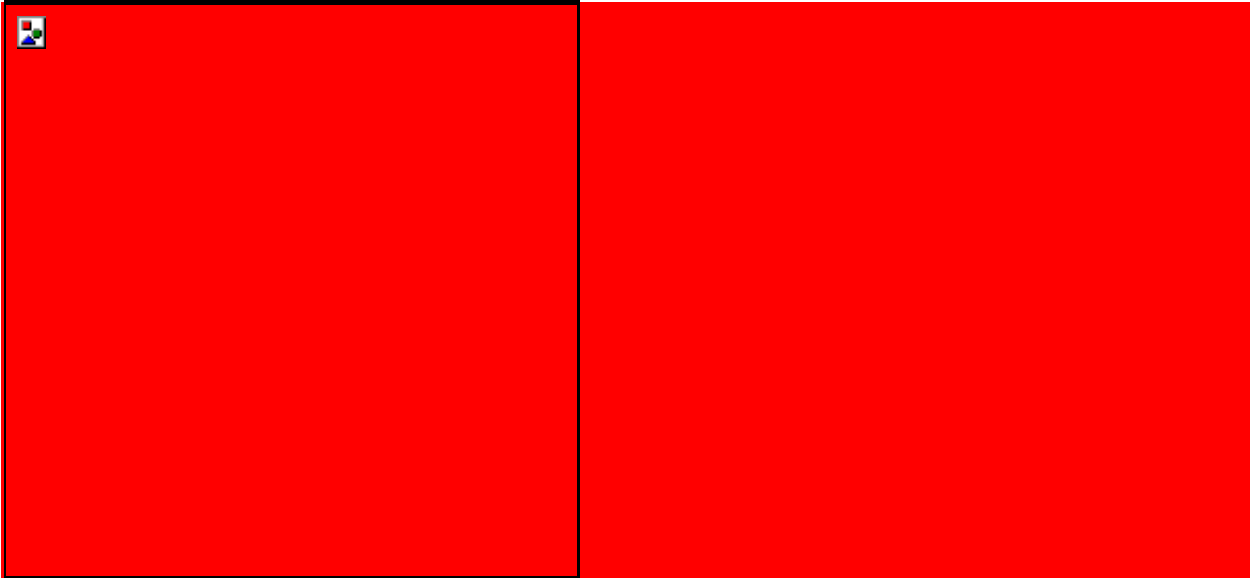
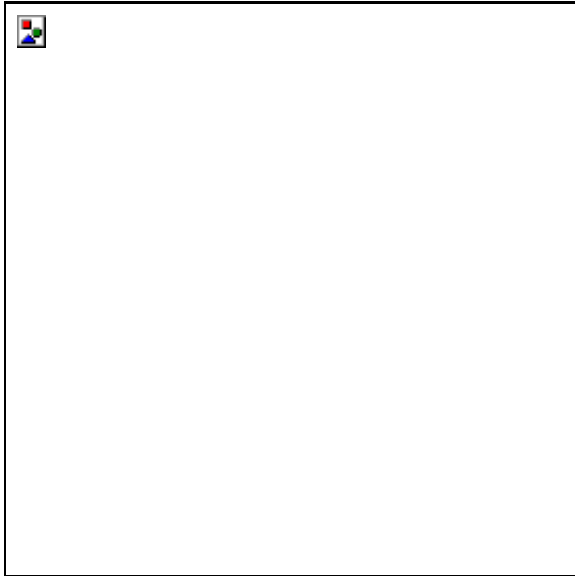
WIEN (d. n./red.). Gewerkschaftsbund (ÖGB) und Arbeiterkammer (AK) verweigern SP-Vorsitzendem Alfred Gusenbauer in einer wichtigen Frage die Gefolgschaft. Die Arbeitnehmerorganisationen beharrten gestern, Donnerstag, bei der **EU**-Erweiterung auf ihrer bisherigen Position: Der Arbeitsmarkt soll erst dann geöffnet werden, wenn die Beitrittsländer **80 Prozent** des durchschnittlichen **EU**-Lohnniveaus erreicht haben. Noch am Vortag hatte sich Gusenbauer dezidiert gegen derartige Bedingungen ausgesprochen und gemeint, es zeichne sich auch in der Gewerkschaft eine Neubewertung dieser Frage ab. Die Leitende Sekretärin des ÖGB Roswitha Bachner will davon freilich nichts wissen. Mehr noch, sie drohte im Gespräch mit der "Presse": "Die Vertreter des ÖGB werden unsere Position auch im Parlamentsklub der SPÖ vertreten. Es ist ja nicht so, dass das Abstimmungsverhalten immer parallel zu jenem der SPÖ stattfinden muß." Auch AK-Präsident Herbert Tumpel will von der Gewerkschaftsforderung keinesfalls abrücken. Er verlangt nun sogar, vor einem **EU**-Beitritt auch noch zu berücksichtigen, ob die Arbeitslosigkeit des betreffenden Staates nicht zu hoch ist, wie er am Donnerstag bei einer Pressekonferenz sagte. SP-Bundesgeschäftsführerin Andrea Kuntzl meint im "Presse"-Gespräch zu den Differenzen: "Ich würde das nicht in Richtung Auseinanderentwickeln oder Spaltung überinterpretieren. Das ist kein Konflikt, sondern ein konstruktiver Diskussionsprozeß." Gusenbauer habe den SP-Positionswechsel nach langen internen Diskussionen vollzogen.

Schlechte Stimmung

Kaum enthusiastischer als die Gewerkschaft sieht auch Österreichs Bevölkerung der **EU**-Erweiterung entgegen. Laut der jüngsten Eurobarometer-Umfrage ist nur in Großbritannien die Zustimmung zur **Erweiterung** noch schwächer als in Österreich. Lediglich 32 Prozent der Befragten begrüßen die Aufnahme neuer **EU**-Mitglieder, in Großbritannien belaufen sich die positiven Stimmen auf 31 Prozent. Im **EU**-Durchschnitt sprachen sich demgegenüber 44 Prozent der Befragten für die **Erweiterung** aus. Seiten 7, 9.

(c) Die Presse 2001 www.diepresse.at.

Quellen: DIE PRESSE 09/02/2001



09Feb2001 ÖSTERREICH: Barrieren gegen Lohndumping.

Schutzbestimmungen für Arbeitnehmer gegen Pendlerproblem bei **EU**-Erweiterung

Wien - Erstaunlich klar gegen den Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammer (AK) hat SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer seine Partei in der Frage der **EU**-Erweiterung positioniert. ÖGB und AK wollen die Freizügigkeit für Arbeitnehmer und Dienstleister erst dann gewähren, wenn vorher in den Beitrittsländern **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus erreicht sind. Eine derart starre Haltung halten Gusenbauer und SPÖ-Europasprecher Caspar Einem, der Standard berichtete, für nicht sinnvoll. Das Lohnniveau sei nur zum Teil ausschlaggebend für die von vielen befürchtete Wanderung von Arbeitnehmern, erläutert Gusenbauer. Wäre dies der Fall, dann müsste es z. B. eine enorme Wanderungsbewegung zwischen Ost- und Westungarn geben, weil das Lohnniveau in Ostungarn wesentlich niedriger als im Westen des Landes sei, wo überdies Arbeitskräftemangel herrsche. Das ist nicht der Fall, obwohl man im Land nicht einmal die Sprachbarriere zu überwinden hätte. In den Unionsländern sind außerdem die Preise sehr viel höher, was den Anreiz für die Zuwanderung naturgemäß verringert.

Zu rechnen ist allerdings mit einem Anstieg der Tages- und Wochenpendlerinnen aus den Beitrittsländern. Hier schlägt der SPÖ-Vorsitzende im "Pakt für Arbeit und Europa" sinnvolle Schutzmaßnahmen sowohl für die heimischen als auch die einpendelnden Arbeitnehmer vor. Vor allem geht es darum, den Lohnunterschied, auf den sich Pendler allenfalls einlassen könnten, zu unterbinden. In einem Positionspapier finden sich dazu konkrete und drastische Vorschläge:

Gründung einer Behörde gegen Schwarzunternehmer und illegale Beschäftigung.

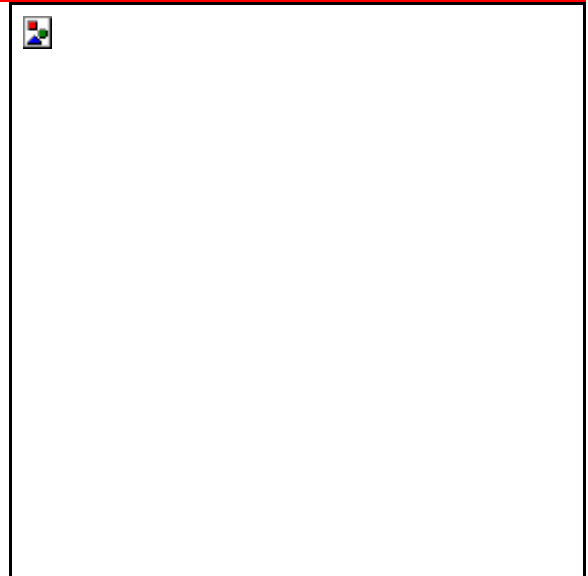
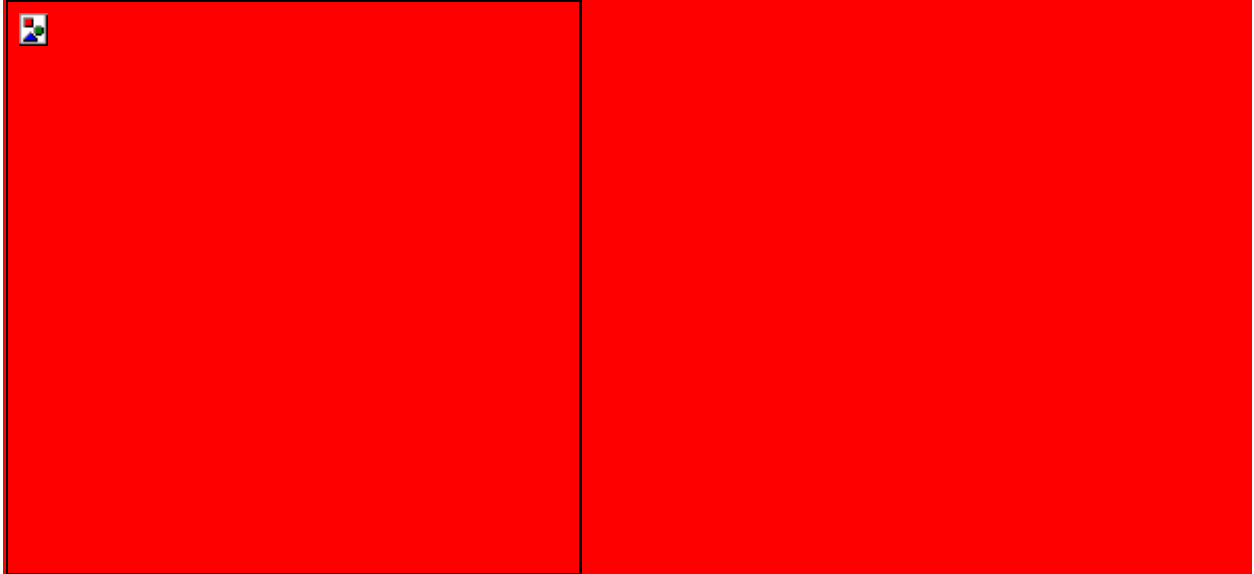
Meldepflicht für jeden ausländischen Arbeitnehmer durch den Unternehmer bei der Sozialversicherung und der Schwarzunternehmerkontrollbehörde. Die Meldepflicht soll auch die Entlohnungsvereinbarung umfassen. Durch diese Bestimmung wird die Einhaltung der "marktkonformen Entlohnung" möglich.

Grenzüberschreitender gewerkschaftlicher Rechtsschutz. Das bedeutet, dass z. B. der tschechische und der österreichische Gewerkschaftsbund ein Abkommen über die Vertretung der Arbeitnehmer im jeweils anderen Land schließen.

Vorenthaltene Löhne sollen bis zu drei Jahre nach Beendigung des Dienstverhältnisses einklagbar sein. (ina).

Quellen: DER STANDARD (GERMAN LANGUAGE FULL TEXT) 09/02/2001





08Feb2001 ÖSTERREICH: SP bietet Pakt für Erweiterung der EU an.

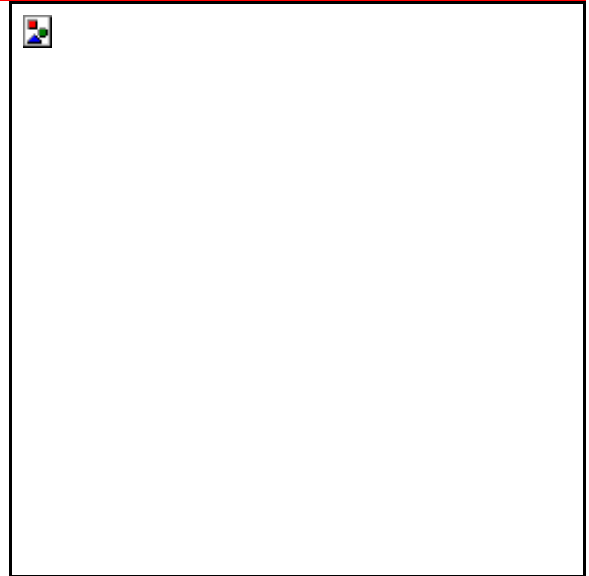
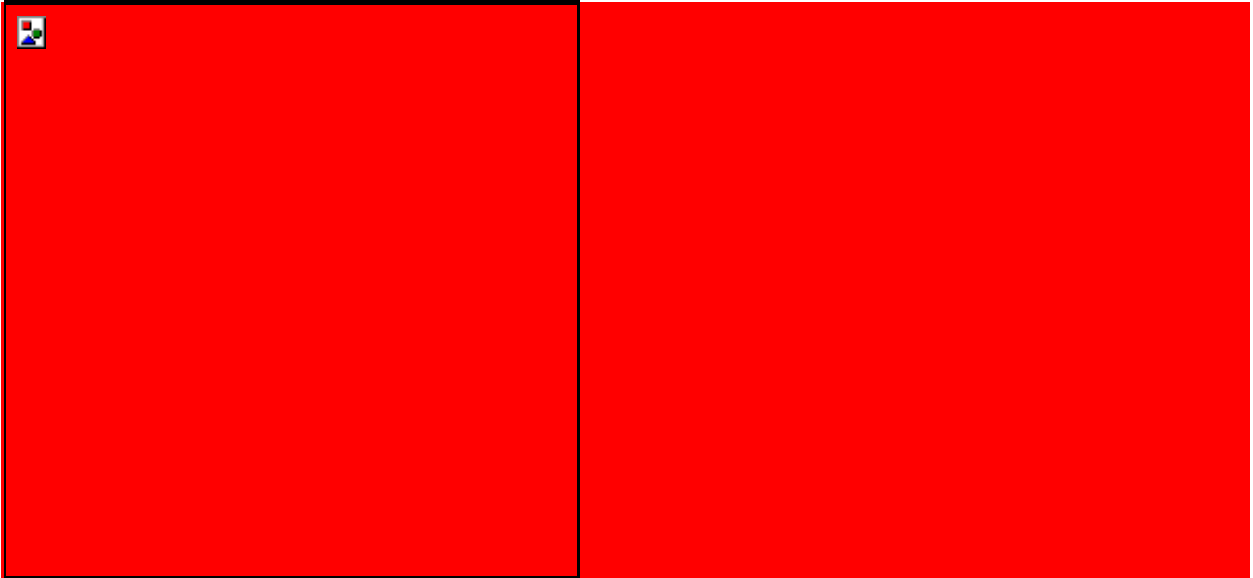
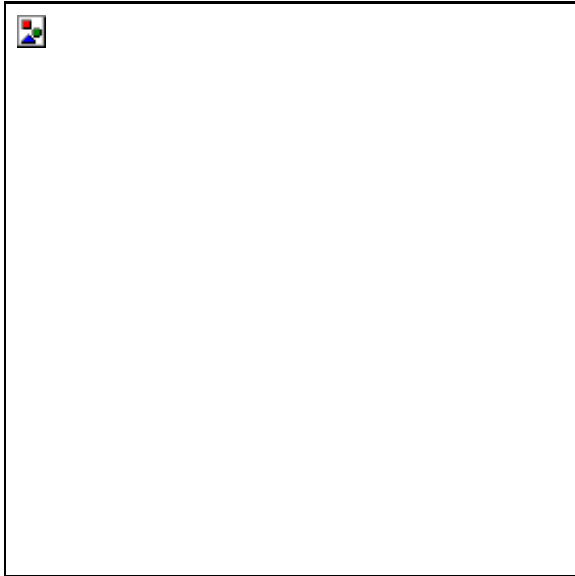
Wien - Einen "Pakt für Arbeit und Europa" zur Bewältigung der **EU**-Erweiterung bietet die SPÖ der Regierung an. "Wir bekennen uns uneingeschränkt zur **Erweiterung**, sie muss aber im Konsens mit der Bevölkerung bewerkstelligt werden, indem man ihre Sorgen ernst nimmt", begründete SPÖ-Chef Alfred Gusenbauer am Mittwoch das Angebot. Eingebunden werden sollen Regierung, Opposition und Sozialpartner. Der Pakt umfasst einen Maßnahmenkatalog, der laut Gusenbauer und SPÖ-Europasprecher Caspar Einem nötig ist, um die Erweiterungschancen zu lukrieren: Qualifizierungsoffensive für Arbeitnehmer mit begleitenden Sprachausbildungsprogrammen. Maßnahmen gegen Dumping am Arbeitsplatz. So soll es eine siebenjährige Übergangsfrist für die Arbeitnehmer- und Dienstleistungsfreizügigkeit geben, die allerdings flexibel gestaltet wird. Jährlich wird überprüft, ob die Frist noch nötig ist.

Schaffung grenzüberschreitender Wachstumszonen durch gezielte Förderungen.

Verkehrs-Infrastrukturpaket. Errichtung von Terminals in den Beitrittsländern, die den Lkw-Verkehr von der Straße auf die Bahn bringen. Wien soll TEN-Knotenpunkt (TransEuropäischesNetz) werden.

Zur Haltung des ÖGB, der die Arbeitnehmerfreizügigkeit erst dann will, wenn in den Beitrittsländern **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus erreicht sind, meinte Gusenbauer, dieses Modell sei nicht sinnvoll, da es auch in Österreich Lohnunterschiede gebe. (ina).

Quellen: DER STANDARD (GERMAN LANGUAGE FULL TEXT) 08/02/2001



03Feb2001 ÖSTERREICH: «Es gibt uns noch - allein das ist eine Botschaft».

Von Ammann, B.

Bilanz des österreichischen Bundeskanzlers Schüssel nach einem Jahr Blau-Schwarz

Die blau-schwarze Regierung in Wien, eine Koalition zwischen der Freiheitlichen Partei (FPÖ) und der Volkspartei (ÖVP), ist seit einem Jahr im Amt. Der amerikanische Nachrichtensender CNN unterlegte damals Berichte über den Wechsel, der die Sozialdemokraten (SPÖ) in die Opposition und die FPÖ an die Macht führte, mit Bildern aus dem Jahr 1938: Die Wehrmacht marschiert, Hitler lässt sich nach dem «Anschluss» Österreichs an das nationalsozialistische Deutsche Reich auf dem Heldenplatz feiern. Politiker, Demonstranten und Intellektuelle in Österreich wie im Ausland riefen zum Sturz der Regierung auf. «Es gibt uns noch - allein das ist eine Botschaft», sagte Bundeskanzler Schüssel dieser Tage an einer Pressekonferenz. Schüssel, der Obmann der ÖVP, beantwortet Fragen unserer Wiener Korrespondenten, Beat Ammann und Ermes Gallarotti.

Wie voll ist das Boot?

Warum ist es nicht möglich, die Zuwanderungsquote von 1 Promille der Wohnbevölkerung auf 1,2 Promille zu heben, um Spitzenkräfte ins Land zu holen, die die Wirtschaft laut deren Angaben dringend braucht?

Da sind Fehlinformationen in Umlauf. Bevor wir angetreten sind, hatten wir ungefähr 40 000 legal in Österreich lebende Ausländer, die nicht arbeiten durften. Mit einer Verordnung haben wir das geändert, und schon im ersten Durchgang sind dadurch 8000 zusätzliche Arbeitsbewilligungen ausgestellt worden. Alles, was früher sozialdemokratische Innenminister und Sozialminister verweigert haben - wir haben es gemacht ...

Das war aber eigentlich nur eine Normalisierung ...

Ja, schon, aber das sind zusätzliche Arbeiter! Zudem haben wir die Zuwandererquote von 8500 beibehalten. Wir haben innerhalb der Quote umgeschichtet: Wir haben die Quote für Familienzuzug sowie für Schlüsselkräfte, Spezialisten und Computerfachleute erhöht. Ferner haben wir das Kontingent für Saisoniers erhöht und ein neues eingeführt für Erntehelfer. Insgesamt haben wir die Arbeitsmöglichkeiten - permanent oder temporär - von 13 500 auf mehr als 30 000 gesteigert! Das ist nicht so schlecht für eine Regierung, die, wie Sie wissen, ja sehr unterschiedliche Positionen gehabt hat auf diesem Gebiet. Und das heisst ja nicht, dass wir am Ende des Weges sind.

Ist die Wirtschaft einfach ungeduldig?

Die Wirtschaft sieht das zum Teil sehr unterschiedlich. Siemens etwa sieht überhaupt kein Problem, andere beklagen sich. Das wird oft sehr fundamental diskutiert. Ausgerechnet die Sozialdemokraten und die Gewerkschaften, die noch vor einem Jahr wütendst jede Form der Auflockerung bekämpft haben, die bei der **EU-Erweiterung** am meisten auf der Bremse stehen und sagen, nur wer **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus schon erreicht hat, darf Mitglied werden - ausgerechnet die wollen bei der Quote für Computerspezialisten am weitesten gehen! Das ist ja nicht wirklich ernst zu nehmen.

Pensionsgelder für die Börse

Sie haben die Beteiligung des Staates an Unternehmen als Stoff aus den siebziger Jahren bezeichnet. Warum steht im unlängst angepassten Gesetz immer noch drin, dass die Republik an «ihren» Unternehmen auch künftig eine Kernbeteiligung von 25 Prozent plus einer Aktie halten muss?

Ganz so steht es nicht drin. Für eine Reihe von Unternehmen der staatlichen Privatisierungsagentur ÖIAG - etwa die Postsparkasse, Austrian Airlines, Austria Tabak oder das Dorotheum - ist im Gesetz bereits für die laufende Legislaturperiode ein Auftrag zur Vollprivatisierung festgeschrieben. Daneben gibt es eine Reihe von Unternehmen, für die in dieser Legislaturperiode noch keine Vollprivatisierung vorgesehen ist. Das heisst nicht, dass es gesetzlich festgeschrieben ist, dass es nie und nimmer zu einer Privatisierung kommen kann. Wenn einmal die im Regierungsprogramm vereinbarten Vollprivatisierungen über die Bühne sind, sollte als nächster Schritt das geltende System der betrieblichen Abfertigungen, die Mitarbeiter für ihre Treue zu belohnen, in ein System von Pensionskassen umgewandelt werden. Solcherart nach dem Kapitaldeckungsverfahren finanzierte Fonds oder Kassen könnten den österreichischen Kapitalmarkt erstmals mit Leben erfüllen. Die Pensionsfonds könnten sich dann direkt an der ÖIAG oder an noch zu privatisierenden Unternehmen wie die VA Stahl, VA Tech, Böhler-Uddeholm oder an der OMV beteiligen. Für uns ist es überhaupt kein Tabu, alle Beteiligungen, sei es über die ÖIAG als Ganzes oder einzeln, zur Verfügung zu stellen.

Ist es nicht bereits zu spät für einen funktionierenden österreichischen Kapitalmarkt?

Allein diese neuen Pensionsfonds würden nach meiner Schätzung jährlich 20 bis 25 Milliarden Schilling an Prämien einnehmen, die zu investieren wären.

Obwohl einige der noch vollständig zu privatisierenden ÖIAG-Unternehmen sehr gut geführt sind, liegt ihre Börsenkapitalisierung unter dem Wert ihres Eigenkapitals. Wie erklären Sie sich das mangelnde Interesse der Anleger?

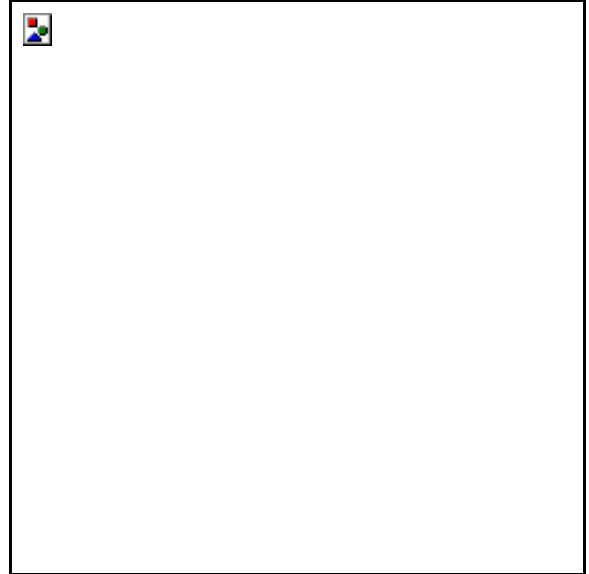
Manches wundert mich. Die Analyse ist klar: Wir haben tolle Betriebe, aber ihre Akzeptanz an der Börse ist gering. Wir haben zudem Defizite im Kapitalmarkt, die Liquidität ist ungenügend. Die Einführung von Pensionsfonds könnte Abhilfe schaffen. Wir können den Investoren zudem erstmals eine wirkliche Story bieten: Wir haben zum ersten Mal einen Trennstrich zwischen Politik und Wirtschaft gezogen. In zwei, drei Jahren wird das absolut schlagend werden.

Homepage Address: <http://www.nzz.ch>

Besuchen Sie die Website der führenden Schweizer Internationalen Tageszeitung unter <http://www.nzz.ch>.

Quellen: NEUE ZUERCHER ZEITUNG 03/02/2001





23Dez2000 ÖSTERREICH: EU-Erweiterung mit gestaffelter Öffnung des Arbeitsmarktes.

Bartenstein will unterschiedliche Übergangsfristen für neue Mitglieder

Eric Frey

Wien - Wirtschaft-und Arbeitsminister Martin Bartenstein will den österreichischen Arbeitsmarkt für neue **EU**-Mitgliedsstaaten unterschiedlich rasch öffnen. Während die Bürger einiger Staaten bald nach dem Beitritt in den Genuss des freien Personenverkehrs kommen könnten, sollten bei anderen Staaten - etwa der Slowakei - die volle sieben Jahre Übergangsfrist zur Anwendung kommen, für die Deutschland und Österreich derzeit eintreten. "Ich wünsche mir innerhalb dieses Zeitrahmens den Freiraum, auf bilateraler Basis mit den Beitrittskandidaten das entsprechende Regime für den Zuzug von Arbeitskräften zu gestalten", sagte Bartenstein im Standard-Gespräch.

Bartenstein geht nicht davon aus, dass es nach dem ab 2004 zu erwartenden **EU**-Beitritt der Reformstaaten zu einem starken Einwanderungsdruck kommen wird. "In der Geschichte haben sich solche Befürchtungen immer wieder als unberechtigt herausgestellt", sagt er.

Problem Bratislava

Ein Sonderproblem seien allerdings die städtischen Ballungsräume nahe der Grenze, vor allem die slowakische Hauptstadt Bratislava, von wo aus eine große Zahl von Tagespendlern in Österreich Arbeit suchen könnte. Deshalb wären für die Slowakei längere Übergangsfristen notwendig als etwa für Slowenien oder gar die baltischen Staaten. "Ich glaube nicht, dass wir mit allen Ländern gleich umgehen sollten, auch deshalb, weil dies Beitrittskandidaten selbst ein Interesse daran haben, einen 'Brain Drain' zu vermeiden", sagt Bartenstein, der bei der Formulierung der österreichischen Erweiterungsposition für die Arbeitsmarktpolitik federführend ist. Wenn es bei der Osterweiterung zu einer siebenjährigen Übergangsfrist wie einst beim Beitritt Spaniens und Portugals kommt, könnte Österreich selbst entscheiden, wen es hereinlässt. Eine unterschiedliche Behandlung der verschiedenen - bis zu zehn - neuen Mitglieder ist allerdings politisch heikel. Diese Problematik könnte durch bilaterale Vereinbarungen gemildert werden.

Bartenstein strebt dabei nach größtmöglicher Flexibilität "für die Kommission, die Beitrittsländer und für uns". Das bedeutet, dass der Zugang für Arbeitskräfte in diesen sieben Jahren einer veränderten Situation angepasst werden kann. Das heißt, auch die Beitrittsländer können einen Antrag auf vorzeitige Aufhebung der Beschränkungen stellen, worüber dann der Europäische Rat mit Einstimmigkeit entscheiden müsste. Angesichts der hohen Betroffenheit Ostösterreichs fordert Bartenstein eine "Schutzklausel": Auch wenn **EU**-weit die Übergangsfrist verkürzt wird, könnte Österreich auf die vollen sieben Jahre bestehen.

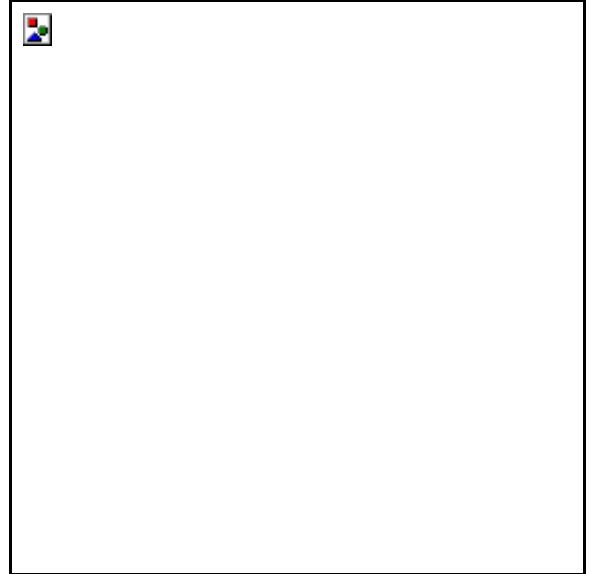
Auch die Dienstleistungsfreiheit - das Recht ausländischer Betriebe, in Österreich sich niederzulassen, ihre Dienste anzubieten - müsse nach der **Erweiterung** den gleichen Übergangsregeln unterworfen werden, sagt Bartenstein. Sonst könnten ausländische Betriebe von ihrem durch ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs (Rush-Portuguesa) verbrieften Recht Gebrauch machen, ihre eigenen Beschäftigten mitzubringen und so die Übergangsfristen zu unterlaufen. Diese Frage hatte sich bei der Aufnahme von Spanien und Portugal noch nicht gestellt.

"Wie einst die FPÖ"

Kein Verständnis zeigt Bartenstein für die Forderung von ÖGB und Arbeiterkammer, dass der Arbeitsmarkt erst geöffnet werden soll, wenn die Beitrittsländer **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus erreicht haben. "AK und ÖGB spielen jetzt jene Rolle, die früher eine oppositionelle FPÖ gespielt hat. Dann dreht es sich bei den Übergangsfristen nicht um Jahre, sondern um Jahrzehnte." Dies sei besonders problematisch, weil der heimische Arbeitsmarkt auszutrocknen droht, sagte Bartenstein. Ab Mitte des Jahrzehnts müsse deshalb eine Diskussion über die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte einsetzen. "Wir müssen überlegen, was wir von klassischen Einwanderungsländern lernen können, ohne selbst eines zu werden." Kommentar Seite 40.

Quellen: DER STANDARD (GERMAN LANGUAGE FULL TEXT) 23/12/2000





15Nov2000 ÖSTERREICH: Schüssel - Keine dramatische Migration durch Erweiterung.

Bundeskanzler Schüssel und der Regierungsbeauftragte für die **Erweiterung**, Erhard Busek, versuchen, den Ängsten vor einem Zuwanderungsstrom aus den Nachbarländern entgegenzuwirken.

WIEN (wb, ki). Im Zuge der **EU**-Erweiterung werde es zu keiner drastischen Migration von Arbeitskräften kommen. Davon zeigte sich Bundeskanzler Wolfgang Schüssel Montagabend bei einem Vortrag in der Wirtschaftskammer in Wien überzeugt. Er rechne allerdings mit einer "Pendlerproblematik", sagte Schüssel. Dieser müsse man mit einer Mischung aus Übergangsfristen und Quotenregelungen begegnen. Auch der Regierungsbeauftragte für die **Erweiterung**, Erhard Busek, warnte vor übertriebenen "Schock-Nachrichten" zur Zuwanderung nach der Aufnahme der Nachbarländer in die **EU**. Unterstützt wurde Busek bei einer Pressekonferenz in Wien von Vertretern der ungarischen und slowakischen Regierung. Laut Busek gebe es mit Slowenien und Tschechien überhaupt kein Zuwanderungsproblem. In Slowenien arbeiten derzeit mehr Österreicher als Slowenen in Österreich. Und in Tschechien gebe es traditionell wenig Interesse an einer Auswanderung nach Österreich. Csaba Zalai vom ungarischen Außenministerium sieht auch durch sein Land keine potentielle Gefahr. Von den derzeit rund 300.000 ausländischen Arbeitskräften in Österreich kämen bloß 9000 aus Ungarn. Die Arbeitslosenrate liege zudem bereits unter dem **EU**-Durchschnitt. Einzig aus der Slowakei ist weiterhin mit einer nennenswerten Zuwanderung zu rechnen. Laut Stefan Condik vom slowakischen Sozialministerium gebe es noch immer eine relativ hohe Arbeitslosigkeit von 18,9 Prozent. Die Zahlen jener Personen, die gerne im Ausland arbeiten würden, halten sich dennoch in Grenzen, meint Condik.

EU-Studie zur Migration

Laut einer im Auftrag der **EU**-Kommission durchgeführten Studie zur Migration aus den zehn Beitrittskandidaten ist ab dem Jahr 2002 eine jährliche Zuwanderung von insgesamt 335.843 Personen in die gesamte **EU** zu erwarten. Die Berechnung geht allerdings davon aus, dass zu diesem Zeitpunkt bereits eine Freizügigkeit für alle Mittel- und Osteuropäer besteht. Für Österreich ergäbe sich aus der Modellrechnung in den ersten Jahren eine Zuwanderung von zusätzlich 41.000 Personen jährlich (siehe Graphik). Da davon ausgegangen wird, dass sich die mittel- und osteuropäischen Länder wirtschaftlich weiter erholen, würde sich diese Zahl ab dem Jahr 2005 vorerst auf 30.020 Personen, ab 2001 auf 17.739 und auch danach weiter reduzieren. Als problematisch bezeichneten sowohl Busek als auch Schüssel die Forderung des ÖGB, volle Freizügigkeit erst dann zu gewähren, wenn die Reformländer ein Lohnniveau von **80 Prozent** des österreichischen Durchschnitts erreicht hätten. "Das würden auch einige österreichische Regionen nicht schaffen", so Schüssel. Busek betonte, laut dieser Forderung dürften Portugal und Griechenland heute noch nicht Mitglieder der Union sein. Neben der Arbeitsmarktproblematik sei auch die Frage der atomaren Sicherheit für Österreich vorrangig, sagte Schüssel. Er sei davon überzeugt, dass europäische Mindeststandards für die Sicherheit von AKW bis Jahresende formuliert würden. "Die Kommission schwenkt auf diese Linie ein."

(c) Die Presse 2000 www.diepresse.at.

Quellen: *DIE PRESSE* 15/11/2000



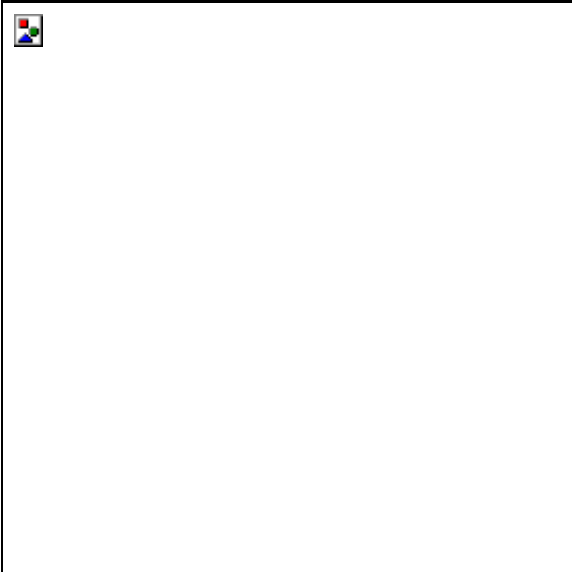
09Nov2000 ÖSTERREICH: Erweiterung - ÖGB für harte Bedingungen.

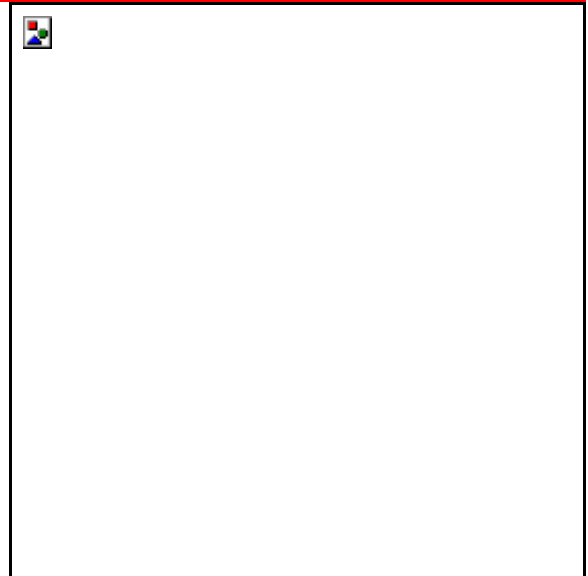
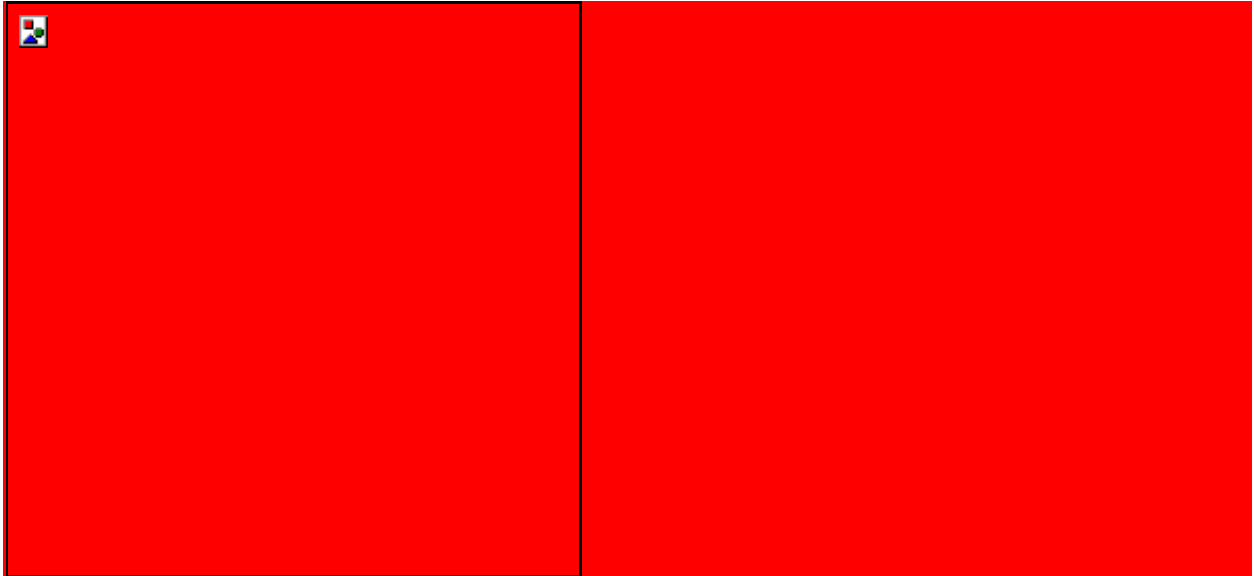
Das Lohnniveau in den Beitrittskandidatenländern müsse für die volle Freizügigkeit **80 Prozent** des österreichischen Niveaus erreichen, so der ÖGB.

WIEN (ki). Die Sorgen der österreichischen Bevölkerung machten gewisse Bedingungen für die **EU**-Erweiterung unabdingbar. Gemäß diesem Motto bekräftigte ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch gestern, Mittwoch, seine Forderung nach konkreten Übergangskriterien. Bei einer Pressekonferenz gemeinsam mit Gewerkschaftskollegen aus den Beitrittsländern nannte Verzetnitsch die Bedingungen des Gewerkschaftsbundes: Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt und bei den Dienstleistungen dürfe erst dann gewährleistet werden, wenn das Lohnniveau in den Reformländern **80 Prozent** des österreichischen Niveaus erreicht hat. Schwere Kost, meinten die Gewerkschafter der Nachbarländer dazu: Denn unter diesen Bedingungen müßten Griechenland oder Portugal aus der **EU** ausgeschlossen werden. Beide Länder liegen unter den geforderten **80 Prozent** des österreichischen Lohnniveaus. Verzetnitsch wies diesen Vergleich zurück: "Preßburg liegt näher bei St. Pölten als Athen." Da die Sorge des ÖGB Tagespendler und nicht Daueremigranten betreffe, müsse der österreichische Arbeitsmarkt mit Übergangsfristen geschützt werden. Ein heikles Thema, stimmte der Präsident des Slowakischen Gewerkschaftsbunds, Ivan Saktor, zu. Man sei froh, dass die Befürchtungen in Österreich vor Massenmigration zurückgegangen sei; die Angst vor Tagespendlern müsse nun gemeinsam bekämpft werden. Unisono versicherten die Gewerkschafter, dass ein Abzug der mobilsten Schicht - hochqualifizierte Fachleute - die Reformländer härter treffen würde, als dieser Influx die alten **EU**-Länder belasten würde. Wenn die Regierungen die Sorge vor zu großen Pendelbewegungen ernst nähmen, müßte aber bereits jetzt schärfer gegen das Schwarzarbeitertum vorgegangen werden.

(c) Die Presse 2000 www.diepresse.at.

Quellen: DIE PRESSE 09/11/2000





04Dez1999 ÖSTERREICH: Erweiterung - Verheugen übt Kritik an Österreichs Position.

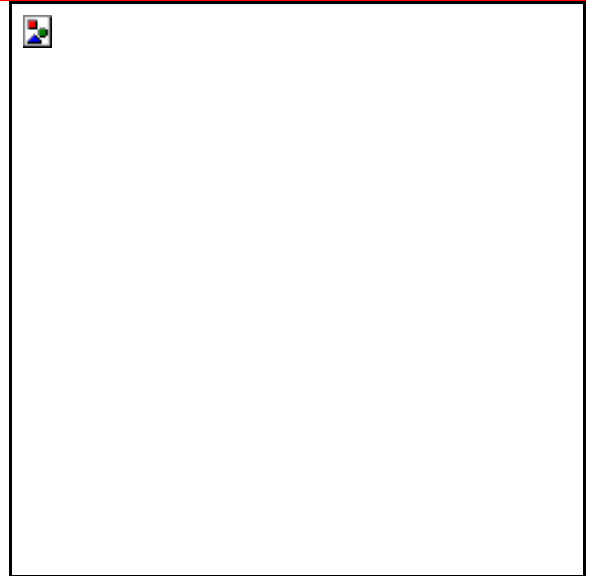
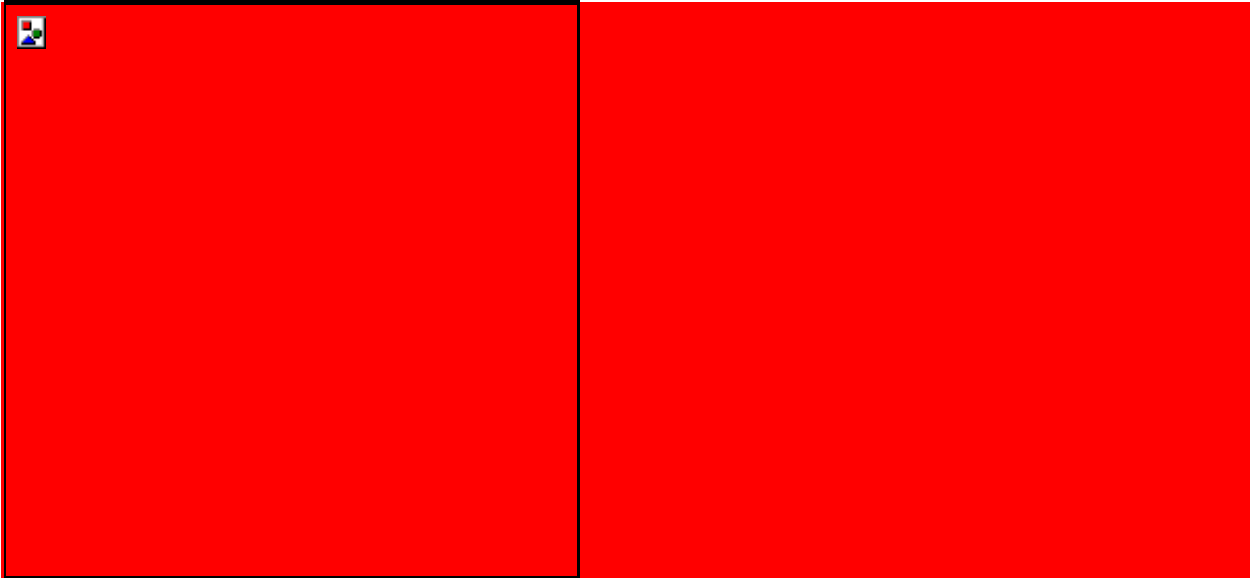
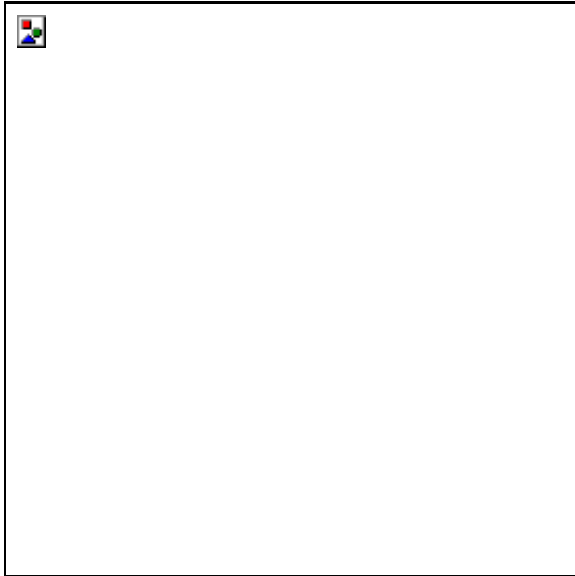
Von unserer Korrespondentin und DORIS KRAUS.

"Presse"-Interview. **EU**-Kommissar Günter Verheugen hält die von FPÖ und ÖGB geforderten Übergangsfristen für nicht realistisch.

DIE PRESSE: In Österreich werden lange Übergangsfristen bei der Osterweiterung gefordert. FP-Chef Jörg Haider spricht von bis zu 20 Jahren, der ÖGB will, dass der Arbeitsmarkt erst voll geöffnet wird, wenn die Kandidaten **80 Prozent** des durchschnittlichen **EU**-Lohnniveaus erreicht haben. Verheugen: Na fabelhaft. Dann hätten wir ja Spanien, Portugal und Griechenland heute noch nicht in der **EU**. Sind Übergangsfristen von 20 Jahren unrealistisch? Verheugen: Übergangsfristen sind ein absolut legitimes Hilfsmittel. Aber man kann das nicht am Anfang eines Verhandlungsprozesses entscheiden, sondern erst am Schluß, wenn man das Problem wirklich kennt. Bei der Arbeitnehmer-Freizügigkeit verlangen nur zwei Länder Übergangsfristen, Deutschland und Österreich. Die Frage ist, wie wir mit Quoten und Fristen umgehen. Ganz sicher aber wird man bei den Übergangsfristen nicht in Dekaden denken. Man könnte allenfalls eine Überprüfungs Klausel einbauen. Haben Sie Angst vor dem "Haider-Effekt"? Österreich hat ja die Beitrittsverhandlungen schon zweimal blockiert. Verheugen: Es gefällt mir nicht. Das ist klar. Das sage ich als jemand, der aus dem Nachbarland kommt, Österreich kennt und liebt. Auf der anderen Seite weiß ich, dass die Sozialdemokraten und die Volkspartei in ihrer europäischen Zuverlässigkeit über jeden Zweifel erhaben sind. Ich glaube überhaupt nicht, dass Österreich zum Problemfall in Europa werden könnte. Man muß ja auch ein bißchen bewundern, wie Klima und Schüssel das managen, dass sie in dieser Lage international noch handlungsfähig bleiben. Beim Thema Ost-AKW haben Sie ja in allen

drei Problemfällen frühere Schließungsdaten erreicht. Die Slowakei ist mit Bohunice aber am wenigsten ambitioniert. Verheugen: Bei der Slowakei waren wir uns ja einig, dass das Thema im Verlauf des Heranführungsprozesses noch einmal aufgegriffen werden kann. Das Slowakei-Ergebnis ist das beste, was die Kommission erreichen konnte. Ich habe nie ein Hehl daraus gemacht, dass ich damit auch nicht hundertprozentig glücklich bin. Die Slowakei will einen neuen Schließungstermin ja nur dann überlegen, falls sie früher als 2006 in die **EU** kommt. Verheugen: Aber der österreichische Punkt ist ja der: Bevor sie Mitglied werden, müssen die Dinger außer Betrieb sein. Da gibt es auf der slowakischen Seite ja auch Gesprächsbereitschaft. Ich möchte aber auch deutlich sagen, was nicht geht: Wenn wir mit der Slowakei Absprachen getroffen haben, können nicht nachträglich verschärfte Bedingungen auferlegt werden. Heißt das, Österreich sollte die **Erweiterung** nicht blockieren? Verheugen: Österreich könnte das natürlich. Der Erweiterungsprozeß liegt in der Hand der Staaten. Ich glaube aber nicht, dass es für Österreich vorteilhaft wäre, den ganzen Prozeß zu blockieren. Wird die Türkei beim **EU**-Gipfel in Helsinki zum offiziellen Beitrittskandidaten ernannt? Verheugen: Diese Frage ist aus heutiger Sicht tatsächlich noch offen. Ich sehe gute Chancen, aber es gibt Risiken. Wir müssen Formeln finden, mit denen alle leben können. Wir dürfen nicht das Risiko eingehen, dass wir in Helsinki etwas beschließen, von dem die Türkei dann enttäuscht ist. Ist Helsinki die letzte Chance für die Türkei? Verheugen: Ich möchte über die Möglichkeit, dass wir in Helsinki kein positives Ergebnis erzielen, gar nicht spekulieren. Auch nicht über die Folgen, die das hätte. Die Kommission und einige Mitgliedsländer haben der Türkei sehr deutlich gesagt, dass positive Signale vor Helsinki den Prozeß erleichtern würden. Die Türkei hat darauf positiv reagiert. Sicher hat die türkische Regierung eine Rolle dabei gespielt, dass die Zypern-Gespräche in New York aufgenommen wurden. Aber die Frage der Territorialkonflikte mit Griechenland und die Frage Zypern bleiben. Ist die Türkei für Europa nicht ein Schritt zu weit? Verheugen: Mit der Frage muß ich mich nicht mehr befassen. Diese Entscheidung fiel vor langer Zeit. Der Türkei wurde seit Jahrzehnten gesagt, dass sie die Perspektive zur vollen Mitgliedschaft hat. Es hätte verheerende Folgen, wenn wir der Türkei jetzt sagten: Das war alles gar nicht so gemeint. Wenn wir die Türkei als Kandidaten akzeptieren, mit welchem Recht lehnt man denn dann etwa die Ukraine ab? Verheugen: Mit der Türkei sind die vertraglichen Beziehungen völlig anders als mit der Ukraine. Die Union ist bei der **Erweiterung** an der absoluten Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt. Mehr ist auf absehbare Zeit nicht möglich. Es wäre unverantwortlich, jetzt irgendwohin zu fahren und schon wieder neue Zusagen zu machen. Wird die **EU** in Helsinki ein konkretes Datum festlegen, ab wann sie neue Mitglieder aufnimmt? Verheugen: Das erwarte ich. Beim **EU**-Gipfel von Berlin wurden die finanziellen Voraussetzungen geschaffen, und zwar ab 2002. Beim Gipfel in Köln wurde gesagt, dass die Institutionenreform bis 2002 in Kraft sein soll. Daraus ergibt sich automatisch ein Datum. Was wir nicht wissen, ist, ob 2002 die Verhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Kandidaten abgeschlossen sein werden. Die Präsidentin des **EU**-Parlaments, Nicole Fontaine, hat gemeint, die ersten neuen Mitglieder sollten noch vor den **EU**-Wahlen im Juni 2004 aufgenommen werden. Unterstützen Sie das? Verheugen: Die Kommission hat bisher gesagt, dass sie die ersten Aufnahmen während ihrer Amtszeit sehen will (bis Jänner 2005, Anm. d. Red.). Diese Daten liegen ja extrem nahe beieinander. Das halte ich für durchaus möglich. Ich unterstütze auch den politischen Ansatz, der dahinter steckt. Wann sollte die **EU** denn ein Datum für die ersten Beitritte festlegen? Sie haben einmal von 2002 gesprochen. Verheugen: 2002 ist ganz sicher zu spät. Wenn Polen und Ungarn bis 2002 in der Luft hängen, würden sie erhebliche innenpolitische Probleme bekommen. Das halte ich für eine sehr riskante Politik. Meine Hoffnung ist, dass wir ein konkretes Beitrittsszenario etwas früher vorlegen können, wobei das früheste etwa in einem Jahr wäre. Könnte es sich die **EU** nicht leichter machen, indem sie zuerst nur ein neues Mitglied aufnimmt? Verheugen: Das ist eine ganz schwierige Frage. Die Regel ist klar: Jedes Land wird nach seinen Fortschritten beurteilt. Das könnte theoretisch dazu führen, dass wir in relativ kurzen Abständen zwölf Entscheidungs- und zwölf Ratifizierungsprozesse in Gang setzen müssen. In den Ländern, in denen Referenden nötig sind, würden die Leute da bald überdrüssig werden. Also ist das vielleicht nicht der weiseste Ansatz. Wenn es vertretbar ist, wird es klug sein, für den Beitritt Gruppen zu bilden. Gilt informell der Grundsatz, dass Polen in der ersten Beitrittsrunde dabei sein muß? Verheugen: Es gibt eine Reihe von **EU**-Regierungen, die in privaten Gesprächen diese Auffassung vertreten. Ich nehme das zur Kenntnis. Günter Verheugen diskutiert am Sonntagabend in der Sendung "Späth am Abend" (n-tv, 21.15 Uhr) gemeinsam mit Außenminister Wolfgang Schüssel über Österreichs Position zur **EU**-Erweiterung

Quellen: DIE PRESSE 04/12/1999



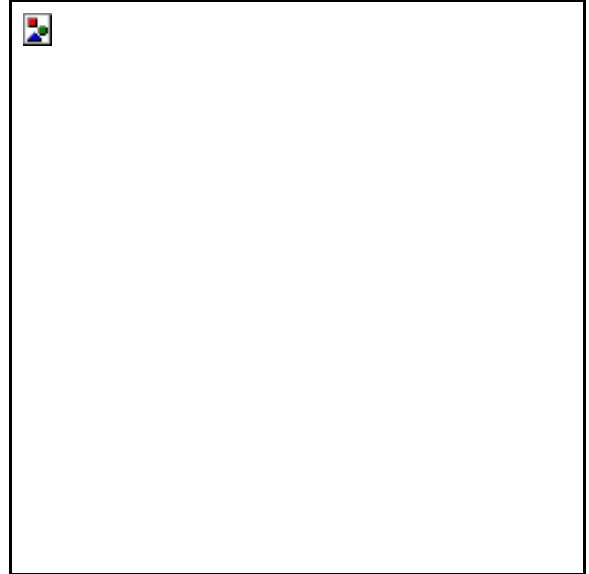
19Nov1999 ÖSTERREICH: "Volle Osterweiterung erst in 72 Jahren".

Der ÖGB und die Industriellenvereinigung streiten über das Lohnniveau für die Beitrittskandidaten.

WIEN (ag, do). Die Industriellenvereinigung (IV) kritisierte am Donnerstag scharf die Forderung des ÖGB, dass die Beitrittskandidaten erst dann vollen Zugang zum **EU**-Arbeitsmarkt haben dürfen, wenn ihr Lohnniveau **80 Prozent** des **EU**-Durchschnitts betrage. "Damit gibt es die volle Osterweiterung erst in 72 Jahren", sagte IV-Chefökonom Erhard Fürst. Das errechnete die IV auf der Basis, dass die Beitrittskandidaten zur Zeit 20 Prozent der österreichischen Löhne erhalten. "Geht man davon aus, dass die Löhne in Österreich jährlich um zwei Prozent wachsen und in den Beitrittsstaaten um vier Prozent, treffen sich die beiden Kurven um das Jahr 2070", hieß es in der IV. Der ÖGB verteidigte seine Position damit, dass man die **Erweiterung** begrüße, diese aber große Probleme für den heimischen Arbeitsmarkt bringe. Seite 10.

Quellen: *DIE PRESSE* 19/11/1999



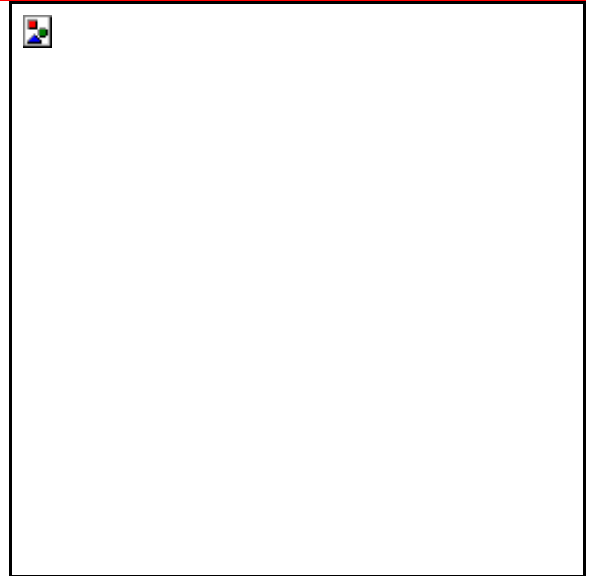
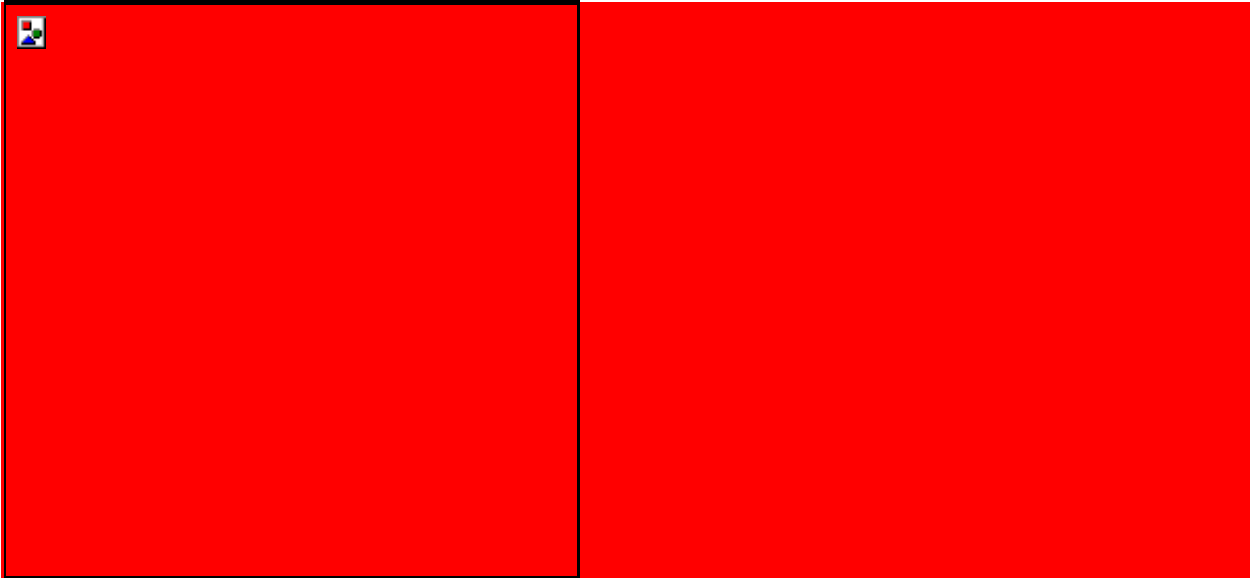
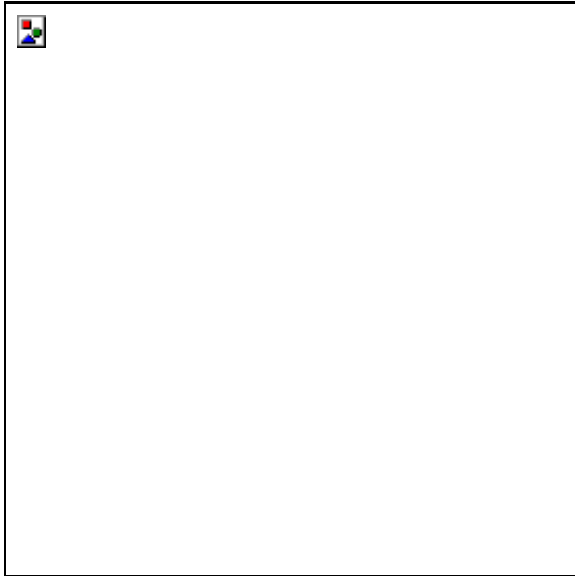


19Nov1999 ÖSTERREICH: Tanz der Derwische.

Von DORIS KRAUS.

Die Europäische Union, so wird zumindest immer wieder glaubhaft versichert, langweile die Leute zu Tode. Das kann aber doch wohl nicht ernst gemeint sein. Denn gerade in den letzten Tagen gab es kaum Nachrichten, die es vom Unterhaltungswert her mit diesem ach so faden Thema aufnehmen konnten. Da war zum einen die doch eher erstaunliche Nachricht, dass FP-Chef Jörg Haider plötzlich seine Liebe zur Türkei entdeckt hat. Haider begrüßte bei einer Pressekonferenz in Brüssel den Plan der **EU**-Staaten, die Türkei beim Helsinki-Gipfel am 10. Dezember offiziell zum Beitrittskandidaten zu küren. Mit dieser Kapriole, um die ihn wohl so mancher Derwisch beneiden würde, wirbelte Haider gekonnt links an den meisten Christ- und so manchem Sozialdemokraten vorbei, die das für überhaupt keine gute Idee halten. Offiziell wegen der Menschenrechte, inoffiziell, weil die Türkei riesengroß und bitterarm ist. Von Beitritt oder Übergangsfristen sagte Haider allerdings nichts. Diese Fragen würde er möglicherweise erst im Rahmen der "Agenda 3000" behandeln. Die Derwische tanzten aber auch anderswo. In Österreich wurde die mitunter recht amüsante, mitunter eher schaurige Erweiterungsdebatte um eine Facette bereichert. Die Industriellenvereinigung raffte sich nämlich endlich auf, der Forderung etwas entgegenzusetzen, dass der Arbeitsmarkt für die Beitrittskandidaten erst dann geöffnet werden darf, wenn deren Löhne **80 Prozent** des **EU**-Durchschnitts betragen. Diese Haltung, die vom ÖGB vertreten wird, würde laut IV dazu führen, dass die volle Osterweiterung erst in rund 70 Jahren stattfinden kann. Diese Erkenntnis sollten auch andere Vertreter dieser Lohnniveau-Forderung auf sich wirken lassen: allen voran die FPÖ und der niederösterreichische ÖAAB. Denn in gleichberechtigten Verhandlungen - und darum geht es bei der **Erweiterung**, auch wenn's mancher nicht glauben kann -, heißt es Geben und Nehmen. Sonst darf man sich nicht wundern, wenn große Staaten wie Polen ein 18jähriges Verbot für den Immobilienverkauf an Ausländer wollen. Bei so vielen Derwischen könnte dem Bürger nämlich leicht schwindlig werden.

Quellen: *DIE PRESSE* 19/11/1999



28Jul1999 ÖSTERREICH: ÖGB-Chef - "Wir werden mobilisieren".

Fritz Verzetnitsch droht wegen Aktion Fairness mit heißem politischen Herbst

Trotz Wahlkampf werde der Gewerkschaftsbund für die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten mobilisieren. Großflächige Demonstrationen seien deswegen im Herbst durchaus möglich, kündigt ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch im Gespräch mit Katharina Krawagna-Pfeifer an.

Standard: Der Bundeskanzler hat vor kurzem sein Strategiepapier für Österreich vorgelegt. Der Vorsitzende der Privatangestellten hat es vernichtet. Hans Sallmutter meint, das sei klassischer Neoliberalismus.

Verzetnitsch: Ich würde es nicht als neoliberal bezeichnen. Viktor Klima hat keineswegs von einer Gesamtstrategie für Österreich gesprochen. Wäre dieses der Fall, müßte ich Sallmutter nicht nur Recht geben, sondern ergänzend auch noch sagen, dass das zu wenig ist. Die Strategie für Österreich ist ein Wirtschaftspapier. Also ein Papier, sagen wir einmal, das jedenfalls ergänzungsbedürftig ist.

Standard: In welchen Bereichen?

Verzetnitsch: Es gibt nach wie vor den Trend zur geringfügigen Beschäftigung. Wir hingegen verlangen den Ausbau der Vollzeitarbeitsplätze. Ich verlange einen radikalen Abbau der Überstunden. Die Scheinselbständigkeit muß zurückgedrängt werden. Der dritte Punkt ist die Frage der **EU**-Erweiterung. Hier müssen die österreichischen Positionen berücksichtigt werden.

Standard: Das heißt sehr, sehr lange Übergangsfristen.

Verzetnitsch: Richtig.

Standard: Wie lange wäre die minimale Übergangsfrist?

Verzetnitsch: Es gibt hier kein Minimum und es gibt kein Maximum, sondern es gibt Kriterien. Das heißt, die grundsätzlichen Sozialstandards der **EU** müssen in den Rechtsbestand der beitrittswilligen Staaten übernommen werden. Hier sehe ich bei einigen Staaten weniger Probleme. Ich denke an Slowenien, wo es ein hochentwickeltes soziales Netz gibt. Ich denke aber auch an Polen und andere Staaten, wo es noch Nachholbedarf gibt.

Wenn man die volle Freizügigkeit auf dem Arbeitsmarkt erreichen will, dann muß das Lohnniveau in diesen Ländern zwischen 70 und **80 Prozent** des österreichischen Durchschnitts betragen.

Jahreszahlen nenne ich aber keine. Es geht um die Erfüllung der Kriterien. Dann kann der Beitritt dieser Länder auch sehr viel schneller gehen, als man glaubt. Ich kann mir auch einen gestaffelten Beitritt vorstellen.

Standard: Dem ÖGB und dem Europäischen Gewerkschaftsbund, dessen Präsident Sie auch sind, wird deswegen Verrat an der Internationalität der Gewerkschaftsbewegung vorgeworfen.

Verzetnitsch: Das weise ich scharf zurück. Es spricht niemand von Verrat, wenn es darum geht, einheitliche Geldwertkriterien festzulegen. Es spricht niemand von Verrat, wenn internationale Handelskriterien festgelegt werden. Da sagt man, dass das notwendig und wichtig ist. Nur wenn die Gewerkschaften internationale Mindeststandards verlangen, dann ist das plötzlich Verrat.

Standard: Aber was denkt sich der Arbeitnehmer in Tschechien, was denkt sich die Arbeitnehmerin in Polen, wenn die Gewerkschaften die **Erweiterung** bremsen?

Verzetnitsch: Die Internationalisierung kann doch nicht so passieren, dass man überall möglichst niedrige Standards verwirklicht.

Standard: In Österreich wird dem ÖGB mangelnde Flexibilität gegenüber Neuerungen vorgeworfen und es wird stets kritisiert, dass er durch diese Haltung arbeitsplatzvernichtend agiere.

Verzetnitsch: Das stimmt einfach nicht! Wir haben den Jahresarbeitszeitmodellen zugestimmt, bei der Lohnentwicklung, in der Sozialpolitik stets Flexibilität gezeigt. Ich orte hingegen auf der Gegenseite, wenn es darum geht, die Rechte zwischen Arbeitern und Angestellten anzugleichen, wenig Flexibilität.

Standard: Die Aktion Fairness, die sie angesprochen haben, war einer der Punkte, die in dieser Legislaturperiode gescheitert sind. Wie beurteilen Sie insgesamt die Arbeit der Regierung?

Verzetnitsch: Bei der Steuerreform, der Pensionsreform, in der Beschäftigungspolitik wurden durchaus positive Wege beschritten. Wir haben das Jugendbeschäftigungsprogramm beschlossen. Was mich wirklich ärgert ist das Scheitern der Aktion Fairness. Wir werden daher in dieser Frage trotz des Wahlkampfes mobilisieren. Wir werden das den Leuten sehr klar machen. Von dem Thema sind immerhin 1,2 Mill. Menschen direkt betroffen. Sie können davon ausgehen, dass der ÖGB in dieser Frage nicht ruhig sein wird. Wir machen das zum politischen Thema im Herbst.

Standard: Sie drohen mit großflächigen Demonstrationen?

Verzetnitsch: Das ist durchaus denkbar. Ja.

Standard: Sie haben eingangs den Wunschzettel an die nächste Regierung erwähnt, den der ÖGB im September veröffentlicht. Was steht drauf?

Verzetnitsch: Wir brauchen einen Kollektivvertrag für Leiharbeitskräfte. Es geht um die Abfertigung bei Selbstkündigung und um die Weiterentwicklung der sozialen Absicherung der geringfügig Beschäftigten.

Standard: Werden Sie auf den Wunschzettel auch die generelle Arbeitszeitverkürzung schreiben?

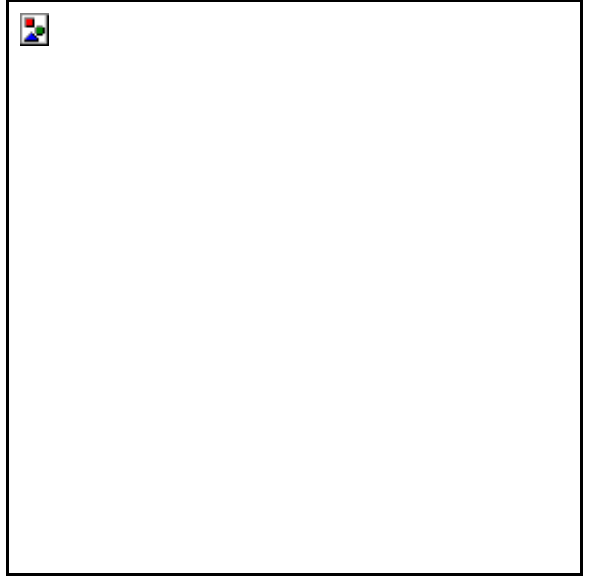
Verzetnitsch: Arbeitszeitverkürzung ist ein mehrstufiges Verfahren. Es geht einmal darum, die permanent gemachten Überstunden zu reduzieren. Ich bin gegen die Verlängerung des Urlaubs. Es ist ja schon jetzt so, dass viele ihren Urlaub nicht zur Gänze nehmen können, da es zu wenig Personal gibt. Die direkte Arbeitszeitverkürzung aber sollte man branchenweise durchsetzen.

Standard: Nach Aussage vieler, ist für die Zeit nach der Wahl alles offen. Wie beurteilen Sie eine allfällige schwarz-blaue Koalition oder eine Ampelregierung?

Verzetnitsch: Der ÖGB beurteilt jede Regierung danach, was sie bereit ist, für die Arbeitnehmer zu tun.

Quellen: DER STANDARD (GERMAN LANGUAGE FULL TEXT) 28/07/1999





SOUTH-TO-NORTH MIGRATION FLOWS

United Nations Population Division, Department of Economic and Social Affairs.

Average annual number of immigrants to selected developed regions by region of origin and average annual net migration recorded by developed regions by period, 1960 to 1989

Region of origin, region of destination	1960-1964	1965-1969	1970-1974
Sub-Saharan Africa			
Emigrants to:			
Northern America	1,900	4,105	10,094
Oceania	2,072	2,722	3,832
Western Europe	13,287	37,688	50,998
Total	17,259	44,515	64,925
Net migration			
Oceania	1,906	2,337	3,401
Western Europe	9,710	-524	7,426
Maximum net emigration to developed countries	13,517	5,918	20,921
Northern Africa and Western Asia			
Emigrants to:			
Northern America	8,494	16,185	19,319
Oceania	2,171	4,792	9,087
F	40,869	48,245	79,159
Western Europe	45,079	98,391	221,785
Total	96,613	167,613	329,349
Net migration			
Oceania	2,119	4,677	8,886
Western Europe	34,716	53,110	137,517
Maximum net emigration to developed countries	86,198	122,218	244,881
Southern Asia			
Emigrants to:			
Northern America	2,753	11,208	29,048
Oceania	1,371	2,798	4,890
Western Europe	4,234	35,758	25,995
Total	8,358	49,763	59,933
Net migration			
Oceania	1,206	2,558	4,673
Western Europe	2,528	24,466	14,096
Maximum net emigration to developed countries	6,486	38,232	47,818
East and South-eastern Asia			
Emigrants to:			
Northern America	15,088	46,450	102,970
Oceania	2,205	3,039	4,853
Western Europe	6,522	32,991	42,683
Total	23,814	82,481	150,506
Net migration			
Oceania	1,912	2,513	4,417
Western Europe	3,883	9,972	11,855

Maximum net emigration to developed countries	20,882	58,935	119,243
Latin America and the Caribbean			
Emigrants to:			
Northern America	100,416	159,011	211,433
Oceania	216	687	4,577
Western Europe	4,433	21,200	20,805
Total	105,065	180,898	236,815
Net migration			
Oceania	191	617	4,405
Western Europe	2,327	6,921	5,958
Maximum net emigration to developed countries	102,934	166,548	221,796
Developing countries			
Emigrants to:			
Northern America	128,650	236,959	372,864
Oceania	8,035	14,038	27,239
F	40,869	48,245	79,159
Western Europe	73,555	226,028	362,266
Total	251,109	525,270	841,527
Net migration			
Oceania	7,334	12,702	25,783
Western Europe	53,164	93,944	176,852
Maximum net emigration to developed countries	230,017	391,850	654,658
Developed countries			
Emigrants to:			
Northern America	243,161	303,965	208,199
Oceania	138,278	164,177	146,063
F	133,416	155,490	113,426
Western Europe	655,598	874,469	935,176
Total	1,170,453	1,498,101	1,402,864
Net migration			
Oceania	115,771	121,124	103,670
Western Europe	214,575	88,565	146,857
Maximum net emigration to developed countries	706,923	669,144	572,153
All regions			
Emigrants to:			
Northern America	371,811	540,924	581,063
Oceania	146,313	178,215	173,302
F	174,285	203,735	192,585
Western Europe	729,153	1,100,497	1,297,442
Total	1,421,562	2,023,370	2,244,392
Net migration			
Oceania	123,105	133,826	129,453
Western Europe	267,738	182,509	323,710
Maximum net emigration to developed countries	936,939	1,060,994	1,226,811
Region of origin, region of destination	1975-1979	1980-1984	1985-1989
Sub-Saharan Africa			
Emigrants to:			
Northern America	15,817	17,506	20,942
Oceania	3,124	4,454	5,708
Western Europe	42,254	37,368	51,644
Total	61,194	59,328	78,293
Net migration			
Oceania	2,852	4,146	5,548

Western Europe	7,338	-1,445	25,659
Maximum net emigration to developed countries	26,007	20,207	52,149
Northern Africa and Western Asia			
Emigrants to:			
Northern America	26,038	26,983	31,482
Oceania	7,461	2,625	6,217
F	32,474	43,841	22,623
Western Europe	168,205	124,303	114,751
Total	234,177	197,752	175,073
Net migration to:			
Oceania	7,281	2,455	6,039
Western Europe	28,883	-25,477	38,614
Maximum net emigration to developed countries	94,675	47,802	98,757
Southern Asia			
Emigrants to:			
Northern America	36,188	56,632	71,530
Oceania	1,909	2,209	5,687
Western Europe	35,430	36,916	45,344
Total	73,527	95,757	122,562
Net migration			
Oceania	1,793	2,106	5,607
Western Europe	25,519	23,965	29,506
Maximum net emigration to developed countries	63,500	82,703	106,644
East and South-eastern Asia			
Emigrants to:			
Northern America	162,272	248,670	236,643
Oceania	12,624	25,436	35,909
Western Europe	58,162	70,463	101,828
Total	233,057	344,569	374,380
Net migration			
Oceania	12,079	24,795	35,347
Western Europe	18,986	23,245	51,041
Maximum net emigration to developed countries	193,338	296,710	323,031
Latin America and the Caribbean			
Emigrants to:			
Northern America	364,845	432,364	343,709
Oceania	3,946	1,721	4,197
Western Europe	30,071	23,945	25,486
Total	398,862	458,030	373,392
Net migration			
Oceania	3,721	1,493	4,019
Western Europe	16,864	8,785	11,308
Maximum net emigration to developed countries	385,430	442,642	359,036
Developing countries			
Emigrants to:			
Northern America	605,159	782,155	704,306
Oceania	29,064	36,444	57,718
F	32,474	43,841	22,623
Western Europe	334,121	292,996	339,053
Total	1,000,817	1,155,436	1,123,700
Net migration			
Oceania	27,726	34,995	56,560
Western Europe	97,591	29,073	156,127
Maximum net emigration to developed countries	762,950	890,064	939,616
Developed countries			
Emigrants to:			
Northern America	153,364	133,090	125,854
Oceania	55,244	69,248	56,767

F	37,924	35,048	14,037
Western Europe	577,898	549,873	890,435
Total	824,429	787,258	1,087,094
Net migration			
Oceania	24,022	42,016	47,305
Western Europe	-44,297	-38,830	303,315
Maximum net emigration to developed countries	171,013	171,324	490,511
All regions			
Emigrants to:			
Northern America	758,523	915,244	830,160
Oceania	84,307	105,692	114,485
F	70,398	78,889	36,660
Western Europe	912,018	842,868	1,229,489
Total	1,825,247	1,942,694	2,210,794
Net migration			
Oceania	51,748	77,011	103,865
Western Europe	53,294	-9,757	459,442
Maximum net emigration to developed countries	933,964	1,061,388	1,430,127

Note: The data for Canada and the United States (Northern America) and Australia and New Zealand (Oceania) are classified by place of birth; the data for Belgium, F and the Netherlands are classified by country of citizenship, and those for Germany, Sweden and the United Kingdom are classified by place of last or next residence. The total for Belgium, Germany, the Netherlands, Sweden and the United Kingdom are presented under the label Western Europe. Data for the United Kingdom are available only as of 1965.

The data for the United States include information on the number of migrants legalizing their status as the result of the Immigration Reform and Control Act (IRCA) of 1986. Those legalizing their status as a result of the general amnesty program were redistributed over the 1972-1982 period according to a linearly increasing trends. Those legalizing their status under the special agricultural workers program were redistributed uniformly over the 1982-1986 period.

This table is included in the paper to be published in "Beyond the Numbers: A Reader on Population, Consumption and the Environment", Laurie Anne Mazur, ed. (Washington, D.C.: Island Press), 1994.

For further information, please contact Ms. Hania Zlotnik, Chief, Mortality and Migration Section, Population Division/DESIPA at telephone no. (212) 963-3185.

Prokopfeinkommens- und Lohnstatistiken

Indicators on income and economic activity

Source: [Statistics Division of the United Nations Secretariat and International Labour Office.](#)

	<u>Per capita</u>	<u>Adult economic activity rate(%)</u>		
	<u>GDP (\$US),</u> 1998	Year	Male	Female
Afghanistan	523
Albania	972
Algeria	1689	1996	78 a	12 a
American Samoa	...	1990	59 b	42 b
Andorra	14690
Angola	528
Antigua and Barbuda	9370	1991	82	63
Argentina	8257	1995	76	41
Armenia	533	1989	65	52
Aruba	...	1994	76	53
Australia	20125	1998	73 c	54 c
Austria	25911	1998	69 d	48 d
Azerbaijan	537	1989	75	54
Bahamas	11395	1998	77	66
Bahrain	9684	1991	88	29
Bangladesh	299	1995-96	89 c	56 c
Barbados	8717	1997	74 c	62 c
Belarus	1360	1989	76	61
Belgium	24692	1998	60	41
Belize	2741	1997	80 e	39 e
Benin	399	1992	90	58
Bermuda	38652
Bhutan	199
Bolivia	1077	1997	82 d	60 d
Bosnia-Herzegovina	1061
Botswana	3069	1996	60 c	46 c
Brazil	4673	1997	82 g	53 g
Brunei Darussalam	13719	1991	82	46
Bulgaria	1470	1992	61	54
Burkina Faso	221	1991	89	79
Burundi	103	1991	90 h	91 h
Cambodia	255	1996	82	76
Cameroon	702
Canada	19642	1998	72 i	58 i
Cape Verde	1085	1990	85	41
Central African Republic	296	1988	87	69
Chad	150	1993	81	64
Chile	4921	1998	75 c	36 c
China j	777	1990	85	73
Hong Kong SAR	24581	1998	76 c	49 c
Macao SAR	...	1998	78 c e	55 c e
Colombia	2523	1998	78 k	54 k
Comoros	305
Congo	691
Cook Islands	4521	1991	71	44
Costa Rica	2793	1998	82	39
Côte d'Ivoire	889	1988	89 h	42 h
Croatia	4758	1991	64	44
Cuba	2150	1988	73 l	41 l
Cyprus	11631	1995	78 m	48 m

Czech Republic	5486	1998	71	52
Dem. Rep. of the Congo	98
Denmark	33085	1998	83 n	73 n
Djibouti	800
Dominica	3630	1997	75	60
Dominican Republic	1925	1998	87	41
Ecuador	1620	1998	82	52
Egypt	1211	1995	73 c o	22 c o
El Salvador	1941	1997	79 p	41 p
Equatorial Guinea	377
Eritrea	210
Estonia	3645	1998	70 p	53 p
Ethiopia	107	1995	85	58
Fiji	1982	1986	85	23
Finland	24934	1998	66 p	55 p
France	24739	1998	62	48
French Guiana	9094	1990	75	52
French Polynesia	15900	1988	74 d	49 d
Gabon	4787
Gambia	355	1993	70	45
Georgia	974	1989	75	58
Germany	26183	1998	68	48
Ghana	346
Greece	11463	1997	63 c	37 c
Grenada	2997	1997	75	62
Guadeloupe	10591	1990	67	52
Guam	...	1990	84 b	60 b
Guatemala	1760	1999	83	24
Guinea	515
Guinea-Bissau	100
Guyana	846	1992-93	81	39
Haiti	443	1990	80	49
Honduras	870	1998	84 c	40 c
Hungary	4644	1998	60 d p	44 d p
Iceland	29946	1998	87 c q	77 c q
India	422	1991	80 r	34 r
Indonesia	478	1998	81	50
Iran (Islamic Rep. of)	2850	1991	80	10
Iraq	3388	1987	74	10
Ireland	23098	1998	69	44
Israel	17041	1998	61 c s	46 c s
Italy	20659	1997	61 d	35 d
Jamaica	2707	1999	73 e	55 e
Japan	29956	1998	77	50
Jordan	1280	1993	73 c	13 c
Kazakhstan	1368	1989	78	62
Kenya	373	1989	81	71
Kiribati	594	1990	84	68
Korea, Dem. People's Rep.	440
Korea, Republic of	6956	1998	75 t	47 t
Kuwait	13976	1988	80	34
Kyrgyzstan	366	1989	75	59
Lao People's Dem. Rep.	250
Latvia	2638	1998	69 d	51 d
Lebanon	1668
Lesotho	425
Liberia	285
Libyan Arab Jamahiriya	5930
Liechtenstein	35910
Lithuania	2895	1998	69 c e	55 c e
Luxemburg	43475	1998	66 v	38 v
Madagascar	208
Malawi	156	1987	81 c	75 c
Malaysia	3317	1998	79 l z	42 l z
Maldives	1350	1995	74	28
Mali	254

Malta	9110	1998	70 z	26 z
Marshall Islands	1509	1988	77	30
Martinique	11866	1990	66	54
Mauritania	328
Mauritius	3727	1995	80 w	39 w
Mexico	4324	1998	85	39
Micronesia, Fed. States of	1841	1985-89	65 x	33 x
Monaco	24739
Mongolia	384	1998	64	55
Morocco	1302	1998	75 y	22 y
Mozambique	92
Myanmar	282
Namibia	1834	1993-94	62	48
Nauru	2900
Nepal	197	1991	80 l	49 l
Netherlands	24956	1998	83 z aa	63 z aa
Netherlands Antilles	13827	1998	68 jj	51 jj
New Caledonia	14647	1989	81 bb	50 bb
New Zealand	13985	1998	71 w	56 w
Nicaragua	442	1998	87 u	34 u
Niger	159	1988	94 bb	22 bb
Nigeria	724	1986	78 dd	37 dd
Northern Mariana Islands	...	1990	88 b	76 b
Norway	33203	1998	78 q	68 q
Oman	5946	1993	84	16
Pakistan	458	1996-97	83 c ee	15 c ee
Palau	6448	1990	72 b	53 b
Panama	3287	1998	79	43
Papua New Guinea	756
Paraguay	1629	1994	86 c y cc	53 c y cc
Peru	2521	1998	80 y	56 y
Philippines	894	1998	83 ff	49 ff
Poland	4096	1998	65 c d	50 c d
Portugal	11080	1998	70 d u gg	52 d u gg
Puerto Rico	14488	1999	60 b c	37 b c
Qatar	18065	1986	93	28
Republic of Moldova	374	1989	75	62
Reunion	10513	1993	63	42
Romania	1698	1998	71	56
Russian Federation	1936	1996	68 hh	50 hh
Rwanda	225	1996	87	85
Saint Kitts and Nevis	7440	1991	77	57
Saint Lucia	4081	1997	78	60
Saint Vincent/Grenadines	2815	1991	81	36
Samoa	1255	1991	77 c	40 c
San Marino	20659	1998	76	56
Sao Tome and Principe	210	1991	77	37
Saudi Arabia	7259	1986	79	7
Senegal	518	1988	83	24
Seychelles	7378	1989	79	57
Sierra Leone	154	1988-89	80	76
Singapore	24577	1998	78	51
Slovakia	3787	1997	66 c	51 c
Slovenia	9798	1998	67	54
Solomon Islands	712	1986	87	85
Somalia	177
South Africa	3404	1991	80 bb	50 bb
Spain	14690	1998	63 b	38 b
Sri Lanka	851	1998	77 ii	41 ii
Sudan	305	1996	75	29
Suriname	2454	1997	68 kk	37 kk
Swaziland	1279	1986	64	28
Sweden	26790	1998	79 ll	74 ll
Switzerland	35910	1998	78 c mm	58 c mm
Syrian Arab Republic	2509	1998	84 c	17 c
Tajikistan	219	1989	75	60

Thailand	1890	1998	82 c	66 c
The FYR of Macedonia	1753	1996	67 nn	43 nn
Togo	344
Tonga	1614	1996	73	41
Trinidad and Tobago	4622	1997	75	46
Tunisia	2138	1994	74	23
Turkey	3071	1998	75 c	29 c
Turkmenistan	582	1989	78	62
Tuvalu	1215
Uganda	347
Ukraine	823	1998	69 f	59 f
United Arab Emirates	19506
United Kingdom	23934	1998	71 b	54 b
United Rep. of Tanzania	213
United States of America	31746	1998	75 b c	60 b c
U.S. Virgin Islands	...	1990	72	60
Uruguay	6333	1998	73 e y	49 e y
Uzbekistan	470	1989	75	61
Vanuatu	1276	1989	87	79
Venezuela	4107	1997	83 c	46 c
Viet Nam	336	1989	82	74
Yemen	354	1986	81 oo	2 oo
Yugoslavia	1124
Zambia	413
Zimbabwe	548	1997	79	68

Sources:

Per capita gross domestic product in US dollars from the National Accounts database of the UN Statistics Division Common Database (as of Nov. 2000); economic activity rates from International Labour Office, *Yearbook of Labour Statistics*, table 1A (Geneva, various years up to 1999), International Labour Organization, Caribbean Office, *Digest of Caribbean Labour Statistics 1998* (Port of Spain, International Labour Office, 1999), and national statistical reports.

Footnotes:

- ... Not available.
- a Age 15-60 years for male; age 15-55 years for female.
- b Age 16+ years.
- c Excluding armed forces.
- d Excluding conscripts.
- e Age 14+ years.
- f Age 15-70 years.
- g Excluding the rural population of Rondonia, Acre, Amazonas, Roraima, Para and Amapa, which represents about 2.5 per cent of the total population of the country. Excluding members of the armed forces in barracks.
- h Excluding unemployed persons not previously employed.
- i Excluding full-time members of the armed forces and indigenous populations living on reserves.
- j For statistical purposes the data for China do not include Hong Kong and Macao Special Administrative Regions and Taiwan province of China.
- k The data relate to Bogota, Barranquilla, Medellin, Cali, Bucaramanga, Manizales and Pasto.
- l Economically active relates only to employed persons.
- m The data relate to the government-controlled areas.
- n Age 15-66 years.
- o Egyptian population only.
- p Age 15-74 years.
- q Age 16-74 years.
- r Excluding Jammu and Kashmir (the final status of which has not yet been determined).
- s Including data relating to Israeli residents in certain territories under occupation by Israeli military forces since June 1967.
- t Excluding resident foreigners and the armed forces.
- u De jure population.
- v Excluding border workers and employees of international organizations.
- w Civilians, usually resident population.

- x Excludes Pohnpei State.
- y Urban areas.
- z Age 15-64 years.
- aa Excluding persons working or seeking work for less than 12 hours per week.
- bb Age 20+ years.
- cc Age 15-69 years.
- dd Excluding institutional households, armed forces and persons doing unpaid community or social work.
- ee Excluding Jammu and Kashmir (the final status of which has not yet been determined), Gilgit and Baltistan, Junagradh and Manavadar.
- ff Including members of the armed forces in barracks.
- gg Including the Azores and Madeira.
- hh Age 15-72 years.
- ii Excluding northern and eastern provinces.
- jj Curacao only.
- kk The data relate to the districts of Wanica and Paramaribo.
- ll Age 16-64 years.
- mm Excluding seasonal/border workers.
- nn Age 15-80 years.
- oo Data refer to the former Yemen Arab Republic only.

Technical notes:

Per capita gross domestic product (GDP) in US dollars is calculated by the Statistics Division of the United Nations Secretariat primarily from official national accounts statistics in national currencies provided by national statistical services. GDP is the total unduplicated output of economic goods and services produced within a country as measured in monetary terms according to the United Nations System of National Accounts (SNA). The series shown here is based on the statistical concepts and methods recommended in the 1968 *System of National Accounts* (United Nations publication, Series F, No. 2, Rev. 3). GDP as defined in the 1968 SNA includes subsistence production produced by households for their own use, valued at current local prices for comparable commodities.

The exchange rates used for the conversion of national currency data into US dollars are the average market rates as published by the International Monetary Fund in the International Financial Statistics. Official exchange rates were used only when a free market rate was not available. For non-members of the fund, the conversion rates used are the average of the United Nations operational rates of exchange. For international comparison, currency exchange rates applied to national accounts aggregates provide an important but highly approximate measure of national economic output and may differ substantially from comparisons based on actual purchasing power.

Adult economic activity rate refers to the percentage population aged 15 and over which is economically active. Data are compiled by the International Labour Office from population census and labour force sample survey data collected by national statistical services and provided to ILO and the Statistics Division of the United Nations Secretariat in publications and questionnaires. These data are published in the *Yearbook of Labour Statistics* (Geneva, ILO) and the *Demographic Yearbook* (United Nations publication).

The statistical concept of economically active population used here is that recommended by the International Conference of Labour Statisticians in 1982 and is designed to be consistent with the concept of economic production in the System of National Accounts. It defines as economically active all employed and unemployed persons, including those seeking work for the first time. It covers employers operating unincorporated enterprises, persons working on their own account, employees, unpaid family workers, members of producers cooperatives and members of the armed forces. In the internationally recommended definition, production of primary products such as foodstuffs for own consumption and certain other non-monetary activities are considered economic activity and persons engaged in such production are to be considered economically active. In principle, any such work for as little as one hour a week is taken to define a person as economically active.

Specific elements of the standard concepts may differ substantially from country to country, such as the choice of time-reference period and the determination of minimum hours of work and unpaid family work, including production for own consumption. These differences may result in particular in the undercounting of women who are economically active.

Propkopfeinkommensdaten der Weltbank

	Ö	PL	P	SPA	GR	I	IRL
1965	1270		460	690	710	1260	970
1966	1390		500	790	780	1390	1040
1967	1490		570	880	850	1530	1130
1968	1610		650	960	950	1670	1220
1969	1760		700	1050	1060	1830	1290
1970	1950		790	1100	1170	1990	1350
1971	2170		890	1220	1300	2140	1520
1972	2580		1050	1470	1500	2430	1830
1973	3360		1400	1930	1860	3050	2250
1974	4360		1720	2520	2140	3700	2660
1975	5150		1910	3000	2590	4020	3020
1976	5560		2040	3180	2760	4180	2930
1977	6160		2120	3370	2890	4430	3190
1978	6980		2200	3730	3340	4980	3680
1979	8850		2500	4620	4080	6380	4570
1980	10660		2900	5660	4660	8010	5690
1981	10400		2980	5770	4590	8220	6060
1982	9590	1490	2830	5220	4230	7710	5710
1983	8770	1680	2480	4500	3760	7140	5100
1984	8630	1960	2220	4230	3620	7230	5000
1985	8740	2020	2220	4200	3490	7480	4990
1986	9980	2060	2700	4980	3720	8770	5640
1987	12790	1980	3630	6540	4270	11340	7280
1988	16860	2010	4830	8640	5250	14870	9050
1989	17980	1990	5410	9770	5630	16050	9720
1990	19310	1730	6100	11100	5960	17360	11030
1991	20470	1840	7000	12420	6490	18810	11700
1992	23170	1970	8630	14140	7350	21050	13010
1993	23510	2260	9130	13590	7390	19840	13000

	Ö	PL	P	SPA	GR	I	IRL
1965	100		36	54	56	99	76
1966	100		36	57	56	100	75
1967	100		38	59	57	103	76
1968	100		40	60	59	104	76
1969	100		40	60	60	104	73
1970	100		41	56	60	102	69
1971	100		41	56	60	99	70
1972	100		41	57	58	94	71
1973	100		42	57	55	91	67
1974	100		39	58	49	85	61
1975	100		37	58	50	78	59
1976	100		37	57	50	75	53
1977	100		34	55	47	72	52
1978	100		32	53	48	71	53
1979	100		28	52	46	72	52
1980	100		27	53	44	75	53
1981	100		29	55	44	79	58
1982	100	16	30	54	44	80	60
1983	100	19	28	51	43	81	58

1984	100	23	26	49	42	84	58
1985	100	23	25	48	40	86	57
1986	100	21	27	50	37	88	57
1987	100	15	28	51	33	89	57
1988	100	12	29	51	31	88	54
1989	100	11	30	54	31	89	54
1990	100	9	32	57	31	90	57
1991	100	9	34	61	32	92	57
1992	100	9	37	61	32	91	56
1993	100	10	39	58	31	84	55

	I	SP	D
1965	1260	690	1930
1966	1390	790	2050
1967	1530	880	2100
1968	1670	960	2290
1969	1830	1050	2530
1970	1990	1100	2840
1971	2140	1220	3240
1972	2430	1470	3940
1973	3050	1930	5120
1974	3700	2520	6290
1975	4020	3000	7260
1976	4180	3180	7740
1977	4430	3370	8300
1978	4980	3730	9660
1979	6380	4620	12110
1980	8010	5660	14150
1981	8220	5770	13550
1982	7710	5220	11920
1983	7140	4500	10780
1984	7230	4230	10630
1985	7480	4200	10560
1986	8770	4980	12100
1987	11340	6540	15400
1988	14870	8640	20060
1989	16050	9770	21250
1990	17360	11100	22720
1991	18810	12420	20660
1992	21050	14140	23360
1993	19840	13590	23560

Differenzen in den Stundenlöhnen der Produktionsbeschäftigten in Industriebetrieben (US Dep. of Labor)

Hourly compensation costs in U.S. dollars for production workers in manufacturing, 29 countries or areas and selected economic groups, selected years, 1975-97

Country or area	1975	1980	1985	1990	1993	1994	1995	1996
1997								

United States	\$6.36	\$9.87	\$13.01	\$14.91	\$16.51	\$16.87	\$17.19	\$17.70
\$18.24								
Canada	5.96	8.67	10.94	15.84	16.43	15.85	16.04	16.66
16.55								
Mexico	1.47	2.21	1.59	1.58	2.40	2.47	1.51	1.54
1.75								
Australia	5.62	8.47	8.20	13.07	12.49	14.02	15.05	16.52
16.00								
Hong Kong SAR 176	1.51	1.73	3.20	4.29	4.61	4.82	5.14
5.42								
Israel	2.25	3.79	4.06	8.55	8.82	9.19	10.54	10.99
12.05								
Japan	3.00	5.52	6.34	12.80	19.21	21.35	23.82	20.91
19.37								
Korea32	.96	1.23	3.71	5.64	6.40	7.29	8.09
7.22								
New Zealand	3.21	5.33	4.47	8.33	8.01	8.93	10.11	11.03
11.02								
Singapore84	1.49	2.47	3.78	5.25	6.29	7.33	8.32
8.24								
Sri Lanka28	.22	.28	.35	.42	.45	.48	.48
-								
Taiwan40	1.00	1.50	3.93	5.23	5.55	5.92	5.93
5.89								
Austria	4.51	8.88	7.58	17.75	20.16	21.51	25.21	24.66
21.92								
Belgium	6.41	13.11	8.97	19.17	21.44	23.07	26.65	25.89
22.82								
Denmark	6.28	10.83	8.13	18.04	19.11	20.30	24.07	24.11
22.02								
Finland	4.61	8.24	8.16	21.03	16.63	19.06	24.14	23.56
21.44								
F	4.52	8.94	7.52	15.49	16.79	17.63	20.01	19.92
17.97								
Germany 2	6.31	12.25	9.53	21.88	25.32	27.03	32.22	31.79
28.28								
Greece	1.69	3.73	3.66	6.76	7.23	7.73	9.17	9.59
-								
Ireland	3.03	5.95	5.92	11.66	11.89	12.39	13.57	13.85
13.57								
Italy	4.67	8.15	7.63	17.45	15.80	15.89	16.21	17.73
16.74								
Luxemburg	6.50	12.03	7.81	16.74	18.74	20.33	23.35	22.55
-								
Netherlands	6.58	12.06	8.75	18.06	20.08	20.80	24.02	23.08
20.61								
Norway	6.77	11.59	10.37	21.47	20.21	20.97	24.38	25.05
23.72								
Portugal	1.58	2.06	1.53	3.77	4.50	4.60	5.37	5.58
5.29								
Spain	2.53	5.89	4.66	11.38	11.62	11.54	12.88	13.51
12.16								
Sweden	7.18	12.51	9.66	20.93	17.59	18.62	21.44	24.37
22.24								
Switzerland	6.09	11.09	9.66	20.86	22.63	24.91	29.30	28.34
24.19								
United Kingdom	3.37	7.56	6.27	12.70	12.41	12.80	13.67	14.13
15.47								

Trade-weighted measures 3

All 28 foreign economies ..	3.83	6.60	6.74	12.33	14.32	15.01	16.38	16.09
15.25								
OECD 4	4.25	7.30	7.39	13.46	15.55	16.27	17.75	17.37
16.40								
less Mexico, Korea 5	4.82	8.30	8.48	15.51	17.78	18.57	20.39	19.90
18.77								
Europe	5.10	9.90	7.96	17.31	18.36	19.33	22.10	22.19
20.46								
European Union	5.03	9.83	7.85	17.09	18.14	19.05	21.75	21.87
20.24								
Asian NIEs52	1.17	1.65	3.72	5.19	5.78	6.40	6.87
6.65								

Dash means data not available.

1 Hong Kong Special Administrative Region of China.

2 Former West Germany.

3 For description of trade-weighted measures and economic groups, see the Technical Notes preceding these tables.

4 Organization for Economic Cooperation and Development.

5 Mexico joined the OECD in 1994, and Korea joined in 1996.

Source: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, September 1998.

Indexes of hourly compensation costs for production workers in manufacturing, 29 countries or areas and selected economic groups, selected years, 1975-97
(Index, United States = 100)

Country or area	1975	1980	1985	1990	1993	1994	1995	1996	1997
United States	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Canada	94	88	84	106	100	94	93	94	91
Mexico	23	22	12	11	15	15	9	9	10
Australia	88	86	63	88	76	83	88	93	88
Hong Kong SAR 1	12	15	13	21	26	27	28	29	30
Israel	35	38	31	57	53	54	61	62	66
Japan	47	56	49	86	116	127	139	118	106
Korea	5	10	9	25	34	38	42	46	40
New Zealand	50	54	34	56	49	53	59	62	60
Singapore	13	15	19	25	32	37	43	47	45
Sri Lanka	4	2	2	2	3	3	3	3	-
Taiwan	6	10	12	26	32	33	34	34	32
Austria	71	90	58	119	122	128	147	139	120
Belgium	101	133	69	129	130	137	155	146	125
Denmark	99	110	62	121	116	120	140	136	121
Finland	72	83	63	141	101	113	140	133	118
F	71	91	58	104	102	105	116	113	99
Germany 2	99	124	73	147	153	160	187	180	155
Greece	27	38	28	45	44	46	53	54	-
Ireland	48	60	46	78	72	73	79	78	74
Italy	73	83	59	117	96	94	94	100	92
Luxemburg	102	122	60	112	114	121	136	127	-
Netherlands	103	122	67	121	122	123	140	130	113
Norway	106	117	80	144	122	124	142	142	130

Portugal	25	21	12	25	27	27	31	32	29
Spain	40	60	36	76	70	68	75	76	67
Sweden	113	127	74	140	107	110	125	138	122
Switzerland	96	112	74	140	137	148	170	160	133
United Kingdom	53	77	48	85	75	76	80	80	85
Trade-weighted measures 3									
All 28 foreign economies ..	60	67	52	83	87	89	95	91	84
OECD 4	67	74	57	90	94	96	103	98	90
less Mexico, Korea 5	76	84	65	104	108	110	119	112	103
Europe	80	100	61	116	111	115	129	125	112
European Union	79	100	60	115	110	113	127	124	111
Asian NIEs	8	12	13	25	31	34	37	39	36

Dash means data not available.

1 Hong Kong Special Administrative Region of China.

2 Former West Germany.

3 For description of trade-weighted measures and economic groups, see the Technical Notes preceding these tables.

4 Organization for Economic Cooperation and Development.

5 Mexico joined the OECD in 1994, and Korea joined in 1996.

Source: U.S. Department of Labor, Bureau of Labor Statistics, September 1998.

Statistische Bundesamt der BRD Kennziffern zu den Löhnen in Europa

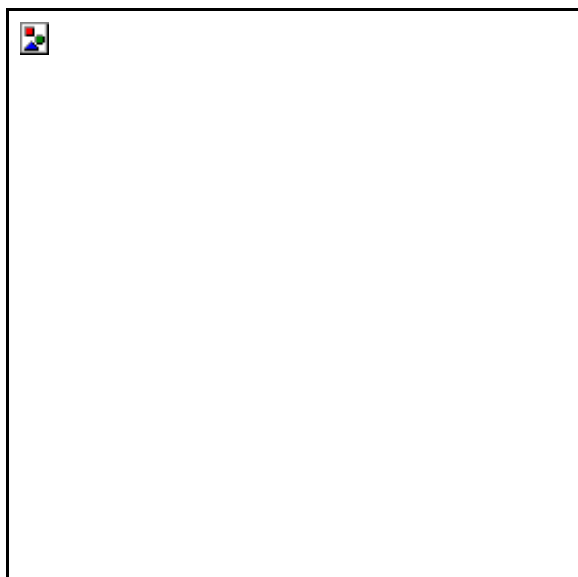
	D	IRL	GR	Ö	SP	P
1985	16,34	13,05	5,53	11,41		2,86
1990	20,43	14,36	6,82	14,52	12,73	3,73
1993	24,01	14,53	7,1	17,07	12,21	4,26
1994	24,75	15,07	7,47	17,8	12,37	4,53
1995	25,82	15,04	7,79	18,55	12,66	4,67
1996	26,47	16,01		18,45		

Quelle: zusammengestellt aus Stat. Bundesamt der BRD, 'Statistischem Jahrbuch/Teil 2 - Ausland'

Diese Datenreihe läßt sich unschwer in folgende Relativzahlen umwandeln:

	D	IRL	GR	Ö	SP	P
1985	100	80	34	70		18
1990	100	70	33	71	62	18
1993	100	61	30	71	51	18
1994	100	61	30	72	50	18
1995	100	58	30	72	49	18
1996	100	60		70		

Die Bundeswirtschaftskammer der Republik Österreich Arbeitskosten (Kosten der Arbeitsstunde in der Industrie, Gesamtarbeitskosten - Direktlöhne plus Lohnnebenkosten) berechnet auf Schilling-Basis



Arbeitskosten ¹⁾

Land	1990 in öS	1995	1996	1997	1998
Österreich	198,60	259,90	268,90	274,10	275,80
Belgien	230,50	269,70	275,00	281,20	288,80
Dänemark	210,10	256,80	272,80	287,10	299,70
Deutschland	254,70	320,30	332,60	336,70	341,40
Finnland	239,30	249,20	257,80	269,20	275,80
Frankreich	177,40	204,10	214,40	223,40	230,30
Griechenland	76,70	90,40	99,30	109,90	108,90
Großbritannien	144,30	147,70	160,50	203,00	217,90
Irland	131,10	144,60	157,70	179,40	179,40
Italien	207,20	177,30	206,10	224,90	226,90
Luxemburg	190,30	235,40	238,70	.	.
Niederlande	211,20	247,00	250,90	256,10	262,10
Portugal	39,70	54,20	58,30	62,60	64,10
Schweden	243,90	215,30	258,20	272,40	277,50
Spanien	135,00	141,60	153,00	159,40	161,90
EU (15) ²⁾	196,30	219,70	234,00	248,40	254,70
Euro-Raum ²⁾	207,40	236,30	250,00	258,60	263,10
Norwegen	248,90	250,00	269,20	292,40	285,10
Schweiz	246,50	301,80	307,40	304,70	312,50
Japan	146,10	239,40	221,90	236,50	225,20
USA	169,50	173,40	188,10	223,40	234,50
H	.	29,00	30,20	34,80	.
Polen	.	27,80	33,30	38,30	.
Tschechien	.	28,40	34,00	37,10	.
Slowakei	.	22,79	26,30	31,30	.
Bulgarien	.	9,90	8,40	8,70	.
Rumänien	.	10,90	11,40	11,30	.
Rußland	.	10,30	14,50	18,20	.
Hong Kong	36,40	48,60	54,40	66,20	.
Korea	42,20	73,50	87,00	88,10	.
Singapur	43,00	73,90	88,10	100,60	.

Taiwan 44,70 58,60 61,60 71,90

¹⁾ Kosten der Arbeiterstunde in der Industrie; Gesamtarbeitskosten (Direktlöhne plus Lohnnebenkosten); auf Schilling-Basis

EU-Durchschnitt, Euro-Raum: BIP-gewogener Durchschnitt (ohne Luxemburg)

Quelle: WIFO

In **Relativzahlen** ausgedrückt, ergibt dies folgenden Vergleich mit den Staaten mit niedrigeren Löhnen in Europa:

	I	SP	EU15	Ö	GR	P	IRL	GB
1990	158	94	100	101	39	20	67	74
1995	123	96	100	118	41	25	66	67
1996	131	95	100	115	42	25	67	69
1997	125	79	100	110	44	25	72	82
1998	126	74	100	108	43	25	70	86

Quelle: eigene Zusammenstellungen und Berechnungen aus der obigen Tabelle

EK GD II (AMECO GD II 5/10/1999) Relationen der nominellen Entlohnung pro abhängig Beschäftigten in der Gesamtwirtschaft

(EU 11 = EU 15 minus DK, GR, S, GB)

	D	GR	SP	IRL	I	Ö	P	GB	EU11
1960	113,1	68	43,8	80,9	86,9	77,4	27,8	129,4	100
1970	117	66,3	55,6	70	95,3	71,6	27,8	86,2	100
1980	112,1	53,2	74	70,3	80,4	85,7	26	78,4	100
1990	105,7	50,2	80,6	80	104	95	30,8	80,9	100
2000	107,5	59,6	73,2	95,5	91,9	104,6	44,4	104,4	100

	GR	SP	IRL	I	Ö	P	GB	EU 11	FIN
1960	68	43,8	80,9	86,9	77,4	27,8	129,4	100	102
1961	63,8	44,4	78,6	84,5	76,9	26,4	123,8	100	98,9
1962	61,4	46,2	76,9	86,4	75,7	25	116,6	100	97,4
1963	59,5	50,4	72,8	93,1	73,6	24,3	110,1	100	97,2
1964	61,1	51,9	75	94,2	72,9	23,9	106,7	100	101,3
1965	63	55,1	72,6	93,6	73	24,3	104,6	100	102
1966	65,5	60,1	72,7	93,3	73,8	42,7	102,8	100	101,8
1967	67,3	63,4	72,4	94,9	75,9	26,4	100,6	100	97,3
1968	69	56,3	65,3	95,3	76	25,5	88,4	100	82,8
1969	69,4	57,7	68,2	94	75,4	25,7	86,8	100	81,5
1970	66,3	55,6	70	95,3	71,6	27,8	86,2	100	78,4
1971	62,2	55,3	71,1	94,9	72,9	27,3	84,9	100	78,7
1972	58,3	58,5	70,1	92,6	72,8	27,4	81,7	100	75,8
1973	53,1	59,2	63,4	84,8	75,5	27,7	70,3	100	75,4
1974	55,6	63,7	62,3	80	78,6	32,2	69,5	100	82,5
1975	51,3	65,5	63,1	81	79,1	35,4	71,7	100	90,2
1976	53,9	66,2	59,2	74,3	80,9	35,9	64,6	100	97
1977	57,5	65,1	58,3	74,7	84,5	30,9	61,2	100	89,5
1978	58,3	66,2	60,6	74,2	90,2	26,2	62,5	100	76,1
1979	59,4	75,6	64,7	76,4	87,1	23,8	67	100	75,7

1980	53,2	74	70,3	80,4	85,7	26	78,4	100	79,7
1981	56,9	75,9	74,3	85	86	29,3	88,6	100	89,8
1982	62,8	75,6	78	86,4	88,9	28,7	87	100	91,9
1983	59,8	67,9	79,5	92,1	91,2	25,9	84,5	100	90,1
1984	59,9	70,6	81,4	94,4	91,3	25,1	83,5	100	97,8
1985	57,3	71,7	85,3	93,7	91,5	25,8	85,2	100	102,8
1986	46,5	69,3	82,3	94	95	26,2	76	100	98
1987	43,7	68,7	78,5	95,5	97,4	26	74,7	100	99,6
1988	47,1	73,4	80,9	97,2	96,6	27,1	82,6	100	107,2
1989	51,5	78,3	81,4	101,6	95,7	28,9	84,3	100	117,2
1990	50,2	80,6	80	104	95	30,8	80,9	100	116,3
1991	48,8	83,8	78,7	105,8	95,2	34,8	84,6	100	112,5
1992	48,3	87	82,5	104,4	99,2	40,1	82,4	100	96,6
1993	47,3	80,1	80,9	91,7	105	38,2	78,7	100	82,4
1994	47,8	75,5	81,6	88,7	106,7	37,7	79,9	100	89,6
1995	49,6	73,3	78,1	80,4	109,1	39,3	74,3	100	98,4
1996	53,3	74,8	80,3	90,1	105,5	40,5	75,8	100	95,9
1997	58,3	74	88,8	95,1	103,1	41,5	93,1	100	96,2
1998	57,4	74,1	88,1	92,2	104,3	42,4	99,3	100	98,8
1999	59,1	73,7	91,3	92	104,6	43,5	102,2	100	99
2000	59,6	73,2	95,5	91,9	104,6	44,4	104,4	100	99,7

Quelle: eigene Berechnungen und Zusammenstellungen aus AMECO GD II, 5/10/1999, *Wage Developments, Statistical Dataset* - restricted internal document, GD II

BIP in realer Kaufkraft in Europa:

	EU	IRL	GR	Ö	SP	P
1994	18011	15934	11724	20039	13646	12508
1995	19042	17854	12613	21041	14521	13344
1996	19699	18484	13253	22129	15183	13816
1997	20546	20634	13912	23077	15990	14562

Quelle: OECD *National Accounts, Main Aggregates, Volume 1, 1960-1997*, zit. in BAK *Wirtschafts- und sozialstatistisches Taschenbuch der Arbeiterkammer*, 1999

Quelle: eigene Berechnungen mit EXCEL aus den Originaltabellen

Zum Autor der Studie

Ministerialrat im Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, BMSG, Gruppe EU und Internationale Angelegenheiten, in Wien. Habilitation aus Politikwissenschaft, 1988, Eintritt in das BMSG 1992, 1992 - 1999 Arbeits- und Wanderungsattaché, dann Botschaftsrat an der ÖB Warschau.

Als Sozialwissenschaftler Gastprofessor an der University of Hawaii at Manoa (1990); Lektor an den Universitäten Innsbruck, Salzburg, Linz und Wien.

Zahlreiche Veröffentlichungen zur internationalen Sozialpolitik, u.a. die im internationalen Buchhandel erhältlichen oder im Internet publizierten Studien:

(1979) 'Armut und Abhängigkeit. Politik und Ökonomie im peripheren Kapitalismus'. Studien zur österreichischen und internationalen Politik, Bd. 2 (Eds. P. GERLICH und A. PELINKA) W. Braumueller, Vienna

<http://www.braumueller.at/>

(1980, together with O. HÖLL) Austria and the European Periphery in 'European Studies of Development' (J. de BANDT J./MANDI P./SEERS D. (Eds.)) Macmillan, London: 28-37

<http://www.amazon.com/>

(1982) 'Aggregate Data Set Eastern Europe.' Cologne: Koelner Zentralarchiv fuer empirische Sozialforschung, MRDF + Codebook, ZA Study 1159

<http://www.za.uni-koeln.de/data/data-collections/search.htm>

(1989a) 'Stable Third World Democracy and the European Model. A Quantitative Essay' in 'Crisis in Development' (Z. BABLEWSKI and B. HETTNE (Eds.)), The European Perspectives Project of the United Nations University, University of Gothenburg, PADRIGU-Papers: 131-161

(1989b) 'Armas socialistas, subdesarrollo y violencia estructural en el Tercer Mundo' Revista Internacional de Sociologia, CSIC, Madrid, 47, 4: 583-716

http://www.csic.es/publica/revistas/revista_internacional_sociologia.html

(1991a) 'Jenseits der Weltgesellschaftstheorien. Sozialtransformationen und der Paradigmenwechsel in der Entwicklungsforschung'. Grenzen und Horizonte (Eds. G. AMMON, H. REINWALD, H.A. STEGER) Eberhard, Muenchen (second printing)

<http://www.buchhandel.de/>

(1991b) 'Rußlands Tretmühle. Kapitalistisches Weltsystem, lange Zyklen und die neue Instabilität im Osten'. Eberhard, Muenchen

<http://www.buchhandel.de/>

(1993a) 'Produktivkraft soziale Gerechtigkeit? Europa und die Lektionen des pazifischen Modells'. Eberhard, Muenchen

<http://www.buchhandel.de/>

(1993b; with the coauthor Fred PRAGER) 'Towards a Socio-Liberal Theory of World Development'. Basingstoke and New York: Macmillan/St. Martin's Press

<http://www.alibris.com/>

(1997) 'Schwierige Heimkehr. Sozialpolitik, Migration, Transformation, und die Osterweiterung der Europäischen Union' Munich: Eberhard

<http://www.buchhandel.de/>

(1998a) 'Transnational Integration and National Disintegration.' Electronic publication at the World Systems Archive, University of Colorado at Boulder, Working Paper Series (Coordinator: Christopher K. Chase-Dunn, University of California at Riverside),

<http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/papers.htm>

(1998b) 'Globalization and European Integration' Electronic book publication at the World Systems Archive, University of Colorado at Boulder (Coordinator: Christopher K. Chase-Dunn, University of California at Riverside)

<http://csf.colorado.edu/wsystems/archive/books/tausch/tauschtoc.htm>

(1999) Global Capitalism, Liberation Theology and the Social Sciences (edited volume, together with Andreas Müller OFM and Paul Zulehner; with contributions by Samir Amin et. al) Huntington, New York: Nova Science

<http://www.amazon.com>

<http://www.barnesandnoble.com/>

(2001) 'Mature Economy' in '*Routledge Encyclopedia of Political Economy*' London: Routledge

<http://www.routledge.com/>